

31. JULI 1989

DIE PARTEIFÜHRER DER TBKP IM AUSLAND KEHREN IN DIE TÜRKEI ZURÜCK

Die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei wird in bevorstehender Zeitperiode versuchen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Kampf für ein demokratisches Regime zu verstärken und jede in diese Richtung gehende Initiative zu unterstützen. In diesem Zusammenhang werden die sich im Ausland befindenden Parteiführer, mit Ausnahme des stellvertretenden Vorsitzenden Mehmet Karaca und stellvertretenden Generalsekretärs Osman Sakalsiz, in den bevorstehenden Monaten in die Türkei zurückkehren.

Die Parteiführer im Ausland kehren in das Land zurück um sich legal politisch zu betätigen und am Kampf für Demokratie teilzunehmen. Sie werden jede Anstrengung unternehmen um in den Gründungsaktivitäten einer legalen Kommunistischen Partei mit gemeinsamen Bemühungen der in unserem Land existierenden breiten marxistischen Parteien, Gruppen, Kreisen und Personen ihren Beitrag zu leisten. Die seit der Rückkehr der Führer der TBKP Sargin und Kutlu im November 1987 mit Beitrag der demokratischen Kräfte unseres Landes und internationaler Solidarität entstandene neue Situation verstärkt die Möglichkeiten für einen aktiven Beitrag in all diesen Fragen.

Zentralkomitee der
Vereinigten Kommunistischen Partei
der Türkei

Tausende politische Häftlinge beteiligt

Hungerstreik in der Türkei spitzt sich zu

Schon sechs Gefangene im Koma — Opposition kritisiert offensichtliche Mißhandlungen

VON HOLGER PETER

NÜRNBERG — „In der Türkei ist alles in Ordnung.“ So lapidar betrachtet der Stellvertretende Generalkonsul der Türkei in Nürnberg, Yetin Adayilmaz, die Situation in seinem Heimatland, während dort Hunderte politische Häftlinge seit über 50 Tagen im Hungerstreik stehen. Was Adayilmaz zufolge von Regierungsgegnern „völlig übertrieben“ dargestellt wird und „in jedem anderen demokratischen Land passieren kann“, bringen deutsche und türkische Bürgerrechtler auf folgenden Nenner: „In der Türkei werden die Menschenrechte mit Füßen getreten.“

Die Opposition kann für ihre Behauptung Belege aus jüngster Zeit anführen: Am 2. August starben zwei der Häftlinge unter mysteriösen Umständen. 280 Insassen des Gefängnisses in Eskisehir waren am 29. Juni in Hungerstreik getreten, um bessere Haftbedingungen zu erzwingen. Am 35. Tag des Protestes wurden die Häftlinge bei glühender Hitze in das zwölf Fahrstunden entfernte Gefängnis von Aydin verlegt. Nach Berichten der türkischen Zeitung *Cumhuriyet* soll die Anweisung an das Wachpersonal ergangen sein, „bei Widerstand mit Gewehrkolben auf die Gefangenen einzuschlagen“. Nackt, nur in Decken gehüllt, überlebten Mehmet Yalcinkayas und Hüsnü Ergolu den Transport nicht. Eine Autopsie der Toten hat nach offizieller Version die Todesursache „Austrocknung“ ergeben. Sozialdemokratische Politiker, die die Krankenstation in Aydin besuchen durften, berichteten allerdings auch von deutlichen Zeichen von Mißhandlungen an zahlreichen Häftlingen.

Mittlerweile sollen sechs andere Gefangene im Koma liegen, nach Angaben des Gouverneurs der Provinz Aydin befanden sich am Donnerstag 55 Häftlinge auf der Krankenstation. Amnesty International berichtete, daß vier Gefangene, die in Aydin den Hungerstreik mit Sprechchören unterstützen wollten, vom Wachpersonal verletzt worden seien. Angeblich verweigere man ihnen ärztliche Behandlung.



Hungerstreik vor der Lorenzkirche: Nürnberger Türken solidarisieren sich mit den Gefangenen. Foto: Voll

Der Tod der beiden Häftlinge und der mittlerweile 52 Tage andauernde Hungerstreik haben in der türkischen Öffentlichkeit ungewöhnliche Resonanz erfahren. In anderen Gefängnissen verweigern inzwischen etwa 2000 Insassen aus Solidarität die Nahrungsaufnahme. Namhafte Intellektuelle sind in einen befristeten Hungerstreik getreten. „Von den Sozialdemokraten bis zu Süleyman Demirels konservativer Partei unterstützen fast alle die Forderungen der Hungerstreikenden. Auch die Presse mit Ausnahme der regierungsnahen Blätter ist auf dieser Linie“, beschreibt Tuncay Kulaoglu von der Nürnberger Solidaritätsinitiative die derzeitige Situation. Mit einer Mahnwache vor der Lorenzkirche und einem Demonstrationzug (heute um 10 Uhr) bekundet die Initiative ihre Solidarität mit den Zielen der Inhaftierten.

Doch der türkische Justizminister Öltan Sunğur bezeichnet die Forderungen „als über den europäischen Standard hinausgehend“. Zu den gewünschten Verbesserungen im Strafvollzug haben die Inhaftierten eine Liste erstellt, die unter anderem folgende Punkte umfaßt: freier Hofgang, Zugang zu legalen Zeitungen und Zeitschriften, Erlaubnis zum Radiohören, Besuchserlaubnis nicht nur für Verwandte ersten Grades und Verzicht auf die Einheitskleidung. Außerungen aus dem Justizministerium, eine staatliche Kommission ändere gegenwärtig die Haftbedingungen — Häftlinge sollen nicht länger angekettet oder in Dunkelzellen eingesperrt werden — bezeichnet Kulaoglu als langjährige Taktik der Regierung, um die andere Seite zu beschwichtigen.

Prozeß gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin

Verhandlung vertagt

Der Prozeß gegen die Führer der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei wird weiter verschleppt.

Der jüngste Verhandlungstag gegen den Vorsitzenden und den Generalsekretär der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu und Nihat Sargin vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara am 25. August stand erneut im Zeichen des Protestes gegen die Verschleppung des Verfahrens und der Fortdauer der Untersuchungshaft für die beiden Hauptangeklagten. Anwälte und Angeklagte forderten, das Verfahren vor ein ordentliches ziviles Gericht zu überweisen.

Die Anwälte und Nihat Sargin bestritten sowohl die Zuständigkeit als auch die Verfassungsmäßigkeit des Staatssicherheitsgerichts.

Ihre Vorwürfe begründeten sie unter anderem damit, daß das Gericht nicht aus gewählten, sondern aus gestellten Richtern gebildet werde und somit an Weisungen der Regierung gebunden sei. Damit werde — obwohl der Ausnahmezustand als beendet erklärt worden sei, die Ausnahmegerichtsbarkeit weitergeführt. Das aber sei ein Verstoß, nicht nur gegen internationale Rechtsnormen, sondern auch gegen die türkische Verfassung und Rechtsordnung.

Das Gericht wies erneut alle Anträge der Angeklagten und ihrer Verteidiger zurück. Die Verhandlung wurde auf den 18. September 1989 vertagt.

Jochen Mandel, Ankara

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER

Menschenrechtsorganisation für ethnische, rassische und religiöse Minderheiten

society for threatened peoples · association pour les peuples menacés · asociación para la defensa de los pueblos amenazados

Gemeinnütziger Verein

Bundesbüro:

Groner Str. 40

Postfach 2024

D-3400 Göttingen

Telefon 0551/55822-23

Teletex 5518101

Telex 175518101-GfBVGo

Postgiro Hamburg 297793-207

Städtische Sparkasse Göttingen

Nr. 1917 (BLZ 26050001)

19. Juni 1989

Stellungnahme in der öffentlichen Anhörung des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages zum Thema

"Menschenrechte in der Türkei - Drucksache 11/2600 -", Bonn, 19. Juni 1989,

zu den Fragen III - 2.a. bis 2.j.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

meinen herzlichsten Dank für die Gelegenheit Ihnen und damit den Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die Position der mittlerweile größten europäischen Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische, rassische und religiöse Minderheiten, der Gesellschaft für bedrohte Völker, zu einem Teil des Gegenstandes dieser öffentlichen Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der Türkei darzulegen. Mir und meinen Mitsachverständigen haben Sie aufgetragen, zu dem immensen Komplex der ethnischen Minderheiten und der Kurdenfrage in der Türkei Stellung zu nehmen, nach einem Katalog, der zehn sehr ausführliche Fragen umfaßt. Dies ist in der Kürze der Zeit schlichtweg nicht möglich, auch wenn meine Sachverständigenkollegen, Rechtsanwalt Kaya und Herr Tuku einen Teil der mit der Kurdenfrage zusammenhängenden Probleme mir abnehmen werden. Aus dieser Zwangslage heraus muß jede Darstellung bruchstückhaft und angreifbar bleiben. Ich muß Sie darum bitten, sehr geehrter Herr Vorsitzender, die Ausarbeitungen und Darstellungen und Dokumente, die ich zur Unterstützung meiner allgemeinen Ausführungen, und zu mehr ist ja hier kaum Gelegenheit, Ihnen überreiche, als Bestandteil dieser mündlichen Ausführungen zu betrachten und dem Protokoll bzw. der Dokumentation dieser Anhörung als integralen Bestandteil dessen, was ich mündlich vorbringen werde, beizufügen. Ich sehe die technische Schwierigkeit sehr wohl, kann aber nicht auf diese Bitte verzichten.

- 2 -

7

Wie Sie alle gelegentlich der Presse entnehmen konnten, verfolgt die Republik Türkei auch Bundesbürger, wenn sie deren habhaft werden kann, die sich nach ihrer Auffassung mit Minderheitenfragen, Kurden oder Armenier zum Beispiel, in einer Art befassen, die dem in den Gesetzen definierten Interessen des türkischen Staates zuwiderlaufen. Wir kennen die Fälle des Lufthansabürodirektors und des Reiseleiters und andere. Ich befasse mich nun unter wissenschaftlichen, publizistischen und menschenrechtlichen Aspekten seit mehr als 22 Jahren mit der Minderheitenproblematik im Mittleren Osten und namentlich in der Türkei und bin beruflich Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen. Einige von Ihnen mögen der Presse entnommen haben, daß ich in den letzten zehn Monaten mich zweimal in offizieller Mission für meine Gesellschaft in der Türkei aufgehalten habe, einmal im irakisch-türkischen Grenzgebiet, um die Lage der kurdischen Flüchtlinge zu studieren (September 1988), und ein zweites Mal als Begleiter des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Herbert Schnoor, der Anfang Mai dieses Jahres die yezidisch-kurdischen und assyrisch-christlichen Dörfer im Tur Abdin (Provinz Mardin) und Beşiri (Provinz Siirt) besuchte, um Informationen aus erster Hand zu sammeln, um ein uns alle seit langem unter den Nägeln brennendes Problem, das des Bleiberechtes für diese ethno-religiösen Gruppen in der Bundesrepublik, einer Lösung näher bringen zu können. Bei einem Gespräch, das der Minister am 3. Mai im türkischen Innenministerium mit einem Staatssekretär über diese Fragen führte, wurde er gefragt, warum er sich auf seiner Reise von "Feind der Türkei" (Zitat) begleiten ließe. Ein sach- und landeskundiges Mitglied einer ministeriellen Reisegruppe und Vertreter einer Menschenrechtsorganisation, die für die in der KSZE-Schlußakte, von der Türkei unterzeichneten, ^{kristallen} Minderheitenrechte - einschließlich der der Türken und Pomaken in Bulgarien übrigens! - eintritt, wird so schon zum Staatsfeind erklärt.

Wie gefährlich es ^{bedrohlich} sein kann, sich als Mitglied einer europäischen, doch immerhin nach amnesty international größten Menschenrechtsorganisation, für Volksgruppenrechte in der Türkei einzusetzen, beweist der Fall unseres Mitgliedes und Koordinators für Kurden, Herrn Abidin Sönmez aus Düsseldorf. Ich überreiche Ihnen, die am 1. März dieses Jahres ausgefertigte Anklageschrift der Staatsanwaltschaft der osttürkischen - kurdischen - Provinzhauptstadt Hakkari, dem Geburtsort unseres Mitgliedes. Für die Mitarbeit in unserer Gesellschaft und die Publikation einer Brochüre zur kurdischen Geschichte bis zum 17. Jahrhundert (sic) fordert die Staatsanwaltschaft eine Bestrafung nach Paragraph 125 des Türkischen Strafgesetzbuches, der nur eine einzige Strafe kennt, die Todesstrafe.

TürkStGB Buch II, Teil I, Abschnitt 1, "Vergehen gegen das Vaterland:

Wer, um das Gebiet des Staates ganz oder teilweise der Herrschaft eines fremden Staates zu unterwerfen oder die Unabhängigkeit des Staates zu schwächen oder die Einheit des Staates zu zerstören oder einen Teil des der Herrschaft des Staates unterliegenden Gebietes von der Verwaltung des Staates loszureißen, eine Tat begeht, wird mit dem Tode bestraft."

Alle Aktivitäten unseres Mitgliedes Abidin Sönmez hielten sich im Rahmen unserer gemeinnützigen Satzung und im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie im Rahmen der Schlußakte der KSZE-Folgekonferenz von Wien.

.. Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit kann ich nun auf Ihre Fragen nur sehr summarisch und nur mit den wichtigsten Punkten antworten, und muß jene unter Ihnen, die sich näher informieren, und auch die Beweisführung und die ihr zugrunde liegenden Quellen kennenlernen wollen, auf die Dokumente im Anhang verweisen; außerdem haben Sie Gelegenheit mich in der mündlichen Befragung nach Details zu fragen.

Zu den einzelnen Fragen:

III.2.a.)

Umreissen Sie die generelle Frage nach der Situation der türkischen Minderheiten ?

• Vor Beginn des Ersten Weltkrieges waren zwischen 50 bis 60% der Einwohner des heutigen Staatsgebietes der Republik Türkei Angehörige von Minderheitengruppen, wobei zu unterscheiden ist, zwischen nationalen Minderheiten und religiösen Minderheiten, zwischen denen es wiederum eine Reihe von Überschneidungen gibt: Kurden, Yezidi, Araber, Tscherkessen, Georgier, Lazen, Abchasen, Armenier, Griechen, Juden, Albaner, Assyrer (syrisch-orthodox oder anderer Konfession), Pomaken, Bosnier, Tschetchenen, alevitische Kurden, Türken, Araber, u.a.

Je nach Zählweise, die offiziellen Statistiken weisen die Minderheiten neuerdings nicht mehr auf, dürften sie heute noch zwischen 15 bis 18 Millionen (einschließlich der arabischen und türkischen Aleviten) Personen zählen.

Der Friedensvertrag von Lausanne 1923, der ausdrücklich seine Klauseln zum Schutze von Minderheiten als unabänderliche Grundlage jedweder zukünftigen türkischen Verfassung macht, ist in der Folge von der Hohen Türkischen Verfassungsgerichtsbarkeit so restriktiv interpretiert worden, das von diesen Schutzklauseln formal nur noch ein Schutz der Christen, und hier wiederum nur der Armenier, und der Juden, übriggeblieben ist. Und auch dieser Schutz ist ephemer, wie die Dokumentation beweist.

Man kann über die Interpretation von Lausanne streiten, und Herr Rumpf und andere Sachverständige haben sich redlich darum bemüht; keine Interpretation räumt die von der Türkischen Republik in der jungtürkischen Nachfolge geschaffenen Tatsachen, die legalen Instrumente und ihre immer gegen die Minderheiten gerichtete Anwendung aus dem Weg.

Grundlage des Staates ist der Kemalismus, und dieser ist seinem Wesen nach rassistisch in seinen Fundamenten. Er läßt den Minderheiten, kleinen wie großen, nur den Weg der Assimilation oder alternativ den des Abwanderns. Die neue Verfassung von 1982 macht dies noch deutlicher als die vorangegangenen.

III. 2. b)

Wie werden ethnische Minderheiten in der Türkei behandelt - gibt es hier deutliche Unterschiede und wenn ja, welche?

III. 2. c)

Mit welchen Restriktionen müssen die Minderheiten bei der Ausübung ihrer Sprache und Kultur kämpfen? Gibt es Deportationen und Zwangsumsiedlungen? Welche Gründe könnte es hierfür geben?

III. 2. d)

Inwieweit schränkt das "nationale Notstandsgouvernement", das für 11 Provinzen Kurdistans zuständig ist, die Rechte der dort lebenden Minderheiten ein?

^{Paragrafen}
Es gibt neben einer Reihe von Gleichheiten, die unter den anderen Punkten beschrieben werden (Sprachengesetz, Deportation, Forstgesetz) auch deutliche Unterschiede in der Stärke der jeweils angewandten repressiven Politik gegenüber Minderheiten: Armenier und Kurden, gelten, die ersteren sicherlich völlig zu Unrecht, schon angesichts ihrer geringen verbleibenden Zahl, als den Bestand des Staates potentiell gefährdend; sie trifft, wenn auch in sehr verschiedener Weise, der volle Argwohn und damit auch die Repression. Armenier, und in diesem Gefolge auch nur zu oft die Angehörigen anderer christlicher Minderheiten, werden nur zu oft zu Sündenböcken in Zeiten innenpolitischer wie außenpolitischer Krisen gemacht. Besonders deutlich wurde dies während der Zypernkrisen bzw. des Zypernkrieges. Die alevitische Minderheit trifft im Augenblick ^{des inneren Unfriedens} [des durch die Regierung Özal gestärkten sunnitischen Fundamentalismus die volle Kraft einer von den Regierungsbehörden geduldeten und in den Ostprovinzen geförderten Pogromstimmung. Nach der Abwanderung der als Verehrer des Bösen und ^{als} Helden angesehenen Yezidi, sind sie es nun, die als Ketzer vertrieben werden. Die später behandelten "Umsiedlungspläne" in den Provinzen Tunceli und Erzincan sind Teil dieser Politik.

Zu den Formen offener Verfolgung zählen schließlich die Massenfestnahmen und -prozesse, die seit dem Militärputsch von 1980 nicht allein das kurdische, sondern auch das tcherkessische und das lazische Volk treffen. Häufig werden solche Prozesse nicht unmittelbar ALS NATIONLAIE Unterdrückung erkennbar, da sie unter einem anderen Vorwand geführt werden, etwa im Zusammenhang mit der Verfolgung von Gewerkschaften oder der politischen Opposition. Selbst kleine Minderheiten wie die Armenier wissen von derartigen Willkürprozessen zu berichten, die sich in ihrem Fall gegen die Geistlichen richten.

Von verschiedenen interessierten Seiten wird darauf hingewiesen, daß die Abwanderung und Flucht der syrisch-orthodoxen Christen aus dem Tur Abdin (Provinz Mardin) seit Anfang des Jahres zu Stillstand gekommen sei. Die bayerische Staatsregierung führt dies auf eine Besserung der Sicherheitslage und des politischen Klimas infolge auswärtigen Drucks zurück. Ein einziger Besuch im betroffenen Gebiet belehrt, daß das Abschwellen der Flucht andere Ursachen hat: 1.) es ist kaum noch möglich für die abwanderungswillige Restbevölkerung zu erschwinglichen Preisen Ausreisepapiere (Pässe) zu besorgen und die Schmiergelder, die für die Ausreise notwendig sind, aufzubringen (mehr als 5 Millionen Lira mittlerweile); 2.) die christliche Restbevölkerung ist so klein geworden, daß nennenswerte Fluchtwellen gar nicht mehr möglich sind; 3.) in einigen Dörfern der Christen ist vom Bischof den verbliebenen Familienoberhäuptern bei Strafe der Exkommunikation befohlen worden, auszuharren, komme was wolle; in einem von uns besuchten Dorf, Arbo, harrete so noch eine Familie hinter buchstäblich acht Türschlössern mit einem Jagdgewehr an der Seite, auch im Bett, aus, und sagte uns, sie fühle sich seit dem Befehl des Bischofs wie Schlachtvieh, das man einem höheren Ziel opfere. Währenddessen geht der Terror, der vom Staat geschaffenen sogenannten "Dorfschutzwilizen" (Korucu) gegen Christen und Yezidi mit Unterstützung, Ermutigung und unter dem Schutz der Staatsmacht weiter. Die türkische Tageszeitung CUMHURİYET berichtet am 30. Dezember 1988 davon, daß der syrisch-orthodoxe Bürger Fehmi Yarar auf dem Marktplatz von Midyat/Estel am helllichten Tage durch einen "Kommissariatsgehilfen" ohne ersichtlichen Grund erschossen worden sei, und, obwohl der Täter bekannt war, er erst einen Monat später zur Einvernahme zur Polizei vorgeladen worden sei. Der Mann war immer noch auf freiem Fuß, als wir in Midyat im Mai waren. Tatsächlicher Grund des staatlich sanktionierten Mordes war, daß Fehmi Yarar den Versicherungen des Bischofs, nun werde alles

besser gelaufen habe, und fortan bei der Durchsetzung seiner Interessen, bei der Verteidigung seines Eigentums gegenüber muslimischen Konkurrenten einiges Selbstbewußtsein gezeigt hatte. Die Staatsanwaltschaft ließ hingegen verbreiten, der Christ sei von der kurdischen Terrororganisation PKK erschossen worden.

Andererseits werden Junge Assyrier, die versuchen wollen, die Restgemeinden der Christen im Tur Abdin zu stärken und zum Bleiben zu bewegen, unter der Beschuldigung verhaftet, sie kollaborierten "mit den Kurden", also wohl den politisch national-gesinnten Kurden. In der Tat ist eine Rettung der christlichen Restgemeinden ohne eine Verständigung mit den muslimischen Nachbarn, das heißt in der Mehrheit mit muslimisch-konservativen und staatsstreuen Kurden nicht möglich. Genau diese hatten jungen Leute versucht, und genau dies zu verhindern ist eines der Ziele der vom Gouverneur neu lizenzierten kurdischen "Dorfschutzwilizen". Nach wie vor befinden sich die jungen assyrischen Christen Yakub Ozygün, ein Akademiker, und Fuat Oyal, ohne Anklage im Gefängnis, nachdem im Frühjahr ursprünglich sieben Assyrier unter der Beschuldigung der Kollaboration mit den Kurden verhaftet worden waren.

Meine Gesellschaft wertet dies nach Augenschein vor Ort als den Versuch der türkischen Staatsorgane, jedwedes friedliche Arrangement zwischen der kurdischen Mehrheitsbevölkerung und der christlichen Minderheit zu unterbinden.

An dieser Tatsache ändert wenig, daß es mit Hilfe von Geldern der EKD und des Weltkirchenrates gelungen ist, wenigstens die Umgebung des Bischofs von Midyat und das dazugehörige Kloster Mar Gabriel (Der ül ömer) so weit zu stabilisieren, daß es mittlerweile als Aushängeschild gegenüber westeuropäischen Parlamentariern und Kirchleuten von den baskischen Biskopoen vorführt. Vorführzone christliches Reservat, türkischen Behörden mißbrauchtes christliches Reservat, besser gesagt, ein syrisch-orthodoxer Vorzeigezoo, dient.

Im Übrigen verweise ich für Details auf andere aktuelle Analysen der Situation der Assyrier im Hinblick auf die Lage auf dem Gebiet von Estel. Substantiell die Situation in Midyat (Hauptort).

Das Spektrum kulturpolitischer Unterdrückungsmaßnahmen ist besonders groß. Schließlich ist die Kultur das Rückgrat der nationalen Identität eines Volkes. Darum setzt die türkische Unterdrückung hier beim Verbot des Gebrauchs der Muttersprache an (ich verweise hier auf das überreichte Papier zum "Sprachenverbotsgesetz und die beigelegten Materialien): muttersprachlicher Unterricht, muttersprachliche Veröffentlichungen, selbst die Herstellung und der Vertrieb von muttersprachlichen Musikkassetten werden strafrechtlich verfolgt. Eine Ausnahme auf dem Papier bilden die "nichtmuslimischen Minderheiten", d.h. Christen und Juden. In der Praxis hat man hierunter lediglich die Griechen und Armenier in Istanbul verstanden, also nicht die Assyrer oder orthodoxen Araber, oder gar die kurdischsprachigen Yezidi.

Aber selbst bei Armeniern und Griechen werden eine Fülle von Repressalien angewandt, die die Absicht der entsprechenden Bestimmungen des Lausanner Vertrages unterlaufen.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die massive Diskriminierung der alevitischen Bevölkerung (türkischer, kurdischer und arabischer Volkszugehörigkeiten) hingewiesen werden, die der Kürze halber in einem gesonderten Papier abgehandelt wird, und auf das lediglich verweisen wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß hier, ausgelöst durch ein diesen alavitischen Bevölkerungsanteil in ihren Provinzen beängstigend erscheinender Ausgang der Kommunalwahlen vom 26. März 1989 - mit einem deutlichen Anstieg der Anteile der sunnitisch-fundamentalistischen Parteien in diesen Provinzen - die Ursache für plötzliche Anschwellen des Zustroms alevitischer Asylbewerber in Österreich, in der Bundesrepublik vor allem aber in Großbritannien in den letzten Wochen zu suchen ist.

Bei christlichen Volksgruppen, bei denen die Religion wesentlicher Bestandteil der kulturellen bzw. nationalen Identität ist, kommen religionspolitische Restriktionen hinzu. Sie zeigen sich sowohl in der Behinderung der kircheninternen Verwaltungstätigkeit, als auch bei der Behinderung der seelsorgerischen und karitativen Aufgaben der Kirche. Christliche Rekruten (wie auch yezidische) leiden während ihres Militärdienstes oft unter Schikanen und Mißhandlungen durch muslimische Kameraden und Vorgesetzte. Christliche Schüler sind zur Teilnahme am muslimischen Religionsunterricht (nun "Ethikunterricht genannt, praktisch aber nach wie vor Vermittlung der "reinen sunnitischen Mehrheitsmeinung des Islam) gezwungen, und zwar sowohl auf staatlichen, wie auch auf (christlichen) Privatschulen. In ländlichen Gebieten sind Armenier wie Yezidi einer Art feudalem Leibeigenschaftssystem ausgesetzt, ohne daß der türkische Staat gegen diese Form der Sklaverei einschreitet. Am Beispiel der Yezidi glaube ICH HINREICHEND BEWEISEN ZU HABEN, daß der Staat aus Gründen der opportunistischen Machterhaltung der jeweiligen Regierung dieses System nicht nur duldet, sondern stützt, um die davon profitierenden herrschenden Kreise im Wahlgang auf die Seite der Regierungspartei zu ziehen.

Kulturpolitische Repressionen bestimmen außerdem den Umgang der türkischen Behörden mit dem kulturellen Erbe der kleinasiatischen Völker. Armenische, assyrische, georgische, griechische und yezidische Sakralbaudenkmäler werden vernachlässigt und teilweise mutwillig zerstört.

Objekte, die das häufige Ziel auslandstouristischer Reisen bilden, werden in offiziellen türkischen Darstellungen für die türkische bzw. seldjukische Kultur vereinnahmt, teilweise unter bewußter Verfälschung des Baudatums. Zu diesen subtileren Praktiken der kulturellen Unterdrückung gehört auch die Türkisierung von Ort- und Personennamen sowie die bereits erwähnte Verfälschung der Kunst- und der allgemeinen Geschichte.

Vom Standpunkt des türkischen Nationalismus aus leben in der Türkei nur Türken. Dem entspricht eine nationalistische Geschichtsdarstellung, die die türkische Präsenz in Kleinasien möglichst weit in die Geschichte zurückzudatieren versucht. Von der theoretischen Leugnung anderer Kulturen ist es aber dann nur ein kurzer Schritt bis zur Zerstörung ihrer baulichen Zeugnisse, die oft einen unschätzbaren Wert in der Kulturgeschichte der Menschheit aufweisen.

Die meisten kulturpolitischen Unterdrückungspraktiken stehen in direktem Widerspruch nicht nur zu internationalen Abkommen, die auch die Republik Türkei unterzeichnet hat, sondern sogar zu ihrer eigenen Verfassung von 1982 und in jedem Fall zum Lausanner Friedensvertrag von 1923.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Gesetzliche Grundlagen der von den türkischen Behörden betriebenen Politik der Vertreibung der Yezidi *beispielsweise für andere Minderheiten*

Seit Ende der 60er Jahre werden mit unterschiedlicher Intensität verschiedene Pläne verfolgt, die die Schaffung eines mindestens 15 bis 40 Kilometer breiten Sicherheitsgürtels entlang der irakisch-türkischen und syrisch-türkischen Grenze vorsieht. Diese Pläne hatten unterschiedliche Ziele, jedenfalls soweit sie der Öffentlichkeit dargelegt worden sind: Anfangs ging es darum, die Sicherheit der Grenzgebiete durch die Ausdünnung der grenznahen yezidisch-kurdischen und kurdisch-muslimischen sowie christlichen Bevölkerung und die Errichtung von zentralen Staatsfarmen, in denen aus der Westtürkei geholte Landarbeiter und loyale Kurden arbeiten sollten, zu erhöhen. Seit der Machtübernahme der Militärs im Jahre 1980 wurden unter Berufung auf das Forstgesetz sogenannte "Toplu Köyler", Mittelpunktörfer, geschaffen, in die die Bevölkerung der grenznahen Gebiete umgesiedelt werden soll. Diese Umsiedlung ist z.B. in Derelik bereits erfolgt. Die Zentraldörfer sind in Wirklichkeit Internierungslager, in denen es weder Arbeitsplätze noch bebaubares Land gibt. Seit sich die militärischen Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 1984 im Gebiet intensiviert haben, die bis Ende 1985 vom Irak und von Syrien aus erfolgten, seitdem jedoch ausschließlich von syrischem Territorium ausgehen, hat die türkische Staatsmacht zunächst ohne gesetzliche Grundlage "Dorfschützer"-Milizen aufgebaut. Der Aufbau der Milizen wurde inzwischen gesetzlich abgesichert. Heute üben diese bewaffneten Milizen praktisch polizei- und gendarmerieähnliche Funktionen in dem Grenzgebiet aus. Führende Repräsentanten der kurdisch-muslimischen Herrschaftsschicht nutzen ihre hervorragend ausgestatteten und mit staatlicher Deckung und Unterstützung operierenden Milizen dazu, sich persönlich am Landeigentum der nichtbewaffneten yezidischen Restbevölkerung zu bereichern.

Systematisch nutzte der türkische Staat sein Gesetzesmonopol, um seine erklärten (Sicherheit), wie auch nicht erklärten Ziele (Vertreibung der yezidischen und christlichen Bevölkerung) durchzusetzen. Die folgende Übersicht enthält die Gesetze, die die katastrophalen Lebensbedingungen der Yezidi am einschneidendsten prägten:

- 1.) Mehr als zwei Dutzend Siedlungsgesetze aus den Jahren seit 1924 (sic) sind reaktiviert worden (Umsiedlungen).
- 2.) Reaktivierung des Blutrachegesetzes aus den 30er Jahren, das als Vorwand für Umsiedlungen und Verbannungen ganzer Sippen dient (Nr. 3236/1937).
- 3.) Reaktivierung des sogenannten "Dersim/Tunceli-Gesetzes Nr. 2510 von 1934" (Iskan Kanunu) und des Gesetzes Nr. 2884 vom 25. Dez. 1935 ("Tunceli'nin Yönetimi Hakkında Kanun").
- 4.) Reaktivierung des Tapu- (Grundbuch-) Gesetzes Nr. 2644 vom 29.12.1934 durch Erlass von 1986 und Erlass von 1987 für die Provinzen Siirt und Mardin; (29. Aralık 1934 tarihli ve 2644 sayılı Tapu Kanunu).
- 5.) Das Forstgesetz (in der Verfassung verankert!).
- 6.) Die Bestimmungen des Tabakmonopols (mit Sonderpreisen - niedrigste Kategorie - für dieses Gebiet).
- 7.) Gesetz über die Errichtung von "Toplu Köyler" (Mittelpunktörfer).
- 8.) Das 1985 verabschiedete Gesetz über die "Dorfmilizen" sowie die Folgebestimmungen, in denen der für die kurdischen Provinzen zuständige Gouverneur nach dem 19. Juli 1987 die Rechte der "Dorfmilizen" näher umschrieb.

Gesetze zur Umsiedlung, Zwangsansiedlung und Deportation seit Gründung der Republik Türkei:

- 1.) Gesetz Nr. 675 vom 10. Dezember 1925 über die Zwangsansiedlung von Nomadenstämmen, die die ihnen zugewiesenen Siedlungsorte ohne Erlaubnis verlassen haben. "Mahalli Iskanlarını İziniz Terk Eyleyen ve Mültecilerle Asiretler Hakkında".
- 2.) Ansiedlungsgesetz Nr. 885 vom 31. Mai 1926 ("31. Mayıs 1926 tarih ve 885 sayılı Iskan Kanunu").

3.) Gesetz Nr. 1097 vom 10. Juni 1927 über die Verbringung einiger Personen aus den östlichen Gebieten in die westlichen Provinzen ("10. Haziran 1927 tarih ve 1097 sayılı, Bazi Eshasin Sark Mintikalarından Garb Vilayetlerine Nakline Dair Kanun").

4.) Gesetz Nr. 1178 vom 12. Dezember 1927 ("12. Aralık 1927 tarih ve 1178 sayılı Kanun Hükümünün Kaldırılmasına Bakanlar Kurulu'nun Mezun Olduguna Dair Kanun").

6.) Gesetz Nr. 2263 vom 11. Juni 1933 in Verbindung mit Siedlungsgesetz Nr. 885, § 3 ("11. Haziran 1933 tarih ve 2263 sayılı, 885 sayılı Iskân Kanun'un 3. Maddesine Bir Firka Havesi Hakkinde Kanun").

7.) Siedlungsgesetz Nr. 2510 vom 14. Juni 1934 ("14. Haziran 1934 tarih ve 2510 Iskân Kanunu") in Verbindung mit den Gesetzen Nr.

2848

3657

3667

3683

4062

5098

5227

5420

5826 sayılı kanunlarla bazı eklemeler ve değişiklikler yapılmıştır - vom 3. August 1951 (betr.: Ağrı, Sason, Tunceli, Zeylan (Van), Kars und Diyarbakir, Bitlis, Mus, Bingöl)

8.) Grundbuch-(Tapu)Gesetz Nr. 2644 vom 29. Dezember 1934 ("29. Aralık 1934 tarihli ve 2644 sayılı Tapu Kanunu").

9.) Gesetz Nr. 2650 vom 26. Dezember 1934 ("26. Aralık 1934 ve 2650 sayılı Kanunu 44. Maddesine. Bir Fikra Ilave Edilmesi Hakkında Kanun").

10.) Gesetz Nr. 2849 vom 21. November 1935 ("21. Kasım 1935 tarih ve 2849 sayılı, Iskân İşlerini Sağlık ve Sosyal Yardım Bakanlığı'nin Devrine Ve Ayri Bir Bütçe ile İdare Edilmesine Dair Kanun").

11.) Gesetz Nr. 2884 vom 25. Dez. 1935 ("Tunceli'nin Yönetimi Hakkında Kanun").

12.) Gesetz Nr. 105 vom 19. Oktober 1960, ergänzend Siedlungsgesetz Nr. 2510 (19. Ekim 1960 tarih ve 105 sayılı, 2510 sayılı Iskân Kanunu'na Ek Kanun). In Verbindung mit den Gesetzen Nr.

2510

2650

2873

2873

2848

3123

3371

5057

3367

3683

4062

5098

5227 sayılı kanunların bu kanunla ilgili olduğu belirtilmiştir.

13.) Milli Güvenlik Konseyi'nce 1983'te getirilen yeni yasa.

14.) Bei den neuerlichen Aufforderungen, sich für Umsiedlungen bereitzuhalten, wird unter Bezug auf die neuen Verfassungsartikel 169 und 170 (früher Art. 131 f.) vor allem § 2a des Forstgesetzes Nr. 6831 zugrunde gelegt. So in der Aufforderung vom 10.2.1987 an die Verwaltung der Dörfer des Landkreises von Pülümür, Provinz Tunceli.

15.) Eines der häufig angewandten Gesetze, das dazu diente, unbemessenen oder schlicht störenden Stämmen und Familien die Führung und die wirtschaftliche Existenzgrundlage zu entziehen, war das Gesetz Nr. 3236 vom 11.6.1937 "über die Maßnahmen hinsichtlich der Verwandten der Täter von vollendeten oder versuchten Totschlagsverbrechen, die aus Gründen der Blutrache begangen worden sind." Es wurde durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes der Republik Türkei vom 11.2.1964 (in einem Blutrachefall der prominenten Fa-

milie Bucak) auf Anrufung durch das 1. Schwere Strafgericht in Urfa für verfassungswidrig erklärt (Amtsblatt Nr. 11753 vom 14.7.1964), nachdem es während 27 Jahren vor allem zur Deportation führender Stammesfamilien gedient hatte.

16.) Das unter 12. genannte Ergänzungsgesetz Nr. 105 vom 19. Oktober 1960, das vom Komitee der Nationalen Einheit als Ergänzung zum Siedlungsgesetz Nr. 2510 vom 14. Juni 1934 (siehe 7.) erlassen wurde, sieht vor:

"Die Zwangsumsiedlung von Personen nebst blutsverwandten und verschwägerten Angehörigen bis zum vierten Grade, die unter Mißbrauch religiöser Gefühle, Traditionen oder fremder Ideologien oder mit Gewalt und Zwang einen beherrschenden Einfluß auf die Bevölkerung ihres Wohnortes ausüben, und darauf gestützt, die Bewohner physisch und psychisch bedrohen, ihren Frieden stören oder sie ausnutzen oder die Rechte der Person verletzen, mit Unterdrückung und Gewalt auf ihre Willensentscheidungen bei Ausübung ihrer Rechte einwirken oder sich in irgendeiner anderen den nationalen Interessen Schaden bringenden Weise betätigen." (Hirsch 1966).

17.) Das unter 11. genannte Gesetz Nr. 2884 vom 25. Dezember 1935, das unter dem Namen "Tunceli-Gesetz" bekannt ist, ist nach wie vor mit unzähligen Durchführungsbestimmungen in Kraft. Soweit irgend möglich wird heute angesichts der Umstrittenheit dieses Gesetzes auf andere Bestimmungen wie die zum Schutze der Waldbestände im Forstgesetz Nr. 6831 zurückgegriffen, um Diskriminierungen der Yezidi zu rechtfertigen.

18.) Das am 5. Mai 1932 beschlossene Gesetz über die Deportation und Vertreibung der Kurden wurde in seinem ursprünglichen Wortlaut weitgehend geheimgehalten und erst nach Ergänzung einiger Bestimmungen, die der Beruhigung der Weltöffentlichkeit dienten, als Siedlungsgesetz Nr. 2510 am 14. Juni 1934 (siehe 7.) veröffentlicht. Es ist bis zum heutigen Tag in Kraft und dient unter anderem als Grundlage für die Dekrete zur Errichtung von "Toplu Köyler" (Mittelpunktdörfer).

Siedlungsgesetz Nr. 2510 vom 14. Juni 1934 (Auszüge)

"Um die türkische Kultur zu verbreiten, wird die Regierung das o.g. Gesetz nach bestimmten Punkten verwirklichen. Dazu hat das Innenministerium die Türkei in drei Regionen aufgeteilt:

1. Diejenigen Regionen, in denen die türkische Kultur in der Bevölkerung sehr stark verankert ist.
2. Diejenigen Regionen, wo die Bevölkerung angesiedelt werden soll, die zu türkisieren ist (das sind die Gebiete im Westen, besonders am Mittelmeer, der Ägäis, dem Marmara-Meer und Trakya).
3. Diejenigen Regionen, die aus gesundheitlichen, ökonomischen kulturellen, militärischen und sicherheitstechnischen Gründen entvölkert werden müssen und in denen niemand mehr ansiedeln darf. (Das sind Agri, Sason, Tuncel: (ehem. Der-sim, J.R.), Van, Kars, der südliche Teil von Diyarbakir, Bitlis, Bingöl und Mus)."

Paragraph 9 in Abschnitt 2 dieses Gesetzes lautet:
"Zigeuner und nichttürkische Nomadenstämme, die die türkische Staatsbürgerschaft haben, werden in den Regionen angesiedelt, in denen die türkische Kultur sehr stark verbreitet ist, jedoch nur in kleinen Gruppen. Wenn es die Sicherheit des Landes erfordert, können sie aus der Türkei ausgewiesen werden." (Roth 1978)

Der Text des Gesetzes vom 5. Mai 1932 ist im Anhang in französischer Sprache wiedergegeben. Es soll den rassistischen Geist der gesamten diesbezüglichen Gesetzgebung bis auf den heutigen Tag verdeutlichen, auch wenn das Auswärtige Amt (AA) in einer schriftlichen Stellungnahme (203-320.15 TU) an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen vom 14. Januar 1988 behauptet:

"Diese Maßnahmen sind jedoch nicht gegen die Bevölkerung gerichtet, sondern dienen ihrem Schutz gegen den PKK-Terrorismus (...)"

Mit diesen Maßnahmen meint das AA ausdrücklich die Errichtung von Mittelpunktdörfern.

Es ist nachzutragen, daß eine Reihe von international anerkannten Autoren und diplomatischen Beobachtern davon auszugehen, daß 750.000 bis 1,5 Millionen Kurden aufgrund der genannten Gesetze aus ihrer Heimat zwangsumgesiedelt wurden.

Die Errichtung von Staatsfarmen und Mittelpunktdörfern bedroht auch die Yezidi

Im Anhang dokumentieren wir in einer Übersetzung einen Artikel aus der türkischen Tageszeitung CUMHURİYET vom 31. August 1971, in dem Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates erläutert werden, die die Errichtung einer Sicherheitszone entlang der syrisch-irakischen

Grenze bis zur iranisch-irakischen Grenze betreffen. Das wahre Ausmaß der geplanten Vertreibung der yezidischen und christlichen Bevölkerung wird dadurch verschleiert, daß man nur von der Errichtung von zunächst 10 und später 15 Staatsfarmen entlang der Grenze spricht. CUMHURİYET läßt aber keinen Zweifel daran, daß sehr wohl militärische und politische Ziele mit diesem Beschluß verfolgt werden:

"Als die Ideen über die Staatsfarmen entlang der syrisch-irakischen Grenze entwickelt wurden, wurde auch an die Vorteile gedacht, die diese Farmen für unsere nationale Sicherheit bringen. Welcher Art diese Vorteile sein werden, wird später durch die Arbeit der verantwortlichen Ämter und Organe festgestellt. Ein anderer Zweck der Errichtung dieser Farmen ist die Verhinderung der Infiltrationen aus diesen beiden Nachbarstaaten, wo oft Regierungsputsche stattfinden und anarchistische Bewegungen ihr Unwesen treiben. Denn die Verantwortlichen haben während der letzten Vorfälle in unserer Heimat festgestellt, daß die gefährlichen Infiltrationen, die unsere Einheit gefährden, besonders von dieser Grenze gekommen sind und sie haben die Schließung dieses Weges für notwendig gehalten."

Es bedarf also nicht der Aufnahme von Guerilla-Aktivitäten einer Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in den 80er Jahren, um aus türkischer Sicht Sicherheitszonen an der Grenze für geboten erscheinen zu lassen.

Damals wurde zunächst in Ceylanpınar und in Senyurt mit dem Aufbau dieser Staatsfarmen begonnen. Bei bewaffneten Zusammenstößen in Ceylanpınar und bei Senyurt stellte sich kürzlich heraus, daß in einer Staatsfarm bereits 184 turkstämmige Kirgisen aus Afghanistan und in einer anderen eine nicht genannte Zahl schwerbewaffneter Angehöriger der gleichen Volksgruppe angesiedelt worden waren.

Viele in der Gegend ansässige Yezidi, waren in den Westen des Landes deportiert worden, einige von ihnen waren in den von der türkischen Armee besetzten Nordteil der Insel Zypern umgesiedelt worden.

Bei dieser Gelegenheit stellt sich heraus, daß insgesamt mehr als 12.000 afghanische Siedler bereits in der kurdischen Provinz Urfa, in Ceylanpınar, Hilvan, Birecik, Surna und in den Provinzen Gaziantep, Diyarbakir und Van angesiedelt und schwer bewaffnet worden waren. Diese Zahlenangaben verdeutlichen die Entschlossenheit der türkischen Behörden, im Südosten des Landes loyale afghanische

Siedler seßhaft zu machen. Dafür braucht man jedoch dringend Siedlungsraum, so daß mit allen Mitteln die Vertreibung der dort auch ansässigen Yezidi-Bevölkerung intensiviert wird. Ein Leser unserer Zeitschrift "pogrom" schrieb uns am 21.11.1986:

(...) Ich erfuhr von einem Mitstudenten, daß seit vier Jahren Kirgisen aus dem afghanischen Pamir mit ihrem Khan Haci Rahman, östlich des Van-Sees leben sollen. (...) Wir haben sie besucht, d.h. gefunden, in einem für sie errichteten "Reihenhausdorf" des Ortes Ercek am Ercek See."

Solche Siedlungen für die Angehörigen der Turkvölker Afghanistans existieren bereits oder werden gerade eingerichtet in Özalp, also in der Nähe von Ercek, Albayrak, in Esenler, Yüksekova an der irakischen Grenze, in Semdinli, Cukurca, Silopi, bei Cizre. Leider fehlen uns hierzu noch Detailangaben.

Am 4. und 5. August 1982 hatte die gesamte türkische Tagespresse über die Ansiedlung von damals insgesamt 4351 Siedlern aus Afghanistan berichtet, die mit Flugzeugen über Adana eingeflogen worden waren. Auch gegenüber dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) hatte man dies als ein Musterprojekt der Flüchtlingshilfe dargestellt und entsprechende Subventionen erhalten. Die Zeitung "Refugees" (Februar 1985) des UNHCR hatte darüber berichtet. Seither hatte es jedoch mehrere kritische Anfragen, auch von der Gesellschaft für bedrohte Völker, beim Flüchtlingskommissariat gegeben, und seither ist es schwieriger geworden, Informationen über die Siedlungsprojekte für Afghanen in Kurdistan zu bekommen.

Hingegen lassen sich zumindest seit Ende 1985 Informationen über Maßnahmen, die als innere Angelegenheiten angesehen werden, in der türkischen Öffentlichkeit nicht mehr unterdrücken. Wenn es sich um grenznahe Gebiete handelt, wird mittlerweile sogar darauf verzichtet, die Maßnahmen der türkischen Behörden und der Armee mit der Notwendigkeit des Aufbaus einer sozialen Infrastruktur für die Bevölkerung zu begründen. Ganz offen wird so teilweise von der Notwendigkeit der Eindämmung der terroristischen Gefahr gesprochen:

11 Dörfer sollen geräumt werden

Um Einflüsse separatistischer und kommunistischer Gruppen auszumerzen, sollen 11 Dörfer im Grenzgebiet Iran-Irak-Türkei geräumt werden. Nach der Räumung wird dieses Gebiet von den Streitkräften und dem türkischen Geheimdienst MIT kontrolliert werden. Die Namen der 11 Dörfer sind folgende: Meselik, Ayranlı, Kandil, Karasu, Yukarı, Pirinceken, Unlüce, Genisdere, Cayirli, Sarp, Üzümkiran und Vargelim.
(TERCÜMAN, 11. Februar 1986)

Der zuständige Militärsprecher sagt es denn auch ohne Umschweife:

Die türkischen Streitkräfte sind der Meinung, daß das 'verzerrte Siedlungssystem' geändert werden müsse. Ein neues Siedlungssystem für den Osten (...). Ein Vertreter des Generalstabes, den wir nach seiner Meinung gefragt haben, äußerte, daß man den Auseinandersetzungen im Osten nicht lediglich mit militärischen Mitteln begegnen kann (...). Es gibt hier weit verstreute Siedlungen und man kann nicht für jede Siedlung einen Militärposten errichten (...). man muß unbedingt zum zentralen Siedlungssystem übergehen (...).
(MILLIYET, 19. Februar 1987)

Zur Deportation von größeren Bevölkerungsgruppen in grenzferne Gebiete wurden bereits 1986 entscheidende Vorbereitungen getroffen. Immer noch wird jedoch das Argument der gefährdeten Grenzen vorge-schoben: Dabei wird außer Acht gelassen, daß davon dann auch Provinzen betroffen sind, die man durchaus nicht als grenznah zum Iran oder zum Irak und Syrien ansehen kann:

An der Grenze wurden 8 Provinzstädte zum Krisengebiet, 10 zur Pufferzone erklärt

Durch den Krieg zwischen Irak und Iran verschärft sich die Situation im Südosten der Türkei. Deshalb wurden vom Innenministerium folgende Maßnahmen getroffen: 8 Provinzstädte wurden zu Krisengebieten erklärt, 10 angrenzende zu Pufferzonen ernannt. Da es an den Grenzen im Osten und Südosten des Landes zu illegalen Grenzübertritten kommt, wurde an alle Gouverneure eine Verordnung erlassen, die besagt, daß in allen Hotels und Motels verschärfte Ausweiskontrollen durchgeführt werden sollen. Die illegal Eingereisten und alle, die ihnen Unterstützung gewähren, müssen beobachtet werden.

Bei den Provinzstädten, die zum Krisengebiet erklärt wurden, handelt es sich um Kars, Agri, Van, Hakkari, Mardin, Sanliurfa, Gaziantep und Hatay. Als Erste Pufferzone gelten Trabzon, Erzurum, Elazig und Diyarbakir und als Zweite Pufferzone Samsun, Amasya, Tokat, Sivas, Kayseri und Adana.
(TERCÜMAN; 19. Februar 1986)

Zur Grenzsicherung müßten eigentlich schon die im folgenden geschilderten Maßnahmen ausreichend sein:

An der Südostgrenze ein Hindernis von 180 km

Es werden weiterhin Maßnahmen ergriffen, um gegen die Mitglieder von separatistischen Banden, die in 10 Lagern in Syrien ausgebildet werden und dann an verschiedenen Stellen von Mardin und Urfa ins Land eindringen, und um nebenbei auch gegen die Schmuggler vorgehen zu können. Dabei reicht aber der Stacheldraht nicht aus. Einerseits ist geplant, 180 km der insgesamt 877 km langen Grenze im Südosten mit diesen physischen Hindernissen auszustatten. 30 km davon sind schon in Nysaybin fertiggestellt. Desweiteren soll die gesamte Grenze beleuchtet werden. Davon sind 62 km fertiggestellt. Schließlich gibt es an der syrischen Grenze noch Felder für Fußspuren. Hier ist auf einer Breite von 6-8 Metern feiner Sandgestreut worden, auf dem Spuren sofort sichtbar werden. Ebenfalls seit längerer Zeit existieren Minenfelder, in denen es lediglich Verbindungswege zu den Kontrollstellen gibt.
(MILLIYET, 27. Februar 1986)

Zuverlässige Informationen zeigen, daß nach der ersten Phase der "Entvölkerung" der unmittelbar an der Grenze gelegenen Sicherheitszonen, die ab 1982 besonders intensiv in Angriff genommen wurde, ab Mitte 1985 mit der Zerstörung abgelegener Dörfer und Weiler begonnen wurde (sogenannte mezra, oba etc.). Ihre Einwohner wurden in "strategischen Siedlungen" bzw. "Mittelpunktdörfern" (toplu köyler) zwangsangesiedelt. Dies geschah keinesfalls nur in grenznahen Gebieten und sicherlich nicht "im Rahmen von Strukturverbesserungen im kurdischen Südosten der Türkei" (Auswärtiges Amt vom 14.1.1988). Der Presse konnten wir die Zerstörung der folgenden Dörfer entnehmen: Desta Lalo, Dereler, Mistahe, Berkeviri, Meydili, Seredehle, Basret, Dersev, Spindarok und eine unbestimmte Anzahl weiterer ungenannter Dörfer im Gebiet von Sirnak; - Merge, Zivinga Sikaka, Guyina, Ayne, Keresa im Bezirk Erüh; -Kelahsi im Bezirk Genc; und im Hakkari und Van Gebiet: Genisdere, Kandil, Karasu, Ayranlı, Sarp, Unlüce, Cayirli, Mesecik und ungenannte und ungezählte andere. (Diese Aufstellung ist sicherlich unvollständig).

Toplu Köyler, Mittelpunktdörfer, wurden nach unseren Informationen in folgenden Gebieten errichtet: in Tunceli, im Pervari Distrikt von Siirt, in Sirnak, Dereler, in Uludere/Hakkari, in Beytüşebap/Hakkari sowie im Rahmen des Süd-Van-Projektes, das im

Gegenzug zur Ansiedlung von Afghanen die Evakuierung der Urbevölkerung einer ganzen Region vorsieht.

Die Darstellung der zwangsweisen oder "freiwilligen" Ansiedlung in Mittelpunktdörfern, die eigentlich Internierungslager ohne die geringsten Arbeitsmöglichkeiten sind, erfolgt unterschiedlich:

Die Umstellung (Umsiedlung) des Batüyan-Stammes hat begonnen

Der Batüyan-Stamm, der seit ungefähr einem Jahr Zielscheibe der Angriffe der PKK ist, hat nach dem letzten Massaker in Cobandere das Dorf und die Gehöfte verlassen und siedelt aus dem Gebiet um.

Nach dem Massaker von Cobandere wurde dem Batüyan-Stamm, dessen Waffen von Seiten des Staates vorher eingesammelt worden waren, erlaubt, Waffen zu tragen. An einen Teil des Stammes wurden Waffen ausgegeben.
(TERCÜMAN, 23. Okt. 1987)

Dazu ist anzumerken, daß die Mitglieder des Batüyan-Stammes, die im geheimen Bericht über die Stämme ("Gizli Raporu"), als "unzuverlässig" und "anfällig für Propaganda des Kurdentums" dargestellt werden und daher 1970 und 1981 entwaffnet wurden, niemals dazu bereit waren, mit der PKK zusammenzuarbeiten.

Der Gouverneur von Siirt bemüht sich, die Errichtung des Pervari-Lagers folgendermaßen zu rechtfertigen:

Wir haben zwar das Recht, die Siedlungen zu enteignen und zu übernehmen, doch haben wir augenblicklich nicht vor, in dieser Sache Gewalt anzuwenden.
(CUMHURIYET, 27. Januar 1988)

Der Gouverneur erläuterte dann die Durchführung der Umsiedlungen. Jeder Familie wird eine Umsiedlungsbeihilfe in Form von Sachleistungen gewährt, die einen Wert von 2600.- bis 4000.- DM besitzen. Arbeit und Land wird den Umgesiedelten in dem Mittelpunktdorf nicht geboten.

Bei anderer Gelegenheit erklärte der Gouverneur von Siirt:

40 Familien vom Babak-Stamm nach Sirnak umgesiedelt

Um sie vor PKK-Angriffen zu schützen, wurden 40 Familien aus drei verschiedenen Dörfern der Kreise Uludere und Beytüşebap nach Sirnak umgesiedelt. Außerdem erhielt jede Familie eine finanzielle Unterstützung von 4 Millionen TL.

Der Gouverneur von Siirt, Selami Teker erklärte: " ... Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, wie und womit sie dort in den (neuen) Provinzen werden leben können. Wir werden ihnen die benötigten Webstühle besorgen und ihnen die Möglichkeit zur Teppichherstellung geben."
(TERCÜMAN, 27. Oktober 1987)

Der Gouverneur vergaß zu erwähnen, daß der genannte Batak-Stamm sich ausschließlich von Viehzucht ernährt, und Teppichknüpferei nur ein Nebenerwerb der Frauen ist.

Am 24. Juni 1987 hatte CUMHURIYET die bevorstehende Umsiedlung der folgenden Stämme in der Mardin-Provinz Cizre, Nusaybin, Kiziltepe, Idil und Silopi; in Siirt, Urfa und Diyarbakir Provinzen gemeldet: Garisiyan, Memedian, Beritan, Davudian, Dedefan, Ispritiyaqn, Teyyani, Zevkan, Sidan, Alikan, Manguran. Hierfür seien die Pläne nun ausgearbeitet worden.

Anfang 1987 hatte der Generalstabschef General Uruq erklärt: "Die Streitkräfte lieben die Demokratie, aber die schlecht ausgesuchte Lage der Dörfer muß neu festgelegt werden. Die Grenzdörfer müssen verlegt werden, die Vorbereitungen dazu beginnen dieses Jahr. Der zuständige Staatsminister bestätigte die Aussage des Generalstabschef. (CUMHURIYET, 18. und 28.2. 1987, HÜRRIYET, 26.2.1987).

Grundlage dieser Zwangsmaßnahmen ist das in der Rezmî Gazetesi, 28. Dezember 1983, verkündete Gesetz über die Mittelpunktdörfer. Uns steht leider nur eine Zusammenfassung des Gesetzestextes zur Verfügung, die CUMHURIYET am 4.2.1987 veröffentlichte. Die Zeitung schreibt, daß 1983 die Köyisleri ve Kooperativler Bakanligi des "Örnek Köy Proje Taslagi", also das Generaldirektorat für Dorfangelegenheiten und Genossenschaftswesen, das "Örnek Köy Proje Taslagi" initiiert hätte, das auf der Grundlage des Gesetzes durchgeführt werde. Demnach dürfe es bis 1987 nur noch Ortschaften mit mindestens 100 Häusern geben. Für dieses Projekt würden 4 Milliarden T. Lira eingeplant. Es würde bedeuten, daß 52.000 mezra (Weiler) und 10.400 Dörfer davon betroffen würden.

Damit wurde eine neue Phase der systematischen Zwangsumsiedlung der Urbevölkerung aus dem Südosten der Türkei eingeleitet, die der Massendeportationen.

Zwangsumsiedlungen in Kurdistan: Die Yezidi sind in zweifacher Weise Opfer der Verfolgung

Angesichts der geplanten Massendeportationen muß nochmals hervor-
gehoben werden, daß die Yezidi in zweifacher Weise Opfer der Ver-
folgung werden. So werden sie einerseits aufgrund ihrer kurdischen
Abstammung von den türkischen Behörden und Bürgern mit den Kurden
identifiziert und sind somit auch der Diskriminierung und Verfol-
gung ausgesetzt, unter der alle 10 bis 12 Millionen Kurden in der
Türkei zu leiden haben. Die Yezidi unterscheiden sich von der gros-
sen Bevölkerungsgruppe der mehrheitlich muslimischen Kurden durch
ihren synkretistischen Glauben, der von muslimischen Kurden und
Türken gleichermaßen nicht geduldet wird. Somit werden sie anderer-
seits nicht nur aufgrund ihrer ethnischen Abstammung, sondern auch
aufgrund ihres Glaubens verfolgt. So leiden die Yezidi unter Dis-
kriminierung, irrationalen Haß, Verachtung und einer zum Teil offen
zu Tage tretenden Pogrom-Stimmung. Als schwächstes Glied der kur-
dischen Gesellschaft werden sie sowohl Opfer der Diskriminierung
und Verfolgung durch die türkischen Behörden als auch der Zwangs-
anwendung durch die kurdisch-muslimische Mehrheitsbevölkerung.

Die Yezidi sind heute wehrlos, während ihre kurdisch-muslimischen
Nachbarn, die als nächste den ganzen Umfang staatlicher Verfolgung
spüren werden, noch hoffen, sich durch "Loyalität" zu den türki-
schen Behörden und Engagement bei der "Eindämmung der Terroristen-
gefahr" von der Verfolgung freikaufen zu können.

Da die Yezidi in zweifacher Weise Opfer der Verfolgung sind, kann
nicht darauf verzichtet werden, hier auch das ganze Spektrum der
Verfolgung der Kurden durch die Behörden anzuzeigen. Nur so kann
die absolute Hoffnungslosigkeit der Situation der Yezidi in der Tür-
kei vom Leser ermessen werden.

Wie wenig Zweifel am Zwangscharakter der Massenumsiedlungen be-
rechtigt sind, macht folgendes Dokument deutlich, das die Zeit-
schrift "2000'e Dogru" in ihrer Ausgabe vom 15.-21. Februar 1987
veröffentlichte. Bei dem Dokument handelt es sich um ein Formblatt,
das in einer ähnlichen Form in einer Reihe von Gemeinden in Kur-
distan verteilt worden war.

TC
TARIM ve ORMAN BAKANLIĞI
Orman Genel Müdürlüğü
Façeli Devlet Orman İşletmesi
Mudurluğu
Pulumür Orman Bölge Şefliği

Kısım : Kd.
Dosya : 04.Kd.30
Evrak : 15
Konu : Nakledilecek köyler

..... Köy Muhtarlığına
Pulumür

Anayasanın 169 ve 170 nci maddelerince, tarıma açılıp orman sınırları dışına çıkarılacak devletçe ihya edilen yerlere orman içi köyler halkının yerleştirilmeleri hukme bağlanmıştır.

6831 sayılı Orman Kanununun 2. A maddesi gereğince orman sınırları dışına çıkarılacak ve orman içi köyler halkının yerleştirileceği yerler genellikle toprak verim gücü yüksek olan MERSİN-ANTALYA-MUĞLA-İZMİR bölgeleri içinde veya civarında olabilecektir. Bu yerler devletçe imar ve ihya edilecek, konutlar, okul-cami ve diğer sosyal tesisler devletçe yapılacaktır, her haneye yeteri kadar tarım arazisi de verilecektir. Buraya yerleştirilecek halkın köyündeki ev ve arazisi istimlak edilerek açığa çıkarılacaktır.

Konunun köy haline dönüşülüp, gerekli izahın yapılması, kendi rızası ile bu yerlere yerleşmek isteyen köyler: 10.2.1987 tarihine kadar bölgemize müracaat etmesini rica ederim.

D.A.22/1

A. Yüksel ALDEMİR
Pulumür Orman Bölge Şefi V.
İmza

DAĞITIM:
Bölge Şefliğimize bağlı köy muhtarlıklarına yazılmıştır

.. Auszugsweise Übersetzung des Formblattes:

(...) Die Verlegung ihres im Wald gelegenen Dorfes in eine der Gegenden in der Umgebung der Provinzstädte Mersin, Antalya, Muğla und Izmir oder in eine benachbarte Gegend ist möglich. Der Bau oder die Renovierung der Wohnhäuser, Schulen, Moscheen und anderer Sozialeinrichtungen werden staatlicherseits durchgeführt und jeder Familie wird genügend Land zugeteilt. Ihr Antrag muß deshalb spätestens bis zum 29. Januar 1987 in unserem Amt eingehen und wir geben zur Kenntnis, daß die Dörfer die keinen Antrag gestellt haben, von uns eine Anordnung zur Evakuierung erhalten werden (...)

Entgegen den Erklärungen des zuständigen Ministers Hüsnü Dogan und anderer Behördenvertreter kann also von einer freiwilligen Umsiedlung keine Rede sein.

In den türkischen Medien war die Auregung über die angekündigte Massendeportation groß. Allerdings kritisierte man weniger die Tatsache, daß Hunderttausende, wenn nicht sogar Millionen Menschen auf dem türkischen Staatsgebiet hin- und hergeschoben werden sollten. Parlamentsabgeordnete und Journalisten kritisierten mehr, daß überstürzt umgesiedelt würde und das Projekt wirtschaftlich äußerst fragwürdig sei.

Der Kritik dieser ersten Gruppe schloß sich die Zeitung MILLIYET an:

Es sind nicht drei bis fünf Personen, die zu emigrieren haben, sondern in Hunderten von Dörfern lebende Zehntausende von Menschen. In einem anderen demokratischen Land würde man Jahre zuvor beginnen, die dazu erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, und vor Einleitung des Experimentes langwierige und umfassende Diskussionen führen. Die Festlegung der Dörfer und ihre Bewaldung, die Festsetzung der Ortschaften und Stadtteile, in die die zu evakuierende Bevölkerung umgesiedelt wird, die Festlegung der Erwerbsquellen in diesen Ortschaften, die Planung des Transportes und des Wohnsystems, von alledem besitzt niemand Kenntnisse. Nur ein Schreiben an die Dorfvorsteher (...), das ist alles. (MILLIYET, 19. Februar 1988)

MILLIYET irrt, was die langfristige Katalogisierung und statistische Vorbereitung einer solchen Aktion angeht. Bereits sei 1962 hatte das Generaldirektorat für Dorfangelegenheiten im Ministerium für Landwirtschaft eine gründliche Bestandsaufnahme in den "östlichen und südöstlichen" Provinzen gemacht, deren Ergebnisse "für

behördlichen Gebrauch" bestimmt waren (und somit lange Zeit auch der Öffentlichkeit vorenthalten waren) und im sogenannten "Köy Enventer Etüdderine Göre" publiziert worden waren. In den Vorworten der in den einzelnen Provinzen veröffentlichten "Köy Enventer" ist folgende Beschreibung der Ziele der Dorfbestandsaufnahmen enthalten:

Ziel der Dorfbestandsaufnahmen ist es, die Bedingungen des dörflichen Landbesitzes, Wasservorräte, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und hygienische Bedingungen festzustellen, und so die grundlegenden Daten für den Gebrauch zur Vorbereitung bei zukünftigen Dorf- und Regionalprojekten zu erhalten. (...) doch hauptsächlich wurden sie gesammelt für das Direktorat für Land und Umsiedlung, um diesem zu ermöglichen, das Land festzustellen, das für landlose Bauern oder für Umsiedlungsprojekte zur Verfügung steht und um als Grundlage für solche Maßnahmen zu dienen. (...) Detailauswertung wurde nur für das für Ansiedlung und Umsiedlung zur Verfügung stehende Land durch unser Generaldirektorat und im Hinblick auf praktische Maßnahmen vorgenommen. (...)

Grundlage der "Aufforderungen", sich zur Umsiedlung "zu melden" bzw. "bereitzuhalten" und der Androhung der Zwangsdeportation, ist das Gesetz Nr. 6831 vom 22. Dezember 1986 zum Schutz des Forstes, das sich auf die Verfassungsartikel 169 und 170 stützt:

IV. WÄLDER UND WALDBAUER

A. Schutz und Fortentwicklung der Wälder
Artikel 169 - Der Staat erläßt zum Schutz der Wälder und zur Erweiterung der Waldflächen die notwendigen Gesetze und trifft die notwendigen Maßnahmen. Anstelle abgebrannter Wälder wird neu aufgeforstet, an diesen Stellen darf anderweitige Landwirtschaft und Viehzucht nicht betrieben werden. Die Aufsicht über alle Wälder führt der Staat.

Eigentum an Staatswäldern ist nicht übertragbar. Die Staatswälder werden dem Gesetz gemäß vom Staat verwaltet und bewirtschaftet. An diesen Wäldern kann durch Fristablauf kein Eigentum erworben und außer im öffentlichen Interesse keine Dienstbarkeit bestellt werden.

Eine Erlaubnis für irgendeine Tätigkeit oder Handlung, welche die Wälder schädigen kann, darf nicht erteilt werden. Politische Propaganda, welche zur Zerstörung der Wälder führt, ist unzulässig; eine allein auf Straftaten gegen den Wald bezogene allgemeine oder besondere Amnestie darf nicht erlassen werden. Die Straftaten, die mit dem Ziel der Verbrennung von Wäldern, der völligen Zerstörung oder Verringerung des Waldes begangen werden, dürfen nicht in eine allgemeine oder besondere Amnestie einbezogen werden.

Abgesehen von den Stellen, deren Erhalt als Wald vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ohne jeglichen Nutzen erscheint

und deren Umwandlung in landwirtschaftliche Flächen dagegen als entschieden nutzbringend festgestellt worden ist, von Grundstücken, die vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ihre Waldeigenschaft vor dem 31. Dezember 1981 vollständig verloren haben und deren Verwendung für verschiedene landwirtschaftliche Bereiche wie Acker-, Wein-, Obst-, Olivenanbau oder für Viehzucht als nutzbringend festgestellt worden ist, sowie von Stellen mit städtischen, kleinstädtischen und dörflichen Gebäudeansammlungen ist die Einengung von Waldgrenzen unzulässig.

B. Schutz des Waldbauern

Artikel 170 - Die Maßnahmen zur Gewährleistung der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Dorfbevölkerung in den Wäldern oder an deren Rändern bei der Beaufsichtigung und Bewirtschaftung des Waldes im Hinblick auf die Entwicklung dieser Bevölkerung und auf den Schutz der Wälder und ihrer Einheit, die Bewertung der Stellen, welche vor dem 31. Dezember 1981 vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ihre Waldeigenschaft vollständig verloren haben, die Feststellung der Stellen, deren Erhalt als Wald vom wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht als nutzbringend erscheint, und ihre Ausklammerung aus den Grenzen des Waldes sowie die Belebung der genannten Stellen durch den Staat, um die Besiedlung dieser Stellen mit einem Teil oder der ganzen Bevölkerung der Dörfer innerhalb des Waldes zu bewirken, und die Zuteilung zur Nutzung durch diese Bevölkerung werden durch Gesetz geregelt.

Der Staat trifft die Maßnahmen zur Erleichterung der Beschaffung von Geräten und Materialien zur Bewirtschaftung und anderen Mitteln durch diese Bevölkerung.

Die Grundstücke, welche der aus dem Innern des Waldes umgesiedelten Bevölkerung gehören, werden unverzüglich als Staatswald aufgeforstet.
(Planck/Rumpf 1983:165f.)

Die Aufregung in den türkischen Medien hielt einige Zeit an. Einige ausgewählte Schlagzeilen sollen die Debatte illustrieren:

Die Bürger von Tunceli werden zur Deportation gezwungen.
233 Dörfer haben Anweisungen in diesem Sinn erhalten.
"20.000 Personen müssen ihre Dörfer verlassen" - sagt der Minister für Forsten und Dörfer, der hinzufügt, " es handelt sich nicht um eine Deportation, sondern um eine Landverteilung."
(2000'e Dogr. 15.-21.2.87; CUMHURİYET 15., 16., 17., 18.2.; TERCÜMAN 20.2.; MİLLİYET 25.2.87)

Der SHP zufolge: Das Ziel der Regierung ist die Zerstörung Tuncelis.
(CUMHURİYET, 14.3.87)

Untersuchung in Tunceli: "Ja" zur Deportation! - Nach dem Bericht, den die SHP vorgelegt hat, hat die Bevölkerung angesichts der Repression keine Wahl bei der Antwort. 210 Dörfer mit 15.767 Häusern betroffen.
(CUMHURİYET, 9. und 10.3.1987)

Betreffs der Umsiedlungen der Bevölkerung von Tunceli: "Entweder ihr geht in die Berge und ihr werdet Rebellen oder ihr evakuiert das Dorf" - Der Staatsterror generalisiert: Verhaftungen, Zerstörungen, Massaker folgen aufeinander, ohne Grund, ohne Gerichtsurteil.
(2000'e Dogru, 14.-21.3.1987)

Zeitweilig wurde von 20.000, gelegentlich von 35.000 "Umzusiedelnden" allein in der Provinz Tunceli gesprochen, dann von weiteren 50.000 in der Provinz Urfa und 55.000 Menschen in Erzincan. Der Forstminister sprach schließlich von insgesamt 9,5 Millionen Menschen, die "bewegt" werden müßten.

Zeitweilig konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die zuerst eingeleiteten "Umsiedlungen" in den Provinzen Tunceli und Erzincan, bis deutlich wurde, daß aus dem gesamtkurdischen Siedlungsgebiet umgesiedelt werden sollte und auch die westtürkischen Provinzen ins Chaos zu stürzen drohten.

Die Gemeinden in Tunceli und Erzincan, die zuerst die Bereitschaftsanordnung zur Umsiedlung erhalten hatten, werden mehrheitlich von unabhängigen Bauern mit eigenem Grund und Boden bewohnt. Dies ist in den kurdischen Regionen eine Ausnahme. Es gibt in diesen beiden Provinzen (wie man den "vertraulich" publizierten Statistiken im "Köy Eventer", Tunceli-Band, Ankara 1964, und Band Erzincan, Ankara 1967 entnehmen kann) nicht die in Kurdistan ansonsten übliche Feudalstruktur. Eine "Agrar-Reform" hätte hier also nicht als Argument für Umsiedlungsmaßnahmen dienen können.

Die geplanten Umsiedlungen von 233 Dörfern in Tunceli und 250 Dörfern in Erzincan sind aber auch nicht durch die einschlägigen Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen gerechtfertigt. In Erzincan liegen nur 29 der 559 Dörfer der Provinz in "Wäldern", oder was die Statistik als solch definierte (Köy Enventer, Erzincan, op.cit., Tafel 15/b), mit 9244 Menschen der insgesamt 193.270 Einwohner (nach der offiziellen Schätzung von 1962/63). In Tunceli liegen

nur 134 von 414 Dörfern mit 40.167 Menschen von 121.797 Einwohnern in Wäldern (Köy Enventer, Tunceli, op.cit., Tafel 15/b).

Die Tageszeitung CUMHURİYET publizierte schließlich am 5. Juni 1987 amtliche Angaben des Generalamtes für Forstwesen (Orman Genel Müdürlüğü): Danach würden bis Ende 1988 383.840 Menschen aus 648 "Waldhöfen" mit 77.548 Häusern umgesiedelt.

Für diese gemäß dem Gesetz vom 22. Dezember Umgesiedelten würden nach dem Gesetz vom 31. Dezember 1981 in den Provinzen Mersin 30.000 Hektar (ha), Mugla 25.000 ha, Antalya 70.000 ha und in Izmir 15.000 ha Land zur Verfügung gestellt. (Die betroffenen Provinzverantwortlichen meldeten umgehend Protest an. Es gäbe kein freies Land, und Umsiedlungsmaßnahmen für die einheimische Bevölkerung seien weder geplant noch notwendig. Vgl. CUMHURİYET, 16.2.87; MILLİYET, 20.3.87 u.a.m.). In der gleichen Ausgabe der Zeitung CUMHURİYET wurde auch deutlich, daß auch die Umsiedlung der lazi-schen und georgischen sowie pontosgriechischen Minderheiten in Artvin, Urdu und Giresun geplant ist.

Die Bevölkerung der beiden Provinzen Tunceli und Erzincan, die die öffentliche Debatte (für die Regierenden offensichtlich völlig überraschend) ausgelöst hatte, gehört mehrheitlich einer religiösen Minderheit an, nämlich den pseudo-alewitischen Religionsgemeinschaften. Diese Gläubigen werden von den meisten sunnitischen Muslimen als Ketzer und Häretiker angesehen. Sie gelten als "zindique" und werden verfolgt. Ähnlich wie im Falle der Yezidi sind in den Provinzen Tunceli und Erzincan mit den Lazen, Georgiern und Pontosgriechen zunächst Angehörige einer diskriminierten und verfolgten religiösen Minderheit Opfer staatlicher Zwangsmaßnahmen.

Schon 1985 wies der Religionswissenschaftler Professor Gernot Wießner von der Universität Göttingen in einem Gespräch mit dem Autor auf die gravierenden Folgen der Anwendung der verschiedenen aufgrund der Verfassungsartikel 169 und 170 erlassenen Gesetzesbestimmungen und Verordnungen für die in der Provinz Mardin lebenden Yezidi hin. Wießner beschäftigt sich seit Jahren mit diesen Fragen und berichtete aus eigener Anschauung von umfangreichen "Einzäu-

nungen" ehemaliger Weidegebiete der Yezidi auch in unmittelbarer Nähe von Dörfern südlich von Midyat, in denen Yezidi auf die Weidewirtschaft angewiesen sind. Diese Maßnahmen hätten den Yezidi häufig die letzte Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz geraubt, da sie Milchprodukte verkaufen müssen, um Bargeld zu erhalten. Über Einzäunungen von Weideland in Mardin/Midyat berichteten auch die Rechtsanwältin Elisabeth Reese und die Sozialarbeiterin Hanneke Garrar nach ihrer Rückkehr von einer Reise in die yezidischen Siedlungsgebiete im Sommer 1987 (ihr Reisebericht ist im Anhang enthalten). Ursprünglich wurden diese Einzäunungen mit der Notwendigkeit von Aufforstungen begründet. Inzwischen wurden die Gebiete zu "Sicherheitszonen" erklärt, um die Bevölkerung vor der Nutzung des Landes mit drakonischen Strafen abzuschrecken. Die Armee und die "Dorfschüttermilizen" können in diesen Gebieten ohne Anruf auf Eindringlinge mit scharfer Munition schießen.

Mit der "Redemokratisierung" der Türkei nimmt die Verfolgung der Yezidi zu

Mit der Aufhebung des Kriegsrechts am 19. Juli 1987 wurde Erklärungen der türkischen Regierung zufolge der Prozeß der "Redemokratisierung" in der Türkei eingeleitet. Doch bestimmte die Redemokratisierungsverfügung der Regierung und des Nationalen Sicherheitsrates auch, daß über acht Provinzen, die mehrheitlich von Kurden bewohnt werden, der Ausnahmezustand verhängt wurde (später wurde der Ausnahmezustand auch noch über eine neunte Provinz verhängt). Man sollte annehmen, daß sich daraufhin die Lage der Yezidi gebessert habe. Das Gegenteil war jedoch der Fall und dies war wohl auch so beabsichtigt. Erstmals seit 1926 wurde das Amt des "Obergouverneurs" mit Sondervollmachten wieder eingeführt. Dies heißt, daß über den acht Gouverneuren, in deren Provinzen der Ausnahmezustand verhängt wurde, wie die türkische Presse es nennt, ein "Supergouverneur" regiert. Dieser "Gouverneur des Ausnahmezustandes" ist nur dem Premierminister und dem Nationalen Sicherheitsrat, nicht jedoch dem Parlament verantwortlich. Das "Ermächtigungsgesetz", das seine Vollmachten definiert, sieht vor, daß er die alleinige Verfügungsgewalt über die Armee, die Luftwaffe, die Polizei, die Gendarmerie, den Geheimdienst und den Nachrichtendienst hat. Er kann in besonderen Fällen Richter absetzen. Er kann jeden ihm notwendig erscheinenden Eingriff in die Verwaltung anordnen. Der Gouverneur erhält die Vollmacht, eigenständig über Umsiedlungen und Deportationen entscheiden zu können. Er kann Sicherheitszonen erklären, d.h. er kann in Gebieten, in denen er die Sicherheit für gefährdet hält, das Kriegsrecht per Dekret einführen. Zusammengefaßt bedeutet dies, daß er in den jetzt um eine weitere Provinz erweiterten kurdischen Gebieten über mehr Vollmachten verfügt, als der Premierminister und der Staatspräsident für die gesamte Türkei besitzen.

Eine der wichtigsten ersten Amtshandlungen des Supergouverneurs war, in neue Verhandlungen mit den führenden kurdischen "staats-treuen" Chefs einzutreten und die Bedingungen mit ihnen auszuhandeln, unter denen sie weiterhin die Aufgaben der Armee, Gendarmerie und

Polizei als Dorfschützer wahrnehmen sollten. Das Resultat waren neue Verträge mit den führenden kurdischen Grundbesitzern und Stammeschefs. In diesen Verträgen wurde ihnen erstmals schriftlich völlige Straffreiheit für Straftaten zugesichert, die sie in Ausübung ihrer Dorfschützerfunktion begehen. In der Praxis sieht das so aus, daß Dorfschützer nach Belieben in den Dörfern schalten und walten können, daß sie morden, entführen, brandschatzen, stehlen und erpressen können unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung. In den Verträgen ist darüber hinaus eine Schutzklausel vereinbart, die den Supergouverneur bzw. seine Administration, die Sicherheitsorgane und die Gerichtsbarkeit verpflichtet, den Dorfschützern im Konfliktfalle Amtshilfe zu gewähren und sie vor "Beleidigungen und Verleumdungen" in Schutz zu nehmen, wie dies per Gesetz auch allen anderen Organen des türkischen Staates zusteht. So nehmen Polizei, Gendarmerie und Staatsanwaltschaft Anzeigen von Opfern von Übergriffen der Dorfschützer entweder gar nicht entgegen oder ziehen den Anzeigenden wegen Verleumdung eines Staatsorgans zur Verantwortung.

Die muslimisch-kurdische Gesellschaft, soweit sie noch intakt ist, verfügt über vielfältige Ausgleichsmechanismen, um der Willkür einzelner oder Gruppen zumindest mittelfristig entgegenzutreten. So nutzt man das Sicherheitsbedürfnis des Staates und bietet den Behörden die Mitarbeit an. Dieser Ausweg steht aber den völlig rechtlosen yezidischen und christlichen Opfern nicht zur Verfügung, selbst wenn sie ihr jahrzehntealtes Trauma der Verfolgung überwinden können. Den Yezidi bleibt wegen der besonderen historischen, emotionalen und ideologisch-religiösen Voraussetzungen kein Ausweg außer dem der Flucht.

Die aktuelle Lage in den Yezidi-Dörfern unter besonderer Berücksichtigung der Herrschaftsverhältnisse

Im Kreis Kurtalan (Provinz Siirt) gab es vor wenigen Jahren noch 38 intakte Yezidi-Dörfer. Vor zwei Jahren war davon nur noch ein einziges, nämlich Dusa, hauptsächlich von Yezidi bewohnt. Weitere hundert Familien (zwischen 700 und 1000 Personen) lebten verstreut in ihren ehemaligen Heimatdörfern im Kreis Besiri. Ursprünglich 38 von Yezidi bewohnte Dörfer waren auf 6 reduziert worden: Tegeri, Korig, Hecri, Bazivan, Henap und Sine. Die letzten Yezidi verlassen nun dieses Gebiet. Im Kreis Basa der gleichen Provinz gab es vor zwei Jahren noch etwa 300 Yezidi-Familien mit 2000 bis 2500 Personen, von denen nur noch wenige hundert Individuen heute in der Region leben.

In der Provinz Mardin und ihren Landkreisen Nusaybin, Midyat, Derik, Idil stellt sich die Situation ähnlich dar. Vor wenigen Jahren noch gab es insgesamt 34 ausschließlich oder hauptsächlich von Yezidi bewohnte Dörfer. Heute sind es noch 7 in der gesamten Provinz, in denen sich noch Rudimente der yezidischen Urbevölkerung solange versuchen zu halten, bis sie den letzten Hausrat verkauft und eine Ausreisemöglichkeit gefunden haben. Kivağ wurde letzten Sommer von der Rechtsanwältin Elisabeth Reese und der Sozialarbeiterin Hanneke Garrar besucht, die das Dorf schon zu zwei Dritteln verlassen vorfanden. Ihr entmutigender Lagebericht ist dem Anhang beigelegt. Seither ist der Exodus unaufhaltsam weitergegangen. Die verbliebenen Einwohner haben bis auf wenige Milchziegen schon heute kein Vieh mehr. Sie werden in diesem Frühjahr nicht mehr auf die Felder gehen, die bereits jetzt von muslimischen Pächtern im Auftrag der kurdischen Grundbesitzer aus Midyat bewirtschaftet werden. Ihr Land ist nun vollständig im Besitz des mächtigen Haverkan-Chefs Seyhmus Celebi.

Die yezidischen und assyrischen Dörfer in der Provinz Mardin, insbesondere im Landkreis Midyat, werden von 22 kurdischen Großgrundbesitzern, die gleichzeitig mächtige Stammes- oder Sippenchefs sind, allein oder gemeinsam beherrscht. Seit Ende des letzten Jahrhunderts versuchen diese unbeirrt von der politischen Situation,

des Landes vollends habhaft zu werden, an dem sie früher im Gegensatz zur ansässigen yezidischen und assyrischen Dorfbevölkerung lediglich Weidrechte besaßen.

Folgender Aufstellung ist zu entnehmen, welche kurdischen "Aghas" in welchen Dörfern Land und Einfluß besitzen: Selim Smailo Verde: Bahvare, Hanika, Ahlah, Pirkan, Dibban, Kefseng, Kemme, Harabe, Arnas (Bağlarbashi); die Stammesführer der Deksuri, die Cimo-Aghas: Felemez Cimo mit Strato, Hah (Anitli), Bokisyono, Zaz (Izbirak), Derike, Harabé, Derikjan; Ziver Midyati Agha Deksuri und Izmet Midyati mit großen Teilen der Stadt Midyat, den Dörfern Kersef, Enhil Daline (Sivrice), Haradé-Kafre, Bacine (Güven), Temelli (Ammara), Kayalipinar (Mikri), Alayurt (Arbai), Alagöz (Bakisyan), Kismetli (Basikilkevil), Catalan (Derik), Catalcam (Devsalip); die Bubelan-Chefs Ibrahim Kurt und Yusuf Kaso in Tandir (Sireci), Güneyli (Küçük), Ahmetli (Kasirahmet), Esentepe (Kasirahmethayro), Yobashi (Kasircivan); Hüseyin Celebi Agha Haverkan, ein weiterer Chef der Deksuri-Haverkan sowie sein Verwandter Seyhmuz Celebi mit insgesamt 23 Dörfern, darunter Mizizah (Doğancay), wo er den Yezidi das Land auf besonders rabiante Weise abnahm; die Chefs der Kikan Nevvaf Timur, Hadi Timur, Kadir Timur, aber besonders Abdulla Timur Agha mit den Dörfern Arnas (Bağlarbashi), Bate, Yerdo, Salih, Binkelbe; die Serhano-Aghas, Besir Serhano, der einen großen Teil der Stadt und Umgebung von Nusaybin zusammen mit Hacı Ibrahim Hamo besitzt sowie Camil Serhano mit Benemkem, Dervish Serhano mit Marbodo; Mohamméd Hasin mit Daline (Sivrice) und Kaferze (Altintas), Hisyne Melle mit Kartmin (Yayvantepe); Harabe Ali, Arba; Tahle Agha mit Soran (Yayalar); und erneut Salim Batte vom führenden Haus Osman des Haverkan-Stammes mit nur 8 Dörfern. Im nördlichen Teil der Provinz Mardin südlich des Tigris dominieren die Dagsuri-Chefs Seyhmuz Ekmen, Ibrahim Ekmen, Salih Ekmen mit den Dörfern Basharköy (Erdera), Yasica (Ermuni), Basova (Gülük), Gönüllü (Derdil), Ucyol (Difni), Akyar (Mervani), Karaköy (Ressi), Gökcepinar (Esi), Düzmeshe (Havri), Mesheli, Rüzgarlı (Bağlı), Arica (Kefri), Doruk (Kasir), Tepecik (Hoshkan), Gökce (Malamiki), dazu gehört ihnen ein großer Teil der Immobilien der Kreisstadt Gercüs, das bedeutet, daß insgesamt 15 der 41 Dörfer des Landkreises diesen Degsuri-Aghas mit ihren 12.000 Abhängigen gehören, un-

ter denen noch vor wenigen Jahren nahezu ein Drittel Christen und ein Fünftel Yezidi waren.

Ein weiteres Beispiel sind die Yezidi-Dörfer im Kreis Girmeli des Landkreises Nusaybin. Alle diese Orte (ebenso wie die christlichen Dörfer von Balaban) werden vom Citi-Stamm terrorisiert, deren Führer Ibrahim El sich diese Dörfer durch Gewalt und Bestechung der Katasterbeamten in alleinigen Privatbesitz hat überschreiben lassen: Kaleli (Efsi), Güneli (Gelisoran), Söğütü (Giribiya), Degirmencik (Kolikan), Gilesis (Mézrimikoke), Kocadağ (Mezrigelipira).

Das bereits erwähnte Besiri-Gebiet zwischen Kurtalan und Batman war vor 100 Jahren von vielen Armeniern und Yezidi neben einer kurdisch-muslimischen Minderheitsbevölkerung bewohnt. Heute ist der Besitz auf die Ramanli-Kurden, die Reskotan-, die Bekiran- und die Alikan-Kurden übergegangen. Die Armenier sind bis auf wenige Ausnahmen ausgerottet. Die ehemals yezidischen Dörfer Hamduna (Kuru-kavak), Basivan und Dusan, Redvan, Tegiri, Korik, Hecri, Henap sind in die Hände der kurdischen Clans von Hacı Bayram und Mala Kartal gefallen. Sie werden ihnen jetzt teilweise von den Hacı Ahmet streitig gemacht. Cineri (Cinar) gehört den Raman. Im Besitz des Clans der Mala Remo sind jetzt Zewuki, Dahmze, Ober- und Unter-Azik (Hezik) und Ginesker. Bis vor wenigen Jahren lebten nur Yezidi in Hecrine, Derderi, Arike und Sine. Unter dem Einfluß des Dibo-Clans der Alikan befinden sich jetzt das ehemals armenische Dusadek, Mizares, Armkerm (Heynkerm), Gundik, Kumaru, Memkan, Mezirk, Malebuni, Silakan und Grêcelo. Die letzteren Dörfer waren bis vor kurzem alle von Yezidi bewohnt.

Ein großer Teil der Yezidi des Besiri-Batman-Gebietes waren "Schutzbefohlene" und Tributpflichtige der Reskotan-Chefs. Diese schützten sie im Gegenzug gegen die traditionellen Feinde und Rivalen der Reskotan, die Raman, die die Stadt Batman und Umgebung beherrschten und seit Generationen durch ihren mächtigen Chef im Parlament in Ankara vertreten waren. Die Reskotan vertraten die Yezidi auch gegenüber den Behörden. Die Symbiose zwischen tributpflichtigen Schutzbefohlenen (andere sagen "Leibeigene") und "Beschützern" war für beide Seiten profitabel, da die Yezidi so wenigstens vor Übergriffen anderer Kurden in Sicherheit waren. Wollten die Yezidi

ihre Herden auf die Sommerweide treiben, so mußten sie dazu die Weiden der Reskotan nutzen. Hierfür zahlten sie Weidepacht, die etwa dreimal so hoch lag, wie sie unter muslimisch-kurdischen Stämmen üblich ist, und die jedes Jahr neu ausgehandelt werden mußte.

Die Macht im Reskotan-Gebiet ist traditionell umstritten zwischen den beiden in Blutfehde liegenden Sippen der Mala Bayram und der Sippe Haci Ahmet, unter ihrem heutigen Chef Haci Ahmet Aga Karabulut. Die Mala Bayrami haben vor allem in ländlichen Gebieten großen Einfluß. Man sagt ihnen nach, daß sie es geschafft hätten, "ihr Fürstentum" vor dem Zugriff der türkischen Staatsmacht zu bewahren und die Tradition zu erhalten. Die Sippe Haci Ahmet, traditionell die schwächere, erhielt jedoch nach dem Militärputsch von 1980 politisch die Oberhand, da die Militärs den "autonomen" und nationalistischen Haci Bayram mißtrauten (siehe den Geheimbericht "Gizli Raporu"). Die Haci Bayram verloren nach und nach ihren Einfluß gegenüber den Behörden, mußten den Bürgermeisterposten von Besiri aufgeben und schließlich die wichtigsten Positionen im Gebiet den Mala Haci Aga des Karabulut überlassen, so auch den Bürgermeisterposten. Bei den letzten Wahlen im Herbst 1987 errang die von den Haci Aga des Karabulut favorisierte religiös-fundamentalistische "Rafah-Partei" 25 % der Stimmen (durchschnittlich bekam die Partei nur rund 7% der Stimmen in der Türkei). Damit war die Ruhe der schutzbefohlenen Yezidi der Haci Bayram zu Ende. Selbst die Tatsache, daß einige sehr früh als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen und ihr Ersparnis schließlich in einigen Fällen in "Joint Ventures" mit den Haci Bayram angelegt hatten, konnte sie nicht mehr schützen. Die Weiderechte mußten zum Beispiel mit Karabulut ausgehandelt werden. Die Ertragspacht, mit der sie in den Dörfern bis dahin noch gegen Abgabe der Hälfte der Ernte ein spärliches Dasein als Pächter der Haci Bayram gefristet hatten, wurde nicht mehr erneuert bzw. die Konditionen so festgesetzt, daß eine Weiterexistenz nicht mehr möglich war. Die Miete für die Häuser wurde plötzlich bis um das Zehnfache erhöht. Die Haci Aga begannen, sowohl ihre Rivalen als auch "deren Yezidi" als Anhänger und Unterstützer der "gottlösen" PKK zu denunzieren. Verhaftet wurden lediglich Yezidi. Bei

Besuchen aus Deutschland und beim Marktgang wurden nun die Yezidi zunehmend von Anhängern der Rafah-Partei beschimpft, bedroht, ihnen der Transport verweigert. Die Geschäfte in Besiri und in Batman weigerten sich, weiterhin Yezidi zu bedienen.

Schon 1985 war ein Yezidi-Mädchen aus Kurtalan von einem türkischen Lehrer entführt worden. Der Lehrer war Schützling der Naqshibendi Sheikhs von Kurtalan, der Mala Sexan Hamidi, die mit einem Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten waren. Die Haci Agas sind ebenfalls Naqshibenai und somit Verbündete. Da die Mala Bayram aber die Kurtalan Sheikhs des konkurrierenden Qadiri Ordens unterstützten, weigerten sich die Mala Sexan, für die Herausgabe des Mädchens zu sorgen. Einige Yezidi waren daraufhin nach Kurtalan gezogen und hatten versucht, ihren Forderungen bei den Behörden und Gerichten Nachdruck zu verleihen. Ihr Sprecher wurde verhaftet. Ein Führer der Haci Agas, der ebenfalls zunächst verhaftet worden war, wurde auf Intervention des ehemaligen Stellvertretenden NATO-Generalsekretärs Kamran Inan entlassen. Das Mädchen wurde nicht zurückgegeben, sondern zwangsislamisiert und später verheiratet.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß die Yezidi angesichts der Interessen des türkischen Staates, der kurdisch-muslimischen Großgrundbesitzer und der PKK nicht weiterhin in ihrer kurdischen Heimat leben können. Ihr Exodus aus ihrem traditionellen Siedlungsgebiet steht unmittelbar vor seinem Abschluß.

III.2. e)

Inwieweit versucht die türkische Regierung, die in ihrem Lande lebenden Minderheiten in ihren kulturellen Eigenarten in das Land einzugleiden?

Es gibt keine Eingliederungsbemühungen. Es gibt nur Assimilationsbemühungen. Ich verweise hier einmal mehr auf das Sprachenverbotsgesetz und die dazugehörigen Verfassungsbestimmungen (Anhang). Wenn Folklore der Minderheiten, kurdische oder lazische Tänze, anatolische Volkslieder u.ä. z.B. in den Rundfunkprogrammen oder im Fernsehen gezeigt oder gespielt werden, dann immer als anatolische, türkische Folklore und niemals mit einem Hinweis auf die Minderheit verbunden, die sie hervorgebracht hat.

Die Durchführungsbestimmungen zum Schulgesetz bestimmen eindeutig, daß die zu vermittelnde türkische Kultur eine sunnitisch islamische sei (womit neben den Christen auch die Angehörigen der muslimisch-alevitischen Minderheiten diskriminiert werden.)

III.2. f.)

Gibt es Anlaß zur Befürchtung, daß die türkischen Minderheiten aufgrund ihrer Andersgläubigkeit mit Diskriminierungen durch ihre türkischen Mitbürger und die türkischen Behörden zu kämpfen haben?

In der Tat. Die gegenwärtig rollende Welle der Flucht von kurdischen Aleviten aus der Provinz Marash nach Großbritannien ist Folge solcher vom Staat geduldeten und ermutigten Diskriminierung. Die Abwanderung der syrisch-orthodoxen Christen (Assyrer) und der kurdischen Yezidi ist unter anderem Folge der offiziellen Politik des Staates, der religiöse Differenzen zu nutzen weiß. Die Schaffung der kurdischen "Dorfschutzmilizen", der zur endgültigen Abwanderung großer Teile der Assyrer und der nahezu gesamten Yezidi-Gemeinde geführt hat, ist Ausdruck dieser Politik der staatlichen Behörden.

Ich verweise für Details auf Antwort unter 2.6.a.

Kurdische Großgrundbesitzer organisieren gemeinsam mit staatlichen Stellen die Flucht der Yezidi in die Bundesrepublik

Untersucht man die praktischen Modalitäten der Flucht der Yezidi aus der Türkei, so stellt man fest, daß bei der Organisation der Flucht kurdische Agas, "Dorfschutzmilizen" und staatliche Stellen eng zusammenwirken. Staatlicherseits sind daran Armee, Gendarmerie, Polizei, Sicherheitsdienste, Sondereinheiten zur Terrorismusbekämpfung, Stadt-, Kreis-, Provinzverwaltung, Meldebehörde, Paßbehörde, Kreis- und Provinzkatasteramt sowie die Behörde für Dorf- und Forstangelegenheiten beteiligt. Sie alle sind in diesem Fall Teil dessen, was deutsche Behörden als "kriminelle Schlepperorganisation" bezeichnen, die hinter der Flucht der Yezidi und assyrischen Christen stehen soll. Sie alle wirken an der systematisch geplanten und betriebenen Vertreibung der religiösen Minderheiten aus "Ost-Anatolien" mit.

Um die Rahmenbedingungen dieser Vertreibung nochmals zu verdeutlichen, zitieren wir aus einem Bericht einer Untersuchungskommission der kemalistischen Sozialistischen Volkspartei (SHP), der auszugsweise in der Tageszeitung CUMHURİYET am 18. Januar 1988 veröffentlicht wurde:

Die Regierung Özals investiert in dieser Region nur in militärische Einrichtungen. Gesundheitsstationen und Schulen werden für militärische Angelegenheiten zweckentfremdet. In einigen Dörfern wird seit 1983 kein Unterricht in den Grundschulen mehr durchgeführt. Aus diesem Grund ist das Volk unzufrieden und mißtrauisch gegenüber dem Staat. Die Denunziationen sind mittlerweile zu einer Institution geworden. Damit wird gegenseitigen Anschuldigungen und Verleumdungen verfeindeter Familien Vorschub geleistet, die Blutrache lebt auf.

In den Gebieten, in denen noch feudale Strukturen bestehen (Anm.: also nur in den kurdischen, in anderen Gebieten gibt es solche nicht), werden manche Sippen mit dem Aufbau von Milizen betraut. So werden sie gegenüber ihren verfeindeten Sippen mit staatlicher Unterstützung gestärkt. Die Feindschaft unter den Familien und Sippen wird somit größer und der Staat trägt dazu bei, die Unruhe in den Regionen zu vergrößern.

In den Ausnahmezustandsgebieten wird ein gefährliches Spiel gespielt, indem der dortigen Bevölkerung Waffen mit Waffenschein gegeben werden. Dorfbewohner, die nicht Dorfmilizionäre werden wollen, werden unter Druck gesetzt oder zur Umsiedlung gezwungen.

(Hervorhebung durch den Autor)

Beim Lesen dieses Untersuchungsberichtes ist zu beachten, daß die SHP-Opposition und die auch die Zeitungen, strenger Zensur unterliegen bzw. Selbstzensur üben, um ihre Existenz nicht zu gefährden. Deutlich wird jedoch auch hier der Staat für die geschilderten Mißstände verantwortlich gemacht.

Der Bericht der rechtskonservativen Zeitung HÜRRIYET (Motto der Zeitung: "Die Türkei den Türken") vom 6. Dezember 1987 über das neue Waffengesetz läßt auch keinen Zweifel an den Absichten des Staates:

Dem Gouverneur der Regionen, in denen der Ausnahmezustand herrscht, (Anm.: also den 8 kurdischen Provinzen), wird die Vollmacht erteilt, jedem, der einen Antrag stellt, die Genehmigung für das Tragen einer Waffe zu erteilen, ungeachtet dessen, woher die Waffe stammt.

Im offiziellen Gesetzesblatt ("Resmi Gazete") wurde in dem gestern veröffentlichten Gesetzesbeschluß mitgeteilt, daß die Gesetze und entsprechende Verordnungen im Türkischen Strafbuch, die das Tragen von Waffen verbieten, in den nächsten 45 Tagen für die Antragsteller keine Gültigkeit haben werden. (...).

Das Gesetz regelt natürlich, daß nur "politisch zuverlässige", von den Sicherheitsbehörden überprüfte Personen Waffenscheine erhalten dürfen. Mit einem Waffenschein darf man dann bis zu vier Waffen besitzen.

Ein ehemaliger Innenminister der Ecevit-Regierung, der selbst in seiner Amtszeit eine Politik der Repression gegenüber den Kurden befürwortet und durchgeführt hatte, der jetzige SHP-Abgeordnete in der Türkischen Nationalversammlung, Hasan Fahmi Günes, erklärte nach einem Besuch in Dörfern und Städten der Provinzen Diyarbakir, Siirt und Batman (u.a. hielt er sich auch in dem teilweise von Yezidi bewohnten Dorf Kozluk auf):

Die Staatsmacht darf nicht als Auftrag delegiert werden.
(zitiert nach CUMHURİYET vom 26. Dezember 1987)

Das Waffengesetz, das wohlgerne ausschließlich für die kurdischen Provinzen erlassen wurde, und das Gesetz über die Dorfmitizen vom 4.4.1985 sowie Sondervereinbarungen vom Juli und August 1987 zwischen dem "Gouverneur des Ausnahmezustandes" und den kurdischen Agas eröffnete den Agas und ihren Milizen die Möglichkeit, mit Unter-

stützung des Staates die Vertreibung der Yezidi und der assyrischen Christen voranzutreiben. Diese gerieten in nie dagewesene Panik und bemühten sich nicht um Waffenscheine, sondern dachten nur noch an Flucht ("Ausreise").

Die Agas und die Behörden taten offensichtlich alles, um ihnen diesen Weg zu ebnen, obwohl nach der Gesetzeslage eigentlich eine Mehrheit von ihnen nicht hätte ausreisen dürfen. Die Zeitung MILLIYET berichtete am 23. August 1987:

SICHERHEITSÜBERPRÜFUNGEN

Es wurde festgestellt, daß bis jetzt eine Million Menschen bei Sicherheitsüberprüfungen - meist aus politischen Gründen - durchgefallen sind. Diese Menschen werden vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen, bei der Arbeitssuche auf dem Privatssektor bekommen sie meist Schwierigkeiten. (...) Die Zahl derer, denen die Ausreise verweigert wurde, erreichte mittlerweile 378.000.

Nach diesen Angaben sind allein eine Million Menschen in der Türkei durch die "Sicherheitsüberprüfungen" gefallen. Offensichtlich haben davon nahezu 400.000 einen Paß beantragt, aber aufgrund der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen nicht erhalten. Die obigen Angaben sind die konservativsten, die uns zur Verfügung stehen, in anderen Quellen wird von 5 Millionen "Durchgefallenen" und rund 500.000 bis 1 Millionen Paßverweigerungen berichtet. Wir wollen uns aber auf die unwidersprochen gebliebenen publizierten Angaben von MILLIYET stützen.

Bereits in unserem 1986 erschienenen Buch von Ismet Cherif, Vanly, "Kurdistan und die Kurden", (Band 2), hatten wir (S.140) die Zeitung CUMHURİYET zitiert, die berichtet hatte,

daß nach einer Anordnung des Innenministeriums die Vorsteher von 35.268 Dörfern der Türkei begonnen haben, alle Einwohner ihrer Ortschaften aktenmäßig zu erfassen. Unter anderem enthalten diese Akten Informationen über die politische Tendenz und die ideologische Neigung jedes Einwohners. Die Vorsteher sind angewiesen worden, die betreffende Person jeweils ihre Akte unterschreiben zu lassen, und diese Akte der Gendarmerie des Dorfes zu schicken. Die zweite Kopie bleibt im Büro des Vorstehers.

Im gleichen Buch (S. 139f.) haben wir geschrieben:

TERCUMAN vom 27. Juli 1986 berichtet von einer weiteren "anti-separatistischen Maßnahme. Das Landrecht wurde von der Regierung in Ankara geändert. Die Änderung wird zunächst in der Ebene von Harran und in der gesamten Provinz Urfa (früher Edessa, neuerdings Sanliurfa) angewandt. In dieser Region wird ein Großbraumstaudamm gebaut, der das Zentrum des türkischen "Projektes zur Entwicklung des Süd-Ostens" (GAP) ist. Im Rahmen dieses Projektes wird eine Landreform durchgeführt, die mit Umsiedlungen verbunden ist. Von 1992 an "erhalten Bauern ohne Land oder mit wenig Land 200 donum (1 donum umfaßt etwa 1000 Quadratmeter) unbewässertes oder 60 donum bewässertes Land pro Familie. Ausgeschlossen von dieser Verteilung sind Personen, die wegen des Versuchs, die Verfassung zu ändern oder wegen Separatismus verurteilt worden sind. Darüber hinaus verliert jede Person alle Rechte aus der Reform, wenn sie diese Verbrechen verurteilt wird.

Die Zeitschrift 2000'e Dogru berichtet in ihrer Ausgabe vom 1.-7. Februar 1987 in Verbindung mit den Landregistrierungen in verschiedenen kurdischen Provinzen, darunter Mardin, von der karteimäßigen Erfassung der Kurden:

DER BÜRGER IM OSTEN DES LANDES WIRD KARTEIMÄSSIG ERFASST:
eine weiße Karte heißt: "unterstützt die Regierung";
eine blaue Karte: "unentschieden";
eine gelbe Karte: "nationalistischer Sympathisant";
eine rote Karte: "militant".

In anderen Publikationen wird so klassifiziert: Gelbe Karte - Separatist; rote Karte - separatistischer Terrorist.

Weiter berichtete die Zeitung MILLIYET am 25. August 1987:

FÜR DIEJENIGEN, DIE VERBRECHEN AM STAAT BEGANGEN HABEN, GIBT ES KEIN LAND
Im Bezirk Ceylanpinar soll mit der Verteilung von Land an landlose Bauern begonnen werden. Vorher wurden folgende Bedingungen für den Erhalt von Land bekanntgegeben:

Wer Land zugeteilt bekommen will, muß

- lesen und schreiben können,
- Familienvorstand sein,
- nicht behindert sein,
- das 65. Lebensjahr nicht überschritten haben,
- nichts mit Verbrechen gegen den Staat zu tun gehabt haben,
- mindestens zwei Kinder haben,
- und für den Lebensunterhalt nicht ausreichend oder überhaupt kein Land besitzen.

Ceylanpinar liegt an der Grenze zwischen der Provinz Mardin und Urfa und ist bereits mehrmals in diesem Bericht erwähnt worden,

unter anderem in Verbindung mit der Errichtung von Staatsfarmen und der Ansiedlung von afghanischen Flüchtlingen.

Wir erinnern uns daran, daß die meisten Yezidi nicht lesen und schreiben, ja meist kein Türkisch sprechen können, daß aber die Gesetzgebung der Türkei keine andere Sprache als die "gesetzlich erlaubte" kennt, also Türkisch (nach dem Lausanner Vertrag unter bestimmten Bedingungen auch das Armenische). Die Umgangs- und Kultsprache der Yezidi ist das Kurdische, doch der Gebrauch der kurdischen Sprache ist strafbar. In der Rechtspraxis stellt der Gebrauch des Kurdischen auch nach dem Separatismusparagrafen eine Straftat dar. Besonders in der Provinz Mardin werden die Eltern häufig bestraft, wenn die Kinder in der Schule Kurdisch sprechen. Angesichts der Sprachschwierigkeiten können die Yezidi bei Behördenbesuchen kaum mit Unterstützung rechnen. Wenden sie sich wegen Landstreitigkeiten an das Katasteramt, so wird ihnen das gewünschte Land nicht zugeteilt. Im Gegenteil, sie riskieren sogar, damit die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und ihren gesamten Landbesitz zu verlieren.

Die Yezidi beklagen ihren mangelnden Rechtsschutz bei Landstreitigkeiten. Zur Zeit des Osmanischen Reiches konnte Tapu-Land durch Fristablauf "ersessen" werden. Je nach lokaler Tradition betrug diese Frist zwischen einem und drei Jahren. Als "ersessen" galt der Boden, den man während dieser Zeit unangefochten und ohne Unterbrechung landwirtschaftlich nutzte. Er ging nach Fristablauf als Tapu-Besitz praktisch in das Privateigentum über. Nach dem Ersten Weltkrieg fanden diese Regelungen in die Landregistrierungsgesetze der neuen Staaten Eingang. Inzwischen hat sich die rechtliche Situation der seit dem Osmanischen Reich in der Region ansässigen Yezidi erheblich verschlechtert, da Art. 169 Abs. 2 der Verfassung in Verbindung mit dem Gesetz Nr. 6831 vom 22. Dezember 1986 (Forstgesetz) festschreibt, daß an Staatswald und an Land, das zur Aufforstung vorgesehen ist, kein Eigentum durch Fristablauf erworben und außer im öffentlichen Interesse keine Dienstbarkeit bestellt werden kann. So wird den Yezidi jeder Rechtsanspruch auf ihr Land versagt.

Kurdische Großgrundbesitzer und staatliche Behörden nutzen die Bestimmungen des Forstgesetzes, um die Yezidi zu kriminalisieren. Gemäß Art. 169 Abs. 3 der Verfassung ist "Politische Propaganda, welche zur Zerstörung des Waldes führt, unzulässig". Das Forstgesetz droht entsprechend drakonische Strafen an. Anfechtungen von Entscheidungen der Katasterbehörde, umstrittenes Land im "öffentlichen Interesse" in die "Dienstbarkeit" eines kurdischen Großgrundbesitzers zu stellen, werden als "politische Propaganda" im Sinne des Art. 169 Abs. 3 der Verfassung angesehen und betrafft.

Ähnlich willkürlich, wie die Regelung von Landstreitigkeiten, haben die Behörden auch die Auslegung des Paßgesetzes. Nur Bürger, die eine weiße Karte haben und somit des (Türkisch-)Lesens und Schreibens kundig sein müssen, und nur in Ausnahmefällen solche Personen, die eine blaue Karte haben, erhalten Pässe (unter Beachtung der sonstigen Bestimmungen über die Gebühren für Ausreise, Devisenbestimmungen, Militärdienstgesetz etc.) und die Ausreiseerlaubnis. Die sehr restriktive Handhabung dieser Praxis wird durch die obigen Zitate aus den türkischen Zeitungen belegt.

Wie ist es dann möglich, daß Großfamilien, ja ganze Dörfer von Yezidi und assyrischen Christen relativ problemlos und schnell ihre Pässe bekommen? Teilweise werden sie ihnen sogar dutzendweise gebündelt ins Dorf gebracht, gemeinsam mit dem Busticket nach Istanbul, den Reservierungen für das Sammeltaxi zur Busstation, den Flugtickets nach Lissabon über Frankfurt (oder einer anderen Destination, für deren Zwischenlandung in Frankfurt kein Visumzwang besteht).

Die Einwohner des Yezidi-Dorfes von Kocan berichten, daß ihr Land von dem in Midyat ansässigen kurdischen Aga Ziver Midyati beansprucht wurde, der bereits mehrfach in diesem Bericht erwähnt wurde. Bis Anfang April 1988 hatten bereits mehr als 90% der Einwohner dem Druck des Agas und seinen Repressalien nachgegeben. Besonders wirksam war die Denunziation als PKK-Sympathisanten gewesen. Die Methoden ähneln sich im Prinzip in allen betroffenen Dörfern, nur die Raffinesse und die Brutalität der jeweiligen kurdischen Bedräng-

ger variieren.

Ziver Midyati verfügt neben einer schlagkräftigen "Dorfschüttermiliz" (die er eigentlich als stadtansässiger und nahezu detribalisierter Grundbesitzer nicht haben dürfte) über einen wichtigen Vorteil, denn ein Verwandter ist Abgeordneter der Regierungspartei AnaP: Ismet Midyat. Die Leiter der staatlichen Behörden, Stadt- und Kreisverwaltung, selbst der Polizeichef akzeptieren ihn als geheimen "Gouverneur". Sie empfangen Befehle und Wünsche von ihm und nehmen seine Geschenke entgegen.

Über Mittelsmänner ist er Eigentümer von zwei Reisebüros und einer Immobilienfirma in Midyat und einem Reisebüro in Mardin.

Sind die Leute in den von ihm begehrten Dörfern nach den beschriebenen Methoden "weichgeklopft" und haben nur noch den einen Wunsch, so schnell wie möglich der Perspektivlosigkeit und dem Terror des Staates und der vom Staat gestützten Agas sowie der PKK zu entfliehen, so bietet er den Betroffenen seine Dienste gegen Bezahlung an. Es sind unterschiedliche Ausgangslagen, die gemeistert werden müssen: In einigen Fällen hat er sich das Land bereits, legalisiert durch die Behörden bzw. das Katasteramt, überschreiben lassen. In diesem Fall ist nur zu fürchten, daß möglicherweise bei einem Regierungs- oder Regimewechsel, oder falls er in Ankara und Diyarbakir in Ungnade fällt, ihm dieser Besitz doch wieder streitig gemacht wird. Zur Sicherheit ist es daher immer noch vorzuziehen, daß die von ihm Beraubten das Land für immer verlassen. In anderen Fällen ist der Kampf um das Land noch nicht endgültig entschieden. Die Opfer leisten passiven Widerstand. Die Inbesitznahme verzögert sich, oder aber in den Dörfern bleiben vor allem die alten Leute der von ihm beraubten Familien als ständige Mahnung und potentielle Gefahr zurück. In anderen Fällen ist es sicherer, sich das Land zum symbolischen Preis von meist weniger als einem Zehntel oder gar einem Zwanzigstel des vom Staat festgelegten (und ohnehin niedrigen Wertes) "verkaufen" zu lassen.

Den fluchtwilligen Yezidi bleibt meist kein anderer Ausweg, als das Angebot anzunehmen, er werde für sie die Paß- und Reiseforma-

litäten komplett erledigen gegen Zahlung einer Summe von durchschnittlich 3.000 bis 5.000 DM für einen Erwachsenen (entsprechend weniger für die Kinder).

So gut wie kein Yezidi kann diese Summen aufbringen, zumal sie schon in den letzten Jahren kaum noch Bargeld erwirtschaftet haben, das nicht sofort verbraucht werden mußte. Der Aga gewährt Kredit. Zur Kreditsicherung wird das Land überschrieben. Gewöhnlich reicht dies nicht aus. In einigen Fällen, wie in Kaleli, wissen wir, daß die heiratsfähigen Töchter verpfändet werden mußten, da gedroht wurde, diese sonst zu entführen. Yezidi werden, wenn sie in eine solche Lage gebracht worden sind, dies niemals hier in Deutschland erzählen. Auch im Fall Kaleli erfuhren wir davon erst über Dritte. Schließlich wird versucht, das Haus auf dem verpfändeten (oder verkauften) Land mit sämtlichen Haushaltsgegenständen zu verkaufen. Da die potentiellen Käufer, meist selbst Abhängige des Agas, um die Notsituation wissen, sind die Erlöse entsprechend gering. Man sieht an den Markttagen in Midyat von Montag bis Donnerstag Dutzende von Yezidi-Familien mit ihrem Hausrat auf Lastwagen tagelang auf Käufer warten.

Ist die Summe für das Hin- und Rückflugticket (der Rückflug ist notwendig, weil sonst eine Mitnahme durch die Fluglinie nicht erfolgt, und die Grenzbehörden eine Aus- und Durchreise nicht gestatten können) nach Lissabon (wo türkische Staatsangehörige für Besuchszwecke kein Visum benötigen) mit Zwischenlandung auf dem Frankfurter Flughafen aufgebracht und auch das Geld für die Bezahlung der Paßgebühren, den Bustransfer, die "Vermittlung" und die Provisionen besorgt, so erhalten die Fluchtwilligen ihre kompletten Papiere mit genauen Instruktionen über Abfahrtszeiten der Taxis, Busse, Flugzeuge und Verhaltensweisen. Die Vermittler überwachen genau die Ausreise der Yezidi.

Die Geflohenen sind keineswegs aus ihrer Pflicht entlassen, wenn sie im Transitflughafen Frankfurt die Reise abbrechen und um politisches Asyl bitten. Sie müssen dort warten, oder mit Adresse genannten, Kontaktleuten der Puscher-Organisation der türkischen Beamten und des "Kreditgebers" ihre Flugtickets aushändigen, damit die nichtbenutzten Weiterreise- und Rückreise-Vouchers rückerstattet

werden. Diese Rückerstattung kommt direkt dem Kreditgeber in der Türkei bzw. seinem Agenten in Deutschland zugute. Einigen schlecht informierten Yezidi ist von Vermittlern in Midyat erklärt worden, sie selbst erhielten diese Rückerstattung bar ausgezahlt. Ferner wird gedroht, wenn die noch ausstehenden Kreditsummen nicht pünktlich in Raten zurückgezahlt würden, reiche der Arm des Kreditgebers und seiner Verbündeten auch bis nach Deutschland. Eine Reihe von Körperverletzungsdelikten unter "Türken", die der Polizei Kopfbrechen bereiten, gehen auf das Konto von nicht eingelösten Verpflichtungen.

Erschreckend ist, daß offensichtlich auch eine Reihe von Dolmetschern in Asylverfahren für Yezidi in diese Mafia eingebunden sind, sei es weil sie dazu erpreßt werden, sei es weil sie daran verdienen, sei es weil sie selbst mit den Verfolgern und Kreditgebern verwandt sind.

Nach wie vor behaupten türkische Behörden, die türkische Botschaft in Bonn, das türkische Außenministerium und das Büro des Ministerpräsidenten, wenn sie von der deutschen Regierung darauf angesprochen werden, daß sie die Ausreise der Flüchtenden nicht im Griff hätten, da kriminelle Organisationen diese unter Umgehung der Behörden und gesetzlichen Bestimmungen organisierten.

Soweit wir wissen, ist die Bundesregierung wiederholt sowohl bei der türkischen staatlichen Fluglinie als auch bei der türkischen Regierung mit der Bitte vorstellig geworden, diese Migration zu stoppen. Bei den außerordentlich scharfen Kontrollen z.B. am Flughafen in Istanbul ist es unvorstellbar, wie über einen so langen Zeitraum ein solcher Ausreisestrom ungehindert fließen kann, wenn die türkische Regierung den Wunsch hat, ihn zu stoppen. Das gleiche gilt für die stark kontrollierten Flughäfen von Izmir und anderen Städten, die von vielen Touristen und Flüchtlingen benutzt werden. Deutsche Touristen berichten von den ermüdenden und stundenlangen Formalitäten sowohl bei der Ein- als auch der Ausreise z.B. am Flughafen Izmir.

Wenn es denn einzelne korrupte Zoll- und Polizeibeamte wären, die eine Ausreise für einige Zeit ermöglichen, wieso hat die Regierung dann nach einer so langen Zeitspanne die Beamten nicht von ihrem Posten versetzt?

Auch ist es undenkbar, selbst wenn man fälschlicherweise annähme, im türkischen Polizei- und Meldewesen herrsche "orientalisches Chaos", daß eine so große Zahl von Pässen ohne Duldung der zuständigen Behörden und Politiker ausgestellt werden kann.

Die Staatsgewalt wird in den Grenzgebieten an kurdisch-muslimische Herrschaftsschichten delegiert

Nach der Gründung der türkischen Republik 1923, an der die kurdischen Stämme maßgeblich beteiligt waren, waren die Kurden an einer Landnahme interessiert, weil sie ihr ehemaliges Weideland für ihre Stämme dauerhaft als Siedlungsland sichern wollten, da sie ihre halbnomadische Lebensweise aufgeben mußten.

Die muslimisch-kurdischen Stämme wurden durch Siedlungsgesetze zu dieser sesshaften Lebensweise gezwungen. Da gleichzeitig das neue Grundbuchgesetz (Tapu) ein gemeinschaftliches Eigentum des ehemaligen Weidelandes nicht gestattete, wurde der privaten Aneignung des Landes durch die jeweils Stärksten im Stamm - also meist die traditionelle Führungsschicht - von Staats wegen Vorschub geleistet. Dabei wurde in Kauf genommen, daß im Interesse der Ordnungsfunktion sowie der Käuflichkeit und Korrumptierbarkeit der Stammesführungsschichten gegenüber den anderen Stammesangehörigen offensichtlich ungerecht verfahren wurde. Gänzlich unberücksichtigt blieben die nach osmanischem Gesetz "ersessenen Rechte" der in dieser Gegend bereits seit dem Mittelalter ansässigen bäuerlichen Landbevölkerung der Armenier, Yezidi und einigen wenigen muslimischen "Kaya-Bauern".

Im Gegenzug, so erhoffte sich die türkische Regierung, würden die so auf diese Art privilegierten kurdischen Führungsschichten zur Loyalität gegenüber dem neuen Staat bewegt werden können. Die Teile der kurdischen Stämme, die die mit der neuen Verfassung der Republik Türkei 1924 offensichtlich gewordenen Türkisierungstendenzen nicht mittragen wollten, sondern auf ihrer kurdischen Eigenständigkeit auch in der sozialen Organisation bestanden, wurden nach den gescheiterten Aufständen dieser Gruppe 1925/26 zumeist in das Exil nach Syrien vertrieben oder zwangsweise in den Westen der Türkei deportiert. Diese Spaltung in staatstragende und "rebellische" Kurden vollzog sich innerhalb der traditionell in konkurrierende "Häuser" (mala) gespaltenen Stämme, und verlief somit mitten durch die meisten der kurdischen Stämme. Bei den heutigen

Grundbesitzern in Kurdistan und insbesondere in den wegen der Yezidi interessierenden Provinzen handelt es sich um die Nachfahren der führenden loyalen Clans der traditionellen Stämme und Stammeskonföderationen. Dies sind in unserem Fall überwiegend, doch nicht ausschließlich Stämme der mächtigen Haverkan-Konföderation (insgesamt mehr als 30.000 Menschen), deren national-kurdische Linie unter der Führung der auch in Deutschland lebenden Haco-Familie der Mala Osman in Syrien sesshaft geworden ist.

Der türkische Staat ist sich, wie der im Dezember 1987 veröffentlichte "sehr geheime" "Bericht über die Stämme" ("Gizli Raporu") beweist, aber auch der Loyalität dieser Stammesgruppen und Grundbesitzer nicht recht sicher, zumal diese bei ihren häufigen internen Fehden oft automatisch eine Gegenposition zu der ihrer jeweiligen Feinde beziehen.

Loyalität muß also vom Staat durch ein abgestuftes System von Privilegien und Sanktionen erkaufte oder erzwungen werden. In der Situation, in der sich die staatliche Macht nach ihrer Übernahme durch die Militärs 1980 befand, die im kurdischen Gebiet gekennzeichnet war durch eine wachsende Guerillatätigkeit der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), mußte den kurdischen führenden Schichten ein weiterer Anreiz gegeben werden, aktiv gegen die kurdische Guerilla vorzugehen.

Es kam verstärkt zu behördlichen Entscheidungen bei Landstreitigkeiten zugunsten der "loyalen" kurdischen Chiefs. Weiterhin wurden sie nach dem offiziellen Gründungstag der bewaffneten Volksbefreiungsarmee der PKK durch die Sicherheitskräfte 1984 nach und nach bewaffnet, um Hilfsfunktionen für die Sicherheitskräfte übernehmen zu können. Im April 1985 schließlich wurde dieser Zustand durch die Verkündung des sogenannten "Dorfschützergesetzes" (Korucular) teilweise formalisiert. Aufgrund dieses Gesetzes wurden die noch 1980 gewaltsam entwaffneten kurdischen "Loyalisten" wiederbewaffnet. Offiziell ging es um den Schutz der Dörfer vor den "Terroristen". Tatsächlich jedoch benutzten die Grundbesitzer und Stammesführer ihre neugewonnene Bewaffnung zur Durchsetzung privater Herrschafts-

ansprüche sowohl gegenüber verfeindeten Familien als auch gegenüber den von ihnen abhängigen Yezidi und assyrischen Christen.

Bis dahin war es zum Beispiel in der Provinz Mardin beiden Volksgruppen weitgehend gelungen, wenn schon kein Eigentumsrecht, so doch ein Nutzungsrecht als Ertragspächter auf dem von ihnen seit Generationen bearbeiteten Grund und Boden zu bewahren. Ihre Nutzungsansprüche standen dem Bestreben der Grundbesitzer entgegen, ihren Besitz abzurufen und neues Land zur Verteilung und Belohnung ihrer Gefolgschaft zur Verfügung zu haben. Angesichts der Verknappung des Landes infolge fortschreitender Mechanisierung konnte allein der Grund und Boden der christlichen und yezidischen Dörfer noch verteidigt werden. Nach ihrer "Ernennung" zu Dorfbeschützern, d.h. zu ausübenden Organen staatlicher Gewalt, sahen sich die kurdischen Grundbesitzer endlich in der Lage, ihre seit 100 Jahren dauernden Bemühungen der Landnahme zu vollenden.

III.2. g.)

In welchem Zusammenhang steht die Situation der türkischen Minderheiten mit der wirtschaftlichen Strukturschwäche ihrer Heimatregionen?

Die Minderheiten in der Türkei gehören sehr unterschiedlichen Klassen an. Dennoch trifft sie die Assimilations- und Vertreibungspolitik der Türkei gleichermaßen. Langfristig wird auch jene Angehörigen der Minderheiten, die zum Beispiel als Händler glaubten privilegiert und vor Diskriminierung sicher zu sein, das gleiche Schicksal wie das ihrer ärmeren Volkszugehörigen.

Ein yezidischer Generaldirektor einer Mühle in Korig/Siirt schilderte uns im Mai eindrücklich, wie er gezwungen gewesen sei, die von ihm aufgebaute und finanzierte Mühle in eine Aktiengesellschaft mit statlicher Beteiligung umzuwandeln und daß er wohl nur noch kurze Zeit seinen Posten als Generaldirektor behalten werden könne, weil er Yezidi sei. Danach bliebe ihm nur die Auswanderung.

Die wirtschaftliche Strukturschwäche und der in weiten Teilen Kurdistans noch vorhandene Feudalismus geben allerdings die Basis ab, auf der es dem Staat immer wieder gelingt, eine Volksgruppe gegen die andere zu mobilisieren, zum Beispiel gegen Zahlung des ungeheuerlich hohen Soldes von 240.000 TL monatlich Angehörige für die "Dorfschutzmilizen" in der armen Schicht der kurdischen Pächter und Halbleibeigenen zu rekrutieren, die den Minderheiten aller Religionszugehörigkeiten so zu schaffen machen.

Strukturverbesserungsmaßnahmen, wie jene unter dem Forstgesetz und jene in Verbindung mit dem Bau des Atatürkstaudammes und dem Großen Ost-Anatolischen Entwicklungsprojekt GAP dienen immer auch gleichzeitig zur Vertreibung der Angehörigen der lokalen Minderheiten.

III.2. h.)

Inwieweit schützt die türkische Regierung die in ihrem Lande lebenden Minderheiten?

Überhaupt nicht. Verbesserungen der Infrastruktur in Gebieten mit Minderheiten sind ausschließlich auf das Sicherheitsbedürfnis des Staates zurückzuführen. Im Gebiet der Yezidi und Assyrer im Tur Abdin haben die in einigen Dörfern stationierten Sicherheitstruppen (Militär, Gendarma) nur den Zweck, mögliche bewaffnete Kräfte der Arbeiterpartei Kurdistans oder anderer Widerstandsgruppen davon abzuhalten, in den Dörfern oder der Umgebung Fuß zu fassen. Dies wurde uns unter anderem bei unserem Besuch im Mai 1989 von einem kommandierenden Offizier einer solchen Truppe bestätigt.

III.2. 1.)

Gibt es Menschenrechtsverletzungen, die aufgrund der in der Bundesrepublik lebenden türkischen Bürger auch auf die Bundesrepublik selbst übergreifen?

zu III.2.1.)

Es gibt eine Fülle von Menschenrechtsverletzungen, die die religiösen und Volksgruppenrechte der Angehörigen von Minderheiten aus der Türkei gravierend einschränken. Am gravierendsten ist wohl die Weigerung der deutschen Behörden, mit Hinweis auf zwischenstaatliche Abkommen mit der Türkei, den Angehörigen der Minderheiten in der Bundesrepublik den muttersprachlichen Unterricht zu verweigern. Hier verstößt die Bundesrepublik gegen ihre eigene Verfassung. Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen schrieb der Gesellschaft für bedrohte Völker im Januar dieses Jahres, muttersprachlicher Unterricht sei auf Grund bilateraler Verträge mit der Türkei für Kurden nicht möglich. Nun leben in der Bundesrepublik aber mindestens 350.000 Kurden, denen so ihr elementarstes Volksgruppenrecht verweigert wird. Der Ministerspräsident Bayerns ließ der Gesellschaft mitteilen, Muttersprachlicher Unterricht für syrisch-orthodoxe Christen in Aramäisch, also der Muttersprache Jesu Christi, sei aus Rücksicht auf die Türkei unmöglich, bzw. eine Subvention solchen Unterrichtes durch Bayern.

Es gibt öffentlich-rechtliches Fernsehen für nicht-deutsche Staatsbürger in der Bundesrepublik, wie zum Beispiel für Portugiesen und Spanier, deren Anzahl in Deutschland ganz erheblich unter der Zahl der Kurden liegt. Außerhalb der privaten Rundfunkstationen gibt es mit Ausnahme des WDR, der jetzt einen unsicheren Versuch gewagt hat, keine Sendungen in Sprachen der Minderheiten aus der Türkei.

Das zentrale Arbeitsamt in Nürnberg diskriminiert eindeutig Kurden und andere Minderheiten bei der Vergabe von ABM-Mitteln und anderen Subventionen. Förderung kurdischer Vereine erfolgt bisher lediglich diskret und auf Initiative einiger Ressorts auf Länderebene im Bereich der Erwachsenenbildung.

Mitgliedsvereine des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, wie z.B. die Arbeiterwohlfahrt in Düsseldorf, in denen Ausländerbeiräte funktionieren in denen türkische Staatsbürger mitarbeiten, diskriminieren bei der Projekt- und Mittelvergabe ohne Zweifel Angehörige der Minderheiten aus der Türkei, indem sie nur zu oft dem Druck, oft auch oppositioneller türkischer Vereine aber auch der Konsulate nachgeben. Dieser Zustand ist unerträglich und gesetzwidrig.

Bundesministerien, die Länder, Behörden, die Wohlfahrtsvereine und Parteien müssen aufhören, gesetzwidrig im Sinne voraussetzenden Gehorsams gegenüber der Türkei die Angehörigen der Minderheiten aus der Tü

rkei als der verlängerte Arm der türkischen Behörden zu diskriminieren. Dies ist eine der wichtigsten Forderungen, die die Gesellschaft für bedrohte Völker an den Bundestag heranträgt, mit der Bitte, in diesem Sinne schnell aktiv zu werden. Muttersprachlicher Unterricht ist eine gesetzlich vorgeschriebene Selbstverständlichkeit, die man doch bei uns nicht erst mit der Drohung einer Individualbeschwerde oder mit dem KSZE Abschlusdokument durchsetzen müßte. - Wer das Vereinsleben der Minderheiten aus der Türkei einschränkt und ihm die notwendige Förderung versagt, macht sich übrigens zum Helfershelfer jener Kreise, die die Gewalt predigen.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker sieht sich aus diesem Grunde auch außerstande, die verschiedentlichen Bemühungen um ein kommunales Wahlrecht für Ausländer zu unterstützen, solange in den dafür ausgearbeiteten Bestimmungen und Gesetzen keine Minderheitenschutzklausel wirksam wird, die verhindert, daß auf kommunaler Ebene gewählte Vertreter des türkischen Staatsvolkes, ganz gleich welcher politischer Couleur, ihre in der Türkei praktizierte Diskriminierung von Minderheiten hier fortsetzen können.

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang auf das skandalöse Verhalten des Auswärtigen Amtes in Bezug auf Lageberichte und Stellungnahmen zur Lage der Minderheiten in der Türkei einzugehen. Lassen Sie mich, der Kürze halber, nur ein Beispiel herausgreifen:

DAS AUSWÄRTIGE AMT UND DIE YEZIDI

Sie finden im Anhang eine Dokumentation zu diesem Thema. Zwei Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes, die Sie dort finden, waren Anlaß der Reise von Herrn Dr. Herbert Schnoor, dem Nordrhein-Westfälischen Innenminister, die dieser vom 1.-7. Mai in die Osttürkei zu den Yeziden und assyrischen Christen unternahm, und an der ich teilnehmen konnte. Im Anschluß an die ministerielle Fact-finding Reise untersuchten zwei weitere landeskundige Gruppen die Situation der Yezidi dort, wo der Minister in der kurzen Zeit keine Gelegenheit hatte, eigene Erhebungen anzustellen. Ende Mai nahm der Minister eine weitere Türkeireise zum Anlaß, sich mit der sogenannten "internen Fluchtalternative" für diese ethno-religiösen Gruppen in Istanbul zu befassen.

Die Ergebnisse der zwei ministeriellen und zwei damit in Zusammenhang stehenden weiteren Untersuchungsmissionen ist niederschmetternd für ~~das Prestige und~~ die Glaubwürdigkeit der Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes zum Yezidi-Problem im Besonderen und zu Minderheitenproblemen im Allgemeinen. Das Auswärtige Amt hatte Ende letzten Jahres zunächst von einer Yezidipopulation in der Türkei von 70-80.000 gesprochen, und dies amtlich an die ü

ber Asyl befindenden Institutionen und Gerichte weitergegeben. Von dieser sollten 40.000 in Istanbul gesicherte Zuflucht gefunden haben. Die überwiegende Mehrheit (also doch wohl mehr als 20.000 sei akademisch gebildet). Zusammenfassend seien dem die Ergebnisse der Untersuchungsmissionen vom Mai 1989 entgegengestellt: In der Türkei gibt es noch 1800 bis 2000 Personen yezidischen Glaubens, gegenüber 22.000 vor wenigen Jahren. Der deutsche Generalkonsul in Istanbul, Hauptquelle der Falschmeldungen des Auswärtigen Amtes, konnte dem Minister nicht eine in Istanbul lebende Familie präsentieren, sondern lediglich einen ehemals yezidischen Informanten, Herrn Veysi Bulut, der in der Bundesrepublik wegen Rauschgifthandels gesucht wird. Erst von der Gesellschaft für bedrohte Völker nachhaft gemachte Informanten konnten dem Minister zehn Yezidi-Familien nennen, die vorübergehend sich in Istanbul aufhielten.

Angesichts dessen, daß die Stellungnahmen z.B. von der Bayerischen Staatsregierung vorbehaltlos zur Grundlage ihrer Abschiebep Praxis gegenüber Yezidi und Assyern gemacht wird, ebenso wie viele Gerichte, diese Stellungnahmen unüberprüft zur Grundlage ihrer Urteile in Asylverfahren machen, muß die Gesellschaft für bedrohte Völker den Deutschen Bundestag bitten, eine Untersuchungskommission über die Praxis der Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes einzusetzen.

Klausur Bumbay - Spelu

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

"Solidarität mit den Demokraten der Türkei"

Peter Heinrich, Betriebsrat, Herten
Michael Höhn, Pfarrer, Gummersbach
Klaus Liebe-Harkort, Prof. Dr., Bremen
Karl-Heinz Stommel, Betriebsratsvorsitzender, Duisburg
Klaus Thüsing, MdB, Bonn

c/o Karl-Heinz Stommel
Postfach 100 682
4100 Duisburg

Konto Michael Höhn
Stadtsparkasse Duisburg
Kto.-Nr. 210 - 003240
BLZ 350 500 00

2.11.1980

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

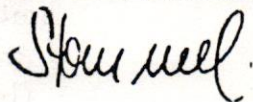
Wir sind eine bundesweite Initiative, die sich aus Sorge über die Entwicklung in der Türkei, über das Los zahlreicher Gewerkschafter und anderer demokratischer Kräfte, gebildet hat.

Aber auch die Lage der Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei, die mit ihren Familien unter uns leben, hat uns zu diesem Schritt bewogen.

Als deutsche Initiative möchten wir mit den demokratischen Organisationen der Arbeiter aus der Türkei in der Bundesrepublik zusammenarbeiten.

Um Fragen einer solchen Zusammenarbeit zu erörtern, schlagen wir Ihnen in den nächsten Tagen telefonisch oder schriftlich einen Gesprächstermin vor.

In der Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit verbleiben wir mit freundlichen Grüßen



Karl-Heinz Stommel
Betriebsratsvorsitzender

Verteiler:

- FIDEF, Düsseldorf
- Gercek, Dinslaken
- HDF, Hamburg
- Yurtsever Birliği, München
- KKDK, Bergisch-Gladbach
- Komitee der Einheit für Demokratie in Europa, Düsseldorf
- KOMKAR, Frankfurt

INITIATIVAUFRUF

"Solidarität mit den Demokraten der Türkei"

Heinrich, Peter, Betriebsrat, Herten
Höhn, Michael, Pfarrer, Gummersbach
Liebe-Harkort, Klaus, Prof. Dr., Bremen
Stommel, Karl-Heinz, Betriebsratsvorsitzender, Duisburg
Thüsing, Klaus, MdB, Bonn

Oktober 1980

c/o Karl-Heinz Stommel
Postfach 100 682
4100 Duisburg

Konto Michael Höhn
Stadtsparkasse Duisburg
Kto.-Nr. 210 - 003240
BLZ 350 500 00

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wenden uns heute an Sie aus Sorge über die Entwicklung in der Türkei, über das Los zahlreicher Gewerkschafter und anderer demokratischer Kräfte des Landes. Aus Sorge auch über die Lage unserer Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei, die mit ihren Familien unter uns leben und arbeiten.

Wir meinen, daß es Zeit ist, mehr als bisher Solidarität zu üben, daß es notwendig ist, unsere Bevölkerung über die Wirklichkeit in der Türkei und über die Probleme unserer Mitbürger aus diesem Land aufzuklären.

Aus diesem Grund haben wir den beiliegenden Initiativaufruf verfaßt, von dem wir hoffen, daß er Ihre Unterstützung findet.

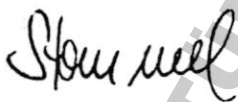
Unsere Absicht ist es, im Rahmen unserer Möglichkeiten und mit Hilfe unserer Freunde aus der Türkei, die Medien und demokratischen Organisationen unseres Landes mit Informationen aus erster Hand über die Entwicklung in der Türkei zu versorgen.

Wir wollen praktische Solidarität mit den Opfern der Militärdiktatur und des faschistischen Terrors üben. In öffentlichen Aktionen wollen wir auf die Lage in der Türkei aufmerksam machen und uns gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in unserem Land wenden, gegen die eingeschränkte Handhabung des politischen Asylrechts und die Umtriebe der faschistischen "Grauen Wölfe".

Als eine erste öffentliche Aktion planen wir gemeinsam mit der "Förderung der Arbeitervereine der Türkei in der BRD e.V." (FIDEF) und anderen türkischen und kurdischen Organisationen in der Bundesrepublik die Durchführung einer Konferenz, auf der Augenzeugen der jüngsten Entwicklung in der Türkei berichten werden. Darüber hinaus soll die Konferenz der Erörterung praktischer Solidaritätsmaßnahmen dienen.

Für jede Anregung, die der Förderung unserer gemeinsamen Arbeit dient, wären wir Ihnen außerordentlich dankbar. In Erwartung Ihrer Unterstützung und Zustimmung zu beiliegendem Aufruf verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen



Karl-Heinz Stommel
Betriebsratsvorsitzender

Entwurf

Anschreiben zum Initiativaufruf "Solidarität mit den Demokraten der Türkei".

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wenden uns heute an Sie aus Sorge über die Entwicklung in der Türkei, über das Los zahlreicher Gewerkschafter und anderer demokratischer Kräfte des Landes. Aus Sorge auch über die Lage unserer Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei, die mit ihren Familien unter uns leben und arbeiten.

Wir meinen, daß es Zeit ist, mehr als bisher Solidarität zu üben, daß es notwendig ist, unsere Bevölkerung über die Wirklichkeit in der Türkei und über die Probleme unserer Mitbürger aus diesem Land aufzuklären.

Aus diesem Grund haben wir den beiliegenden Initiativaufruf verfaßt, von dem wir hoffen, daß er Ihre Unterstützung findet.

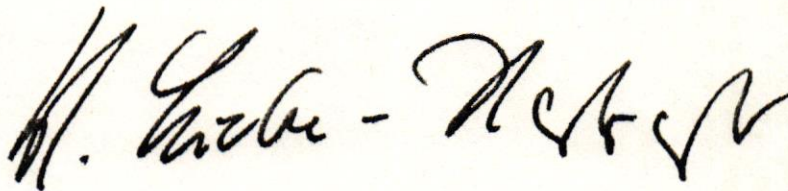
Unsere Absicht ist es, im Rahmen unserer Möglichkeiten und mit Hilfe unserer Freunde aus der Türkei, die Medien und demokratischen Organisationen unseres Landes mit Informationen aus erster Hand über die Entwicklung in der Türkei zu versorgen.

Wir wollen praktische Solidarität mit den Opfern der Militärdiktatur und des faschistischen Terrors üben. In öffentlichen Aktionen wollen wir auf die Lage in der Türkei aufmerksam machen und uns gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in unserem Land wenden, gegen die Einschränkung des politischen Asylrechts und die Umtriebe der faschistischen "Grauen Wölfe".

Als eine erste öffentliche Aktion planen wir gemeinsam mit der "Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD e.V." (FIDEF) die Durchführung einer Konferenz, auf der Augenzeugen der jüngsten Entwicklung in der Türkei berichten werden. Darüberhinaus soll die Konferenz der Erörterung praktischer Solidaritätsmaßnahmen dienen.

Für jede Anregung, die der Förderung unserer gemeinsamen Arbeit dient, wären wir Ihnen außerordentlich dankbar. In Erwartung Ihrer Unterstützung und Zustimmung zu beiliegendem Aufruf verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen



(Rücksendecoupon)

Die Zahl der Verhafteten in der Türkei geht mittlerweile in die Zehntausende. Unter ihnen befinden sich Gewerkschafter und Parlamentarier, Lehrer, Rechtsanwälte und Mitglieder demokratischer Organisationen. In den Gefängnissen wird gefoltert. Bei den Verhören sterben Menschen.

Diese Entwicklung kann uns nicht gleichgültig lassen. Denn die Regierung unseres Landes und die Regierung anderer NATO-Staaten tragen ein erhebliches Maß von Mitschuld an dem Drama der Bevölkerung in der Türkei. Unter der Federführung der Bundesregierung wurden die Demirel-Regierung und die türkischen Militärs mit Beträgen in Höhe vieler hundert Millionen Mark aufgepäppelt. Vergebens wartete man dagegen am 12. September auf eine Stimme des Protestes aus Bonn. Im Gegenteil: die Militär- und Wirtschaftshilfe soll auch nach dem Putsch fortgesetzt werden. Es muß uns alarmieren, wie schnell Regierende und Massenmedien unseres Landes bereit sind, die Zerstörung der Demokratie in einem verbündeten Land hinzunehmen und zur Tagesordnung überzugehen.

Die Entwicklung in der Türkei berührt uns umso mehr, als unter uns 1,2 Millionen Menschen dieses Landes leben und arbeiten. Es sind unsere Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familien aus der Türkei. Auch sie sehen sich wachsenden Problemen gegenüber.

Türkische und Kurdische Demokraten wurden auch in unserem Land bereits zu Opfern faschistischer Mordanschläge. Doch Terrororganisationen, wie die "Grauen Wölfe", die ihre Landsleute drangsalieren, werden von den Behörden verharmlost und dadurch in ihrem Treiben ermutigt. Organisationen der Arbeiter aus der Türkei dagegen werden mit Verboten, ihre Mitglieder mit Ausweisung bedroht. Hinzu kommt, daß sich die eingeschränkte Handhabung des politischen Asylrechts insbesondere gegen die große Zahl von Flüchtlingen aus der Türkei auswirkt. Viele sind dadurch unmittelbar an Leib und Leben gefährdet.

Unübersehbar sind die Anzeichen einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit in unserem Land. Strafflos dürfen neonazistische Kräfte sogar im Wahlkampf den Ausländerhaß schüren, wobei sie Schützenhilfe von einigen Massenmedien erhalten. Diesen Anfängen gilt es mit Entschiedenheit zu wehren! Es darf nicht geschehen, daß unsere ausländischen Mitbürger angesichts wachsender Krisenerscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu Sündenböcken gestempelt werden!

Solidarität tut not! Solidarität mit den demokratischen und antifaschistischen Kräften in der Türkei. Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei in Schule und Betrieb.

Dazu wollen wir beitragen. Durch Informationen über die Situation in der Türkei, durch Aufklärung der Öffentlichkeit über die Probleme unserer Mitbürger aus der Türkei, durch praktische Solidarität und gemeinsame Aktionen. Wir rufen auf, unsere Arbeit zu unterstützen und aktiv zu werden für folgende Forderungen:

- Wir fordern die Achtung der Menschenrechte in der Türkei und die Herstellung demokratischer Freiheiten! Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung des Kriegsrechts!
- Wir fordern von der Bundesregierung die Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe an die Putschisten!
- Wir fordern das Verbot der faschistischen türkischen Terrororganisation der "Grauen Wölfe" in der Bundesrepublik!
- Wir fordern die Bundesregierung auf, den politischen Flüchtlingen aus der Türkei großzügig Asyl zu gewähren. Die eingeschränkte Handhabung des politischen Asylrechts zurückzunehmen!

Wir rufen auf zu Spenden für die Opfer der Unterdrückung in der Türkei auf das Konto Michael Höhn, Stadtparkasse Duisburg, Kto.-Nr. 210 - 003240

CEZAEVİ

Türkiye ve Türkiye-Kürdistanı

siyasi mahkumlarla dayanışma bülteni

No.5 / MART '87

CEZAEVLERİNDEKİ ANTİFAŞİSTLERLE DAYANIŞMAYI YÜKSELTELİM

küçük
sevinçlerimiz
hüzünlerimiz
konuştukça
uzayan mektuplarımız
hala
seviyor
özlüyoruz
ve
de dopdolu geçiyor günlerimiz
Buca cezaevi 1986

Yukarıdaki şiiri Buca cezaevinde yatan bir antifaşist gönderdi. Böylesi mektuplar bugün Avrupa'nın 14 ayrı yerinde faaliyet gösteren Türkiye ve Türkiye-Kürdistan'ı siyasi mahkumlarla dayanışma komitelerine ve komite girişimlerine geliyor. Bizler, türk, kürt, alman, danimarkalı..., hapishanelere mektuplar yazıyoruz. Siyasi mahkumlara ve ailelerine yardım ediyoruz. Cezaevlerindeki baskıları Avrupa'da kamuoyuna duyurmaya çalışıyoruz. Bize cezaevin - den idamlıkların direnen mektupları geliyor. Yedi yıldır her türlü acıya ve

eziyete göğüs geren mahkum analarının mektupları geliyor. Hapishane avlusunda çekilmiş fotoğraflar, hapishanede çizilmiş, özgürlüğü ve barışı anlatan çizimler geliyor.

Bültenimizin Eylül 1986'da çıkan 4. sayısından sonra Bielefeld ve Dortmund'un dışında yeni yeni komiteler kuruldu, bazı yerlerde eskiden varolan çalışmalar bizim çalışmalarımızla birleşti. Çalışmalarımız halen şu şehirlerde sürüyor : Batı Berlin, Hamburg, Kopenhag, Uppsala (İsveç), Bielefeld, Dortmund, Amsterdam, Nijmegen-Arnheim (Hollanda), Paris, Duisburg, Mainz, Stuttgart, Nürnberg ve Zürich. Ayrıca Hannover'de oluşmakta olan bir dayanışma komitesi ile de ilişkideyiz. Bazı komiteler iki-üç mahkuma yardım ederken, bazılarının yardım kapasitesi 15 kişiye ulaşıyor.

17 Şubat tarihinde Adana cezaevindeki siyasi tutuklular kötü yaşama koşullarını ve kötü sağlık şartlarını protesto için açlık grevine başladılar.

Adana cezaevi faşizmin insanlık dışı uygulamalarının en yoğun olduğu cezaevlerinden birisi. Adana cezaevinde ki bu açlık grevi de ilk eylem değil.

Adana cezaevinden sorumlu savcının adı Ali Galip Dinçer. Bu savcıya ve Adalet bakanına grevin başlamasıyla birlikte protesto telgrafı gönderdik. Okuyucularımıza da aynı şekilde protesto mektup ve telgrafları göndermelerini öneriyoruz.

AÇLIK GREVİ

Bu sayımızda Adana cezaevindeki siyasi mahkumların ailelerinin geçen yıl verdikleri bir dilekçeyi yayınlıyoruz.



Adana Kapalı Cezaevi, sürekli hücre cezaları, kötü hücre koşulları ard arda verilen görüş mektup yasakları, açık görüşlerin dahi, "cezalıları" gerekçesiyle verilmediği, mahkumların ve mahkum ailelerinin yetkili mercilere koşulları tüm ayrıntılarıyla anlatmalarına, inceleme komisyonlarına davet etmelerine rağmen hiç bir düzeltme olmadı gibi her geçen gün daha ağır ve zorlu yaşama koşullarına terk edildiği bir cezaevidir.

Bu kötü koşulları bir kez daha dile getirmektedir.

1- Siyasi tutuklulara karşı sürekli hücre cezası uygulanarak, bunu bir işkenceye dönüştürerek çocuklarımızı adım adım hastalığa, ölüme terk ediyorlar. Bayan tutukluların durumu çarpıcı bir örnek oluşturduğundan değinmeden geçilemez. İstanbul Metris Askeri Cezaevi'nden Adana Kapalı Cezaevine 1984'ün kasım ayında sevk edilen Nevin Berktaş, Adana'ya geldiği 1,5 yılın 1 yılını hücrelerde geçirmiştir. Yine aynı cezaevinden 1984'ün temmuz ayında Adana Kapalı Cezaevine getirilen Mürvet Çakırek toplam 430 gün hücrede kalmıştır. Diğer siyasi tutukluların da durumu pek farklı değildir.

2- Bütün yaşamları hücrelerde geçtiği halde, bu hücrelerin durumu içler acısıdır. İncelemeye gelen heyetlerce ve cezaevi doktoru tarafından "insan yaşamaz", "kullanılmaz" raporu verilen hücreler kullanılmaya devam edilmektedir. Kadın koşununun önceden tuvalet olarak kullandığı yerler, demir kapı takılarak hücre haline getirilmiş, lağım suları ve pis kokuların içinde, kedi büyüklüğünde lağım farelerinin, her türlü haşeratin, yaz ayları çıkan yılanların arasına bırakılmışlardır.

Hücrede çay, sigara, kantinden alınan her türlü yiyecek, gazete-kitap yasaktır. Son aylarda yatak dahi verilmemektedir. Erkek tutuklular onur kırıcı aramalarla çıplak soyulup cezaevi gardiyanları ve askerlerce dövülerek hücreye atılırken, bayan tutuklular da erkek gardiyan ve askerler tarafından ahlak dışı uygulamalara maruz bırakılarak, saçlarından çekilerek hücrelere atılmaktadırlar.

Yerin altında, havanın ancak üç-dört demir kapıyı aşarak, küçücük bir mazgal deliğinden girebildiği, son derece rutubetli yerlerdir. Bu durum karşısında Adana Cumhuriyet Savcısı Ali Galip DİNÇER, "hava ne yapacaklar, bir toplu iş ne deliğinden bile giren havayla insan yaşayabilir" diyebilmektedir.

3- Sağlık koşullarının böylesine elverişsiz olduğu bir ortamda cezaevine doktor sadece haftada bir kez gelmekte ve ancak ölümcül durumdaki hastalara bakabilmektedir. Tutukluların dayak izlerinin tesbiti için doktora çıkmasına izin verilmemektedir. Hücreye alınacaklar sadece formalite gereği doktor kontrolünden geçirilmektedirler. Hastahaneye sevk edildiği halde, tutuklular

aylarca hastahaneye götürülmemektedir.

4- Peşpeşe verilen mektup görüş yasaklarıyla çocuklarımızdan aylardır haber alamıyoruz. Açık görüşlerde dahi görüştürülmüyor. Bu yasaklar böylesine sıkı ki, yazdığımız mektuba cevap almadan bir yeni yasak daha geliyor. Verilen mektup görüş yasakları ailelere verilmiş bir ceza niteliğine bürünmüştür. Çocuklarımızın sağlığı ve yaşamı konusunda bilgi edinmemiz yasaklanmıştır.

5- Kitap ve dergiler verilmemektedir. Daha önceden alınan Nokta, Yeni Gündem, Düşün, Bilim ve Sanat vb. dergiler, Savcının "mızır neşriyat" niteliği sonucu yasak edilmiştir. Ayrıca Adana Kapalı Cezaevi ile ilgili haberlerin yer aldığı günler Cumhuriyet ve diğer gazeteler verilmemektedir.

6- 15 günde bir aktılan ancak sudan hücrede bulunan tutuklular yararlanamamaktadır. Ayrıca banyo günleri 15-20 kadar gardiyan (erkek) bayan tutukluların banyolarının bölünmesine rahatlıkla girebilmektedir.

7- Yemekler hem besin değeri düşük hem de yetersiz olduğu gibi, hücrede bulunan tutuklular kantinden ek besin de alamamakta yarı-aç bir durumda yaşamaya çalışmaktadırlar.

8- Cezaevinde itirafçı sanıklar, özel cezaevi görevlileri gibi çalışabilmektedirler. Cezaevi müdürü

ve Cezaevi Bölük Komutanının denetiminde kendini savcı ya da emniyet görevlisi olarak tanıtan itirafçı sanık Selçuk GÜLTEKİN bazı tutukluların sorguya çekerek ihbarcılık yapmalarını, pigmanlık yasaından yararlanmalarını istemektedir. Ayrıca yaklaşık üç aydır çay ocağı da bu tutuklular tarafından işletilmektedir. Bunlar çayın içine her türlü şeyi koyabilecekleri için siyasi tutuklular 3 aydır çayda içememektedir. Böylece Cezaevi idaresi çay içilmesine de engel olmaktadır.

Yukarıda anlatılan insanlık dışı bu koşullardan sonra, başta Cumhuriyet Savcısı, Cezaevi Müdürü olmak üzere "İnfazımızı yakacağız, sizleri süreceğiz" türünden tehditler ileri sürülmektedir çocuklarımız.

Yapılan bu uygulamaların sorumluları Adana Cumhuriyet Savcısı Ali Galip DİNÇER, Cezaevi Müdürü Mehmet Aydoğdu, Cezaevi İç Emniyet Bölük Komutanı Hulusi SEZGİNER'dir. Bayan tutukluların tuvalet kapatılma emri bizzat Cumhuriyet Savcısı tarafından verilmiştir.

Bu uygulamaların yanı sıra işkence de yer yer yapılmaktadır. Bizzat işkenceye katılan gardiyanlar; başgardiyan, Mustafa GEZER, Kasım ÇAKMAK, gardiyan Celal COMERT, Bilal DENİZ ve Emine TALAYMAN'dır.

Eminehan Akinci (kadın)
Babası S. Akinci Telli
Çayhan Kalkan
Anesi Afet Kalkan
Rahman Deniz
Ruza Deniz (babanın)
Nusret Moya
eşi Sebahat Moya
Erdel Aykoc
Anesi Mustafa Aykoc
Ahmet Albayrak
Anesi Elif Albayrak
Elif
Erol Özcan
Anesi Zülfi Özcan
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman Kırklar
Abası Durige Kırklar
F. Yücel
Ismail Yüce
Anesi Fatma Yüce
Beyazıt Durmuş
Zeliha Durmuş
ZP
M. Berktaş
Fotma dermo
Lolih dermanin Anesi
Cevdet Uçar
Anesi Zariye Uçar
Eğip Kırık
Anesi Güllü Kırık
Mehmet Akifin Anesi
ABCE GÜL
Alihan Kıraklıoğlu
Mehmet Akifin Anesi
Abderrahman K

17 Temmuz 1986 / 1892

"HAYDAR SALTİK İSVİÇRE'DEN DEFOL" İMZA KAMPANYASI İÇİN
BERN'DE BASIN TOPLANTISI YAPILDI.

KAMPANYA BOYUNCA TOPLANAN 7074 İMZA PARLAMENTOYA VERİLDİ.

1986 Ocak başında H.Saltık'ın İsviçre BERN Büyükelçiliğine atanması ve İsviçre hükümetinin onaylanmasıyla birlikte İsviçre'de içlerinde SOL BİRLİK'in de bulunduğu 6 örgütün (Av.Dev-Genç/Denge Komal-Devrimci İşçi/KİP-GBK/Kurtuluş) İsviçreli örgüt ve kişilerle başlattığı H.Saltık'ı protesto eden imza kampanyası için toplanan 7074 imza 23 Haziran 1986 Pazartesi günü saat:10.30 da 3 kişilik bir heyet tarafından parlamentoya verildi. Bununla ilgili olarak aynı gün saat 11.30 da parlamento binası yakınındaki Hotel Bellevue Palace'de bir basın toplantısı düzenlendi.

"H.Saltık'ın akreditine karşı komite" adına basına çağrıda bulunan Anjuska Weil, konunun önemini belirterek H.Saltık hakkında basın mensuplarını bilgilendirdi. Basın toplantısında hazır bulunan Türkiye ve T.Kürdistanı örgüt temsilcilerini tanıtarak, hem İsviçre'nin geleceği ve demokrasisi açısından hem de Türkiyeli demokrasi güçleriyle dayanışmayı yükseltmek açısından yardımcı oldukları için teşekkürlerini belirterek sözü Türkiyeli örgütleri temsil eden bir konuşmacıya söz verdi. Konuşmacı özetle H.Saltık'ın kişiliği ve görevlerinin ne olduğu hakkında, görevleri sırasında idam edilenlerin, işkencede öldürülenlerin isimlerini ve tarihlerini belgelerle açıklayarak basını bilgilendirdi.

Daha sonra "H.Saltık'ın akreditine karşı komite" adına konuşma yapan gazeteci Jörg Meyer (Basler Zeitung Redaktörü), Dr. Willy Egloff (İSVİÇRE HUKUKÇULAR BİRLİĞİ BAŞKANI), Paul RECHSTEINER (SP'li Parlamenter) sırasıyla söz alarak basını çeşitli açılardan bilgilendirdiler. Haydar Saltık'ın Bern'e Büyükelçi olarak kabul edilmesinin hem insan hakları, hem uluslararası hukuk kuralları hemde İsviçre'nin geleneksel demokrasisi açısından olumsuz olduğunu belirterek bu durumu şiddetle protesto ettiler. Daha sonra basın mensuplarının sorularını cevaplayan konuşmacılar, bu konunun gerek İsviçre'de ve gerekse Avrupa'da yaşayan ve çalışan Türkiyeli göçmenlerin geleceği açısından kuşku verdiğini, bugün Türkiye'deki rejimin niteliğinden dolayı da İsviçre hükümetinin Türk hükümetiyle yaptığı ekonomik ilişkilerin ve ticari anlaşmaların tasvip edilemeyeceğini eklediler.

SP'li Parlamenter Paul Rechsteiner, bütün bunlardan dolayı "bugün parlamentoya verilen 7074 imza yeterli bulunmazsa bizler parlamentoda bu işin peşini bırakmayacağız, bu hem İsviçre'nin gelecek demokrasisi açısından hemde Türkiye'deki gelecek demokrasi açısından zordur" dedi. İsviçre Hukukçular Birliği Başkanı Dr. Willy Egloff ise Demokrasi ve hukuk kuralları açısından kendilerini zamanında bilgilendirdikleri ve uyardıkları için Türkiyeli örgütlere teşekkürlerini iletti. Gazeteci Jörg Meyer de konuşmasının sonunda H.Saltık için "Türkiye'de en üst görevlerde bulunmuş, yasını başını almış bir adamın İsviçre'de ne işi var, ülkesinde otursun dinlensin, eğer ödüllendirilmek isteniyorsa daha başka yerlere gönderilebilir, örneğin Amerika'ya gidebilirdi. Bundan dolayı da Ülkemiz ve Türkiyeliler açısından kuşku verici bir durumdur, diyerek şiddetle protesto etti. Basının konuya ilgilerinden dolayı teşekkür edilerek toplantı sona erdi.

...

Not: Bu metnin aynısı T. Postasına

Gönderilmiştir.

→ İsviçre TV ve radyo
ve bir sok gazete bu olaya
sok geniş yer verdi. X

Flash TÜRKKEI

Nr.5 März 1986



WER IST HAYDAR SALTİK ?

Haydar Saltik, einer der berühmten Generäle des Militärputsches vom 12. September 1980, ist als Botschafter in die Schweiz gekommen. Wer ist Haydar Saltik ? Er hat zusammen mit Kenan Evren den Putsch vorbereitet. Beide Generäle waren verantwortlich für die Vorbereitung des Bayrak Planes, der schon für 1978 die militärische Intervention vorhatte. Als der Putsch nach diesem Plan am 12. September durchgeführt worden war, setzte man Saltik als Generalsekretär der aus 5 Personen bestehenden Junta (Nationaler Sicherheitsrat) ein. Das Parlament wurde aufgelöst und das existierende Verfassungssystem beseitigt. Unter diesen Bedingungen bedeutete das Amt des Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitsrates die Macht, Gesetze zu erlassen und sie anzuwenden. Nach dem Putsch wurden die Parteien, die Gewerkschaften und Vereine aufgelöst. Die Patrioten und Demokraten, die wertvollsten Menschen der Gesellschaft, wurden verhaftet, gefoltert und eingekerkert. Die grundsätzlichen Menschenrechte und Freiheiten wurden mit Füßen getreten, und die Generäle errichteten ein diktatorisches Regime. Der Staatsterror wurde unter dem Vorwand, den Terror zu bekämpfen, legalisiert. Nach offiziellen Mitteilungen wurden 170 Personen, in Wirklichkeit waren es aber 500, entweder mitten auf der Strasse erschossen, oder auf den Polizeistationen unter Folter ermordet. Haydar Saltik ist einer der Rädelsführer der blutigen Periode, in der die nationale Unterdrückung gegen das kurdische Volk die Dimensionen eines Völkermordes angenommen hat. Haydar Saltik leitete Sonder Kommission und hatte sie unter Kontrolle. Diese Kommission bereitete die Verfassung vor, die im Jahre 1982 dem Volk mit Bajonettgewalt aufgezwungen wurde, und sämtliche Grundrechte und Freiheiten ignoriert. Er übte von 1980 bis 1982 die Pflicht des Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitsrates aus. Danach übernahm er das Amt in der 1. Armee- und Ausnahmezustands-Kommandantur. Während seiner Amtszeit verloren viele Menschen in Istanbul und anderen Städten seines Amtsgebietes durch Folter ihr Leben. Auf seinen Befehl hin wurden viele Friedenskämpfer verurteilt. Als Belohnung für alle seine Dienste wurde er 1984 in die Kommandantur der Infanterie berufen. Kurz nachdem er im August 1985 pensioniert wurde, teilte die Presse mit, dass er als Botschafter nach Bern berufen worden sei.

Wir glauben fest daran, dass die Schweiz diesen General im Namen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und Freiheit nicht akzeptieren sollte.

Wir in der Schweiz lebenden türkischen und kurdischen Patrioten glauben fest daran, dass dieser General, der ein Feind der Freiheit ist, den freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Schweizerischen und unserem Volk keinen Dienst leisten, sondern im Gegenteil ein grosses Hindernis darstellen wird. Auch sind wir überzeugt, dass seine Einsetzung als Botschafter in der Schweiz eine Quelle der Gefahr für unser Wohlbefinden und unsere Sicherheit bedeuten wird.

Wir rufen alle Demokraten, Friedensfreunde, politischen Parteien und Gewerkschaften der Schweiz auf, Haydar Saltik als Botschafter nicht zu akzeptieren und dies von der Schweizerischen Regierung zu fordern.

MÖRDER DER TÜRKISCHEN UND KURDISCHEN VÖLKER
BOTSCHAFTER HAYDAR SALTİK, RAUS AUS DER SCHWEIZ !

**HAYDAR SALTİK
RAUS AUS DER
SCHWEIZ !**

17 Temmuz 1986

842

PUTSCHFUEHRER WIRD DIPLOMAT

Im September 1985 suchte HAYDAR SALTİK beim Eidgenössischen Department für auswärtige Angelegenheiten in Bern um Begläubigung als neuer Botschafter der Türkei nach. Da das EDA "aufgrund des Völkerrechts schwerwiegende Gründe brauchte", um seine Akkreditierung zu verweigern, übernahm Saltik im Januar 1986 seine diplomatische Mission in Bern.

Durch diese Begläubigung wurde zum ersten Mal derjenige Putschführer und General von einem europäischen Staat als Diplomat akzeptiert, der zusammen mit Kenan Evren die ganze politische und rechtliche Verantwortung für den Militärputsch vom 12. September 1980 und dessen Durchführung trägt.

REAKTIONEN IN DER SCHWEIZERISCHEN OEFFENTLICHKEIT

Als Reaktion gegen diese Akkreditierung wurde im Februar 1986 eine Petition lanciert. Diese Unterschriftensammlung, welche mit 25 Erstunterzeichnern eingeleitet wurde, erreichte 7000 Unterschriften. Mehr als 100 nationale und regionale Organisationen brachten ihre Unterstützung zum Ausdruck.

Dokument 1: Unterschriftenbogen auf Deutsch,

Dokument 2: Unterschriftenbogen auf Französisch,

Dokument 3: Telegramm vom 1. Mai Komitee-Zürich an den Bundespräsidenten
- Die Namen der Mitgliederorganisationen vom 1. Mai Komitee.

Dokument 4: Telegramm der Coordination Genèveise pour la Défense du droit d'asile an den Bundespräsidenten der schweizerischen EDA.

- Die Namen der Mitgliederorganisationen bei Coordination Genèveise pour la Défense du droit d'asile.

ERSTE KUNDGEBUNG GEGEN SALTİKS AKKREDITIERUNG

Am 15. Februar fand gegen den neuen türkischen Botschafter in Bern eine Kundgebung statt.

Dokument 5: Nachrichten aus der Presse über diese Kundgebung.

Die Rücknahme der Akkreditierung Saltiks gehörte auch zu den Forderungen der Gesamtschweizerischen Kundgebung vom 1. März in Bern, zu der den Schweizerische Komitee zur Verteidigung der Asylrechts aufgerufen hatte.

ERSTE REAKTION DER REGIERUNG ZU DIESEN PROTESTEN

Dokument 6: Antworten des EDA an den 1. Mai Komitee Zürich und an Coordination Genèveise pour la Défense du droit d'asile.

Das Eidgenössische Department für Auswärtige Angelegenheiten lehnte die Rücknahme der Akkreditierung ab. Es verwies dabei auf die internationalen Gepflogenheiten, nur bei Vorliegen schwerster Gründe einen Botschafter zurückzuweisen.

Saltik verletzte aber viele Jahre hinweg in schwerster Weise die Menschenrechte, wie ein Ueberblick über die früheren Aktivitäten zeigt.

DIE AUFGABEN SALTIKS IN DER OBERSTER ARMEEFUEHRUNG

- 1974 General H. Saltik leitete 1974 als Kommandant der "Zypern-Friedensarmee" die türkische Invasion in Zypern, die zur Teilung der Insel führte
- 1978 Ernennung zum 2. Vorsitzenden des Generalstabs neben General Kenan Evren.
- 1980 Ernennung Kommandant der Aegäischen Armee.
Die Aegäische Armee bildet eine der 4 Teile der türkischen Armee. Die anderen Teile sind 1., 2., und 3. Armee.
- 1980 Nach dem 12. September sollten die Sonderkommissionen zum Stab des Nationalen Sicherheitsrates werden. An deren Spitze war Gen. H. Saltik eingesetzt worden.
* Die Kommissionen hatten die Aufgabe, die Politik der einzelnen Ministerien der Militärregierung zu erarbeiten.
- 1980 Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates.
* Aufgaben des Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitsrates: Die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates vorzubereiten und deren Durchführungen sicherzustellen.
- 1981 1. Armee- und Kriegsrechtskommandant in Istanbul.
- 1984 Oberkommandant vom Heer.

WELCHE EIGENSCHAFTEN HATTE DER HEUTIGE DIPLOMAT SALTİK FRÜHER?

- A- Saltik als Kommandant der türkischen Invasionsarmee in Zypern.
(Zitat aus dem Buch "TÜRKİYE" Hrsg. Eberhard Schmitt, Express Edition, S.175)

G Die türkische Zypern Invasion und ihre politischen Folgen

Am 15. Juli 1974 stürzten Offiziere der zypriotischen Nationalgarde (in der Mehrzahl Griechen, nicht Zyprioten) den Staatschef und Erzbischof Makarios. Hinter den Putschisten standen die damalige Athener Militärjunta, die mit dieser Aktion gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der zypriotischen Bevölkerung gewaltsam den Anschluß der Insel an Griechenland erzwingen wollte und die USA, denen die Neutralitätspolitik der zypriotischen Regierung nicht in ihre Nahostpolitik paßte.

Die Putschisten erzielten nur einen kurzfristigen militärischen Erfolg. Politisch war der Staatsstreich ein vollständiger Fehlschlag, da der populäre Präsident durch einen Geheimgang rechtzeitig den Palast verließ und sich im Ausland in Sicherheit bringen konnte, wo er Appelle an die UNO und befreundete Staaten richtete.

Unter diesen Umständen war kein „seriöser“ rechter Politiker bereit das Präsidentenamt anzunehmen. Dadurch waren die in der zypriotischen Bevölkerung weitgehend isolierten Putschoffiziere gezwungen, mit dem rechtsradikalen Nikos Sampson eine wenig populäre und zugleich sehr umstrittene Figur auf den Präsidentenstuhl zu setzen, was insbesondere für die türkische Minderheit (18 Prozent der Bevölkerung) eine ungeheure Provokation darstellte, weil dieser 1963 maßgeblich an Massakern an den türkischen Zyprioten beteiligt war.

Der drohende Anschluß Zyperns an Griechenland (die Enosis) und die Gefahr von Massakern an den Zyperntürken lieferte der türkischen Generalität einen ausgezeichneten Vorwand für einen schon seit langem heiß ersehnten Einmarsch auf Zypern am 20.7.74, der von der Mehrzahl der Zyprioten genauso wenig gewünscht wurde wie der Putsch der Nationalgardisten.

Da die Athener Junta nicht in der Lage war ihre Truppen kurzfristig zu mobilisieren, stieß die türkische Armee auf nicht allzu viel Widerstand und besetzte in wenigen Wochen den gesamten Norden (ca. 40% der Gesamtfläche Zyperns), der für die Zyperntürken „reserviert“ wurde.

„Besonders in den ersten Tagen nach der Invasion kam es zu barbarischen Verbrechen an der griechisch-zypriotischen Zivilbevölkerung, die auf diese Weise zur Flucht aus den türkisch besetzten Gebieten genötigt werden sollte. Außerdem wurde damit eine solche Panik unter den griechischen Zyprioten erzeugt, daß sie bei der zweiten Invasionswelle der türkischen Armee am 14. August in einem Massensexodus (200 000 Flüchtlinge, fast ein Drittel der Bevölkerung Zyperns) nach Süden flohen.“¹ Umgekehrt terrorisierten die Putschisten die türkische Bevölkerung im Südteil der Insel dermaßen, daß diese ihrerseits fast vollständig in den Norden oder auf den britischen Stützpunkt Akrotiri floh.²

Obwohl am 23. Juli die Athener Junta zusammenbrach und Sampson demissionierte und Makarios alsbald zurückkehrte, setzte die türkische Armee ihren Vormarsch fort und war in der Folgezeit nicht bereit sich aus Nordzypern zurückzuziehen.³

Die griechisch-zypriotische Bevölkerung, 82 Prozent der Bevölkerung Zyperns wurde auf 60% der Landesfläche zusammengedrängt, die zudem ökonomisch weniger entwickelt war. In diesem Gebiet befanden sich 1974 nur ca. 30 Prozent der gesamten Produktionskapazitäten, darunter 20 Prozent der Industrieanlagen, 44 Prozent des Bergbaus und der Steinbrüche, 13 Prozent der in Betrieb und 33 Prozent der im Bau befindlichen Touristen-Hotelanlagen. 59% der Viehzuchtbetriebe und 21 Prozent der Zitrusplantagen.⁴

Gegen den Protest der Republik Zypern (Süden) wurde 1975 der Rechtsanwalt und Zementhändler Rauf Denktasch⁵ der bereits in den 50er Jahren die zyperntürkische Terrorgruppe TMT anführte, die sich besonders durch die Ermordung und Unter-

drückung der türkischen Linken auszeichnete, zum Präsidenten der türkischen Besatzungszone ausgerufen.

Einige zehntausend Siedler, die er aus Anatolien mit Versprechungen heranlockte und die das Eigentum der geflohenen Griechen erhielten, wurden zur wichtigsten Stütze des „starken Mannes der Zyperntürken“. Angesichts der völligen ökonomischen (ein Drittel des Haushalts finanziert die Türkei) und militärischen Abhängigkeit von der Türkei war und ist der Präsident allerdings nicht viel mehr als der Gouverneur einer türkischen Provinz. Falls die Türken ihre 20 000 Mann starke Besatzungsarmee zurückziehen würden, würde dieses Gebilde schnellstens zusammenfallen.

Die Clique um Rauf Denktasch und die sie stützenden Herren in Ankara strebten von Anfang an eine Vertiefung der Spaltung Zyperns an. Diese Politik fand ihren vorläufigen Abschluß in der Proklamation des türkischen Satellitenstaates „Türkische Republik Nordzypern“ am 15.11.1983, der international isoliert ist und praktisch nur von Ankara anerkannt wird. Gegen diese Politik kam es kurz darauf in Nikosia zu einer riesigen Massendemonstration der griechisch-zypriotischen Bevölkerung. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nation erklärte mit großer Mehrheit die Proklamation des türkisch-zypriotischen Staates für unrechtmäßig.

Die Folgen der türkischen Zypern Invasion für die türkisch-amerikanischen Beziehungen.

Unter dem Druck⁶ der griechischen Kongreß-Lobby wurde die US-Regierung gezwungen, ein Waffenboykott gegen die Türkei zu Verhängen. Der Boykott wurde allerdings erst ausgerufen, als größere Waffengeschäfte mit der Türkei abgeschlossen worden waren. Im Gegenschlag schloß die türkische Regierung fast sämtliche US-Stützpunkte auf türkischem Boden. Die US-Stützpunkte wurden erst ab 1978 wieder allmählich geöffnet.

Anmerkungen

1 U. Heide, Nationale Unabhängigkeit im Spannungsfeld von ethnischen Unterschieden, sozialen Konflikten und Kolonialpolitik. Untersuchungen zum Lernfeld Dritte Welt am Beispiel von Cypern, Frankfurt/M. 1980, S. 130.

2 1975 wurden sie, ob sie nun wollten oder nicht – und viele wollten nicht – in den Norden verfrachtet im Tausch gegen die letzten dort eingeschlossenen Griechen. Die UNO übernahm den Transport.

3 Da nun wieder die durch Wahlen legitimierten Politiker um Makarios, die keine Ressentiments gegen die türkische Minderheit hegten, zur Regierungsmacht in Zypern zurückgekehrt waren, war ja jeder Grund für die türkische Invasion weggefallen.

4 Trotz der günstigeren ökonomischen Startbedingungen ist aber heute (1983) das Pro-Kopf Einkommen im Südteil der Insel etwa dreimal so hoch wie im Norden. Dafür waren vor allem die folgenden Faktoren ausschlaggebend:

● daß die türkische Besatzungszone aufgrund des Drucks der Regierung der Republik Zypern international wirtschaftlich isoliert worden ist.

So wurden die Kapitane von skandinavischen Schiffen, welche vorher den Hafen von Famagusta angelaufen hatten, in Limassol verhaftet. Ausländische Banken, die früher auf der ganzen Insel operierten, mußten auf Druck der griechisch-zypriotischen Regierung ihre Filialen in der türkischen Besatzungszone schließen.

Der damals blühende Tourismus ist weitgehend zusammengebrochen, weil außer der türkischen Hava Yollari keine einzige Linie oder Chartergesellschaft Nordzypern anfliegt, um nicht die begehrten Landrechte in Athen und auf diversen griechischen Inseln zu verlieren.

● daß die Entwicklungshilfegelder ausschließlich in die Republik Zypern fließen.

5 Denktasch bereicherte sich nach der Flucht der griechischen Zyprioten mit zahlreichen Häusern und Grundstücken.

6 Die US-Regierung wäre auch mit der Kontrolle von 40 Prozent Zyperns durch den NATO-Partner Türkei zufrieden gewesen, wurde aber von der griechischen Kongreß-Lobby zum Boykott der türkischen Zypernpolitik gezwungen.

Literatur

N. Corsten u.a., Zypern. Der konservierte Konflikt, Bremen 1980, CON

U. Heide, Nationale Unabhängigkeit im Spannungsfeld von ethnischen Unterschieden, sozialen Konflikten und Kolonialpolitik.

Untersuchungen zum Lernfeld Dritte Welt am Beispiel Cypern, Frankfurt/M. 1980

N. Kadritzke; W. Wagner, Im Fadenkreuz der NATO. Ermittlungen am Beispiel Cypern, Berlin 1976

B- Saltik als Putschist-General:

Der bekannte Journalist und Schriftsteller M. Ali Birand erwähnt in seinem Buch mit dem Titel "12 September, 04 Uhr" immer wieder die organisatorische Rolle Haydar Saltiks beim Putsch. Die Übersetzung einiger betreffender Abschnitte des Buches gibt eine Vorstellung von seiner Persönlichkeit und Funktionen. Das Buch wurde in der Türkei 1984 unter schwierigsten Zensurbedingungen veröffentlicht und die Informationen wurden bis jetzt nicht dementiert. Deswegen gibt es keine Zweifel über dessen Glaubwürdigkeit.

"...Am 6. März 1978 machte die Ecevit-Regierung den General Evren zum Stabschef..." (S.60)

"...Auch General Nurettin Ersin trat der Infanteriekommandantur bei. Die anderen zwei wichtigen Änderungen in der Infanterie waren die Beförderung General Haydar Saltik's zur zweitwichtigsten Position und die Einsetzung General Necdet Uerug's (jetziger Stabschef) an die Spitze der 1. Armee..." (S. 60)

"...Die Ernennung Evren's, Saltik's und Uerug's waren die drei wichtigsten Elemente der Verwirklichung des Putsches vom 12. September..." (S. 60)

"...Jahr: 1978, Ort: Ankara.

Im Herbst liess Stabschef Evren einen aus drei Personen bestehenden Sondertrupp gründen. Von diesem Sondertrupp, der dem Befehl der 2. Vorsitzenden Saltik unterstand, wurde eine Stabsuntersuchung verlangt: Ob in dieser Phase ein Putsch notwendig sei, und falls es so wäre, was dessen Hauptgrund sein solle..." (S. 30)

"...Das Gehirn des Putsches waren zwei Personen: Stabschef Kenan Evren und der 2. Vorsitzende Haydar Saltik..." (S.120)

"...dieser Sondertrupp unter dem Befehl vom 2. Vorsitzenden Saltik bereitete seit langem den "Bayrak Plan" vor. Die Hauptrichtlinien standen fest. Die Details waren in die letzte Phase gekommen. Es wurde beschlossen, dass die Vorbereitungen beschleunigt und der Sondertrupp auf 6 Personen erhöht werden sollte..." (S. 200)

"...Es gab ausführliche Informationen in diesem Plan darüber, wie das Radio unter Kontrolle zu nehmen sei, was mit den Parteien und dem Parlament geschehen sollte, wie die Grundbedürfnisse des Volkes gedeckt werden sollten, ob die Banken beschlagnahmt werden sollten und wer verhaftet werden sollte..." (S. 200)

"... Der Plan war bereit. Nur dessen Verwirklichungsdatum wurde offen gelassen..." (S.201)

"...Es wurde damit gerechnet, dass DISK-Gewerkschaft aus 15.000 Aktivisten besteht und es wurde überlegt, welche Massnahmen gegen einen möglichen kollektiven Widerstand getroffen werden könnten... Man musste unbedingt mit der Möglichkeit eines Blutbades im Land rechnen. Das Blutspenden wurde sogar beschlossen. einer der wichtigsten Punkte war die Hypothese eines kurdischen Aufstands..." (S. 201-202)

"...Am 17 Juni 1980 liess der Stabschef die Kommandanten der Streitkräfte und den 2. Vorsitzenden rufen und erteilte den Befehl zum Putsch: An alle Kommandanten der Armee! Das Verwirklichungsdatum des Bayrak Plans ist der 11. Juli, 04.00 Uhr.

Man begann den Bayrak Plan durch Sonderkuriere zu verbreiten..." (S. 209)

"...Am 8. Juli wurde vom Generalstab ein zweiter Befehl herausgegeben: 'Die Ausführung des Bayrak Plans wird aufgehoben.'..." (S. 213)

"...Der Kommandant beschliesst ein entgeltliches Datum. 9 August, Ankara (Generalstab). Die Sitzung im Zimmer des Stabschefs dauerte nur eine halbe Stunde. Evren fasste ganz kurz zusammen: 'Das Datum des Putsches ist der 12. September. Machen Sie Vorbereitungen nach ihm.' Der Stabschef hat der Ausführungsbefehl unterzeichnet. Er wurde begrüsst, und schon war diese Sitzung beendet..." (S. 247)

"...11 August-Ankara (Generalstab)

Evren begann seine Rede für das Radio und Fernsehen nach der Verwirklichung des Putsches zu schreiben. Er stellte die Grundrichtlinien der wichtigsten Punkte seiner Arbeit für die erste Phase fest, die bis zum 30 August dauern sollte. Danach leisteten sein Stab, Saltik und die Kommandanten einige Beiträge dazu..." (S.248)

"...Die den Bayrak Plan und die politischen Beschlüsse betreffenden Vorbereitungen wurde vom Sondertrupp fortgesetzt. Nach den zur Genehmigung des Stabschefs und zur Diskussion gestellten Plänen sollte in der ganzen Türkei der Ausnahmezustand erklärt werden und zum ersten Mal sollten die Kommandanten des Ausnahmezustandes ausserordentliche Ermächtigungen erhalten..." (S. 249)

"...Im Plan gab es zusätzliche Massnahmen für Istanbul, wo die Mehrheit der Aktivisten der DISK existieren. Nach den Ergebnissen der Rechnungen und Vermutungen wurden solche Massnahmen beschlossen, dass gegen jede Guerilla 8 Soldaten bereit sein sollten und dass bei geringstem Widerstand sofort Feuerbefehl erteilt werden sollte..." (S. 250)

"Sonntag, 7 September

Erneut wurde im Haus des Stabschefs eine geheime Sitzung abgehalten. Da waren alle Kommandanten der Streitkräfte und General Saltik anwesend... Bei dieser fünfstündigen Sitzung wurden die technischen Details dieses Plans zum letzten Mal durchgeprüft..." (S.263)

"... Nicht nur Eyüboğlu, sondern auch Oezal, Kafaoglu, sogar die die J Vorsitzenden wollten, dass Saltik der zukünftige Ministerpräsident sein sollte. Aber seiner Meinung nach war das Amt des Ministerpräsidenten eher ein vorübergehendes Amt, die Militäruniform dagegen bildete eine wahre und dauerhafte Kraft..." (S. 310)

"Nach dem 12. September sollten die Sonderkommissionen zum Stab des Nationalen Sicherheitsrates werden. An deren Spitze war General Haydar Saltik eingesetzt worden..." (S.317)

C- Saltik als Mitverantwortlicher der Hinrichtungen des Militärregimes:

Haydar Saltik war Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates vom 12.9.1980 bis 26.8.1981.

12.9.1980- Zur Rolle und Aufgabe des Nationalen Sicherheitsrates.

Am frühen Morgen des 12.9.1980 putschte die rechtsgerichtete Militärführung unter Generalstabschef Gen. Evren. Der Putsch wurde von der gesamten Armeeführung getragen, die sogleich einen Nationalen Sicherheitsrat bildete, der sich aus den Oberkommandierenden von Heer, Marine und Luftwaffe zusammensetzte.

Die Aufgaben und Funktion des Nationalen Sicherheitsrates wurden mit der ersten Rede von General Evren gleich nach dem Putsch, am 13. September 1980, wie folgt bekanntgegeben:

"Der Generalstabschef und der Führer des Nationalen Sicherheitsrates General Evren hielt eine Rede um 13 Uhr durch Radio und TV. Bei seiner Rede erklärte Evren die Ziele und Gründe des Putsches:

'...Ab heute für eine vorübergehende Periode bis eine neue Regierung und gesetzgebende Organe gegründet werden, benötigen Gesetzgeber und Exekutive der Ermächtigung durch den Nationalen Sicherheitsrat, welche unter meiner Führung aus den Oberkommandierenden von Heer, Marine, Luftwaffe und Gendarmerie besteht.'..."

(Zitat aus der Zeitung Cumhuriyet vom 13. September 1980)

- Die "Vorübergehende Verfassung"

In dem den Putsch folgenden Wochen und Monaten verordnete der Nationale Sicherheitsrat zahlreiche Gesetze und Erlasse. Mit dem Gesetz Nr. 2324 am 27. 10.1980 wurde die alte Verfassung als Grundlage für das weitere Handeln bezeichnet. Allerdings wurde sie gleichzeitig in allen Punkten ausser Kraft gesetzt, in denen neue Verordnungen und Gesetze des Nationalen Sicherheitsrates nicht mehr übereinstimmten. Nach diesem Gesetz, als "Vorübergehender Verfassung" wurde die Funktion des Nationalen Sicherheitsrates wie folgend beschrieben:

"Die Ermächtigung des Parlaments erfolgt durch den Nationalen Sicherheitsrat

Die Funktion des Staatspräsidenten hat der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates General Kenan Evren.

Es darf nicht behauptet werden, dass die Beschlüsse, Aussagen oder Gesetze des Nationalen Sicherheitsrates gesetzeswidrig seien."

(Aus der Zeitung Cumhuriyet vom 27.10.1980)

Haydar Saltik war Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates zwischen 12.9.1980-26.8.1981. Während seiner Amtszeit als Generalsekretär wurden einige Menschen hingerichtet. Weil damals das Parlament verboten war, wurden diese Todesurteile von Militärgerichte des Nationalen Sicherheitsrates genehmigt. Er war Mitverantwortlich für die Hinrichtungen zwischen 12.9.1980-26.8.1981.

Hinrichtungen zwischen 12.9.1980-26.8.1981:

1. Necdet Adali, 8.Okt.1980, Ankara.
2. Mustafa Pehlivanoglu, 8. Okt.1980, Ankara.
3. Serdar Soyergin, 24.Okt.1980, Ankara.
4. Erdal Eren, 3.Dez.1980, Ankara.
5. Cevdet Karakas, 5.Juni.1981 Elazig.
6. Veysel Güney, 10.Juni.1981, Gaziantep.
7. Kadir Tandogan, 25.Juni.1981, Istanbul.
8. Ahmet Soner, 25.Juni.1981, Istanbul.
9. Mustafa Oezenc, 19.Aug.1981, Istanbul.
10. Ismet Sahin, 19.Aug.1981, Istanbul.

Diese Todesurteile von dieser 10 Personen wurden in Prozessen vom Militärgerichten ausgesprochen.

D- Saltik ist Verantwortlich für den Tod mehrerer Personen als Folge vom Folterungen.

General Saltik wurde am 26.8.1981 als Kriegerrechtskommandant in Istanbul ernannt und übte diesen Amt bis 11. August 1983 aus.

Zur Rolle und Aufgabe der Kriegerrechtskommandanten:

Um die Verfolgung der Opposition möglichst lückenlos betreiben zu können und Widerstand gegen die Junta schon im Keim zu erstricken, wurden das Kriegerrecht gleich mehrfach geändert und die Kriegerrechtskommandanten mit grenzenlosen Kompetenzen ausgestattet. Die Gefängnisse, Polizeistationen und Polizeihauptquartiere unterliegen der zuständigen Kriegerrechtskommandantur.

Nach Gesetznummer 1402 wurden Kriegerrechtskommandanten z.B. ermächtigt, "das Personal im öffentlichen Dienst, dessen Arbeit nicht mehr erwünscht oder als bedenklich empfunden wird, zu entlassen, die Beschäftigungen in den regionalen Verwaltungen abzurufen", "alle Publikationen, Briefe und Telegramme zu überwachen sowie den Druck und die Verteilung von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen und den Besitz der gekauften Exemplare zu verbieten und zu zensieren" Ausserdem können sie "Veranstaltungen und Kundgebungen im Freien und in geschlossenen Räumen verbieten, Vereine und Organisationen aller Art schließen", "den Unterricht- und Vorlesungsbetrieb in Grund-, Mittel- und Hochschulen unterbrechen", "allen Institutionen des öffentlichen Dienstes und privaten Institutionen und Unternehmen Anweisungen geben, damit diese die nötigen Massnahmen ergreifen."

(Aus dem Buch Türkei, Hrsg.E.Schmitt, Express Edition, S.66)

III. Untersuchungsergebnisse:

Al. Im Polizeigewahrsam, d.h. in den Gefängnissen bei den türkischen Polizeistationen und Polizeihauptquartieren, die der zuständigen Kriegerrechtskommandantur unterliegen, werden die Festgenommenen seit dem 12.09.1980 systematisch gefoltert.

Nach § 15 des Ausnahmezustandsverwaltungsgesetzes mit der Gesetzesnummer 1402 können Personen, die politischer Delikte verdächtig sind, die vor Militärgerichten verhandelt werden, bis zu 90 Tagen ohne richterlichen Befehl inhaftiert werden. In § 15 heißt es wörtlich:

"Der Kommandant der Ausnahmezustandsverwaltung kann Personen, welche verdächtig sind, in diesem Gesetz aufgeführte Straftaten begangen zu haben, unter Aufsicht stellen, bis über das Erfordernis ihrer Verhaftung oder Vorführung vor das Militärgericht im Zuständigkeitsbereich des Kommandanten der Ausnahmezustandsverwaltung ein Beschluß gefaßt wird. Diese Frist darf die Frist von 30 Tagen nicht überschreiten. Können die Verdächtigen wegen der langen Dauer der Prüfung und Sicherstellung der Beweise nicht innerhalb von 30 Tagen dem Richter vorgeführt werden, so werden die Ver-

dächtigen am Ende der Vorermittlungen, jedenfalls aber innerhalb von 90 Tagen dem zuständigen Richter vorgeführt."

Diese Frist ist *inzwischen* auf 45 Tage verkürzt worden.

Aufgrund usherer Untersuchungen kann als *sicher* gelten, daß praktisch alle Gefangene, zumindest aber 90 % in dieser Frist von 90 Tagen - jetzt 45 Tagen - gefoltert werden.

Als Folter wird angesehen die schwere Gewaltanwendung gegen Gefangene zur Erpressung von Geständnissen und Aussagen oder zur psychischen oder körperlichen Zerstörung politisch Andersdenkender.

(Aus "Bericht Ueber Türkeireise, 25.10.83-1.11.83, Erika Woldin, Rechtsanwältin. München.)

Es ist allgemein bekannt, dass hunderte von Menschen unter der Folterungen gestorben sind. Unten geben wir eine Liste der Namen der Folteropfer, welche vom Abgeordneten C.Canver vor dem Parlament bekanntgegeben worden war. (Aus der Tageszeitung Milliyet)

Wir fragen uns, welche dieser Menschen während Saltiks Amtszeit als Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates und welche während deiner Amtszeit als 1. Armee- und Kriegsrechtskommandant ermordet wurden.

Liste von C.Canver :

113 kişinin isimlerini açıklıyoruz Canver'in işkence iddia listesi

- SHP Adana Milletvekili Cüneyt Canver işkence ile öldürüldüklerini iddia ettiği 113 kişinin sorgulamalarını yapan güvenlik görevlileri hakkında yargılama yapıp yapılmadığını ve yakınlarına tazminat ödenip ödenmediğini İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut'un açıklamasını istedi

ANKARA, ÖZEL

SHP Adana Milletvekili Cüneyt Canver, bütçe görüşmeleri sırasında İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut'a verdiği listede yer alan 113 kişinin ölüm nedenlerinin açıklanmasını bekliyor.

Cüneyt Canver, bu kişilerin ölümlerine neden olan güvenlik güç-

leri hakkında yargılama yapıp yapılmadığını ve sorgulamada öldürülen bu insanların yakınlarına tazminat ödenip ödenmediğini, İçişleri Bakanı'nın açıklamasını istiyor.

İşkence sonucu ölenler

Canver'in İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut'a verdiği ve hepsi de işkenceden öldüğü belirtilen 113 vatanşın isimleri şöyle:

"Günay Balçık, Haydar Sönmez, Gürkan Murgan, Hayri Durmuş, Hakkı Hocaoglu, Haydar Başbağ, Hasan Telci, Mahmut Zengin, Fatih Oktulmuş, Hasan Asker Özmen, Halusi Talak, Hasan Gazioglu, Hasan Hüseyin Demar, Hakan Mermeroglu, Hasan Alemliglu, Hasan Kılıç, Cemil Kurbayır, Cemal Arat, Dursun Özkuzu, Ekrem Eksi, Ercan Koca, Ensar Karahan, Ferhat Kuntay, Eşref Anyık, Enver Şahan, Ahmet Veziroğlu, Ali İnan, Ahmet Karlangaç, Ataman İnce, Abdurrahim Aksoy, Aydın Demirkol, Ali Sarıbal, Abdullah Paksoyulu, Ali Ere, Ali Adil Yılmaz, Ahmet Atıan, Ahmet Erdoğan, Ali Çiçek, Akif Yılmaz, Ali Özbey, Abdullah Gülbudak, Ayhan Alan, Abdullah Meral, Bedri Bilge, Bedri Tan, Bahar Yıldız, Cengiz Aksakal, Cafer Dağdoğan, Cemal Kıpırdamaz, Cumali Ay, Cuma Özasiyan, Cemal Kılıç, Ali Çakmaklı, Ali Aktuok, Atalay Bahadır, Ali Kılıç, Behçet Dinler, Bedri Şınak, Bayram Kocabaş, Bahadır Dumanlı, Haydar Öztürk,

Hüsnü Seyhan, Hahil Çınar, İrfan Çelik, İlhan Erdost, İbrahim Esli, İlyas Güleş, İsmet Ömürçan, İsmail Kıran, Kemal Pir, Kemal Demet, Mehmet Cizreli, Kemal Gezgün, Metin Sarıbulut, Munzur Geçgel, Mustafa Şahin, Necip Kurtul, Mehmet Ali Karasoy, Mehmet Emin Kutlu, Mustafa Hayırlıoğlu, Niyazi Gündoğdu, Mazlum Güner, Mehmet Mutlu Çetin, Mustafa Yakın, Necmettin Büyükkaya, Mehmet Kargan, Osman Karaduman, Önder Demirok, Orhan Keskin, Rafet Demir, Şaban Gazeteci, Sadettin Güven, Süleyman Ölmez, Şükrü Gedik, Sedat Alpdoğan, Sermet Parkın, Satılmış Şahin Dokuyucu, Selim Mehmet Yücel, Şerif Sar, Salih Gözet, Taner Uzun, Turgay Erbay, Turhan Sağlam, Yaşar Okçuoglu, Yılmaz Peköz, Zeynel Abidin Ceylan, Teoman Samanlı, Yıldırım Özkan, Şehmuz Durgun, Şazuman Kansa, Şerafettin Türk, Hamza Titan ve Faruk Tuna."

o *MAKKE* ist. Sil. komutanı
iken 5 kişi
o MGK. görevli iken 40 kişi

Hayrullah oğlu
Bütün tespit ettiklerimiz bunlar. Daha fazla da olabilir
H-52146
denominde
iç kısımlar da olabilir

E- Saltik gegen Presse Freiheit:

Abschaffung der Presse- und Informationsfreiheit

Die Presse- und Informationsfreiheit, die schon vor dem 12. September 1980 stark eingeschränkt war, wurde in den ersten Monaten des Jahres 1981 restlos beseitigt. Alle linken und fortschrittlichen Veröffentlichungen wurden verboten, die Tageszeitungen Demokrat (die fünftgrößte Zeitung der Türkei) und Aydınlık geschlossen und ihre Chefredakteure verfolgt.

Die Repression gegen die Presse ist nicht auf die linke Öffentlichkeit beschränkt, sondern schließt auch eine strenge Zensur gegen die regimetreue Presse ein.

Nach einem Erlass vom 3.6.1981⁹⁹ gelten folgende Zensurbestimmungen:

1. Stellungnahmen, Kommentare und Zitate ehemaliger Politiker dürfen in Zeitungsmeldungen nicht mehr erwähnt oder verbreitet werden;
2. Nachrichten über Armee und Polizei sowie über deren Aktionen dürfen nur nach Absprache mit den örtlichen Militärbehörden veröffentlicht werden. Oder die zuständigen Stellen schicken einen eigenen Bericht, der unverändert übernommen werden muß.
3. Es ist untersagt, negative Berichte zur ökonomischen Lage des Landes zu veröffentlichen.

Im Laufe der Jahre 1981-83 wurden auch viele konservative Journalisten wegen einzelner Artikel verhaftet und zu teilweise empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilt

Die renommierte liberal-kemalistische Zeitung Cumhuriyet wurde mehrfach vorübergehend verboten.

Fernsehen, Rundfunk und Nachrichten werden seit Anfang 1981 von durch den Nationalen Sicherheitsrat als Generaldirektoren eingesetzten pensionierten Generälen kontrolliert.

In Istanbul, Izmir und anderen Städten wurden zahlreiche Kinos und Theater, die für ihre kritischen Filme und Stücke bekannt waren, geschlossen und fortschrittliche Regisseure verhaftet.

Seit der Machtübernahme der Militärs wurden zahlreiche Bücher fortschrittlicher in- und ausländischer Literaten verboten, die Autoren zum Teil verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die sogenannte neue Verfassung wird auch in der nächsten Zukunft keine kritische Presse und Kunst zulassen.

(Zitat aus dem Buch Türkei, Hrsg.E.Schmitt, Express Edition, S.67,68)

Am 27 Oktober 1981 wurde die Tageszeitung Tercüman vorübergehend verboten. Diese Zeitung hatte einen Artikel veröffentlicht, welche das Verbot der politischen Parteien kritisierte. Am 30.Oktober 1981 protestierte IPI (Internationale Presse Institut) gegen das Verbot der Zeitung Tercüman. Dieses Verbot wurde von der Kriegsrechtskommandatur Istanbul erlassen, als Saltik in diesem Amt tätig war.

Am 17. Mai 1982 wurden Veröffentlichungen von allen Artikeln und Nachrichten, die die Todesstrafen und Hinrichtungen kritisierten, verboten. Dieses Verbot wurde von Kriegsrechtskommandatur Istanbul erlassen, als Saltik in diesem Amt tätig war.

F- Saltik gegen Freie Gewerkschaften:

Am 24. Dezember 1981 begann der Prozess gegen 52 DISK-Gewerkschaftsführer beim Militärgericht in Istanbul.

Verfolgung von Gewerkschaftern

1984 dauerte auch der Prozeß gegen Führer, Funktionäre und Berater des Bundes der Progressiven Gewerkschaften (DISK) an, der im Dezember 1981 begonnen hatte. Mit Ausnahme von vier Angeklagten, die noch im Zusammenhang mit anderen Verfahren festgehalten wurden, erhielten alle Angeklagten 1984 einstweilige Haftverschonung. Die 817 Seiten starke Anklageschrift gegen die 85 Hauptangeklagten behauptet, daß die Angeklagten „ideelle“ Gewalt angewendet hätten, worunter zum Beispiel der Aufruf zu einem Streik mit politischen Zielen verstanden wird. Diese Gewalt habe dem Versuch des Staatsumsturzes gedient, daher sind die Angeklagten nach Artikel 146 des türkischen Strafgesetzbuches von der Todesstrafe bedroht. amnesty international betrachtet alle DISK-Angeklagten als gewaltlose politische Gefangene. Der Prozeß gegen Mitglieder von 30 DISK-Gewerkschaften wurde mit dem Hauptverfahren gegen die DISK zusammengelegt. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Angeklagten im DISK-Prozeß auf 1474. Die Anklagevertretung forderte für 78 von ihnen die Todesstrafe.

(Zitat aus AI, Schutz für politisch Verfolgte, 1986, S.33)

Saltik war am Anfang des Prozesses Kriegsrechtskommandant in Istanbul. Das Militärgericht untersteht der Kriegsrechtskommandantur.

G- Saltik gegen Frieden:

Mitglieder von Istanbuls Friedensvereinigung wurden am 1. März 1981 von der Kriegsrechtskommandantur verhaftet.

Verfolgung der Türkischen Friedensvereinigung

Nach Artikel 141 zum Beispiel wurde Anfang 1982 Haftbefehl gegen 44 Mitglieder der Türkischen Friedensvereinigung TPA erlassen; 25 Personen wurden tatsächlich festgenommen, darunter der Vorsitzende der TPA und ehemalige türkische Botschafter, Mahmut Dikerdem, und der Präsident der Istanbuler Anwaltskammer, Orhan Apaydin.

Ziele der Friedensvereinigung waren u.a. allgemeine, kontrollierte Abrüstung, Verbot von Massenvernichtungswaffen, friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen und Abschaffung aller Formen von Kolonialismus und Rassendiskriminierung.

In der Anklage wurde der Friedensvereinigung die Absicht vorgeworfen, das Abkommen der Türkei mit der NATO unterminieren zu wollen. Den „heiligen Namen“ des Friedens hätte sie mißbraucht, um – gesteuert von der Sowjetunion – ein in marxistisches System in der Türkei zu errichten.

23 der Angeklagten wurden schließlich im November 1983 zu fünf bzw. acht Jahren Haft verurteilt. Wegen Verfahrensfehlern kam es zu einem Revisionsverfahren, das im November 1984 mit der Bestätigung der Urteile endete. Die zu fünf Jahren Haft Verurteilten und der krebserkrankte Mahmut Dikerdem wurden allerdings einstweilig freigelassen.

Am 21. November 1984 wurde gegen 48 weitere Mitglieder der TPA ein Verfahren nach Artikel 141 eröffnet; die Angeklagten blieben für die Dauer des Verfahrens auf freiem Fuß.

(Zitat aus AI-1986, S.32)

Saltik war Kriegsrechtskommandant am Anfang dieser Prozesse. Es ist selbstverständlich, dass ein ehemaliger Kommandant der Invasionsarmee in Zypern sich als Friedensgegner verhält.

Es ist selbstverständlich, dass Saltik als Botschafter mit den bisher genannten Erfahrungen eine Drohung auch gegen die Oppositionellen aus der Türkei und des türkischen Kurdistans ist, die in der Schweiz im Exil leben.

Hier nur zwei Beispiele davon, wie weit türkische Konsulate türkische Staatsangehörige im Ausland eine Gefahr darstellen und wie weit sie Aufgaben der politischen Verfolgung übernehmen.

Dokument 7: Nachricht aus der Hamburger Rundschau, 23.6.83.

Dokument 8: Nachricht aus der taz, 20.12.85.

Es ist im Bezug auf die auswärtigen politischen Beziehungen der Türkei aussergewöhnlich, dass eine Persönlichkeit mit höchsten Funktion wie H.Saltik zu irgend einer diplomatischen Aufgabe ins Ausland geschickt wird. Daher wird anzunehmen, dass Saltik als Botschafter von Bern aus gegenüber den anderen Botschaften und Konsulaten der Türkei in Europa leitende Funktionen versehen wird.

WARUM AKZEPTIERT DIE SCHWEIZ DEN PUTSCHISTEN H. SALTİK?

Es erscheint als aussergewöhnlich, dass ein General des Militärputsches als hoher Diplomat in der Schweiz akzeptiert wurde, während es die Verantwortlichen gestürzten diktatorischen Regimes schwierig haben, ein Asylland zu finden. Wie es aus Dokumentationen und Informationen eindeutig ans Tageslicht kommt, war und ist Saltik kein subalterner Offizier, der Befehle seiner Vorgesetzten durchführte, sondern ein Putschist, der die Aktionen direkt leitete. Die Schweiz hat durch seiner Akkreditierung ihre Neutralitätspolitik verletzt und auch den türkischen Putsch hingenommen.

Es ist ein Zusammenhang zwischen den ökonomischen Beziehungen der Schweiz mit der Türkei und dieser Akkreditierung festzustellen. Diese Beziehungen haben nach dem Putsch vom 12.September 1980 zugenommen und die Schweiz ist seitdem zum grössten Investor(1984) geworden.

Zwei Dokumenten zur Sache:

Dokument 9: Friedenspolitik Nr.36/Februar

Dokument10: Dokumentation 1986/1,Erklärung von Bern.

Kontaktadresse

Hanspeter Gysin
ICC/Postfach 231
4015 Basel

Document 1

17 Temmuz 1986

Petition

An den Bundesrat

Rücknahme der Akkreditierung von Haydar Saltik!

Mit grossem Erstaunen haben wir erfahren, dass die Schweizer Behörden der Akkreditierung des ehemaligen Generals und Planers des Militärputsches von 1980, Haydar Saltik, zum neuen Botschafter der Türkei zugestimmt haben.

Für uns als TürkInnen/KurdInnen bedeutet die Wahl dieses hohen Putsch-Generals, dass die heute bereits sehr intensive Überwachung der türkischen und kurdischen ArbeitnehmerInnen und Flüchtlinge noch weiter verschärft wird.

Als SchweizerInnen können wir es nicht verstehen, wieso die neutrale Schweiz mit der Akkreditierung des Ex-Generals Saltik einer durch Willkür und Gewalt zur Macht gelangten Militärjunta leichtfertig internationale Anerkennung verschafft, und diese noch untermauert durch immer intensiver werdende Handelsbeziehungen.

Aus diesen Gründen sind wir, SchweizerInnen und AusländerInnen, nicht damit einverstanden, dass Haydar Saltik in der Schweiz seinen diplomatischen Auftrag übernehmen kann. Wir bitten Sie, sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte, auf Ihren Entscheid zurückzukommen und die Rücknahme der Akkreditierung von Haydar Saltik zu verfügen.

Name	Vorname	Adresse und Postleitzahl	Unterschrift

Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören:

Anjuska Weil, Zürich / Andi Rieger, Zürich / Lilo Hoffmann-Steiner, Schaffhausen / Bruno Bollinger, Baar / Paul Parin, Zürich / Elisabeth Parin-Matthèy, Zürich / Jean-Pierre Thévenaz, Yverne / Jürg Mayer, Basel / Carl Miville-Seiler, Basel / Peter Gessler, Aarau / Urs Köppel, Sursee / Ueli Wettstein, Bannwil / Georg Geiger, Basel / Hans Stebler, Basel / Hanspeter Gysin, Basel / Bettina Kurz, Zürich / Elisabeth Baur, Zürich / Verena Gessler, Pratteln / Philippe Zogg, Basel / M. Baerlocher, Basel / Beat Leuthard, Basel / Susanne Sprecher, Basel / Reingard Dirschel, Basel / Hanspeter Engenberger, Basel / Giovanni Chicherio, Genf.

Bitte ganz oder teilweise ausgefüllte Bogen bis Ende März an die obige Kontaktadresse zurückschicken.

Türkischer Putschist Botschafter in Bern

Bern. – Der ehemalige General Haydar Saltik, der als Planer des Militärputsches in der Türkei vom September 1980 gilt, ist als neuer türkischer Botschafter in der Schweiz akkreditiert worden. Saltik sowie die neuen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, von Zaire und von Vietnam haben am Donnerstag im Bundeshaus ihre Beglaubigungsschreiben überreicht.

Ankara hatte im vergangenen Herbst um das Agrément für Saltik ersucht. Dem früheren General, der 1974 bei der türkischen Invasion auf Zypern das Kommando hatte, wird eine wesentliche Rolle bei der Machtübernahme durch die Militärs zugeschrieben. Er war jedoch nicht Mitglied des damals unter General Kenan Evren gebildeten Nationalen Sicherheitsrats, unter dem bis zu seiner Auflösung Ende 1983 allen Parteien eine politische Tätigkeit untersagt war. Bis zu seiner Pensionierung im vergangenen Jahr war Saltik Befehlshaber der Landstreitkräfte.

Kein genügendes Motiv zur Verweigerung

EDA-Sprecher Georges Martin wies auf Anfrage darauf hin, dass es für die Ablehnung eines Agrément-Ersuchens schwerwiegende Gründe brauche. Saltik sei zwar tatsächlich den jetzt an der Macht stehenden Persönlichkeiten nahestehend. «Jedoch ist die Tatsache, zur Militärhierarchie gehört zu haben, aufgrund des Völkerrechts kein genügendes Motiv, um eine Akkreditierung zu verweigern», sagt Martin.

Der neue Botschafter der Bundesrepublik in der Schweiz heisst Jens Petersen. Die Republik Zaire wird durch Liloo Nkema in Bern vertreten. Der neue Vertreter der Sozialistischen Republik Vietnam, Cu Dinh Ba, hat seinen Sitz in Bonn. (AP)

Türkischer Putschist Botschafter in Bern?

Der soeben pensionierte türkische General Haydar Saltik, einer der Planer des Militärputsches vom 12. September 1980, soll türkischer Botschafter in der Schweiz werden. Das berichtete die türkische Tageszeitung «Hürriyet» kürzlich. In Bern schweigt man sich vorläufig darüber aus.

Bern. Haydar Saltik habe als neuer Botschafter der Türkei bereits beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern um Akkreditierung nachgesucht, berichtete die türkische Zeitung «Hürriyet» am 18. September. Wie hierzu der Pressesprecher des EDA, Stephan Nellen, feststellt, meldete sich der bisherige türkische Botschafter, Oezdemir Yigit, noch nicht ab. Der Bundesrat habe noch keinem neuen Botschafter das Agreement erteilt. Entsprechend den internationalen Gepflogenheiten könne darum Nellen die türkische Zeitungsmeldung weder bestätigen noch dementieren.

Wird Haydar Saltik türkischer Botschafter in der Schweiz, so endet damit für ihn eine bewegte militärische Karriere, die ihn in Spitzenpositionen der türkischen Militärjunta brachte. Saltik leitete 1974 als General die türkische Invasion in Zypern, die zur Teilung der Insel führte. Vor dem Militärputsch war er Kommandant des ersten türkischen Armeekorps. Im Herbst 1978 bildete er zusammen mit dem damaligen Stabschef Kenan Evren, heute Staatspräsident, einen zweiköpfigen Ausschuss, welcher den Militärputsch vorbereiten sollte. Als türkischer Delegierter im Nato-Rat hatte er dabei gute Beziehungen zur Nato.

Nach dem Militärputsch gehörte Saltik bis zu seiner Pensionierung im August 1985 dem Nationalen Sicherheitsrat an, der die oberste Macht in

der Türkei innehat. Er trug wesentliche Verantwortung für die Zusammenstellung des ersten Kabinetts des Militärregimes im September 1980. Er hatte auch massgebenden Anteil an der Ausarbeitung der neuen Verfassung, die am 6. November 1982 sanktioniert wurde. Als am 15. August 1984 in den kurdischen Regionen Guerillaaktionen einsetzten, war er an den Abklärungen beteiligt, die zu erneuten Massenverhaftungen und Einschüchterungsaktionen gegen die ganze Bevölkerung führten.

Der Posten eines türkischen Botschafters in der Schweiz sei kein Ruheposten, erklären hierzu türkische Emigranten gegenüber der BaZ. Von der Schweiz aus werde nämlich die Tätigkeit der türkischen Botschaften in allen europäischen Staaten koordiniert. Saltik könnte dabei die Aufgabe zufallen, mit Hilfe seiner engen Nato-Beziehungen die Anklagen gegen das türkische Militärregime wegen den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei abzuwehren. Er solle auch die bereits heute sehr intensive Überwachung der politischen Aktivitäten der türkischen Arbeitnehmer und Flüchtlinge gegen das türkische Regime verschärfen. In seiner früheren Stellung im Sicherheitsrat habe Saltik die Mitverantwortung getragen für Verhaftungen politischer Gefangener, für die Zerschlagung unabhängiger Gewerkschaften, für Folter, Massenprozesse und Hinrichtungen in der Türkei. *Jürg Meyer*

Protest gegen neuen türkischen Botschafter

Bern. AP. Gegen die Akkreditierung des türkischen Botschafters Haydar Saltik in der Schweiz haben am Samstag in Bern rund 100 Personen demonstriert. Wie das «Komitee gegen die Akkreditierung Saltiks» an einer Pressekonferenz bekanntgab, gilt Saltik als Planer des türkischen Militärputsches und als einer der Verantwortlichen für die Verfolgung Oppositioneller in der Türkei.

Die politische Vergangenheit Saltiks mache seine Anwesenheit in der Schweiz zu einer konkreten Bedrohung für die türkischen Asylbewerber, erklärte das mehrheitlich aus Exiltürken zusammengesetzte Komitee.

Haydar Saltik wurde nach Angaben des Komitees unmittelbar nach dem Militärputsch vom 12. Septem-

ber 1980 zum Generalsekretär der fünfköpfigen Militärregierung ernannt. Ab 1982 stand er der Polizei und der militärischen Gerichtsbarkeit in Istanbul vor. Damit trage er eine grosse Verantwortung für die Verfolgung und massenhafte Internierung der politischen Opposition, für Folter, Massenprozesse und Hinrichtungen, erklärte das Komitee.

Mit der Entsendung Saltiks in die Schweiz versuche die türkische Regierung, eine Kontrolle über die im Ausland lebenden Türken aufzubauen. Weitere gehe es möglicherweise darum, die Rückschaffung von geflüchteten Türken zu erreichen, was für diese den Tod bedeuten könne, erklärte das Komitee.

Adresse de référence:

9 7 Temmuz 1986

Hanspeter Gysin
ICC/Postfach 231
4015 Basel

Au Conseil Federal

Document 2

Petition

Retrait du mandat de Haydar Saltik

Avec grand étonnement, nous avons appris que les autorités suisses ont approuvé le mandat de l'ancien général Haydar Saltik, initiateur du coup d'Etat de 1980, comme nouveau ambassadeur de la Turquie à Berne.

Pour nous, en tant que Turcs/Kurdes, la nomination de ce haut général putschiste signifie que l'intense surveillance actuelle exercée sur les travailleurs et réfugiés turcs ainsi que Kurdes sera encore renforcée.

En tant que résidents en Suisse et vu la neutralité de cet Etat nous ne pouvons comprendre que vous ayez souscrit avec légèreté, à la reconnaissance internationale du mandat de l'ex-général Haydar Saltik parvenu au pouvoir grâce à l'arbitraire et au despotisme de la junte militaire. Cet état de fait est encore consolidé par des relations commerciales de plus en plus intenses. Pour les raisons évoquées, Suisses et étrangers, nous ne sommes pas d'accord que Haydar Saltik puisse assumer sa mission diplomatique en Suisse.

Nous vous prions, Mesdames et Messieurs les conseillers Fédéraux, de revenir sur votre décision et de procéder au retrait du mandat de Haydar Saltik.

Nom	Prénom	Adresse et code postal	signature
-----	--------	------------------------	-----------

Parmi les premier signataires figurent:

Anjuska Weil, Zürich / Andi Rieger, Zürich / Lilo Hoffmann-Steiner, Schaffhausen / Bruno Bollinger, Baar / Paul Parin, Zürich / Elisabeth Parin-Matthèy, Zürich / / Jean-Pierre Thévenaz, Yverne / Jürg Mayer, Basel / Carl Miville-Seiler, Basel / Peter Gessler, Aarau / Urs Köppel, Sursee / Ueli Wettstein, Bennwil / Georg Geiger, Basel / Hans Stebler, Basel / Hanspeter Gysin, Basel / Bettina Kurz, Zürich / Elisabeth Baur, Zürich / Verena Gessler, Pratteln / Philippe Zogg, Basel / M. Baerlocher Basel / Beat Leuthard, Basel / Susanne Sprecher, Basel / Reingard Dirschel, Basel / Hanspeter Eggenberger, Basel / Giovanni Chicherio, Genf.

Veuillez renvoyer les listes complètes ou partiellement remplies à l'adresse de référence jusque au

Merci beaucoup



An
Herrn Bundespräsident A. Egli
Bundeshaus
Bern

Telegramm

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Das 1. Mai-Komitee der Stadt Zürich, ein Zusammenschluss von über 50 politischen in- und ausländischen Parteien, Gewerkschaften und kulturellen Organisationen, hat mit Bestürzung davon Kenntnis genommen, dass Haydar Saltik, einer der massgeblichen Organisatoren des Militärputsches vom September 1980, türkischer Botschafter in der Schweiz geworden ist. Dieser dem Geheimdienst nahestehende Ex-General dürfte hier unter anderem die Aufgabe haben, die in unserem Lande lebenden Türken und Kurden, sowie deren Organisationen zu überwachen.

Wir protestieren auf's Schärfste gegen diese Akreditierung und fordern den Bundesrat auf, von der türkischen Regierung die Abberufung dieses Exponenten der blutigen Unterdrückung zu fordern.

Zürich, 12. Februar 1986

1. Mai-Komitee der Stadt Zürich

Komitee - Mitgliederorganisationen: Schweiz: SP Stadt Zürich, SP Bildungsausschuss, SP-Sektionen 1, 2, 6, 7, POCH, SAP, PdA, Rote Falken, JUSO (Jungsozialisten), RSJ (revolutionäre sozialistische Jugend), KJV (komm. Jugendverband), VUA (Verein unabhängiger Aerzte), CSS Centrale Sanitaire Suisse, CSS Regionalsektion deutschsprachige Schweiz, VSU/VSETH (Studentenorganisation), A WAR (Rothenturm-Komitee), OFRA, gewaltfreie Anti-Atomkraftwerkgegner, Zürcher Freiplatzaktion für Asylsuchende, Produzenten-Galerie, Filmcooperative Zürich, ALR / Radio LORA, GSOA (Gruppe Schweiz ohne Armee), Asylanten Seebach, Gesellschaft Schweiz - Palästina, Nicaragua/El Salvador-Komitee, Vereinigung Schweiz - Cuba, GSP (Gruppe Schweiz Philippinen), Anti-Apartheid-Bewegung, Vereinigung Schweiz - Eritrea, Guatemala-Komitee, Gewerkschaften: Gewerkschaft Druck und Papier, GBH / GTA. Mit Beobachterstatus: GBH, GTCP.
und Organisationen Aus Italien. Spanien. Griechenland. Türkei/Kurdistan. Palästina. Lateinamerika.

COORDINATION GENEVOISE POUR LA DEFENSE DU DROIT D'ASILE
9, av, Ste-clotilde - 1205 GENEVE

SIT (CRT, STC, STH, FCOM) = l'ex-fédération
des syndicats chrétiens; Centre Social Protestant;
Ligue Suisse des droits de l'homme sect. Genève;
Centre de contact Suisse-immigrés; Union des
syndicats du Canton de Genève FTMH, VPOD,
SLP, FOBB; Commission Tiers-Monde / Eglises
Protestante et Catholique; Pax Christi; Caritas;
S.O.S. Racisme; Ardas; Assoc. Juristes Progressistes;
Assoc. Médecins Progressistes; Action Cath. Ouvrière;
re: Assoc. Suisse-Erythrie; Assoc. Nicaragua-Sal-
vador; Assoc. de Soutien résistance Chilienne; Parti
du Travail; Parti Socialiste; Parti écologiste; Alter-
native socialiste; Alternative progressiste; org.
Front Rouge; Parti Socialiste Ouvrier; Assoc.
"jusqu'à ce qu'on les retrouve"; Jeunesse socialiste
révolutionnaire; Groupe trozkyste de Suisse; Jeu-
nesse du parti socialiste.

CONSEIL FEDERAL
Palais fédéral
3000 BERNE

Genève, le 26 février 1986

Monsieur le président,

Nous avons appris que la Général Haydar SALTİK va être envoyé par le gouvernement turc comme ambassadeur à Berne et que le gouvernement suisse accepte ce fait.

Nous sommes convaincus que l'acceptation de cette nomination par la Suisse contrevient aux coutumes démocratiques de la diplomatie internationale.

Il est de notoriété publique que Haydar SALTİK est le secrétaire général du Conseil National de Sécurité, composé de cinq généraux, qui a pris le pouvoir le 12 septembre 1980 en Turquie par un putsch militaire. Le Général SALTİK a été responsable de diverses commissions spéciales créées après la dissolution du Parlement et du Gouvernement. Il a été le secrétaire général de Kenan Evren, nommé Président par les généraux putschistes. Il a rempli ces fonctions jusqu'au printemps 1981, puis est passé au commandement de l'état d'urgence et de la 1ère armée, ainsi qu'au commandement de l'infanterie, et a été mis à la retraite en automne 1985.

Depuis 1978, SALTİK a préparé, puis réalisé, le coup d'Etat militaire du 12 septembre 1980, sous les ordres de Evren. C'est pourquoi l'acceptation de Haydar SALTİK comme ambassadeur à Berne contrevient aux décisions des organisations internationales, et en premier lieu, du Parlement Européen, qui s'efforcent depuis cinq ans d'éloigner les militaires du pouvoir. La reconnaissance d'un des dirigeants militaires comme ambassadeur de Turquie à Berne signifie, si l'on regarde objectivement les choses, un renforcement du pouvoir militaire en Turquie.

L'attitude d'un état démocratique devrait empêcher l'accréditation comme ambassadeur d'une personne qui a planifié un coup d'Etat militaire, puis a porté, comme secrétaire général, la responsabilité politique de la junte est s'est prononcé en faveur d'innombrables actes se déroulant hors du cadre légal, dont des exécutions capitales pour motifs politiques.

C'est pourquoi nous nous opposons à ce que le Général Haydar SALTİK prenne des fonctions diplomatiques en Suisse. Nous ne comprenons pas cette décision du Gouvernement suisse. A notre avis, cette décision embarrassante et inconvenante devrait être retirée au plus vite.

Veuillez agréer, Monsieur le président, Messieurs les conseillers, nos salutations distinguées.

Pour la coordination :

Note : notre coordination regroupe trente organisations, syndicales, politiques, religieuses et humanitaires.

VORWÄRTS

SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG DER PARTEI DER ARBEIT DER SCHWEIZ (PdA)

Redaktion: 4005 Basel, Postfach, Claramattweg 14, Tel. (061) 33 34 36; 8026 Zürich, Postfach, Rotwandstrasse 65, Tel. (01) 241 66 77; 1211 Genf 4, Case, Tel. (022) 20 04 02 — Administration: 4005 Basel, Postfach, Claramattweg 14, Tel. (061) 33 34 36

Haydar Saltik als türkischer Botschafter in Bern akkreditiert

Putschführer wird Diplomat

Der Bundesrat und die Öffentlichkeit haben die Entsendung des erst kürzlich als Kriegsrechtkommandant pensionierten Haydar Saltik auf den Botschafterposten in Bern ohne Einwand und Widerrede akzeptiert. Bescheinigt das Departement Aubert auf diese Weise die «Rückkehr zur Demokratie» in der Türkei?

Haydar Saltik bereitet seit 1978 zusammen mit Kenan Evren den Militärputsch vom 12. September 1980 vor. Er wurde Generalsekretär des 5köpfigen Nationalen Sicherheitsrats, d.h. der Militärjunta, welche die Macht übernahm. Er

erliess Gesetze, mit denen die Parteien, Gewerkschaften und Vereine verboten und aufgelöst wurden. Als Chef der 1. Armee- und Ausnahmezustandskommandantur verantwortete er terroristische Massnahmen, die nach offiziellen Angaben mindestens 170 Personen das Leben kosteten. In einem Brief an den Bundesrat nahm Armand Magnin, Generalsekretär der PdAS Stellung zur Botschafterernennung Haydar Saltiks: «Ein demokratischer Staat sollte es verhindern, dass eine solche Person als Botschafter eingesetzt wird. Wir protestieren dagegen, dass General Haydar Saltik eine diplomatische Aufgabe über-

nimmt. Dies ist eine Beleidigung für alle Demokraten, insbesondere für jene aus der Türkei».

Mittels einer Unterschriftensammlung und einer Kundgebung am letzten Samstag vor der türkischen Botschaft protestierten türkische und kurdische Demokraten gegen die diplomatische Berufung des Putschgenerals. An einer Pressekonzferenz erklärten sie, dass die Einsetzung Saltiks als unmittelbare Bedrohung für die in unserem Land lebenden und durch Ausschaffungen gefährdeten Flüchtlinge aus der Türkei zu werten ist. (Siehe Seite 8)

P. Leuenberger

Es ist einiges im Gange

Am Dienstag, 25. Februar, beginnt der 27. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs Gorbatschow, diverse Umbesetzungen seit seinem Amtsantritt, die verstärkte Inter-

Wenn für die Stärke einer Organisation, eines Staates der Gradmesser sein Verhältnis zur Kritik, zur Öffentlichkeit und zur Aufnahme unserer Kritik ist, dann dürfte sich in der Sowjetunion der nächsten Zeit einiges ändern

sammenhängen. Am Parteitag werden denn auch neben einer neuen Wirtschaftsstrategie auch radikale Verbesserungen des Lebensniveaus und der Lebensqualität, der Sozialpolitik, eine ver-

Öko-Marktwirtschaft ohé!

Die Vordenker einer «ökologischen Marktwirtschaft» haben zugeschlagen. Der Bericht der Expertenkommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements über «qualitatives Wach-

Denn nicht wahr, Wachstum mit Chi ist per Definition nicht umweltbe- stend. Diesbezügliche Probleme elega- gelöst (im Schadensfall gibt ja «Frühwarnsystem») macht



Fotomontage: W. F.

BAHNHOFSTRASSE 29
3001 Aarau

Berner Zeitung

AZ 3001 Bern
Nr. 39 Fr. 1.20
17. Februar 1986

Grösste Tageszeitung in der Stadt und im Kanton Bern
Überparteilich und unabhängig
Auflage 119960 Exemplare (WEMF beglaubigt 20.4.1983)

Redaktion Bern
Inserat 031 2100
(Weitere Angabe)

Villa Stucki: Bauabschlag

BZ. Die als Begegnungszentrum dienende Villa Stucki an der Seftigenstrasse 11 kann vorläufig nicht renoviert werden. Der Regierungsrat hat die Beschwerde eines Nachbarn geschützt und der Stadt Bern den Bauabschlag erteilt. Für die Renovation hatten die Berner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger 1982 einen 2-Millionen-Kredit bewilligt.

Das Bauvorhaben widerspreche dem Nutzungszonenplan, befand der Regierungsrat. Denn die Villa Stucki liegt in der Wohnzone, ein Gemeinschaftszentrum stelle daher eine zonenfremde Nutzung dar. Die Stadt Bern hatte damit argumentiert, ein Gemeinschaftszentrum müsse als nichtstörende Nichtwohnutzung betrachtet werden.

Demonstration gegen türkischen Botschafter

(sda). Vor der türkischen Botschaft in Bern hat am Samstag eine bewilligte Kundgebung gegen den neu akkreditierten Botschafter Haydar Saltik stattgefunden. Nach Angaben der Stadtpolizei konnte das gegen den Botschafter gebildete Komitee rund 100 Personen für die Demonstration mobilisieren.

Die Demonstranten werfen dem neuen Botschafter vor, als Generalsekretär der 1980 an die Macht gekommenen türkischen Militärregierung den Putsch mitgeplant zu haben und an der Durchführung beteiligt gewesen zu sein. Später sei er mitverantwortlich für «unzählige ungesetzliche Handlungen» gewesen, darunter Folter und politische Hinrichtungen.

Studentenrat bleibt links

(sda). Bei den Wahlen in den Studentenrat der Universität Bern hat die linke Koalition am Freitag ihre Vormachtstellung für ein weiteres Jahr behaupten können. Das 40köpfige Gremium setzt sich neu aus 23 Mitgliedern der linken Koalition, 13 der rechten Koalition, 3 der Koalition der Mitte und einem Mitglied einer einzelnen Liste zusammen.

Wir gratulieren

75. Geburtstag

dwf. Otto Bühler, der 23 Jahre lang in Bümpliz eine Bäckerei-Konditorei geführt hatte, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Seit 10 Jahren wohnt er in Gryon VD.

Basler Zeitung

Montag, 17. Februar 1986
Nr. 40

Teil I

Protest gegen neuen türkischen Botschafter

Bern. AP. Gegen die Akkreditierung des türkischen Botschafters Haydar Saltik in der Schweiz haben am Samstag in Bern rund 100 Personen demonstriert. Wie das «Komitee gegen die Akkreditierung Saltiks» an einer Pressekonferenz bekanntgab, gilt Saltik als Planer des türkischen Militärputsches und als einer der Verantwortlichen für die Verfolgung Oppositioneller in der Türkei.

Die politische Vergangenheit Saltiks mache seine Anwesenheit in der Schweiz zu einer konkreten Bedrohung für die türkischen Asylbewerber, erklärte das mehrheitlich aus Exiltürken zusammengesetzte Komitee.

Haydar Saltik wurde nach Angaben des Komitees unmittelbar nach dem Militärputsch vom 12. Septem-

ber 1980 zum Generalsekretär der fünfköpfigen Militärregierung ernannt. Ab 1982 stand er der Polizei und der militärischen Gerichtsbarkeit in Istanbul vor. Damit trage er eine grosse Verantwortung für die Verfolgung und massenhafte Internierung der politischen Opposition, für Folter, Massenprozesse und Hinrichtungen, erklärte das Komitee.

Mit der Entsendung Saltiks in die Schweiz versuche die türkische Regierung, eine Kontrolle über die im Ausland lebenden Türken aufzubauen. Weitere gehe es möglicherweise darum, die Rückschaffung von geflüchteten Türken zu erreichen, was für diese den Tod bedeuten könne, erklärte das Komitee.

Egli würdigt Rolle privater Hilfswerke

Bern. AP. Den privaten Hilfswerken kommt in der schweizerischen Entwicklungspolitik eine zentrale Rolle zu. Mit diesen Worten würdigte Bundespräsident Alphonse Egli die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke Fastenopfer und Brot für Brüder, die am Samstag ihr 25jähriges Bestehen feierten. An dem Fest im Kursaal Bern, das unter dem Motto «Tausend und eine Welt» Begegnungen mit anderen Kulturen ermöglichen sollte, trat auch die Schriftstellerin Isabel Allende auf.

Dank ihrer vielfältigen Erfahrungen und guten Kontakte hätten die Hilfswerke mehrfach eine Wegweiserfunktion gehabt für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit, die im laufenden Jahr ebenfalls auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken könne, sagte Egli. Von grosser Bedeutung sei weiter die Rolle der Hilfswerke als Motor zur Sensibilisierung

für, d
rung
Dritte
kame
Seh
schaft

Sam
Die B
tag a
chen
mit
chen.

sions
Nicht
Staat
nisch
Geist
schut
Zeite
Ein
litera

Au



Der F
des F
quenz
der S
dunge
lische
1
gen 3
Projek
deute
stenop
Mitsp
1
sche
für Br
men.
sie sel

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.22.21.T. - DJ/siv

Berne, le 21 mars 1986

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

1. Mai Komitee
der Stadt Zürich

8000 ZUERICH/AUSSERSIHL

Messieurs,

Nous nous référons à votre télégramme du 12 février adressé au Président de la Confédération, par lequel vous protestez contre l'accréditation en Suisse de l'Ambassadeur de Turquie, M. Haydar Saltik.

Avant d'accorder l'agrément à tout nouveau représentant d'un Etat avec lequel la Suisse entretient des relations diplomatiques, les autorités fédérales vérifient l'existence de raisons qui justifieraient un refus d'agrément. Conformément aux usages et au droit international, le refus d'accréditation d'un ambassadeur est une mesure grave, à laquelle on ne recourt que très rarement, et seulement pour les motifs les plus sérieux et avérés, que l'on n'est du reste pas obligé de divulguer.

Or, dans le cas de l'Ambassadeur Saltik, les autorités fédérales sont arrivées à la conclusion qu'au vu des éléments qui leur étaient connus, les conditions permettant de refuser son accréditation comme ambassadeur de Turquie n'étaient pas remplies, sur le plan des usages et du droit international.

Veillez agréer, Messieurs, l'assurance de notre considération distinguée.

Division politique I

F. Pianca
F. Pianca

**TÜRKİYE SOSYAL
TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

 EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.22.21.T. - DJ/siv

Berne, le 21 mars 1986

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Monsieur Daniel DIND
Coordination genevoise
pour la défense du
droit d'asile
9, av. Ste-Clotilde

1205 GENEVE

Monsieur,

Nous nous référons à votre lettre du 26 février 1986, adressée au Conseil fédéral, par laquelle vous protestez contre l'accréditation en Suisse de l'Ambassadeur de Turquie, M. Haydar Saltik.

Avant d'accorder l'agrément à tout nouveau représentant d'un Etat avec lequel la Suisse entretient des relations diplomatiques, les autorités fédérales vérifient l'existence de raisons qui justifieraient un refus d'agrément. Conformément aux usages et au droit international, le refus d'accréditation d'un ambassadeur est une mesure grave, à laquelle on ne recourt que très rarement, et seulement pour les motifs les plus sérieux et avérés, que l'on n'est du reste pas obligé de divulguer.

Or, dans le cas de l'Ambassadeur Saltik, les autorités fédérales sont arrivées à la conclusion qu'au vu des éléments qui leur étaient connus, les conditions permettant de refuser son accréditation comme ambassadeur de Turquie n'étaient pas remplies, sur le plan des usages et du droit international.

Veuillez agréer, Monsieur, l'assurance de notre considération distinguée.

Division politique I

F. Pianca.

F. Pianca

**TÜRKİYE SOSYAL
TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

Zwei skandalöse Erkenntnisse über die Asyl-Praxis:

1. Die USA haben ihre Finger im Spiel, wenn Flüchtlinge in Zirndorf um Asyl bitten. Das gibt das Bundesamt jetzt zu.
2. Die Hamburger Ausländerbehörde gibt Pässe türkischer Asylbewerber ans Generalkonsulat. Der Senat hat dies in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage der GAL bestätigt.

Beim Hamburger Oberverwaltungsgericht tickerte am 3. Juni 1983 ein Fernschreiben ein. Absender war das Zirndorfer Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. In dem Telex gibt das Amt zu: »Neben den Vorprüfungsgruppen ‚A‘ und ‚B‘ (Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst d.R.) befindet sich im Bundesamt ein US-Verbindungsbüro, das mit der Hauptstelle für Befragungswesen zusammenarbeitet.« Rechtsgrundlage sei das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, heißt es da und: »Asylbewerber (werden) per Kurzaufzettel diesem Büro, das ausdrücklich als US-Dienststelle gekennzeichnet ist, zugeführt.« Dem Asylbewerber wird dort ein Fragebogen vorgelegt. Ergibt sich ein »Interesse an einem ausführlichen Gespräch« mit dem Asylbewerber, wird er zu einer »dezentralen Dienststelle« eingeladen.

Aufkommende Zweifel, ob nicht Informationen von Sicherheitsbehörden über Asylbewerber an Dienste von deren Heimatländern weitergegeben werden, versucht das Amt zu zerstreuen.

US-Dienststellen spielen immer mit: Türkischer Asylbewerber von Geheimdienst erfaßt?

Dabei berufen sich die Zirndorfer auf Dr. Waffenschmidt, parlamentarischen Staatssekretär des Innenministeriums. Der hatte in einer Fragestunde des deutschen Bundestages zunächst behauptet, die Nicht-Weitergabe sei »sichergestellt«. Als er aber schließlich nach den Gutachten und Aussagen vor dem Berliner Verwaltungsgericht gefragt wurde, das das Geheimdienst-Komplott aufgedeckt hatte, zog sich Dr. Waffenschmidt mit dem denkwürdigen Satz aus der Affäre: »Mir ist der Sachverhalt ... nicht bekannt.«

Zirndorf versichert nun, daß auch das US-Verbindungsbüro keine Informationen über Asylbewerber in der Bundesrepublik weitergibt. Woher sie ihr Wissen schöpfen? »Der Bundesregierung liegen entsprechende Erklärungen der US-Behörden vor«, heißt es in dem Schreiben an das Hamburger Oberverwaltungsgericht.

Daß es in Hamburg freilich Stellen gibt, die asylrelevante Tatsachen an die türkische Botschaft, beziehungsweise an das Konsulat weitergeben, steht inzwischen außer Frage. Es »handelt sich um einen Mitarbeiter des Konsulats selbst«, schrieb der Frankfurter Journalist und Sachverständige Jürgen

Roth an amnesty international, »der mir vertraulich mitteilte, daß es überhaupt kein Problem sei zu erfahren, wer Asyl erhält, dabei als politischer Fall gilt und wer nur ein ‚Scheinasylant‘ wäre.«

Das Konsulat hätte, so Roth, »einen direkten Draht zur Ausländerbehörde, wie zu einem ‚Sicherheitsdienst‘.«

Die Hamburger Ausländerbehörde hat inzwischen zugegeben, daß sie die Pässe von türkischen Asylbewerbern an das türkische Generalkonsulat weitergibt.

»Paß befindet sich zwecks Verlängerung bei E4«, bescheinigte die Behörde für Inneres am 28. April einem türkischen Asylbewerber, dessen Verfahren abgeschlossen war und der nun kurz vor der Abschiebung stand. »E4« — das ist eine Abteilung der Ausländerbehörde. Doch die hatte den Paß längst nicht mehr.

»Als ich meinem Mandanten schließlich sagen mußte, sein Paß befinde sich beim Generalkonsulat, ist der völlig zusammengeklappt«, berichtet Rechtsanwalt Jürgen Spielhoff. Noch im März hatte ihm die Behörde für Inneres versichert: »Ebenso wenig erfolgte eine Weitergabe des gemäß § 26 Asyl-

verfahrensgesetz eingezogenen Passes des Klägers an das türkische Generalkonsulat.«

Das türkische Generalkonsulat stellt ein Ersatzpapier aus, das nur für die Türkei gilt. »Damit zwingt es in der Bundesrepublik abgelehnte Asylbewerber, in die Türkei zurückzukehren«, meint der Rechtsanwalt. Wegen der Weitergabe hat der Anwalt gegen den Sachbearbeiter der Ausländerbehörde Strafanzeige wegen »Verwahrbruchs« gestellt.

Spielhoff zweifelt nicht daran, daß in der Bundesrepublik abgelehnte Asylbewerber in der Türkei Repressalien zu erwarten haben: »Bei ihrer Ankunft werden Asylbewerber aus dem Abschiebe-Flugzeug herausgepickt und mindestens zwei bis drei Tage in Polizeihaft festgehalten«, weiß der Anwalt. Besonders schlimm, so befürchtet er, geht es den Kurden. »Wir vermuten, daß alle Kurden eine ‚Sonderbehandlung‘ erfahren. Sie werden für Monate in sogenannte Polizeilager gebracht — das haben Angehörige berichtet.« Aber, so Jürgen Spielhoff: »Wir sind in Beweisschwierigkeiten, weil die Leute nicht zurückkommen.«

Ariane Gottberg

Abschiebung im Interesse der Nato

Trotz einer drohenden Gefängnisstrafe soll ein Kurde den Militärdienst in der Türkei ableisten
Dreieinhalb Jahre Trennung schaden keiner Ehe / Stadt Celle verweigert den Fremdenpaß

Aus Celle Bettina Courant

Ishak Akkaya ist Kurde. Er lebt seit neun Jahren in Celle, ist dort mit einer deutschen Frau verheiratet und hat seit fünf Jahren einen kleinen Lebensmittelladen. Vier Jahre lang hat ihn die Stadt Celle als ehrenamtlichen Betreuer von Ausländern beschäftigt, jetzt will sie ihn zwangsweise abschieben: im Interesse des NATO-Partnerlandes Türkei, wo Ishak Akkaya seinen Militärdienst ableisten soll.

Als Ishak Akkaya Ende 1976 nach Deutschland kam, ging zunächst alles glatt. Nach seiner Heirat bekam er eine auf fünf Jahre befristete Aufenthaltsgenehmigung, er lernte rasch Deutsch und konnte bald seiner Frau Uta bei der ehrenamtlichen Ausländerbetreuung der Arbeiterwohlfahrt helfen. Auch für die Stadt Celle, die bis Januar 1981 keinen amtlichen Ausländerbetreuer hatte, erledigte er diese Arbeit unentgeltlich. Und er hatte alle Hände voll zu tun, denn in Celle stellen die in der Türkei verfolgten Kurden die größte Ausländergruppe, und 98 Prozent gehören dort wie

Akkaya einer innerkurdischen Minderheit an. Sie sind Yeziden, die seit Jahrhunderten von den Moslems als Teufelsanbeter verfolgt werden.

Anfangs engagierte sich Akkaya im türkischen, ab 1979 im von ihm mitgegründeten kurdischen Arbeiterverein, dessen Vorsitzender er eine Zeitlang war. Unmittelbar nachdem Akkaya mit seinem Verein im März 1981 eine kurdische Neujahrsfeier für Kurden aus ganz Norddeutschland veranstaltet hatte, erhielt er eine Vorladung vom türkischen Konsulat in Hannover. Innerhalb von 14 Tagen, erfuhr er dort, habe er seinen Wehrdienst anzutreten. Obwohl Akkaya damals erst 24 Jahre alt war und nach damaligem türkischen Recht sich mit dem Dienstantritt noch vier Jahre hätte Zeit lassen können, wurde sein Paß sofort eingezogen.

Seitdem kämpft Ishak Akkaya bei der Stadt Celle um die Erteilung eines Fremdenpasses. Zwei seiner Freunde, die damals — ein halbes Jahr nach dem Militärputsch in der Türkei — ebenfalls eingezogen werden sollten, haben ihren Fremdenpaß binnen weniger Wochen erhalten, obwohl sie

weder eine deutsche Frau hatten, noch so jung waren wie er. „Aber sie wohnten nicht in Celle, sondern in Frankfurt und Köln“, sagt Akkaya heute resigniert.

„Der Erteilung eines Fremdenpasses an einen Angehörigen eines NATO-Staates, der dadurch seiner Wehrpflicht im Heimatland entzogen wird, stehen in jedem Fall erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegen“, konnte Akkaya im Bescheid der Stadt Celle vom 19. November dieses Jahres lesen. Das war bereits die zweite Ablehnung. Den ersten Bescheid hatte die Stadt im Dezember vergangenen Jahres vor dem Verwaltungsgericht Stade freiwillig zurückgenommen. Damals hatte sich die Stadt ausdrücklich verpflichtet, die Folgen einer eventuellen Abschiebung besonders zu berücksichtigen.

Doch die Stadt „vermag keine Gefährdung für Herrn Akkaya zu erkennen“, denn in der Türkei erwarte ihn „im ungünstigsten Fall eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren“. Auch das Grundgesetz kann dem Kurden nach Auffassung der Stadt nicht helfen. Es gewährleistet

zwar den Schutz von Ehe und Familie, doch in einem Land, dessen Scheidungsrecht eine Ehe nach einjähriger Trennung als zerrüttet betrachtet, gilt die Ehe eines „deutschverheirateten Ausländers“ auch bei einer Trennung von dreieinhalb Jahren nicht als „ernsthaft gefährdet“. Da die Ehe obendrein kinderlos ist und die Ehefrau berufstätig, muß sich Ishak Akkaya den Interessen der „Bundesrepublik Deutschland an der Erhaltung und Kraft des nordatlantischen Bündnisses sowie an der Vermeidung unerwünschter Gegenmaßnahmen“ unterordnen. Binnen zwei Monaten soll Ishak Akkaya die Bundesrepublik verlassen, anderenfalls wird er abgeschoben.

„Nach wie vor allerdings“, heißt es am Ende des Bescheids, habe Ishak Akkaya „die Möglichkeit, die Furcht vor politischer Verfolgung in einem Asylverfahren vorzubringen“. Ein guter Rat: Dann wird sein Fall vor dem 11. Senat des Obergerichtes Lüneburg landen. In den fünf Jahren seiner Asylrechtsprechung hat dieser Senat noch keinem einzigen Ausländer Asyl gewährt.

Konsolosluk

Drohung aus türkischem Konsulat

Deutsch-türkische Tagung: Mitglied des Ausländerbeirats verzichtete unter Druck auf Podiumsteilnahme

Essen (taz) — Am letzten Tag der deutsch-türkischen Tagung in Essen wurde bekannt, daß das türkische Konsulat massiven Druck auf die Veranstalter ausgeübt hatte. Der Streitpunkt war dabei die Teilnahme des stellvertretenden Vorsitzenden im Ausländerbeirat der Stadt Essen, Ahmet Aktas, an der abschließenden Podiumsdiskussion.

Aktas, auch Mitglied der FIDEF (Föderation der türkischen Arbeitervereine) und Mitarbeiter der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher, ist der türkischen Regierung schon lange ein Dorn im Auge. Das türkische Konsulat drohte den Diskussions-Teilnehmern von der Universität Burs mit Konsequenzen, falls sie sich gemeinsam mit Aktas an der Podiumsdiskussion beteiligen würden. Dann sei es für die Zukunft mehr als fraglich, ob sie zu

ähnlichen Veranstaltungen wieder eine Ausreisegenehmigung erhalten würden.

Auf Grund dieser Drohung verzichtete Aktas auf die Teilnahme an der Diskussion, „um die Veranstaltung nicht zu gefährden“. „Nur angesichts der für die türkischen Gäste drohenden Konsequenzen“, so der Geschäftsführer des Ausländerbeirats Günter Dercks, habe sich die Stadt Essen dem Druck gebeugt.

Aus Protest gegen den Vorfall verließen am Mittwoch zahlreiche Zuhörer vorzeitig die Veranstaltung. „Der türkischen Regierung ist es offensichtlich gelungen, nicht nur im Heimatland, sondern auch in der Bundesrepublik politischen Druck auf ihre Gegner auszuüben und dieses mit Hilfe der Kommunalverwaltung auch durchzusetzen“, kritisierte die Grün-Alternative Liste Essen die Stadtverwaltung.

Dokument 8



Friedenspolitik

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot, Postfach 1694, 3001

1985: Deutlich mehr Schweizer Rüstungsexporte in die 3. Welt

Trauriger Rekord

Die Exporte aus Schweizerischen Waffenschmieden in die Welt haben 1985 einen neuen Höchststand erreicht. Wie wir in der Dezember-Ausgabe der FRIEDENSPOLITIK vorwegnahmen, ging der grosse Teil der Waffenlieferungen in Länder, in denen die Menschenrechte eindeutig verletzt werden, oder in Länder, die in Spannungsgebieten liegen. Nach Artikel 11 Absatz 2 des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) wären gerade diese Ausfuhren verboten:

Es werden keine Ausfuhrbewilligungen erteilt,

a) nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstige gefährliche Spannungen bestehen.

b) wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde, sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen.

Herrscht denn im Osten der Türkei, im gebirgigen Kurdistan, kein bewaffneter Konflikt? Ist der Golf kein gefährliches Spannungsgebiet?

Doch natürlich! Wir haben in unserer Zeitung immer wieder auf die Sachverhalte aufmerksam gemacht. Dessen ungeachtet, gingen im letzten Jahr ungefähr die Hälfte der Waffenexporte (nämlich 47,4%) in die Türkei, nach Saudiarabien, Bahrain und in die Arabischen Emirate. (Genauer über die Hintergründe aus politischer und aus menschenrechtlicher Sicht finden die geneigten Leserinnen und Leser in der Friedenspolitik, Dezember 1985.)

Seit der Bundesrat wieder Waffenexporte nach arabischen Staaten bewilligt, sind die Exporte in diese Staaten massiv gestiegen. 1984 beliefen diese Exporte mit 62 Millionen Franken einen Anteil von 15,8%. Letztes Jahr ist nun dieser Anteil mit 137 Millionen Franken auf 25,4% gestiegen. Der Bundesrat will der Schweizer Waffenindustrie offensichtlich die Gelegenheit geben, am Golfkrieg und anderen Auseinandersetzungen im Nahen Osten direkt mitzuverdienen.

Indirekte Wege

Indirekte Wege

Für die Schweizer Rüstungsproduzenten bestehen neben dem Export noch andere Möglichkeiten zur Erzielung netter Gewinne im Auslandsgeschäft. Alle bedeutenden Hersteller von Kriegsmaterial besitzen im Ausland Niederlassungen oder Tochtergesellschaften, durch die sie die schweizerischen Bestimmungen umgehen. Während der Bundesrat in den 70er Jahren Waffenausfuhren an den persischen Golf untersagt, exportierte Bührle über Oerlikon Italiana, Mailand in den Nahen Osten und umging so das Kriegsmaterialgesetz der Schweiz.

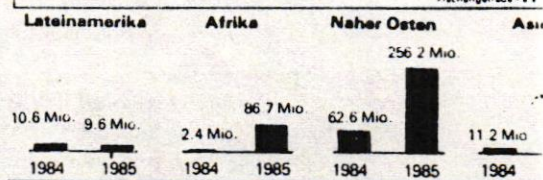
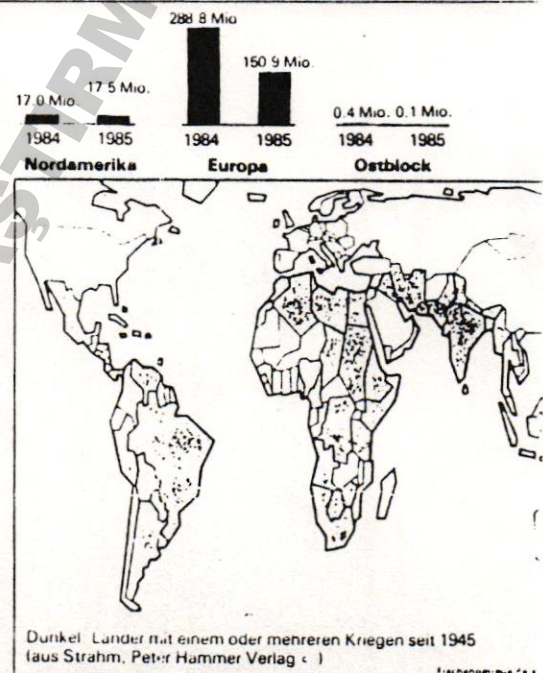
Eine andere, ebenfalls lukrative Art mit dem Waffengeschäft Geld zu verdienen, ist die Vergabe von Lizenzen ins Ausland. Damit werden zwar in der Schweiz keine Arbeitsplätze geschaffen (das Hauptargument der Waffenschmiederei, Profit und Gewinn für die Aktionäre fallen aber trotzdem reichlich an). Chile ist in diesem Zusammenhang in den letzten Tagen wieder ins

Gerede gekommen, weil bei der Cardoen S.A. welche mit einer MOWAG-Lizenz die Radpanzer «Piranha» produziert, bei einer Explosion 24 Menschen ums Leben kamen. Die Kreuzlinger Firma umging mit der Lizenzvergabe das bundesrätliche Verbot, welches 1979 auf den Export von 25 Radpanzern ausgesprochen wurde. Seit der Lizenzvergabe von 1980 sind in Chile weit über 100 «Piranhas» gefertigt worden. Teilweise wurden diese auch in Ländern, die als Spannungsgebiete bezeichnet werden müssen, exportiert. Zu den Hauptkunden der Cardoen S.A. zählen bis heute Iran und Irak (I), El Salvador und Honduras. Weiter bestehen Kontakte zu Südafrika, Thailand, Israel, Jordanien, Philippinen, Ägypten, Indien und wahrscheinlich noch zu weiteren Ländern des Trikont. Die Auswahl der Adressat-Staaten lässt vermuten, dass bei der Lizenzvergabe der Markt aufgeteilt worden ist. Von Chile aus werden Länder beliefert, die in der Schweiz unter das Kriegsmaterialgesetz fallen oder dafür wenigstens die Gefahr bestünde.

Helvetische Bestandteile

Nach Aussage von Firmenchef Carlos Cardoen werden Einzelteile von Panzern als «zivile» deklariert nach Chile verkauft. Unter den Lieferländern nennt er neben England, Belgien und Israel auch die Schweiz. Die Monatszeitschrift «moskito» wies vor einem Jahr nach, dass die Jahresstatistik des Ausserhandels der Schweiz nach der Aufnahme der Lizenzproduktion eine markante Steigerung beim Posten «Teile von Fahrzeugen — u.a. Automobilen für besondere Zwecke» aufwies. Während früher für einige Hunderttausend Franken Teile dieser Art nach Chile exportiert wurden, schnellten die Exporte in den Jahren 1982 und 1983 auf 21,5 Mio. resp. 15,5 Mio. Franken.

Neben Schweizer Kriegsmaterial, Cardoen interessierte sich auch für



«Oerlikon» 20mm Flabgeschütze, hatten sich nach einem Bericht von Romeo Rey (Tages Anzeiger, 29. 1. 1986) seit Produktionsaufnahme ständig Mowag-Techniker in Chile auf, welche den Produktionsprozess als Berater und Experten begleiteten. Um nicht öffentlich identifiziert zu werden, sollen sie periodisch das Hotel wechseln. Die Schweizerische Industriegesellschaft (SIG) in Neuhausen am Rhein-

fall ist ebenfalls seit Jahren aktiv. Vor einigen Jahren Bilder durch die Presse, Pinochet mit einer Leibgarde SIG-Sturmgewehren bewaffnet, Soldaten gezeigt wurden. Angeht die SIG das Verbot der Lizenzvergabe an das Armerüstungsunternehmen Ferrari der SIG-Lizenz wird dort das Sturmgewehr SG 542 hergestellt. Falls Kunden gefunden werden, dieses Gewehr auch exportieren. Laut Romeo Rey, fass Geschäftspartner aus der Nord dieses Abkommen als «Hilfe» auf, zu der sie sich nach zwei Jahrzehnte alten Handlungen mit den Chilenen gemessen verpflichtet fühlen.

Kriegsmaterial-Exportstatistik 1985

Die detaillierte Statistik aufgeteilt nach Munition, Waffen, Panzerwagen, Sprengmittel, veröffentlichten wir in der nächsten Ausgabe der Friedenspolitik.

Land	Fr.	Land	Fr.	Land	Fr.	Land	Fr.
Türkei	118 579 654	Belgien-Luxemburg	1'662 927	Kamerun	38'406	Dominikanische Republik	1'158
Saudi Arabien	101 110 127	Norwegen	911 238	Israel	25'766	Paraguay	1'084
Nigeria	83 664 358	Marokko	899'000	Elfenbeinküste	18'260	Chile	1'077
Griechenland	35 324 410	Finnland	854'870	Senegal	18'070	Taiwan	979
Bahrain	28 663 354	Ecuador	657'826	Tansania	15'804	Gibraltar	964
Italien	24'680 222	Peru	646'175	Brunei	15'372	Sri Lanka	926
Schweden	18 218'789	Thailand	424'462	Hongkong	12'414	Burundi	869
USA	17'147'449	Griechenland	378'080	Ägypten	10'179	Lesotho	800
BRD	16'007'935	Portugal	325'800	Kenya	9'740	Bulgarien	749
Österreich	14'878'948	Kanada	325'072	Neuseeland	8'997	Costa Rica	500
Spanien	11'483'034	China	311'097	Ungarn	8'602	Rumänien	268
Grossbritannien	10'314'447	Indien	158'474	Mexiko	5'770	Jordanien	115
Singapur	7'790'416	Burma	153'660	Irland	5'500	Iran	94
Arabische Emirate	6'958'446	Kolumbien	135'520	Libanon	4'470	Philippinen	82
Niederlande	6'139'152	Argentinien	132'162	Libanon	4'470	China	62

Kamikaze mit Schw PC-7

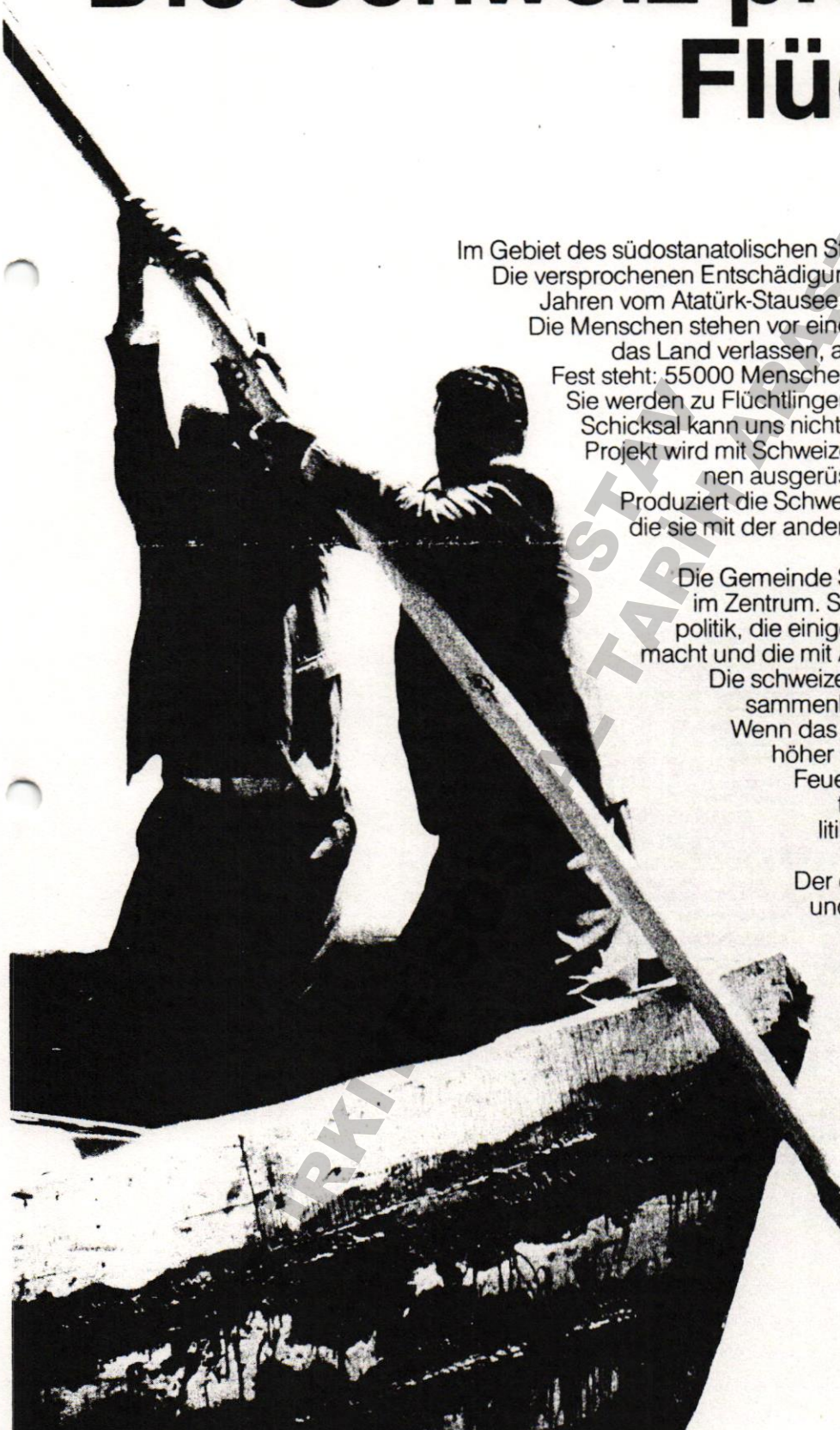
Es gibt noch weitere, alternative Möglichkeiten das Kriegsmaterialgesetz zu umgehen. Nach dem von Bundesrat und eidgenössischen Parlamentsmehrheit den Leichtflugzeuge gar nicht dem KMG unterstellt. Was die Herren und Damen nicht wollten, dass Flugzeuge wie PC-7 als Kriegsmaterial zu sein sind, wird uns Monat für Monat von der Presse aufgezeigt. Dieses Mal sind es Berichte über Kamikaze-Trainings der Iranischen

**TÜRKİYE SOSYAL
TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

DOKUMENTATION 1

Zum Beispiel Türkei:

Die Schweiz produziert Flüchtlinge



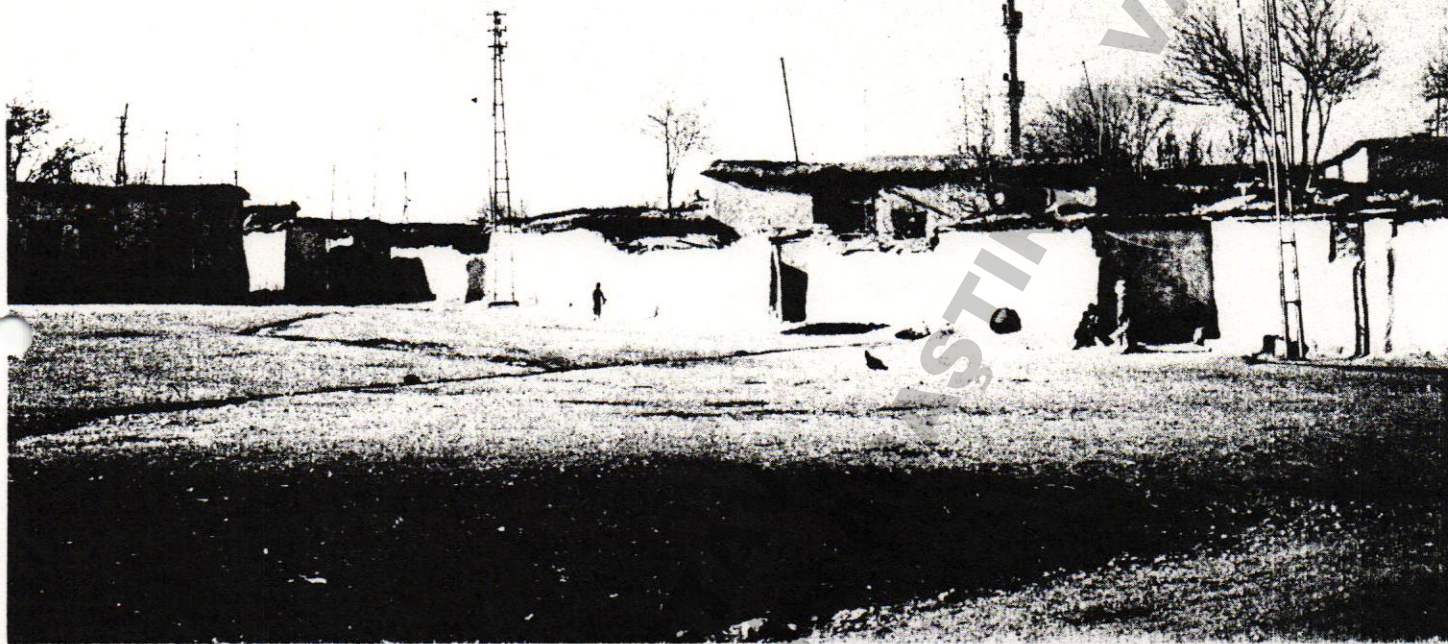
Im Gebiet des südostanatolischen Städtchens Samsat herrscht Aufregung. Die versprochenen Entschädigungen für das Land, welches in ein paar Jahren vom Atatürk-Stausee überflutet wird, lassen auf sich warten. Die Menschen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Einige müssen das Land verlassen, andere werden an den Rand gedrängt. Fest steht: 55000 Menschen müssen dem Stausee Platz machen. Sie werden zu Flüchtlingen im weitesten Sinne. Dieses drohende Schicksal kann uns nicht gleichgültig lassen. Denn das Atatürk-Projekt wird mit Schweizer Geld gebaut, mit Schweizer Maschinen ausgerüstet und mit Bundesgeldern versichert. Produziert die Schweiz also mit der einen Hand Flüchtlinge, die sie mit der anderen Hand wieder «ausschafft»? Die Dokumentation geht dieser Frage nach. Die Gemeinde Samsat und das Atatürk-Projekt stehen im Zentrum. Sie sind symbolisch für eine Wirtschaftspolitik, die einige wenige reicher und die Armen ärmer macht und die mit Anwendung von Gewalt verbunden ist. Die schweizerische Asylpolitik kann vor solchen Zusammenhängen die Augen nicht verschliessen. Wenn das Gefälle zwischen arm und reich immer höher wird, sind auch die breitest angelegten Feuerwehr- und Polizeiaktionen zum Scheitern verurteilt. Langfristig heisst Asylpolitik, menschliche Asylpolitik, immer auch «solidarische Entwicklung». Der erste Schritt dazu: mehr Verantwortung und Weitsicht in der Aussen-(Wirtschafts-)Politik. Der in dieser Dokumentation geschilderte «Fall Türkei» beweist die Dringlichkeit.

Redaktion: Hanspeter Schmid
Reportagen aus der Türkei:
Amalia und Werner van Gent

Inhalt

- Samsat – eine Gemeinde wird evakuiert
- Die Mitverantwortung der Schweiz
- Reiche Exporte – arme Türken
- Aus dem Rezeptbuch des Monetarismus
- Die Schweiz: eine Säule des Unrechts-Regimes
- Für eine menschliche und weit-sichtige Asylpolitik

Samsat – eine Gemeinde wird evakuiert



Samsat

Schweizer Firmen und Banken sind am Atatürkprojekt federführend beteiligt. Sie bauen es, und sie zahlen es. Ihnen obliegt auch die Verantwortung über die Zehntausenden von vertriebenen Menschen. Doch in Samsat, der grössten der in Zukunft überfluteten Gemeinden, sieht es schlimm aus. Der Staat hat kein Geld, um Entschädigungen zu bezahlen. Die Menschen werden in alle Windrichtungen vertrieben. Ein Augenzeugenbericht beweist es.

Schon in naher Zukunft soll der 817 Quadratkilometer grosse Atatürksee eingeflutet werden. 55000 Menschen stehen vor der Zwangsevakuation. Land und Heimat, Häuser und Geschichte, alles müssen sie zurücklassen. Was bleibt, ist die Erinnerung. Rund 85 Prozent der Vertriebenen sind land- und mittellose Bauern. Ausser den landwirtschaftlichen Arbeiten haben sie nichts gelernt. Niemand kennt ihren zukünftigen Platz in der Gesellschaft. In den türkischen Metropolen will man sie nicht. Denn die Landsleute aus dem anatolischen Osten seien unzivilisiert, schmutzig und einer rückständigen Tradition verhaftet. Die Städter hingegen fühlen sich «modern», westlichen Idealen verpflichtet. Zwischen beiden Kulturen klaffen Welten. Aber auch in Südostanatolien selber können die Vertriebenen nicht bleiben. Das Bewässerungsprojekt Urfa, das laut offiziellen Plänen 8000 Quadratkilometer steinigem Bodens in die «Korn-

kammer des mittleren Ostens» verwandeln und Zehntausenden von Menschen Arbeit bieten soll, ist ein Traum einiger Technokraten und Generäle. Der Staat hat für das Projekt kein Geld. Und so steht heute schon fest: Die landlosen Menschen werden entwurzelt, vertrieben und in alle Winde verstreut.

Aber auch jenen, die über etwas Eigentum verfügen, geht es nicht viel besser:

Grosse Programme – kleine Taten

Im Staatsbudget wurden für die Entschädigungsleistungen im Gebiete des Atatürk-Stausees 67 Milliarden türkische Lira vorgesehen. Nach Plan sollten davon 2,5 Milliarden auf die Gemeinde Samsat entfallen. Eine staatliche Kommission, zusammengesetzt aus zwei Volksvertretern der Region, einem Bauern, einem Bauingenieur und

einem Experten des Finanzministeriums, hatte diese Summe errechnet. Für jedes Lehmhaus legten sie eine Entschädigungssumme von 20000 bis 30000 TL (also rund 80 bis 120 Franken) fest, für jeden Quadratmeter Land 100 bis 120 TL (40 bis 48 Rappen). Verglichen mit unseren Landpreisen sind dies natürlich lächerliche Summen. Aber in der Ortschaft Samsat, die jahrhundertlang kaum mit Geld- und Handelsströmen konfrontiert war, löste die Erwartung auf den kommenden Geldsegen eine wahre Euphorie aus. Der Katzenjammer kam am Tage danach. Das staatliche Amt für Wasserkraft und Bewässerung (DSI), das der eigentliche Bauherr des Atatürkprojektes ist, befand die Wertschätzung der erwähnten Kommission als zu hoch. Es rief eine neue Kommission ins Leben, und diese kürzte die Entschädigung auf einen Drittel der alten Summe. Dies wiederum rief die türkische Justiz auf den Plan, die zwischen den beiden streiten-

den staatlichen Instanzen schlichten musste. Eine fast kafkaeske Situation: Der Staat ist Kläger, zugleich Angeklagter und zu allem hinzu jene Instanz, die immer recht hat.

Die Armen gehen leer aus

Unterdessen wurde eine neue Entschädigungssumme ausgehandelt. Aber weil inzwischen Zeit verging und die Inflation Monat für Monat weitergaloppiert, ist sie auf ein absolutes Minimum geschrumpft. Sie beträgt gegenwärtig zwischen 8 und 12 Franken für ein Lehmhaus und um die 14 Rappen für einen Quadratmeter Land. Dies ist auch für anatolische Verhältnisse ein Pappenstiel.

Samsat und seine BewohnerInnen

Samsat ist mit seinen 2709 Einwohnern die grösste der 135 Gemeinden, die künftig vom Atatürk-See überflutet werden. Das kleine anatolische Städtchen hat Fremden ausser seiner jahrtausendealten Vergangenheit, sichtbar am riesigen Hügel in der Umgebung, wenig zu bieten. Ein Gemeindehaus, die Moschee, eine Post, ein Gerichtsgebäude und die Polizeikaserne machen es zum Zentrum der Region. Vier mächtige Aghas-Familien (Grossgrundbesitzer) – nach der Natur «Tas» (Stein), «Firat» (Euphrat), «Aslan» (Löwe) und «Toprak» (Erde) genannt – herrschen hier über Land und Menschen. Samsat, wie auch das übrige Südostanatolien, ist immer noch einer halbfeudalen Gesellschaftsstruktur verhaftet. Rund 70 Prozent des Bodens gehören den Aghas. Relativ wenige Familien verfügen über Land in der Grössenordnung zwischen 100 und 200 Doenum (1 Doenum = 919 Quadratmeter). Die Mehrheit, gegen 200 der 350 Familien Samsats, sind

«Yarici», das heisst Tagelöhner. Ausser ihrer Arbeitskraft verfügen sie über höchstens zehn Doenum Land.

Die Besitzverhältnisse sind also sehr ungerecht. Doch ausnahmslos alle wehren sich gegen das Atatürkprojekt mit seiner ungewissen Zukunft. Der Premierminister Oezal ist im Gebiet von Atatürk unbeliebt. Anlässlich der Wahlen von 1984 stimmten alle vier Aghas (und somit auch die Wähler) gegen den «Atatürk-Puscher»: Die Familien «Aslan» und «Tas» unterstützten die rechts aussen angesiedelte «Nationalistisch-demokratische Partei» mit 326 Stimmen. Die Familien «Firat» und «Toprak» schlugen sich auf die Seite der sozialistisch angehauchten «Populistischen Partei» und gingen mit 425 Stimmen als Sieger hervor. Für die Partei des Premiers blieben ganze 12 Stimmen übrig. Kein Wunder, dass im Hinblick auf die nächsten Wahlen die Regierung schon heute das Blaue vom Himmel verspricht.

Das Dokument, auf dem die Kürzung der ursprünglich festgelegten Entschädigungssumme verfügt wird

Nun hat jeder Bewohner Samsats das Recht, gegen diese zweite Wertschätzung Berufung einzulegen. Weil die überwiegende Mehrheit aber Analphabeten sind, müssen sie Anwälte nehmen. Für diese ist Samsat eine wahre Goldgrube. Sie fahren mit glänzenden Autos vor dem Gerichtsgebäude auf und gefallen sich ganz offensichtlich mit «Samsonite-Kofferchen», gestreiften Anzügen und mit eng um den Hals gebundenen Krawatten. Am 1. November des vergangenen Jahres war es wieder einmal soweit. Das Gericht tagte. Das Gerichtsgebäude befindet sich wie meistens im kurdischen Südostanatolien etwas ausserhalb der Ortschaft, gleich neben der Militärkaserne. Soldaten bewachen entsprechend die nähere Umgebung. Drinnen im dunklen und kleinen Gerichtssaal versammeln sich die Richter



Bewohner von Samsat vor dem Gerichtsgebäude – die Verhandlungen verstehen sie nicht, denn ihre Muttersprache ist kurdisch.

und die Anwälte. Das Volk, d.h. die Männer sitzen vor dem Gebäude und diskutieren. Auch einige Frauen haben sich eingefunden; sie verbergen sich

hinter einem Gebüsch und wagen hie und da ein Lächeln zu den fremden Besuchern. Im Gerichtssaal ist das Volk nicht präsent. Nicht nur, weil es dort kei-

Die Mitverantwortung der Schweiz

Vor zwei Jahren waren wir, d.h. zwei MitarbeiterInnen der Erklärung von Bern, mit dem Projektleiter der für Atatürk zuständigen Ingenieurfirma **Elektrowatt** verabredet. Unter anderem kamen wir auf das Problem der Umsiedlungen zu sprechen. Ich erinnere mich daran, als ob es gestern passiert wäre. Ingenieur Cavard zog einen unter den Dutzenden von Ordnern, mit denen das Büro vollgestopft war, aus dem Regal. Es handelte sich um den Umsiedlungsplan mit genauen Angaben über Entschädigungen, aus der Feder einer türkischen Behörde. Triumphierend zeigte er uns einige Seiten. «Wir haben an alles gedacht, wir haben für alles eine Lösung», war das Fazit seiner Rede. Er erwähnte die Insel «Goekceada», auf der die Vertriebenen eine neue Heimat finden sollen, und voller Stolz wies er auf die grosszügigen Entschädigungsleistungen. Wahrlich, Ingenieur Cavard, Elektrowatt, Sulzer-Escher-Wyss und die kreditgebenden Banken brauchten kein schlechtes Gewissen zu haben. Das Papier bewies ihnen und demonstrierte es vor der Öffentlichkeit, dass das Mammutunternehmen am Euphrat auch in sozialer Hinsicht verantwortungsvoll geplant war.

Falsche Versprechungen der Schweizer Unternehmen?

Heute wissen wir es besser. Nichts von dem, was damals so grosszügig versprochen worden war, ging in Erfüllung. Nichts, aber auch gar nichts. Und dies konnte man bereits vor zwei Jahren voraussehen. «Angesichts der riesigen Kosten, die allein für den Bau des Kraftwerkes aufgewendet werden müssen und die allein schon die Mög-

lichkeiten der Türkei übersteigen dürfen, ist die Gefahr gross, dass bei den Entschädigungen für die vertriebene Bevölkerung gespart wird», schrieb die Erklärung von Bern damals.

Können sich die schweizerischen Firmen und die Exportrisikogarantie, die das Geschäft überhaupt möglich machte, auf die Angaben und Sozialpläne einer Regierung abstützen, die sich rundum durch die Missachtung der Menschenrechte und durch eine zum System erhobene Ungerechtigkeit ausgezeichnet hat? Heute haben wir den Beweis, dass die Zusammenarbeit mit einem menschenrechtsverletzenden Regime nicht möglich und ethisch nicht zu verantworten ist. Ob dies Industrie und Bund nicht auch gewusst haben? War ihre «Gutgläubigkeit» vielleicht etwa zweckgerichtet? Im Sinne nämlich, dass sie gegen aussen der Legitimation ihres Tuns diene? Der Verdacht steigt auf, dass Industrie und Bund die Schuld für das unsoziale Umsiedlungsprogramm der türkischen Regierung zuschieben und selber die Hände in Unschuld waschen werden.

Das ist billig.

Die Verantwortung im Falle solcher Mammutprojekte ist unteilbar, und vor allem kann sie nicht an der (Schweizer) Grenze abgegeben werden. Die Schweizer Industrie steht vor der Wahl: Sie kann sich aus dem fehlgeplanten und unsinnigen Atatürkprojekt zurückziehen (resp. in diesem Sinne auf die türkische Regierung einzuwirken versuchen), oder sie muss für jeden einzelnen der 55000 vertriebenen Menschen die Verantwortung übernehmen.

Wir warten auf Antwort aus Baden, Winterthur, Zürich und Bern.

nen Platz hat, sondern vor allem auch, weil nur wenige türkisch und schon gar nicht türkisch-juristisches Kauderwelsch verstehen. Die Leute Samsats sprechen kurdisch, obwohl diese Sprache von Amtes wegen verboten ist. An jenem 1. November 1985 wurde der erwartete Gerichtsentscheid über die Höhe der Abfindung auf den Februar 1986 vertagt. «Weil der Staat kein Geld mehr hat», behaupteten die anwesenden Männer. In Samsat hat noch niemand eine Entschädigung gesehen.

Ein neues Samsat – mindestens auf dem Papier

An Plänen über die Zukunft Samsats und seiner 350 Familien hat es nie gefehlt. Anfänglich wollte die Regierung in Ankara 220 Familien auf die nord-ägäische Insel «Goekceada» versetzen. Vor etwa 2 Jahren wurde sogar mit dem Bau von kleinen, schachtelartigen Reihenbehausungen angefangen. Allerdings umsonst. Denn die Bewohner Südostanatoliens wollten überhaupt nicht ans Meer ziehen; sie haben sogar Angst vor dem Meer. Ausserdem wurden die Ställe für die Tiere vergessen oder viel zu weit weg gebaut, und nicht zuletzt erwies sich der Boden als ungeeignet für die Rinderzucht.

Nun entstand der Plan für den Wiederaufbau Samsats. Wir besuchten den Bürgermeister Yusuf-Bey, um uns eingehender über den Plan zu informieren. Der Bürgermeister ist einer der vier Aghas und gehört der Fırat-Familie an (siehe Kasten). An der Bürowand hängt das obligate Atatürkbild und links davon die rote türkische Halbmondflagge. Gleich nach unserer Ankunft im Gemeindehaus breitet er den Plan aus. «Eine schöne Kleinstadt wird das neue Samsat werden, mit 15000 bis 20000 Einwohnern, mit Parkanlagen, breiten Strassen», schwärmt Yusuf-Bey. Sogar ein Hotel für die Fremden sei vorgesehen. Dann faltete er das Papier wieder fein säuberlich zu. Näheres konnte er



Jahrtausende alte Geschichte bei Samsat: Bald unter den Fluten

Atatürk auf einen Blick

Stausee: 817 Quadratkilometer
Projektziel: Leistung von 2400 Megawatt und Bewässerung von mehreren Tausend Quadratkilometern
Kosten: mehrere Milliarden Franken

Beteiligung der Schweiz: Bauführung, Engineering: Elektrowatt; Finanzierung (über eine Milliarde): Schweizer Bankenkonsortium; elektromechanische Bauteile: BBC, Sulzer/Escher-Wyss. Die Eidgenossenschaft ist mit einer ERG-Deckung von 500 Mio. Franken beteiligt.

Folgen des Projekts:

- Stromüberkapazitäten
- Verschuldung und Kollaps der Wirtschaft
- Kostenabwälzung auf die türkische Bevölkerung
- Politische Konflikte mit Syrien und Irak
- Überflutung von archäologischen Schätzen
- Förderung des Grossgrundbesitzes und der Landflucht

In dieser Dokumentation findet die umfassend negative Auswirkung des Atatürkprojektes keine weitere Erwähnung. Wer sich näher dafür interessiert, sei auf die Broschüre «Schweizer Mammutkraftwerke in der Dritten Welt» (vgl. S. 12) verwiesen.

auch nicht sagen. Um seine Meinung als Bürgermeister der neuen Stadt war er bei der Planung nicht gefragt worden.

Illusionen

Spätestens in zwei Jahren müssen 2709 Personen aus Samsat und Hunderte von Menschen aus den umliegenden Dörfern eine neue Heimstätte finden. Dass sie aber jemals in einem neuen Samsat wohnen werden, ist so gut wie ausgeschlossen. Woher sollen denn die zukünftigen kapitalkräftigen Bewohner kommen? 4 Millionen türkische Lira würde heute ein Häuschen im (grünen, breitstrassigen?) Städtchen kosten. Die Bevölkerung um Samsat besitzt nichts, ist vielmehr selber Besitz der vier reichen Aghas. Doch bei den Planern in Ankara und bei den verantwortlichen schweizerischen Kraftwerkbauer wird weiterhin Optimismus zur Schau gestellt. Die neuen Einwohner Samsats, heisst es, können sich ja die neuen Häuser aus der Entschädigungssumme für die alten kaufen. Wie heisst es doch in den Schulbüchern: «Rechne!»

Amalia Van Gent

Dramatische Wirtschaftslage in der Türkei:

Reiche Exporte – arme Türken

Die Generäle und die Regierung Oezal haben ehrgeizige Pläne: Sie möchten die Türkei in die Familie der reichen Industrienationen katalpultieren. Auf Teufel komm raus werden die Exporte vorangetrieben. Das Exportschiff hat aber schon jetzt Schlagseiten: Die Landwirtschaft liegt am Boden, Vetterliwirtschaft herrscht an allen Ecken und Enden, und die Armut nimmt explosionsartig zu. Selbst der internationalen Finanzwelt wird es zunehmend mulmig. Werner van Gent, Auslandskorrespondent verschiedener grösserer Schweizer Tageszeitungen, berichtet.

Die Idee kam vom Ministerpräsidenten Turgut Oezal höchstpersönlich: Den Türken sollte zum Jahreswechsel einmal etwas ganz Besonderes geboten werden. Anstelle der gewöhnlichen und wegen Betrügereien in Verruf geratenen «Milli Piyango» (Staatslotterie) soll jedermann die Möglichkeit bekommen, in einer «Superlotterie» auf einen Schlag Milliardär zu werden. Der Erfolg war überwältigend. Wochenlang konnte man vor den Büros der Losverkäufer, etwa beim kleinen Büro von Nimet Abila im Istanbuler Altstadtteil Sirkeci, Hunderte von Kaufustigen Schlange stehen sehen. So sehr hatte das Geschäft mit der Hoffnung Besitz von den Türken ergriffen, dass einige Zeitungen nur noch über die Lotterie berichteten; kaum jemand, der nicht der Versuchung erlag, für 10000 TL (derzeit etwa

35 SFr., rund ein Drittel des offiziell garantierten Monatseinkommens) Anwärter auf den Hauptpreis von einer Milliarde zu werden (etwa 3,5 Millionen SFr.). Die Euphorie einer greifbar nahen Milliardenchwemme schien 1985 auch die internationale Finanzwelt erfasst zu haben: investiert wurde jedenfalls mehr als je zuvor in der Türkei. Insgesamt betrugen die ausländischen Investitionen in der Türkei Ende 1985 1478 Millionen Dollar, 244 Millionen davon stammten aus der Schweiz, die damit an erster Stelle ausländischer Investoren steht, knapp vor den USA und der BRD. Wichtigstes Betätigungsfeld der schweizerischen Firmen, neben dem Pharmageschäft: die in ihrem ganzen Umfang erst 1985 entdeckte Goldgrube des Fremdenverkehrs mit 300prozentigen Wachstums- und fabelhaften



Photo: Keystone Die Menschen in Ostanatolien sind arm – im Bild: ein Schuhmacher flickt Gummischuhe

Profitraten. Allein in den ersten acht Monaten wuchsen die Einnahmen aus dem Tourismus trotz teilweise äusserst dürrer Infrastruktur von 142 (1984) auf 537 Millionen Dollar an.

«Exportwunder» Türkei

Der wachsende Tourismus war 1985 allerdings nur ein Teil des Oezalschen Wirtschaftswunders. An wichtigster

Stelle steht immer noch der Exportboom – 1985 sind die Exporterträge (in Dollarwerten) gegenüber 1984 erneut um 13% angestiegen, wobei die Regierung jeweils betont, dass jetzt 77% aller exportierten Güter Industrieprodukte sind gegenüber 36% im Jahre 1980. Damals war das Ruder von der zivilen Regierung Suleiman Demirels radikal umgeworfen und die Wirtschaft von Turgut Oezal einer in Absprache mit dem «IWF» entstandenen Sanierungskur unterworfen worden.

Der Exportboom, die Explosion der Tourismuseinnahmen, ein Wachstum des Bruttosozialproduktes von rund 4,5% gekoppelt mit der Tatsache, dass die Türkei 1985 ihren Verpflichtungen in Verbindung mit einer Auslandschuld von annähernd 28 Milliarden Dollar (ohne Militärkredite) nachkommen konnte – insgesamt genug Gründe, das «Oezalsche Wirtschaftswunder» zu bejubeln; Anlass auch, wie schon so oft

in der türkischen Geschichte, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

Die andere Seite der Medaille: Armut und Elend

Hat es die Türkei also doch geschafft, mit Hilfe des Monetarismus die marode Wirtschaft gesundzuschumpfen, und gibt es tatsächlich begründete Hoffnung darauf, dass es mit dem Land wieder bergaufwärts geht? Wird die Vision einer «regionalen Grossmacht», wie sie die Generäle und Turgut Oezal etwa in Verbindung mit dem ambitionierten «Süd-Ost-Anatolien-Projekt» immer wieder auszumalen pflegen, Wirklichkeit?

Zumindest auf dem Lande, wo immer noch fast die Hälfte der Bevölkerung lebt, ist davon noch herzlich wenig zu spüren. Im Gegenteil: Wie die «Milliyet»¹ berichtete, seien die Bedingungen, die von der Weltbank an die Gewährung einer Reihe von Krediten geknüpft wurden, die Hauptgründe dafür gewesen, dass die Türkei 1985 erstmals Nahrungsmittel hatte importieren müssen. Im einzelnen forderte die Weltbank von der türkischen Regierung: die Streichung der Subventionen für Agrarprodukte, die Anhebung der Zinssätze für landwirtschaftliche Kredite von 22 auf 35% (die Regierung hat



Die Bewohner Samsats sind Viehzüchter. Der Ort wurde vergessen, Ställe zu bauen

**TÜRKİYE SOSYAL
TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

die Zinssätze inzwischen auf 28% angehoben), die Kopplung der Preise der Düngemittel an den Dollar, die Anhebung der Bewässerungs-Gebühren sowie die Reorganisation der Genossenschaften und deren Öffnung für ausländisches Kapital. Nach den Worten der «Türkischen Bauern-Organisation» waren diese Massnahmen noch verheerender als die Trockenperiode im Jahre 1985.

Den Reichen geht es gut

Aber auch in den Städten bekommt die breite Masse die positiven Folgen des Oezalschen Booms höchstens von einer relativ kleinen Schicht neureicher Mitbürger vorgelebt. So ist die Zahl der Zulassungen von Motorjachten auf dem Bosphorus rapid angestiegen, und die (teuren) Fischrestaurants am Bosphorus sind Abend für Abend voll besetzt. Generell erleben die auf die Einfuhr von Luxusgütern spezialisierten Geschäfte goldene Zeiten (was auch zur Folge hat, dass das Handelsbilanzdefizit von 2,9 auf 3,7 Milliarden Dollar angestiegen ist, trotz der Zunahme der Exporterträge). Die Arbeiter und Angestellten erreicht die Luxusflut kaum. Allein in den letzten zwei Jahren stiegen die Lebenshaltungskosten (in Ankara) um 112%, während die Löhne durchschnittlich nur um 76% angehoben wurden. Abgesehen von Turgut Oezal scheint derzeit niemand mehr an die offizielle Prognose einer 25prozentigen Inflation für 1986 zu glauben. Die OECD, ansonsten voller Lob über die Errungenschaften der türkischen Regierung, tippt vorsichtig auf eine Teuerungsrate von mindestens 35%.

«Arabeske Marktökonomie»

Für den Wirtschaftswissenschaftler und Oppositionsführer Aydin Gueven Gur-

kan sind die Auswüchse bei der Nachfrage nach Luxusgütern lediglich Ausdruck einer «arabesken Marktökonomie». Dabei weist er daraufhin, wie die Regierung das Exportgeschäft mit grosszügigen Steuersubventionen ankurbeln wollte, am Ende aber vor allem **eine starke Zunahme fiktiver Exporte** auslöste. Insgesamt belaufen sich die fiktiven Exporte sowie die Subventionen, die ausgezahlt wurden, bislang aber keine entsprechenden Exporte auslösten, bereits auf 1,1 Milliarden Dollar – Geld, das zu einem grossen Teil für den Ankauf von Importgütern verwendet wurde. Während die Regierung sich in Sachen Amnestie für politische Häftlinge schwertut, bereitet sie nach Angaben der «Hürriyet»² insgeheim eine Generalamnestie für Firmen vor, die Exportsubventionen beantragt hatten, die aber bislang keinerlei Exporterträge vorweisen konnten.

Auch wenn die «Financial Times» in einer Türkei-Beilage das Jahr 1985 noch als das «Jahr der Stabilität» (bei einer fast 50prozentigen Inflation!) feierte, scheint die Euphorie in der internationalen Finanzwelt am Abflauen zu sein. In einem internationalen Vergleich von Investitionsrisiken stufte die amerikanische Beratungsfirma «Frost and Sullivan» die Türkei als «erhöhtes Investitionsrisiko» ein. Negativ würde sich dabei vor allem die Unsicherheit zu Buche schlagen, ob es Oezal 1986 gelinge, den Widerstand gegen seinen Wirtschaftskurs weiterhin in Schach zu halten. Ferner stellt die Firma indirekt auch die Zahlungsfähigkeit der Türkei in Fra-

ge und weist auf erhöhte «Kapitaltransfers» und «Exportgeschäfts-Risiken» hin.

Auch heute wieder: Koloss auf tönernen Füüssen?

Aus diesem Grund hatten die USA Ende 1985 ein bilaterales Abkommen zum Schutz amerikanischer Investitionen in der Türkei abgeschlossen. Nach Angaben der Wirtschaftszeitung «Dunya» soll ein ähnliches Abkommen auch das Ziel einer schweizerischen Delegation gewesen sein, die anfangs November unter Leitung von Botschafter Philippe Lévy Ankara besuchte. All-



gemein rechnet man in Finanzkreisen in Istanbul damit, dass es 1986 bedeutend schwieriger sein wird als 1985, auf den internationalen Finanzmärkten die für die Schuldendienste benötigten Mittel aufzutreiben. Es wird daher nicht ausgeschlossen, dass die Regierung erneut gezwungen sein wird, ein Stand-by-Abkommen³ mit dem «IWF» abzuschliessen. Das Londoner Finanzmagazin «International Finance» hatte daher internationalen Banken geraten, die Regierung in den Verhandlungen nicht allzusehr unter Druck zu

setzen, weil Oezal dann Gefahr laufen würde, die für Ende Jahr angesetzten Nachwahlen in sieben Provinzen zu verlieren, was wiederum das Ende der «IWF»-konformen Wirtschaftspolitik nach sich ziehen könnte.

¹Milliyet: türkische Tageszeitung

²Hürriyet: türkische Tageszeitung

³«Hilfs»-Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds, wobei dieser neue Gelder zur Verfügung stellt, sofern die Türkei gewisse wirtschaftspolitische Auflagen erfüllt.

Wie funktioniert die türkische Wirtschaft?

Das monetaristische Rezeptbuch

Nach dem Militärputsch vom September 1980 wurde die türkische Wirtschaftspolitik radikal umgekrempelt. Kein Land der Erde, nicht einmal Chile, hielt sich dermassen eng an die monetaristische Rezeptur und an die Doktrin des Internationalen Währungsfonds. Monetarismus, IWF-Doktrin – wie funktionieren sie? Im folgenden seien einige der Elemente am Beispiel der Türkei näher ausgeführt:

Alles für den Export

Die Türkei konzentriert alle ihre Anstrengungen auf den Export. Sein Volumen ist heute fast dreimal so gross wie noch vor 5 Jahren. Dabei werden heute viel mehr industrielle als landwirtschaftliche Güter exportiert. Bei einem Grossteil der Exporteure handelt es sich um Multis, die von den günstigen Rahmenbedingungen profitieren.

Dank dem Krieg zwischen Iran und Irak erlebt die Türkei einen wahren Exportboom.

Subvention für die Exporteure:

Wer exportiert, erhält eine Reihe von Vergünstigungen: z.B. Subventionen für die exportierten Produkte. Und was noch wichtiger ist: Türkische Exporteure dürfen über die im Ausland verdienten Devisen frei verfügen. Der Transfer von Gewinnen und Dividenden ins Ausland ist ebenfalls zulässig. Die Absicht: Mit den Exporten sollen Devisen verdient werden, um damit die für die Modernisierung des Landes notwendigen Güterimporte zu bezahlen.

Öffnung der Grenzen

In den letzten Jahren wurden die Im-

portzölle abgebaut. Die (exportierenden) Multis gelangen auf diese Weise zu billigen Rohstoffen und Halbfabrikaten. Die Türkei wird aber auch von Luxusgütern aus dem Ausland überschwemmt. Die Reichen und Superreichen können prassen und prahlen.

Dämpfung der Binnenkonjunktur:

Weil alle Kräfte in den lukrativen Export geworfen werden, wird die Binnenwirtschaft (sofern sie es nicht schon automatisch «macht») gebremst. Zwei probate Mittel machen es möglich: die restriktive Geld- und Kreditpolitik resp. die **katastrophal hohen Zinsen** (wer möchte da schon investieren?) und was noch wichtiger ist:

Die tiefen Löhne

Dank ihnen kann billig und damit konkurrenzfähig exportiert werden. Und weil die Löhne tief resp. der galoppierenden Teuerung nicht annähernd angepasst sind, bleibt die Kaufkraft gering, die Binnenkonjunktur schwach – für einige sogar katastrophal schwach (für Kleinindustrie und Gewerbe, die reihenweise Bankrott machen). Für die monetaristische Mannschaft Oezals kommt dies nicht ungelegen: Denn somit konzentrieren sich alle Kräfte auf den Export. Der Kreis schliesst sich.

Investitionen in «moderne» Infrastruktur: Strassen und Energie

Nicht für die Armen wird das Geld ausgegeben. Diese sind ja «unproduktiv». Die knappen Mittel werden in die moderne Infrastruktur gesteckt, um die Bedingungen für den exportorientierten Wachstumsprozess zu verbessern. Autobahnen und Atomkraftwerke werden von den «modernen» (ausländischen) Exportindustrien gebraucht, um schneller und mit weniger menschlicher Arbeitskraft mehr zu produzieren. Im folgenden die türkischen Investitionsziele für 1986 (in Prozentanteil der investierten Mittel):

Öffentliche Investitionen 1986

Verkehr und Kommunikation:	32%
Energie:	20%
Verarb. Industrie:	10%
Landwirtschaft (v.a. Export)	9%
Soziales:	8%
Bergbau:	8%
Sonstiges (Wirtschaft):	5%
Erziehung:	4%
Gesundheit:	2%
Wohnungsbau:	1%
Tourismus:	1%
Total	100%
(Fehler durch Aufrundung)	



Photo: Keystone

Türkische Textilarbeiterinnen bei Istanbul

Auslandverschuldung

Weil die Türkei die Mittel nicht hat, pumpt sie sie bei den internationalen Banken. Das Resultat ist eine horrenden Verschuldung. Pro Jahr leistet die Türkei einen Schuldendienst von 3,3 Milliarden Dollar. Er wird auf 3,5 Milliarden im Jahr 1988 steigen und in den folgenden Jahren auf dieser Höhe bleiben. Ein immer grösserer Teil der Exporteinnahmen wird für die Bezahlung der Schulden aufgezehrt.

Extreme Liberalisierung und extremer Staatsabbau

Es ist nur folgerichtig, dass der türkische Staat neben seinen ehrgeizigen Plänen keinen Platz mehr für Sozialausgaben hat. Diese werden auf ein absolutes Minimum zusammengestrichen. Doch nicht genug. Um zu Geld zu kommen, verkauft der Staat seine eigenen Werke an Private: So zum Beispiel das (von Schweizer Firmen gebaute) Kraftwerk Keban oder die Brücke über den Bosphorus(!), um nur einige zu nennen. Um zukünftige Projekte nicht bezahlen zu müssen (so z.B. das Atomkraftwerk Akuyu), offeriert die Regierung Oezal dem Erbauer die zukünftigen Einnahmen aus der verkauften Elektrizität.

Extreme Ungleichheit

Eine kleine Minderheit von Türken verdient sich mit diesem monetaristischen Wirtschaftsmodell eine goldene Nase. Weil ihnen der Profitboom aber selber nicht ganz geheuer ist und Premier Oezal ihnen sogar noch legale Türen aufgetan hat, bringen immer mehr reiche Türken ihre Gelder in den sicheren Schweizer Bankenhafen. Sagenhafte 4,8 Milliarden Franken deponierten sie im Jahre 1984 in den Safes von Genf, Basel und Zürich.

Derweil geht es dem Volk dreckig. Millionen sind arbeitslos. Arbeitslosenentschädigung gibt es selbstverständlich nicht. Die Preise steigen raketenartig in die Höhe, die Lohnanpassung bleibt hoffnungslos auf der Strecke.

Der türkische Monetarismus braucht die eiserne Hand

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Oezal ist in tiefstem Masse unsozial und auf eine geradezu bösartige Weise ungerecht. Sie ist auch auf fast paradoxe Art un-national. Die türkisch-chauvinistischen Appelle und Reminiszenzen an Atatürk mögen nicht darüber hinwegtäuschen. Diese Politik kann nicht anders als mit polizeistaatlichen und diktatorischen Mitteln gehandhabt

Photo: Keystone

werden. Folter, Einkerkierung von Gewerkschaftern und Intellektuellen, Unterdrückung von Parteien, Ermächtigungsgesetze für die Polizei, Säbelgerassel der Generäle, Beschneidung der intellektuellen Freiheit – sie alle gehören zum geschilderten Wirtschaftssystem wie ein Zwilling zum anderen. In einem Staat mit demokratischen Verhältnissen und mit einem gewissen sozialen Ausgleich wäre diese Wirtschaftspolitik niemals möglich.

Alle ausländischen Banken und multinationalen Gesellschaften, denen heute in der Türkei Tür und Tor weit offenstehen, profitieren auf die eine oder andere Weise vom System der Folter, der Willkür und der Diktatur in diesem Land. Da gibt es keine Ausreden in der Art: «Ich treibe neutrale Geschäfte – vom politischen System distanzieren ich mich.» Ebenso ist aus egoistischen Motiven blind, wer die politischen Zustände in der Türkei beschönigt.

Die Wirtschaft wächst – die Menschen bleiben arm

Statt Zahlen über Folterungen und Verhaftete aufzuführen, drucken wir eine Zeitungsmeldung vom Vorabend von Weihnachten ab:

Kritik an der Todesstrafe verboten

«Gegen 6 Mitglieder des Zentralen Rats der «Vereinigung türkischer Ärzte» wurde auf ausdrücklichen Befehl des Justizministers Necat Eldem ein Strafverfahren eröffnet, da sie sich in einer am 7.10. veröffentlichten Erklärung für die Aufhebung der Todesstrafe ausgesprochen hatten, da diese «auf primitiven Rachegefühlen basiere». «Sie ist unmenschlich. Bei der Anwendung der Todesstrafe werden auch Ärzte eingespannt. Aber ein Arzt ist kein Mensch, der tötet, sondern der sich für das Leben einsetzt», sagten sie. Gegen die angeklagten 2 Professoren, 3 Dozenten und 1 Doktor werden Strafen zwischen 6 Monaten und 2 Jahren gefordert.»

(Hürriyet, 23.12.85)

Die Schweiz: eine Säule des Unrechts-Regimes in Ankara

Bei den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei purzeln die Rekorde. Exportrekord, Investitionsrekord und jetzt noch ein Fluchtgeldrekord. Das System ist grausam: Mit Hilfe von schweizerischen Krediten werden in der Türkei die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht. Und die Gewinne werden nicht im Land investiert, sondern in die sicheren Schweizer Bankhäfen verfrachtet. Daneben wirken Auberts Proteste gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei wenig überzeugend.

Seit dem Militärputsch hat die Schweiz jedes Jahr mehr in die Türkei exportiert. 1985 schloss mit einem neuen Rekordergebnis ab! Nicht zuletzt ist es dank der gewaltigen Waffenlieferung (118 Millionen Franken) von Bührle zustande gekommen! Ob die Militärs Kanonen und Munition wohl brauchen, um ihre Staumauern am Euphrat zu schützen (die Syrien und Irak buchstäblich das Wasser abgraben)?

Mehr noch als die Güterexporte fallen die schweizerischen Direktinvestitionen ins Gewicht. Es ist fast nicht fassbar: **Die kleine Schweiz ist in der Türkei der grösste Investor, dies noch vor der BRD und vor den USA!**

Zu diesem Rekordlauf hat die Schweiz unmittelbar nach dem Militärputsch angesetzt! Und damit sind die Dienstleistungen für die Regierung Oezal noch lange nicht erschöpft: Die Schweizer Banken gewährten der Türkei im vergangenen Jahr allein für den Bau des Mammutkraftwerkes Atatürk insgesamt über eine Milliarde Franken Kredit. Bei einem mittleren Zinssatz von 7% kommt dabei alljährlich eine schöne Stange Geld in die Schweizer Bankkassen. Schweizer Bänkler haben überhaupt ihre helle Freude mit den Türken, mindestens mit den Reichen

unter ihnen. Jene pflegen nämlich ihre schnell verdienten Millionen auf Schweizer Bankkonten zu deponieren (gegen die üblichen Gebühren natürlich). Im Jahre 1984 waren es insgesamt 4,8 Milliarden Franken!

Flankenschutz durch Politik

Bundesrat und Parlament scheinen die Geschäftspolitik der Unternehmen in der Türkei zu unterstützen. Zwei markante Ereignisse deuten darauf hin: Kaum ein Jahr nach dem Putsch (in der Sprachregelung des Bundesrates: «Die im September 1980 eingesetzte

Regierung...») gewährte die Schweiz eine Zahlungsbilanzhilfe. Drei Jahre später erhielten die Atatürk-Lieferanten (auf Veranlassung von Bundesrat Furgler persönlich) eine Exportrisikogarantie im Betrage von rund 500 Millionen Franken zugesprochen. Interessant sind die Begründungen unserer Politiker.

Im Juni 1981 argumentierte Kommissionssprecher Dürr (CVP) folgendermassen (damals waren bereits um die 30000 Menschen eingekerkert worden): «Diese Hilfe ist angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der

Hilft die Schweiz die Kurden zu diskriminieren?

In der Türkei leben fast 9 Millionen Kurden. Doch ihre ethnische Identität wird unterdrückt. Kurdisch als Sprache ist verboten. Entsprechend fehlen kurdische Schulen wie auch kurdische Radiosendungen und Zeitungen. Im Osten der Türkei liefern sich türkische Armee-Einheiten und kurdische Rebellen erbitterte Kämpfe. In diesem ungleichen Kampf verhält sich die Schweiz nicht neutral:

- Sie liefert dem Militärregime für 118,3 Millionen Franken Waffen. Werden sie eines Tages direkt oder indirekt gegen die Kurden eingesetzt? Laut dem Kriegsmaterialgesetz von 1973 sind Waffenexporte in «Spannungsgebiete» verboten, ebenso solche in Länder, welche die Menschenrechte verletzen. Diese Waffenexporte sind in unseren Augen illegal!
- Die von Schweizer Firmen gebauten Kraftwerke Keban, Karakaya und Atatürk liegen samt und sonders auf kurdischem Gebiet. Kurden empfinden diese Projekte als

«Dämme gegen die Kurden».

Speziell das mit Atatürk verbundene Bewässerungsprojekt Urfa beinhaltet die Gefahr, dass die kurdische Bevölkerung vertrieben und reiche türkische Landbesitzer angezogen werden. Auf der Baustelle von Karakaya ist es den Arbeitern verboten, miteinander kurdisch zu sprechen. Ein leiser Vorgeschmack auf die viel grössere Diskriminierung der Kurden durch Atatürk? Gewiss, die Konflikte zwischen Türken und Kurden lassen sich nicht einfach auf ökonomische Gründe zurückführen, und schon gar nicht dürfen sie der schweizerischen Wirtschaft in die Schuhe geschoben werden. Allerdings helfen Schweizer Projekte wie Atatürk und die Wirtschaftshilfe für die Regierung Oezal mit, das Diskriminationsnetz gegen die Kurden enger zu knüpfen.

Der Bumerang lässt nicht auf sich warten: Kurden versuchen in der Schweiz um Asyl. In diesem Jahr noch mehr als in den Jahren zuvor.



Peñner, Lohr und Furgler (rechts Papandreu) am Management Forum in Davos

Photo: Keystone

Türkei, aber auch unter dem Gesichtspunkt der internationalen Solidarität und der Universalität unserer Aussenbeziehungen gerechtfertigt.» Sein Ratskollege Blocher (SVP) wurde deutlicher: «Es blieb keine andere Möglichkeit, als die Extremisten hinter Schloss und Riegel zu setzen, wenn man wieder Ruhe und Ordnung haben wollte.» Auch der damalige Bundesrat Honegger sprach von «Solidarität mit einem bedrängten Land». Immerhin machte er aber kein Hehl daraus, «dass der angelaufene Sanierungsprozess auch die Bevölkerung trifft. Das gleiche gilt auch für den gewerblichen Mittelstand.» Die Regierung wusste also, was sie tat.

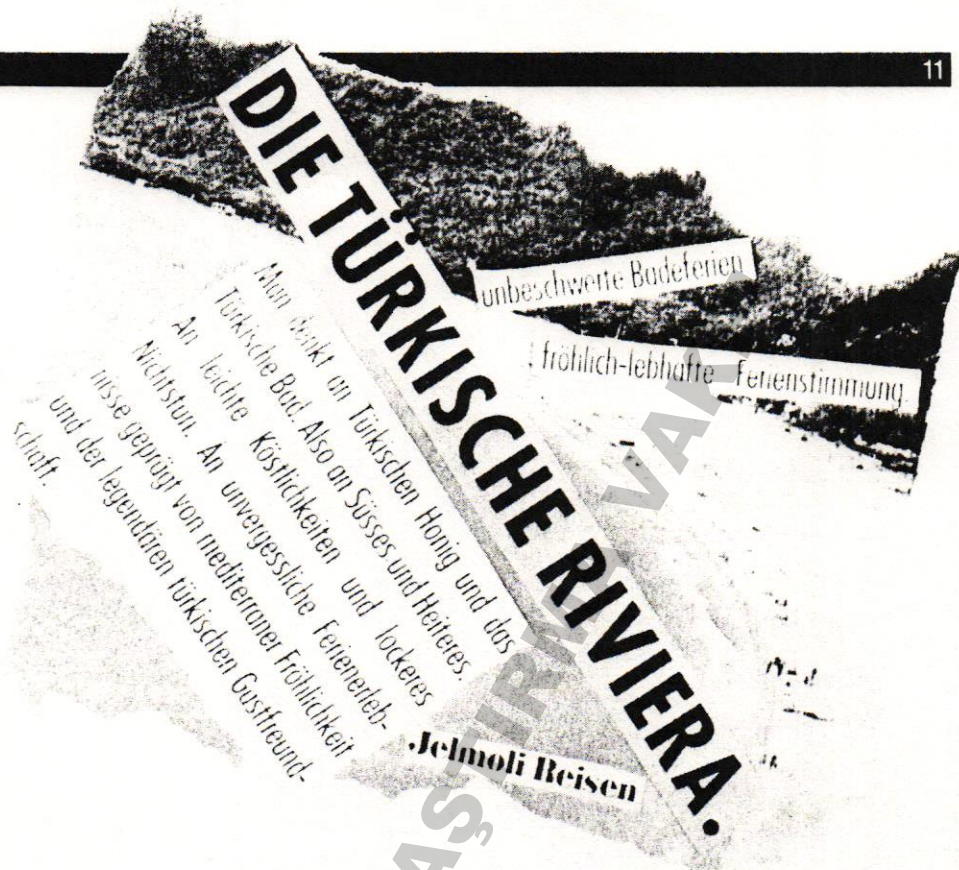
Beim ERG-Entscheid betreffend das Mammutkraftwerk Atatürk machte es sich der Bundesrat bequemer: «Der Entscheid beruht auf beschäftigungspolitischen Gründen und auf der besonderen Situation im Kraftwerksbau.» Die schweizerischen Eigeninteressen sichten in diesem Falle aus, um die Zusammenarbeit mit dem Regime in Ankara zu rechtfertigen.

Bundesrat Aubert: Diskrete Noten

Trotz der guten Geschäftsbeziehungen hat das aussenpolitische Departement unter Bundesrat Aubert immer wieder wegen der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei interveniert. Aubert und seine Diplomaten haben es aber kraft- und lustlos getan, und die Demarchen beeindruckten die türkische Regierung kaum. – Zumal sich schweizerische Politiker im Europaparlament dazu hergaben, sich Sanktionen gegen die Türkei entgegenzustemmen; zumal auch Bundesrat Aubert in einem Interview im Tages-Anzeiger verlauten liess (er wurde gefragt, ob er im Falle Polens und der Türkei nicht zwei Ellen misse): «... der Fall Türkei ist ganz anders als der Fall Polen. Die Türkei hat die Rückkehr zur Demokratie versprochen. Die Militärregierung hat bisher alle Fristen eingehalten. Das Volk hat eine neue Verfassung angenommen, und die Militärregierung hat erklärt, dass sie sich zurückziehe, wenn das neue Parlament gewählt ist und die neuen Institutionen funktionieren» (TA, 31.12.1982).

Wer öffentlich einem Regime soviel Goodwill einräumt, muss sich nicht wundern, wenn die Proteste gegen die Menschenrechtsverletzungen ungehört verhallen.

Selbstverständlich haben in den letzten drei Jahren in der politischen Struktur der Türkei markante Änderungen stattgefunden. Sie aber als «Demokratisierung» zu interpretieren, wie dies Aubert und andere tun, ist kurzsichtig. Die Abstimmung über die Verfassung war eine Farce, die Parteien sind von Generals Gnaden abhängig, und das aufgehobene Kriegsrecht wird durch ein genauso repressives Polizeirecht ersetzt.



Für eine menschliche und weitsichtige Asylpolitik

Gegenwärtig geht es darum, eine humanitäre schweizerische Asyltradition zu verteidigen. Parallel dazu braucht es auch Reformen im Bereich des schweizerischen Aussenhandels. Eine Politik, die Regierungen unterstützt, die Armut produzieren und Menschenrechte verletzen, ist kurzsichtig und entspricht nicht unseren ethischen Leitsätzen. Die vertriebenen Menschen von Atatürk können morgen schon vor unseren Türen stehen.

Der Strom von türkischen Asylsuchenden reißt nicht ab. Die Behörden in Bund und Kanton versuchen ihn mit einer Politik der Eindämmung zu stoppen. Asylsuchende werden schikaniert, sie werden kriminalisiert und zu (schlechter) Letzt gar ausgeschafft. Die Behörden, bekanntlich aber auch ein grosser Teil unserer Öffentlichkeit begegnen den Türken mit Vorurteilen, ja sogar mit unverhohlenem Rassismus. «Wirtschaftsflüchtlinge» tönt es aus den vornehmeren Amtsstuben, «fuuli Sieche» schimpft das Volk. Beide meinen in etwa dasselbe. Die Arroganz und die

Selbstgerechtigkeit sind kaum zu überbieten.

Zahlreiche Politiker wollen nicht begreifen, warum ein Mensch aus der Türkei flüchtet. Denn in ihren Augen befindet sich die gegenwärtige Regierung auf dem Marsch in die Demokratie. Asylsuchende sind in ihren Augen also Links-extreme. Andere Politiker betrachten die türkischen Asylsuchenden als «Wirtschaftsflüchtlinge».

Die Blindheit gegenüber den türkischen Verhältnissen hat System: **Wer dermassen eng mit der türkischen Wirtschaft verflochten ist, ist geneigt, die hässlichen Seiten der türkischen Politik zu beschönigen und damit auch jenen Menschen, die vor Elend und Willkür geflüchtet sind, das Verständnis zu verweigern.**

Die schweizerische Asylpolitik ändert sich substantiell solange nicht, bis sie nicht auch unsere Aussenwirtschaftspolitik kritisch unter die Lupe nimmt. Es

Türkische Asylsuchende in der Schweiz	
1980	627
1981	155
1982	1341
1983	1972
1984	2639
1985	3844

ist eine Tatsache: **Die gegenwärtige türkische Politik, mit ihrer Doppelstrategie von Verelendung und Repression, produziert Flüchtlinge. Und die Schweiz nimmt daran teil, sie hilft mit, Flüchtlinge zu produzieren...**

Eine humane und weitsichtige Asylpolitik muss dem Rechnung tragen. Sie darf nicht nur an den Symptomen «herumdoktern», sondern sie ist gezwungen, an die Wurzeln des Problems zu gehen: in diesem Fall also die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei zu überdenken. Das gegenwärtige Verhalten gegenüber den türkischen Flüchtlingen ist nicht nur unmenschlich, sondern es ist auch kurzsichtig: **Die Menschen im Gebiete von Atatürk, die durch die schweizerischen Investitionen vertrieben werden, können morgen schon in Basel oder Zürich um Asyl bitten.**

Die Türkei ist kein Einzelfall

Die Türkei ist bekanntlich nur eines unter Dutzenden von Ländern, wo Menschen auf der Flucht sind. Die Ursachen der Fluchtbewegungen sind komplex. Ein **Glied** in der Kette von Ursachen ist die auf den vorangehenden Seiten geschilderte Wirtschaftspolitik. Nicht nur der Türkei, sondern auch Zaire oder Brasilien dient ein an den Bedürfnissen einer kleinen Elite orientierter Wachstumsprozess als Leitbild. Es ist ein Wachstumsmodell, mit dem die Schweiz mit hunderterlei Banden verknüpft ist. Internationale Entwicklungsbanken nehmen in der Schweiz Geld auf, um es bspw. in Sri Lanka in Entwicklungsprojekte zu investieren, die soziale Unrast und ethnische Spannungen erzeugen. Die Schweiz ist mit internationalen Währungsinstitutionen liiert, deren Programme in Drittweltländern die Wirtschaftskonjunktur ersticken. Die Schweiz öffnet ihre Tresore für Fluchtkapital, sie gewährt Kredite für fragwürdige Entwicklungsprojek-

te... die Liste ist lang.

Diese Wirtschaftspolitik muss sich ändern. Es kann nicht einfach darum gehen, die Attraktivität der Schweiz als Asylland zu senken – schon gar nicht mit repressiven und unmenschlichen Mitteln –, sondern die Schweiz ist gehalten, ihren Beitrag an die Fehlentwicklung in zahlreichen Drittweltländern zu reduzieren.

«Es kommt weniger darauf an, mehr zu geben, als weniger zu nehmen» – dieser Grundsatz behält in der Asylfrage seine Aktualität. Selbstverständlich ist der Grundsatz nicht identisch mit dem Rezept. Die Weichen auf eine mensch-

liche und eine weitsichtige Asylpolitik zu stellen ist eine langfristige und komplexe Aufgabe. Es braucht neue Kooperationsformen bei unseren Behörden: Die Glaubwürdigkeit unseres Ausenministers in Menschenrechtsfragen ist gering, wenn das Volkswirtschaftsdepartement diktatorischen Regimes umfangreiche Hilfe zukommen lässt. Vor allem braucht es ein Umdenken bei den Wirtschaftsführern. Egoismus in unseren Handelsbeziehungen mit der Dritten Welt ist nicht nur ethisch nicht verantwortbar, sondern längerfristig sogar kontraproduktiv. Die wachsenden Flüchtlingsströme beweisen es.



Schweizer Mammut- Kraftwerke in der Dritten Welt

Erklärung von Bern

Talon

- ☐ Ich möchte den Rundbrief «Solidarische Entwicklung» abonnieren (Fr. 15.–)
- ☐ Ich interessiere mich für die Mitgliedschaft bei der Erklärung von Bern
- ☐ Ich möchte Mitglied werden

Name: _____

Adresse: _____

Einschicken an: Erklärung von Bern, Quellenstr. 25, 8005 Zürich.
Tel. 01 / 42 64 34, PC 80-8885

Die **Broschüre** enthält zahlreiche Graphiken, Zeichnungen, Fotos und führt den Leser und die Leserin auf einfache Weise in die komplizierten Zusammenhänge der Ökologie, der Energie, der Wirtschaft und der Probleme der Menschen in der Dritten Welt.

Schweizer Mammutkraftwerke in der Dritten Welt: 72 Seiten, Preis Fr. 9.50.
Mit Materialliste bestellen!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

TÜSTAV

1 Ekim 1980 Çarşamba akşamı saat 22.45'de bulunduğumuz koğuştan Maden-İş'te personel olarak çalıştığını öğrendiğimiz Mehmet İçin'i 1. Şubeye götürdüler. 1 saat geçmeden tekrar gelip avukat Ahmet Hilmi Feyzioğlu'nu da alıp götürdüler. Bu kişilerin götürülmesinden sonra sabaha kadar gözaltında bulunan kişilerden hiç kimse uyuyamadı, endişe içinde sabaha kadar beklediler.

2 Ekim Perşembe akşamı Mehmet İçin yanında Ahmet Sarıcan olduğunu öğrendiğimiz kişi ile beraber gözaltında bulunduğumuz koğuşa getirildiler. Yara, bere ve sancılar içinde ayakta duramaz halde idiler. Bazı arkadaşlarımız bu iki kişiyi kucaklayarak rahat bir yere yatırdılar. Tedavi için soyulduklarında vücutlarının çeşitli yerlerinde çürümeler ve şişikler olduğunu gördük. Mehmet İçin nefes almakta güçlük çekiyordu. Kalbine masaj yaptık, yani oğduk. Bunların durumundan dolayı oldukça etkilendik. Tedirgin bekliyorduk. Nitekim 2 Ekim Perşembe günü gene saat 22.45'de gelip Ahmet Sarıcan ve Mehmet İçin'i tekrar 1. Şubeye götürdüler.

Yine aynı akşam sabaha kadar endişe ile bekledik. Çünkü bir gün önce onlarla buradan götürülen Avukat Ahmet Feyzioğlu'nun ölüm haberini duymuştuk. Bu arkadaşlar için de aynı nedenle endişe duyuyorduk. 3 Ekim Cuma sabahı biz tedirgin beklerken saat 06 sıraları bu iki arkadaş tekrar koğuşa getirildiler. Durumları daha da kötü idi. Dudakları çatla-mış, ağız civarında kan lekeleri vardı. Vücutları ağrı içerisinde kıvranıyorlardı. Lasonil ve Viks isimli merhemlerle vücutlarını avup, yaraları pansuman yapıldı. Ağrı kesici haplar verildi. Sürekli inliyorlardı. Koğuşta bulunan bütün insanların ağızını bıçak açmıyordu. Hepimiz durumdan son derece etkilenmiştik. Hepimizin gerek bu ölüm olayından, gerekse bu iki arkadaşın durumundan dolayı büyük bir moral çöküntüsü içinde idik. Ziyaretçilerimizle görüşemedik ve yemek yemek içimizden gelmediği için ziyaretçilerin getirdikleri yemekleri almadık. Yemek yemedik. Ama bu durum halâ bitmemişti. Akşam gene aynı saatte, saat 22.50 sıralarında bu iki kişi ve ilave olarak 2 kişi daha beraberlerinde tekrar 1. Şubeye çıkarıldılar. Yanlarında olanlar Avukat Münir Derçin ve sendikacı Günay Onayman idi. Uykusuz geçirdiğimiz bu 3. gecenin sabahı saat 04 sıralarında Ahmet Sarıcan ve Mehmet İçin, koğuşun dış kapısından içeriye sokulduklarında yere düştüklerine tanık olduk. Ayakta duramayan bu arkadaşlarımız diğer arkadaşlar tarafından kucaklanarak uygun bir yere yatırıldılar. Mehmet İçin'in zorlukla nefes aldığını görüp rahat nefes aldırma amacıyla tedavi yapıldı. Bu kez soyulduklarında vücutları mosmor yara bere içinde idi. Her ikisini soyup tekrar merhem-

lerle çürükleri ve yaraları şarılıarak tedavi edildi. Bu tutanağı
adaletin gerçekleşmesi amacı ile insanlık adına duyduğumuz sorumluluk
üzerine kaleme alıp imzaladık.

Nizamettin Aksöz

Şanver Özçelik

M.Ali Onay

Turgut Palabıyık

Ö.Sandıkçı

Vedat Yıldırım

Mustafa Ekin

A.İhsan Görsü

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

KONU

- B:** .Tutuklu sanıkların insan olmalarından doğan legal hakları,yurttaş olmalarından -ki;Uluslararası sözleşmeler,Anayasalar,yasalar ile güvencelemiş-doğan haklarının ihlali hukuk devleti olma iddialarını yok eder düzeye gelmiştir.
- A:** .Suçluluğu kesinleşinceye kadar masum olan zanlı yada sanıkların,karşısına-bazı kamu uygulamaları ile haksız bilgilendirmeler sonucu-savcılık ve mahkeme makamları çıkarılmaya çalışılmış,hg; bir hakkını koruyamaz ve kullanamaz halle gelen tutuklular,çıkarılan engeller ile savunucusunun hukuksal yardımından da mahrum bırakılmıştır.
- B:** .İnsan haklarını,hukuk devletini,hak ve adaleti ferdî savunma makamından korunakla görevli avukat yargı organları ile çatışmaya getirilmek istenmektedir.
- A:** .Tüm bunlar önlenmediği takdirde bundan zarar görecektir "insanlık" ve "hukuk devleti" dir.

AÇIKLAMA :

1-Ülkemizde ve ilimizde Sıkıyönetim uygulaması ile birlikte Sıkıyönetim savcılık ve mahkemelerinde sıkıyönetim yargılaması sürmektedir.

Bu yargılamada ZANLI ve SANIKLAR,SAVUNMA MAKAMI ve SAVUNMA HAKKI KÜTÜRÜMLEŞTİRİLMİŞTİR.

Esasen,hazırlık soruşturması ve bunun kolluk aşamasındaki yasal olmayan uygulamalarını gerek askeri savcılıklarda,gerek askeri mahkemelerde ve gerekse yüksek askeri yargıda ileri sürbilmekte ve isbat araçlarının yok derecede az olan koşullarında şikayet yollarını kullanmaya çalışmaktayız.

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

A Ancak usul yasalarımıza göre avukatın müdafilik görevini üstlenebilip, yürütmeye çalıştığı aşamada, kısaca tutuklanmadan sonraki safhada, tutuklu zanlı ve sanıklarla ilgili insan hakları, Anayasal ve Yasal haklar akıl almaz bir keyflikle yok edilmektedir.

Hangi suçlama ile olursa olsun hakkında soruşturma başlatılan kişilerin, hatta suçlulukları konusunda çok ciddi kanıtlar olan kişilerin bile yargı makamları önüne gönderilerek, suçlu yada suçsuz olup- olmadıklarının belirlenmesinin istendiği görülmektedir. Bunun sonucu ise, mahkemelerce verilmiş yargı kararlarının derecattan geçerek sonuçlanmasına değin, zanlı yada sanığın masum sayılmasıdır. Bu husus "hukuk devleti" kavramının en anlamlı ve köklü, o derecede de basit öğelerinden biridir.

Oysa sıkıyönetim yargısının parçası olan birçok askeri ve sivil idare makamınca, tutuklu "suçlu", "vatan haini", "insanlık düşmanı", yaşaması ile yaşamaması arasında fark olmayan, hatta yaşaması devlete zarar veren varlıklar olarak görünür haldedir.

Bu zanlının, sanığın kısacası tutuklunun kötümlleştirilmesidir. Oysa Anayasa ve yasalar suçlunun cezasını da belirginleştirerek suçluyu korumaktadır.

B 2-"Eskiden, ceza muhakemesinin gayesi sanığı cezalandırmak iken tutmada (müellif tutuklamayı tutma olarak ifade etmektedir.) cezalandırmak gayesi güdülmekte idi. Eski zihniyetin tesirinden kurtulamamış insanlar ve toplumlar, bugün de ceza verme gayesi ile sanığın tutulmasını istemektedirler. Ancak ceza muhakemesinin gayesi artık sanığı cezalandırmak değildir. Hatta sanığın korunması gayesi de geride kalmış, hakikatin araştırılması gaye olmuştur. Suçlu olduğu bir mahkumiyet yargısı ile sabit olmadıkça masum sayılan kimseye ceza vermeye hakkımız yoktur." (Prof. Murullah Kunter, Ceza Muhakemesi Hukuku, Dördüncü Bası, 1970, s:440, no:363)

A Oysa bugün tutukevlerinde süregelen uygulamâ, birçok sanığa suçlu olduklarında kesinleşecek cezanın çok üstünde bir ceza infazı sonucunu yaratmaktadır.

Gerçekten sayın Kunter, "Muhakeme boyunca kişi hürriyetinin kaldırılmasında güdülemeyecek gaye ceza verme gayesidir." diye yazmaktadır.

(Aynı eser, aynı sayfa, aynı paragrafta devamla)

1982 Anayasası'nın 19. maddesi, "kişi hürriyeti ve güvenliği", 1961 Anayasa'sı "hakların korunması ile ilgili hükümler" başlığı altında 30. maddenin başlığını "kişi güvenliği" olarak düzenlemişlerdir.

1961 Anayasa'sının 30. maddesinin bu tanısına karşın, gerekçesindeki 1982 Anayasa'sının 19. maddesinin ağırlıklı bendleri aynı gerekçeleri içermektedir. kişi hürriyetinden ve dokunulmazlığından bahs olunmaktadır.

İnsan hakları evrensel bildirgesinin 3. maddesine göre: "Yaşam, özgürlük ve şahsın güvenliği her insanın hakkıdır."

Bildirgenin 8. maddesine göre:

"Bir suç işlemekten sanık herkes, savunması için kendisine gerekli olan tüm koşulların sağlanmış bulunduğu açık bir yargılama ile yasa uyarınca suçlu olduğu kanıtlanmadıkça masum sayılır."

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Bildirgenin 5. maddesi de özellikle:

"Hiç kimse işkenceye, zalimane, insanlık dışı onur kırıcı cezalara yada uygulamalara tabi tutulamaz." demektir.

10 Mart 1954 gün ve 6366 sayılı yasanın 1. maddesi ile onaylanan İnsan Haklarını ve Temel Özgürlüklerini Korumaya Dair sözleşmenin 5. maddesi;

"Her insanın özgürlük ve güvenliğe hakkı vardır..." derken, 3. maddesi ile ;

"Hiç kimse işkenceye, insanlık dışı yada onur kırıcı ceza yada uygulamaya tabi tutulamaz." demektir.

Aynı sözleşmenin 6. maddesi 2. fıkrasında:

"Bir suç ile itham edilen her şahıs suçluluğu yasal olarak kanıtlanıncaya değin masum sayılır." Aynı maddenin 3. fıkrasında:

"Her sanık ezûmle;

.....

Savunmasını hazırlamak için gerekli zamana ve kolaylıklara malik olmak,

Kendi kendini savunmak yada kendi seçeceği bir savunucunun yada eğer bir savunucu tutmak için mali olanaklardan yoksun bulunuyorsa...savunucunun karşılıksız yardımından yararlanmak."

1982 Anayasası'nın 90/son fıkrasına göre de :

"Usulüne göre yürürlüğe konulmuş milletlerarası andlaşmalar kanun hükmündedir. Bunlar hakkında Anayasa'ya aykırılık iddiası ile Anayasa mahkemesine başvurulamaz."

1982 Anayasa'sı/17. maddesinde:

"Kişi dokunulmazlığını" düzenlemekte, bu arada tutuklu yada tutuksuz "Kimseye işkence ve eziyet yapılamaz; kimse insan haysiyetiyle bağdaşmayan bir cezaya veya muameleye tabi tutulamaz." demektir.

1982 Anayasa'sı 38/4 bendinde de:

"Suçluluğu hükmen sabit oluncaya kadar kimse suçlu sayılamaz." denilmektedir.

Tüm bu anayasal ve yasal normlar ve hukuk bilimi, hakkında suçluluğuna karar veren yargı kararı bulunmadan kimsenin suçlu sayılamıyacağına, tutuklu dahi olsa tüm insanların "kişi güvenliğinin" olduğunu, kişilerin her nerede olursa olsun, "işkenceye", "eziyete", "insan onuru ile bağdaşmayan yada onur kırıcı ceza ve uygulamaya" tabi tutulamayacağını göstermektedir.

Tüm normlardaki ve hukukdaki kişi güvenliğinin özündede "tecavüz edilemeyeceğinden emin olunması" anlamı yatmaktadır.

Tüm normların tutuklunun ve yargılananın "savunmasını hazırlamak için gerekli zamana ve kolaylıklara malik olması, kendi kendine yada ücretli yada ücretsiz, savunucusu ile her türlü savunma olanak ve araçlarına sahip olması" esası temel öz görülmektedir.

İşte bunlar sınırlı demokrasi yada tam demokrasi koşullarında, ama "hukuk devletinin" olduğu, böylece "bağımsız yargıdan" söz edilen her yerde, hukuk devletin ve bağımsız yargı olgularının temelini oluşturur.

Aksi halde anayasalar, yasa hükmündeki uluslararası sözleşmeler, yasalar ve bunları uygulayan adli-idari merciler, neyi, kimi, nasıl ve ne şekilde koruyacak?

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hukuk devletini, kamu güvenliğini, insan ve yurttaş haklarını, vatandaşı, oğulları, kızları, hatta anaları ve babaları nasıl, ne şekilde korumuş olacak?

3-Cezaevlerindeki uygulamalar düşündürücü, ürkütücü olmaktan çıkmış, dayanılmaz hale gelmiştir.

Tek-teker birçok avukat müvekkili yada müvekkilleri ile uygulamaları ilgili makamlara çeşitli kereler iletmıştır. Ancak şimdi bizler birde bunu topluca iletmek çıkmazı ile karşı-karşıya kaldık.

a) Tutukevlerinde tutuklulara yapılan kötü muamele, maruf ve meşhur olmuştur.

. Tutuklunun avukatına tutukevinden olan şikayetlerini dile getirirken sözünün kesilmesi ve görüşmeye son verilip götürülmesi bunun kanıtıdır.

Yasalara uyan bir idarenin böyle bir şikayetten korkusu olmamalıdır. Aksi halde yukarıda alıntı yaptığımız yerlerde sözü edilen "kişi güvenliği"nin var olup olmadığını avukatı nasıl bilecektir? Yasal mercilerden bunun yasal hale getirilmesini nasıl talep edebilecektir? Aksi anlayış idarenin hiçbir yasal olmayan davranışta bulunmayacağını peşinen kabulünü gerektirir. Bu ise olağan yaşam koşulları ile kabul edilemez.

. Tutukevlerindeki yasa ve yönetmelikten doğan güvenlik önlemleri alınırken tutuklular canlarından bezdirilmektedir. Aramalar bir işkence aracı haline getirilmiştir. Tüm elbiseleri ve eşyaları araştırılmakta parçalanırcasına kontrol edilmektedir. Gece yarıları defalarca arama yapılmakta saatlerce ayakta tutulmaktadır.

. Tutuklulara havalandırma hakkı idarenin yönetmelik dışında kendi disiplin anlayışına göre ve yönetmelik hükümlerine aykırı biçimde uygulanmakta, tutukluların belkide her gün koşulları değiştirilerek taciz edilmektedirler.

. Tutuklulara birçok günlük gazete ve aktüel yayın yasa ve yönetmeliklere aykırı biçimde verilmemekte, bunun neden verilmediğinin avukatı tarafından cezaevine iletilmesi isteği üzerine konuşması kabul edilip tartaklanmakta ve görüşme yasaklanmaktadır.

. Tutukluların bulundukları koşullara gece 0.3'e varıncaya değin arabesk müzik yayını yapılmakta, marşlar çalınır, uykularını ve günlük yaşamlarını tümüyle işe yaramaz hale getirecek bir uygulama sürdürülmektedir. Tutukluluğun ve hatta ceza olan hükümlülüğün "islah edici" amacını yok eder bir yöntem olarak bu uygulamalar sürdürülmektedir.

. Görüşmelere (ailesi yada avukatı için) çıkan tutuklu baştan aşağı soyulmakta genç ve yaşlı tüm tutuklular arama sırasında pis ve tozlu yerlere atılan giysilerini çıplak vaziyette tek tek toplamak ve görüşmeye çıkmak için giyinmek zorunda bırakılmaktadırlar. Hatta giysiler çıkarılırken etrafa kasten tek tek atılmakta bu işlem yapılırken ve tutuklu bunları toplarken aşağılayıcı laflar atılıp, güldürülmekte, küfürlerle tahrik olmaktadır.

Ve soyulduktan sonra erkek ve kadınların tüm mahrem yerleri gizli bir şey taşıyor mu gerekçesi ile aranıp tutuklunun eğilip kendisinin makatının içini göstermesi istenmekte yada arayanlarca makatının yada diğer mahrem yerlerinin içine bakılmaktadır.

Elbette her şeyin kendince bir mantığı vardır. Bu uygulamanın mantığında bazı tutukluların mahrem yerlerinde belgeler taşımaları ve birbirlerine vermeleridir.

Oysa bu tüm sanıkların görüşmeye giderken ve görüşme sırasında dikkatle izlenmeleri ile engellenebilir. Makatın içine gizli bir belgenin 10 erin içinde pantolon yada etek açılarak verilmesi mümkün olmadığı gibi buna yeltenenlerin yakalanması da mümkündür.

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Bir yada birkaç kişinin böyle yakalanması, hem bu tür davranışların çirliçiplak soyulmadan yakalanabileceğini gösterir, hemde herkesin böyle davranacağı varsayımı ile bu tür uygulamaya gerek olmadığını kanıtlar. Eğer bir yada birkaç kişi böyle davrandı diye herkes bunu yapar, yapacak varsayarsak ve bunu engellemek için olağanın dışında ve insanların onurlarını kırıcı önlemler almaya kalkarsak bu mantık bizi çok tehlikeli sonuçlara götürür.

Yani Japonya Başbakanı Tanaka rüşvet aldı diye tüm başbakanları göz çemberinde tutarsak, Gölçük'te bir askeri yargıç rüşvet alırken yakalandı diye tüm yargıçlara bu gözle bakarsak, bazı kamu görevlileri görevlerini kötüye kullandı diye tüm kamu görevlilerine karşı güvenimizi yitirirsek bunun sonunu bulma olanağı yoktur. Bu ihtimaller bizi insanların onurlarını ayak altına almaya, hatta suç üstü yakalanan kişiyi daha sonra kaçarda cezasız kalır diye orada öldürüp cezalandırmayı haklı görmeye götürür ki, aklın, hukukun, toplum halinde yaşamının mantık ve gerçeğine sığmaz. Böyle bir mantık ve hukuk anlayışı ilkel dönemlerin kollektif sorumluluk, kollektif ceza anlayışına da paralel olur. Bir köyde bir kişi suç işledi diye tüm köyü cezalandırmak bu anlayışın tipik örneğidir.

. Tutuklulara kendi kültür düzeylerine, sosyal yapılarına uygun kitap ve yayınlar verilmemektedir. Seks kitabı düzeyinde yayınlar ne işe yarayacaktır? Zengin kızla, fakir erkeğin, hasta kızla, yakışıklı delikanlının edebi olmakla ilgisi olmayan teraneleri tüm gün bir yerde kapalı insanları ıslah için uygun görülecek yayınlar kabul edilemez. Ticaret ve Sanayi Odasının istatistikleri içeren işverenler sendikasının yayınlarını kapsayan kitap ve yayınlar bile tutukevine sokulmamaktadır. Bu insanlar hükümlü bile olsalar bu uygulamanın yasal ve haklı yanı yoktur.

. Tutuklular tutukevlerinden duruşmaya getirilirken elleri arkadan kelepçelenmektedir. Hatta birbirlerine zincir vurulmaktadır. Yaşlı, genç, erkek, kadın...

Neden? Güvenlik için.

Taşınma sırasında arabanın kapı vekilitleri, asker yada polis ve hatta yol trafiğinin düzenlenmesi ile güvenlikleri sağlanabilir.

Ama süratli giden bir araba içinde, bozuk yoldan geçen yada bir kaza geçiren araçdaki insanın elleri arkadan kelepçeli ve zincirli ise başını demirlere çarpması için hiç bir önlem yoktur. Nitekim 26 Ocak 1984 günü cezaevinden Metris duruşma salonuna tutuklu getiren bir cezaevi araç minibüsle çarpışmış tutuklular ciddi şekilde yaralanmışlardır. Yere düşen tutuklunun o anda kaldırılması, yardım edilebilmesi olanaklı değildir. Bir sarsıntı sırasında yere düşerek beyin kanaması geçirme tehlikesindeki tutukluya hemen yardım imkanı yoktur. Çünkü arabadaki güvenlik görevlileri bunu göremez. Görenler arabanın önündeki konutana durumu iletemez yada yardım için kendi başına davranamaz.

Bu kişilerin ileride suçlulukları sabit olsa bile, bir tutuklunun ve hükümlünün böyle bir kaza ihtimali ile karşı karşıya bırakılması, arkadan kelepçeli ellerinin parçalanmasına kimse karar veremez. Böyle bir duruma neden olmak bir yana buna engel olmamak hiçbir görevlinin hakkı ve yetkisinde değildir. Bunun sorumluluğunu kimse üstlenmez. Üstlenecek olsa da bu "tedbirsizlik dikkatsizlikle ölümüne sebebiyet" olarak nitelenen bir sorumlulukta şeye gitmez. Oysa bu tedbirlerin alınması ve yanlış uygulamanın önlenmesi bunu bilmek ve istemekle eş anlamlı olur. Hele yaşlı tutukluların başına bu tür kazaların gelmesi beklenen bir tehlikedir.

Mahkeme kararı ile "bir tedbir" olarak tutuklanan kişilerin cezaevinin kapısından adımı attığı andan itibaren "hoş geldin" diye nitelenip başlayan dayak aşağılama eziyet ve onur kırıcı muamelelerin, maddi ve manevi, suçluluğu belli olmayan kişilere yapılan işkencenin, "kişi güvenliği" nin sağlanması zamanı gelmiş ve geçmiştir. Eğer bu uygulamaların ıslah edici yönünden yardım umuluyorsa, birer ferdi savunma görevlisi, birer kamu görevlisi olarak belirtelim ki yanılmaktadır. Tutukevi yada cezaevinden çıkanlar birer kin ve intikam küpü haline geliyorlar. Bu insanlara, bu tür uygulamaların bireysel hatalardan, yanlış idare ve bazı kötü

569

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

istisnai kötü niyetli olabilecek kişilerden kaynaklanabileceğini belirtmemize rağmen, cevapları bunun bütün bir uygulama olduğu yönündedir. Sosyal olayları sebep ve sonuçları ile değerlendirmek zorunda olan tüm kamu görevlilerine bu durumu iletmeyi kamu görevimizin bir parçası saymaktayız. Bu konuda sorumlu olanları insani, hukuki, tarihsel ve siyasal sorumlulukları ile başbaşa bırakıyoruz.

. Tutukevlerinde bağımsız koğuş diye koğuşlar yaratılmakta bunlarda aralarında devletten yana bağımsızlar diye bölümlendirilmekte ve tutukevi yasal olmayan bir ayrıma tabi tutulmaktadır. Bu arada yasa yönetmeliklere göre eğitim davranılması gereken tutuklulara bu ayrımlara uygun kısıtlamalar yada imtiyazlar ve hatta üstün imtiyazlar tanınmaktadır.

. Tutukevlerinde son zamanlarda tek tip kıyafet giyme zorlaması getirilmiştir.

Bu uygulamanın aşağıda değineceğimiz gibi cezaevi yönetmeliği ile ilgili olması halinde bile 353 sayılı yasaya uymadığı inancında olan tutuklulara olağanüstü baskılar uygulanmakta ve zorla bu uygulamaya tabi tutulmak istenmektedirler.

Bir an için bu yönetmelik gereği tutukevinin içinde bu elbiseleri giydirmek yetkisi olsa bile, tutukluların duruşmaya götürülmesi sırasında bu elbiseleri giymek zorunda olmadıkları inancındayız. Aksi halde bu giysileri giymeyen tutuklular duruşmaya götürülürken kendi elbiselerini giymedikleri içinde duruşmadan çıkarılıp savunma haklarından olmaktadır. Bu konuda yasa ile yönetmelik arasındaki çelişki giderilinceye kadar duruşmaya giderken elbiselerinin verilmesi gerektiği inancındayız.

b) Tutukevlerinde sanıkların savunmaya yönelik malik olmaları gereken hakları ve olanakları ellerinden alınmış, hatta yok edilme düzeyine gelmiştir.

. Sanıkların cezaevinden verdikleri birçok dilekçeler, ilgili makamlara ulaştırılmamaktadır. Bu konuda Anayasamız, yasalarımız, bu arada uluslararası sözleşmeler, hak arama yolunun en basit aracı dilekçe vermeyi güvence altına almıştır. Bu dilekçelerin ilgili makamlara ulaştırılması tutukevi idaresinin takdir ve kontrolü ile engellenemez. Nitekim İnsan Hakları Evrensel Bildirgesinin 8. maddesi, her insanın kendisine, anayasayla yada yasayla tanınan temel haklara zıkmı uygulamalar karşısında, bu işle görevli merci ve ulusal mahkemelere hak ve hukukunun fiilen korunması yolunda baş vurabilme imkanını güvencelemiştir. Bu savunma hakkının engellenmesinin ilk adımıdır.

. Tutuklulara gerek değişik istemleri ilgili dilekçelerini yazmak ve gerekse savunma dilekçelerini yazmak için elverişli kağıt ve kalemler yada benzeri araçlar verilmemektedir. Neden olarak birbirleri ile örgütsel yazışmalarını engelleme gerekçesi gösterilmektedir. Bu gerekçe savunmanın bu kadar basit bir aracının yok edilmesini haklı kılamaz.

. Ne acıdır ki Atatürk'ün "Kahraman-ı Milli", 1961 Anayasa'sını, 1982 Anayasa'sını "birlikte alması" kitapçığının üzerine "SAKINCALI" yazılarak içeri sokulmadığını, "Türk Ceza Yasası" diyen kitapçığının üzerindeki yasası sözcüğü iğaretilenerek, "SAKINCALI" damgası yediğini, buna benzer birçok hukuk kitaplarının içeri alınmadığını mülahade ettik.

. Esasen savunma araçları, hele siyasal davalardaki savunma araçları salt hukuk kitapları ile sınırlı tutulamaz. Sanığın suçlandığı konular ve kavramlar üzerinde araştırma yapabilmesini sağlayıcı her türlü araç ve gerecin zanlı yada sanığa verilmesi gerekir.

. Bir sanığın avukat olmadan da savunma yapabileceği anayasal ve yasal bir olgu olarak tartışılmalıyacağına göre sanığın bu savunma malzemelerine ve araçlarına içeride de aynen sahip olması gerekir. Çünkü tutuklama bir muhakeme tedbiridir.

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Ama savunma kısıtlama aracı asla değildir. Çünkü kollektif muhakemenin amacı "Maddi gerçeği" aramaktır. Bu da kollektif muhakemenin savunma süjesi olmadan, tüm savunma araçları ile savunma donatılmadan ortaya çıkmaz. Verilen beraat yada mahkûmiyet kararları bir sonuçtur. Ama savunmasız bir yargılamada maddi gerçek ortaya çıkmaz. Sanık cezalanır yada aklanır. Oysa kamu yararı yargılanan olaydaki maddi gerçeği bulmadadır. Çünkü o zaman toplumu suç işlenmeden düzene sokmanın yöntemleri ve suçların nedenleri bulunabilir. Aksi halde toplum bu amacına erişemez. Bu amaca ulaşmayan bir yargılama ve yargılama ortamında da kamu yararı görülemez.

A — . Tutuklulara verilen iddianameleri bir çok kez ellerinden geri alınmaktadır. Tutukluların hazırladıkları savunma taslaqları kontrol bahanesi ile ellerinden alınıp geri verilmemektedir. Sanığa mahkemece verilen savunma mehilllerinde de savunmalar bu nedenle aksamaktadır. Eğer savunma metinlerinin suç teşkil ettiğinden bahsolunacak ise mahkemenin kendisine sunulan bu savunmaları doğrudan komutanlığa yada savcılığa iletmesi olanaklıdır. Oysa anlattığımız uygulama süren bir gerçektir.

. Tutukevlerinde Sultanahmet tutukevinde ve Bayrampaşa tutukevinde avukat görüşmesi yasaklanmıştır. Hem Ceza Muhakemeleri Usulü Yasasına göre hem 353 sayılı yasaya göre hemde yeni cezaevleri yönergesine göre tutukevi idaresinin avukata böyle bir yasak koyması olanaklı değildir. Bu savunma hakkına konulan keyfi ve ciddi bir engeldir.

. Metris tutukevinde avukat-tutuklu görüşmesi, sanki herhangi bir görüşme ile yapılan bir görüşme imişcesine dinlenmektedir. Hem de bu tüm yetkililerin gözü önünde yapılan telefon tesisatı ile olmaktadır.

- Bu dinlemelerin sonuçları daha sonra mahkemelere kanıt olarak sunulmaktadır. - Bu dinlemelerde konuşmalar beğenilmediği yerde elektrik kesilerek görüşme engellenmekte tutuklu tartaklanıp götürülmektedir.

- Görüşmeler sırasında görünen erin dışında başka dinleme merkezlerinden dinlenenlerce avukat ve tutuklu uyarılmakta, bu konunun konuşulmaması uyarılmaktadır

- Asıl önemlisi 1136 sayılı avukatlık yasasına göre müdafinin saklamakla görevli olduğu mesleki sır, buna hiç yetkisi ve hakkı olmayanlarca uluorta ortak olunmak istenmektedir.

- Oysa bu belki de sanığın avukatına yargılandığı olay ile ilgili gerçeği anlatmasına engel olmaktadır. Gerçeği bilmeyen bir müdafinin yaptığı hukuksal yardım karanlıkta bastonsuz dolaşmaktan farksızdır. Böyle bir avukatlık ve sonuçta savunmadan ne hayır, nasıl bir kamu yararı beklenir? Böyle bir savunmadan söz edilebilir mi?

Bunun anlamını kavramak için karısından boğanmak isteyen bir kişi olmayı ve bu nedenle avukata sadece ikisinin bilmesini gerektiren mahrem bilgileri aktarmak durumunu düşünmek yeter. Yani eşi ile arasındaki gizli sorunları salt hukuksal nedenlerle avukatına anlatmak isteyen kişinin duyduğu gizlilik hissini düşünmek yeter. Oysa birçok siyasal tutuklu 10 yıllarca hatta yaşamı ile cezalandırılacak eylemlerden yargılanmaktadır. Bu tutuklular gerçeği her yönü ile konuşmak zorundadırlar. Eupu sadece avukatı ile konuşmak isteyeceklerdir.

Savunmayı ve avukatın savunma görevini yoklukla malûl kılacak bu uygulama yasanın aradığı istisnai haldeki yargı kararına gerek görülmeksizin ve ehil olmayan kişilerce, hukukçu olmayanlarca ihlal edilmektedir.

4- İnsan haklarını, "hukuk devletini", hak ve adaleti, bunların bütünleri olan demokrasiyi savunan avukat kamu görevi görmektedir.

Avukat "kışkırtıcı" yada "suç ortağı" değildir.

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Avukatı idarenin hatalı ve yanlış davranışları ile yargı organlarının karşısına koymak hiç kimsenin ve toplumun yararına değildir.

Avukat kişilerin "Hâ-melek" kinden doğan, şahsından doğan tüm hak ve menfaatlerinin savunucusudur.

Özellikle olağanüstü dönemlerde avukat, müvekkilinin siyasal davalarda savunma görevini güç koşullarda yürütür.

Bu güçlük, avukatın müvekkiline ait anayasadan, yasadan ve hukukdan doğan haklarını sonuna değin savunmasına engel olursa yada avukat bu çekinti ile görev yaparsa yaptığı avukatlık değildir.

Bir çok avukat, Ordinaryüs Prof. Hıfzı Veldet Velidedeoğlu'nun öğrenciliğinde aşağıdaki sözcükleri kulaklarına küpe etmiştir.

"Hiçbir meslek hukukçuluk kadar zor değildir... Savunmada da kılı kırk yarararak her zaman haktan yana adalete yardımcı olacaksınız. Bu söylediklerim vicdan taşıyan insanlar için çok güç işlerdendir. Eğer kendinizde bunu göğüsleyecek sağlamlığı görmüyorsanız, yol yakinken hukuk öğrenimini bırakıp, başka bir mesleğin öğrenimine geçiniz..."

Daha sonra fakülteden mezun olurken ve avukatlık görevine bağlarken mutlak: "Kanuna, ahlaka, mesleğin onuruna ve kurallarına uygun davranacağına namusu, vicdanı üzerine and" içmiştir.

Tutukeylerinde yasalar ve insan hakları çiğnenmektedir.

Şimdi bir siyasal partinin üst düzey yöneticisi olduğu için görevinden ayrılan İstanbul Üniversitesi Öğretim Üyelerinden sayın İzzettin Doğan İstanbul Barosu'nun 100. yılındaki bir simpozyumda avukatlara şöyle seslenmişti.

"Yukarıdan beri anlatmaya çalıştığımız gibi insan haklarının uluslararası bir güvenceye kavuşturulması amaç edilmektedir. Ve gözden kaçmaması gereken husus, kişiye vazgeçilmez hakları için uluslararası güvence tanınmasını kabul ederek egemenlik haklarından kişi hakları lehine fedakarlık eden devletler HUKUKUN ÜSTÜNLÜĞÜNÜ kabul eden devletlerdir.

Hukukun üstünlüğü prensibi devlet düzeninin temel taşı kabul edildiğinde avukatın kişi haklarını korumasındaki rolü çok açık biçimde ortaya çıkmaktadır.

Avukat hukukun uygulanmasında yargıyla beraber belkide ondan çok birinci derecede görevli ve sorumludur...

Binanaleyh, avukat hukukun üstünlüğünün kabul edildiği bir ülkede en üst düzeyde bir görevi, hukukun uygulanmasını sağlamak için ve hayat olaylarının hukuk içinde cereyanını güzetmek görevini yüklenmiştir.

İnsan haklarının söz konusu olduğu her olayda yargıyla beraber hareket etmek gereğini kabul eder. Özellikle bu haklara ilişkin sorunların milli mahkemeler önünde cereyan eden döneminde yapılacak hukuk işlemlerinin ULUSLARARASI BELGELERE uygun biçimde yürütülmek zorunluluğunun bilincinde olmalı ve görevini bu doğrultuda yerine getirmelidir.

Avukatın böylesine onurlu bir görevi gereği gibi yerine getirebilmesi için insan hakları konusunda kendi devletinin kabul ettiği uluslararası belgeler (antlaşmalar, bildiriler, kararlar ve vb.) hakkında bilgi sahibi olması birinci görevidir. Bu bilgilerin milli yargı organları

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Önünde değerlendirilmesi de ikinci görevini teşkil eder..."

Bugün erki elinde tutanların, her zaman savunma durumunda kalabilecekleri ve savunma hakkının tüm donanmış araçlarından yararlanmak isteyecekleri düşünülürse, avukatların savunma görevlerinde duyarlı olmalarının önemi daha iyi kavranır.

Avukat bu hakları milli mahkemeler önünde savundukça ve bu hakların idarece ihlallerinin dile getirdikçe ve bu konuda duyarlı oldukça cezaevi koridorlarında, mahkeme salonu çevrelerinde "avukatların kıskırtıcılığı", "avukatların sanıkları şımarttığı", adeta yaygınlaştırılmak istenmektedir. Duruşma aralarında mahkeme heyetlerine avukatların bu tutumu cezaevi görevlilerince yanlış yönetmelik hükümleri anlatılarak yerilip, etki yapmaya çalışılmaktadır.

Ne varki bizimle "onur kırıcı" aramalardan dolayı görüşmeye çıkamayan ve dilekçeleride tutukevi yetkililerince ilgili makamlara ulaştırılmayan müvekkillerimizin duruşmalarda yakarışlarına sahip çıkmamız, bunun savunma hakkı ile ilintisini anlatmaya çalışmamız mahkemeler ile aramızda uçurumlar açmaktadır.

Üzülerek ve yanılmak isteyerek belirtirizki, mahkemeler, sanık ve müdafilerin bu isteklerinin "mahkemece dinlenmemesi" konusundaki uyarılar ile avukatların uyarılı açıklama ve istekleri arasında çaresiz bir seçime düşmektedirler.

Yargı ile savunma arasındaki bu haklı olmayan kargıtlık, savunmayı güç duruma sokmakta yargılama faaliyetinin sağlığına etki edip, yargıya gölge düşürme tehlikesini doğurmaktadır.

Bu uygulamalar sıkıyönetim yargılamasını gölgelemeden önlenmeli savunmanın önündeki yasal olmayan haksız engeller kaldırılmalıdır.

5- Cezaevi idarelerinin tutukları yasalara ve yönetmeliklere aykırıdır; Cezaevi idarelere tutukluları tutuklu değil hükümlü görmektedirler.

Hem de kendilerinin de makbul gördükleri başka cezaları uygulayabilecekleri, suçlu-hükümlüler, toplumun işe yaramaz varlıkları olarak.

a) Öncelikle tutuklu ile hükümlü arasında fark vardır. Hükümlü olanların cezalarının nasıl infaz edileceği de 647 sayılı yasa ile ayrıca güvence altına alınmıştır.

Tutuklu olan müvekkillerimizin tabi oldukları sıkıyönetim yasası, 1402 sayılı yasanın 13. maddesine göre 353 sayılı askeri mahkemeler kuruluşu ve yargılama usulu yasasına tabidir.

Bu nedenle tutuklu müvekkillerimizin tabi oldukları yasal statü 76. maddede belirtilmiştir. Özetle :

"Tutuklu hakkında, ancak tutuklama ile güzetilen amacı ve tutukevinin düzenini sağlayacak kadar kayıtlamada bulunulur.

Tutuklu, tutukevinin düzen ve emniyetini bozmamak ve tutukevindeki amaç ile uygun olmak şartı ile servet ve durumuna göre kendiki masraf ederek istirahat ve meğalesini düzenleyebilir. Bu hükümlere uymak şartı ile okumak ve yazmaktan yoksun bırakılamaz.

.....

İvedi hallerde diğer ilgili memurlar ve askeri savcılar tarafından bu konuda alınan tedbirler derhal askeri mahkemenin onayına sunulur."

b). Askeri ceza ve tutukevleri yönergesinde 6. bölümde "Hükümlüler hakkındaki inzibati işlemler" alt başlığında, hükümlülere verilecek inzibati cezalar 56. maddede sayılmaktadır.

10/1

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

10/2

Bunların içinde "hükümlülere", tutukevine yada cezaevine girişde, "hoş-geldin" dayağı olmadığı gibi, "küfür", "aşağılama", "hakaret etme", "havalandırma ya-sağı", "Geceleri 00.3 e kadar "arabesk dinleme" cezası da bulunmamaktadır. Her gün koğuş değiştirerek taciz etme uygulaması, kelepçeleri yada zincirleri arkadan vura-rak güvenlik alma yöntemleri ise hiç yoktur.

Ve...yönergenin 56 ncı maddesindeki inzibati cezalar açıkca hükümlüler için edir.

c) Aynı yönetmeliğin 32 ncı maddesine göre tutuklu ve hükümlülerin nasıl yerleştirileceğine ilişkin hükümler ve ölçüler konmasına karşın, "bu örgütten olanlar" "bu örgütten olanlar", "tarafılular", "tarafsızlar", "devletten yana tarafsızlar" gibi ayırım ve yerleştirimler yapılmaktadır.

Tutukevi idaresi, "bağımsızlar", "devletten yana bağımsızlar" gibi bölüm-ler yaratıp, imtiyazlı tutuklu sınıflar doğmasına neden olmaktadır. Bu da yönetmeliğin 16 ncı maddesindeki "Askeri ceza ve tutukevi müdürü ve görevli personeli bütün hüküm-lü ve tutuklulara karşı eşit işlem yapmaya mecbur olup, her-hangi biri hakkında ayrıc-lıklı işlem yapamaz." hükmüne aykırıdır.

Metris tutukevinde "bağımsız bölüme geçenlere", bilahere, "devletten yana bağımsızlar" olarak nitelenen bölümlere geçmesi için teşvik ve telkinlerde bulunulma-tadır. Bunun anlamı izahdan varestedir. Bu tür telkinlerle verilen imtiyaz taahhütleri tutukevi yönetiminin kamusal görevine, hemde yönetmelik hükümlerine sığmaz.

d) Askeri Ceza ve Tutukevleri Yönergesi'nin 44 ncü maddesi şöyledir:

"Hükümlülere ve tutuklulara gelen gazete, kitap, ve mecmua gibi basılı yazılar ile sair eşya hakkında da aynı yol-da muamele yapılır. (Burada yönergenin 43 ncü maddesine yollama yapmaktadır.) Subay, astsubay ve sivil kişiler hakkı-nda mahkeme kararı olmadıkça bu yoldaki kayıtlamalar uy-gulanmaz."

44. maddenin yollama yaptığı kayıtlamalar ise şöyledir: "Sahibine verilmesinde mahsur görülen mektup ve telgraf-lar 24 saat içinde kovuşturma yaptırmaya yetkili nezdin-de askeri mahkeme kurulan kıta komutanı veya kurum ami-rine gönderilir."

Yönergenin 44. maddesi açıktır. Subay, Astsubay, ve sivil müvekkil tutuk-lulara gazete, kitap vb. yayın konusunda 43. madde uygulanamayacaktır.

Yani mahkeme bir karar vermediği sürece, açıkca suç teşkil etmeyen ve mahkemelerce toplattırılmasına ve müsadereğine karar verilmemiş tüm yayınlar müvek-killere verilebilecektir.

Oysa anayasalar, ceza yasası ve ceza mahkemeleri usulü yasası ve 353 sayılı yasalar bile verilmektedir.

Esasen bunlar müvekillere kontrol sonucu verilmedikleri halde haklarında soruşturma için 43. madde uyarınca komutanlığa gönderildiklerini duymadık.

Çünkü şimdiye değin müvekillerimiz ile ilgili böyle bir soruşturma olmadı.

e) Yönergenin 47. maddesine göre "ancak özel bir beslenme rejimine ihti-yacı olduğu tabib raporu ile tespit edilenlerin dışarıdan temini gereken yiyecekleri bedeli mukabilinde müdürlükçe sağlanır." demekte isede, yemeklerini sağlamayı bira-kınız ilaçları ellerinden alınmaktadır.

f) Müdafiler ile görüşme usullerini belirleyen yönergenin 51. maddesine göre:

"Tutuklular müdafileri ile görüşme kayıt ve şartlarına

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

uygun olarak HER ZAMAN GÖRÜŞEBİLİRLER ve muhabere edebilirler. Son soruşturma açılincaya kadar (iddianame düzenlenip mahkemeye gönderilinceye kadar demek istediği açıktır) askeri savcı sanığın öğrenmesini caiz hususları kendisine bildirilmesini men edebilir. Tutuklama sebebine göre kamu davası açılmasına kadar tutuklunun müdafii ile görüşmelerinde bizzat savcı veya tayin edilecek diğer bir memur bulundurulabilir..."

353 sayılı yasanın 91. maddesinde aynı düzenlemeyi getirmektedir. Bu husus savunma hakkının en doğal sonucu ve gereğidir. 353 sayılı yasanın 91. maddesinde iddianame mahkemeye verilinceye kadar tutuklu ile müdafinin görüşmesine konan tedbirlere karşın mahkemede itiraz olanağı vardır.

Açıkça anlaşılmaktadır ki hem yasa, hem de yönerge tutuklu sanık ile savunucusunun her zaman görüşüp, haberleşebileceklerini göstermektedir. Tutuklama sebebine göre sanık ile müdafinin görüşmesinde ancak iddianamenin mahkemeye verilmesine kadar savcı yada yardımcısı hazır bulunabilecektir. İddianame mahkemeye verdikten sonra savcının bile sanık ve müdafii arasına girmesine ve onları dinlemesine lanak yoktur.

Bu yasal ve hukuksal lazime paralar dökülerek tesis edilen telefonlarla çığnenmiş çığnenmeye devam olunmaktadır.

Bu çığnenme şekilsel bir hukuk-yasa çığnenmesi olgusu değildir.

Savunma hakkını ve savunuculuk görevinin mahakeme faaliyetinin çığnenmesidir. Maddi gerçeğin ortaya çıkmasına konan bir engeldir. Kamunun gerçeği bulmasını engelleyen bir keyfiliktir. Yasa ve hukuk tanımazlıktır.

Ve sadece görüşmelere konabilecek (görüşme yasağı), Sultanahmet ve Bayran paşa Tutukevlerinde (müdafilere) de konarak savunma hakkı bir başka şekli ile yasa ve yönetmelik kuralları çığnenip engellenmektedir.

g) Yönergenin 5. bölümünde "tutukluların soruşturmaya ve duruşmaya götürülüp getirilmesi" düzenlenmektedir.

52. maddede idari işlemler ile götürüp-getirecek muhafız sayısının güvenliğine göre, araçlarında gidilecek yere göre, motorlu ve kapalı olması hususları düzenlenmektedir.

53. maddede "müdür veya idare amirinin göreceği lüzum üzerine tutuklular sevk sırasında kelepçede vurulabileceği" belirtilmektedir. Yani vurulmasının zorunlu olmadığı düzenlenmektedir.

Ama herkesin bildiği kelepçe usulünün dışında, tutukluların bileklerini kesen, güvenliksiz araç içinde düşmelerine, dengelerine kaybetmelerine neden olacak arkadan kelepçelene ve zincirlene usulü hiç bir yasal şekle uymadan sürdürülmektedir.

Oysa tutukevlerinden duruşmalara getirilen müvekkillerimiz ellerine arkadan vurulmuş kelepçeler yüzünden çektikleri acıyı anlatmakta ve bu yüzden duruşmalara bile gelmek istememektedirler.

Görüşülen zamanla bizlere, diğer zamanlarda mahkemelere, tahliye olduklarında bizzat gelerek, duruşmaya getirilirken araba içinde arkadan kelepçeli ellerin doğurduğu tehlikeleri anlatmakta, anlatmaya çalışmaktadırlar.

h) Adı geçen yönergenin "sağların kesilmesi başlıklı" 73. maddesi, Eylül 1983 günlü Milli Savunma Bakanlığı yazısı ile değiştirildi denilmektedir.

Bu değişiklikte adı geçen madde :

"Kuruluşunda askeri mahkeme bulunan kıt'a komutanı veya askeri kurum amirinin göreceği lüzum üzerine tüm tutuklu

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

- ve hükümlülere tek tip elbise giydirilebilir."

.Yönergenin bu değişikliğinin neye dayanarak ve hangi usulle yapıldığı belli değildir.

.Bu yönerge bağüne değin hiç bir müvekkilimize tebliğ edilmemiştir.

.Avukatların bu konudaki istemlerine karşıda bu husus tebliğ edilmemiş

.Esasen bu yönerge maddesi ve değişiklik yasaya aykırıdır. Bu aykırılı ilgili yasa yollarına başvuracağız.

.Ancak 353 sayılı yasanın amir hükmü 76. maddeye göre, kıyafet konusunda

"...tutukevindeki amaç ile uygun olmak şartı ile servet ve durumuna göre kendisi masraf ederek istirahat ve meşgalesini düzenleyebilir." denilmektedir.

Tutuklu müvekkillerimizin "kendi temiz elbiselerini ve çamaşırlarını kendi servet ve durumlarına göre düzenlemeleri" tutukevinin amacına aykırıdır, diye bilmek mümkün değildir. Kaldı ki askeri kurum amirinin bu tutuklulara tek tip elbise giydirmesinin "göreceği lüzum" yada "gördüğü lüzum" nedir? Neden tek tip elbise giydirmek gereği doğmuştur?

Bu elbiseyi tutukevi içinde giydirme yetkisi ve haklı lüzumu olduğunu varsaysak bile, tutuklulara duruşmalara giderken kendi elbiselerini vermemekteki hak gerekçesi düşünülemez.

Bu konuda yönergenin yasal olup-olmadığının yargı merciince çözümlenmesi kadar yasanın amir hükmünün dikkate alınması gerektiği ve herkesin kendi elbiselerini giymesinin o güne kadar kabul edilmesi gerektiği kanısındayız.

Esasen müvekkillerin tek tip elbise konusundaki tepkilerinin tutukevlerinin diğer yasa tanımaz, keyfi ve eşitsiz yönetiminden kaynaklandığı inancındayız.

1)Yönergenin 35. maddesine göre tutukluların günde en az 2 kez havalandırmaya çıkarılmaları gerekir.

Oysa tutuklular için böyle bir inzibati ceza yönergede bulunmamasına karşın, havalandırmaya çıkarmama cezaları verilmekte, havalandırma tutukevinin verdiği tek tip elbiseyi giymeyenleri kışın soğukunda çıplak cezalandırma amacı için kullanılmaktadır.

Havalandırma hakkı sağlık açısından zorunlu olduğu kadar cezalandırma biçimi açısından da tehlikeli ve acımasızdır.

Tüm baştan beri sıralayageldiğimiz zanlıların, tutukluların, müdafilerin anayasal, yasal, yönetmeliklerden doğan haklarının ihlali şeklinde tecelli eden uygulamalar bir yanlışlıktan kaynaklanabilir. Bu iyiniyetli temennimizdir. Yada bunların emir nedeni ile sürdürüldüğü iddia edilebilir. Savunma hakkı gibi bir hakkın kişilerin sağlık, yaşam ve güvenlik haklarını ağır bir şekilde ihlal eden emirlerin uygulanmaması gerektiği hukukumuzun temel ilkelelerinden biridir. Esasen bu ilke 1689 İngiltere İnsan Hakları Bildirgesinden beri süregelen bir hukuk anlayışıdır. Burada 10. maddede "gerekinden çok abartılı güvenlik önlemleri alınmamalı, Kefaletler yüksek tutulmalı, korkunç ve olağan dışı cezalar uygulanmamalıdır." denildikten sonra o dönemde bile "parlamentonun onayı olmadan, kralın dahi yetkisine dayanarak yasaları ve yasaların icrasını iptal etmek gücü"nın olmaması gerektiği ve bu tür emirlerin sözde kalacağı, yasadışı olacağı ifade edilmekte idi. Bunca yüzyıl sonrasında yasal ve hukuksal olmayan emirlerin "icrasından" söz edilememelidir.

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

S O N U Ç :

İnsan hakları ve Anayasa'nın ihlaline varan dayak, hakaret, sövme, aşağılama, e benzeri, insan onuru ile bağdaşmayacak her türlü, yasal olarak suç da teşkil eden eameleler, hukuk kurallarına ve yazılı normlara aykırı sürdürülen savunma hakkını pk edici uygulamaların,

sonuçta bağımsız yargıyı, tüm bunlarla "hukuk devletini" zedelediği dikkate alınarak, önlenmesi gerekmektedir.

Tüm bunlar önlenmediği takdirde, bundan zarar gödecek, "insanlık" ve "hukuk devleti" dir.

Gereğini talep ederiz.

Av. Doğan Zengin

Av. Mustafa Ö. Kökceli

Av. Mehmet Kemal Aydın

Av. Aladdin Tükinür

Av. R. K. K. K.

Av. Cevat Erenler

Av. Vural Başgöçer

Av. R. S. Ö. Z.

Av. Atilla Coşkun

Av. Gürkan Rıvanoglu

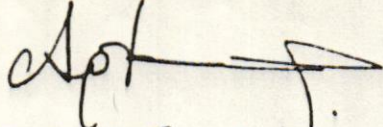
Av. Güllü Gayeşil

Av. N. K. K.

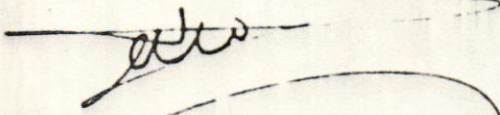
Av. Öznel Pandoğdu

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

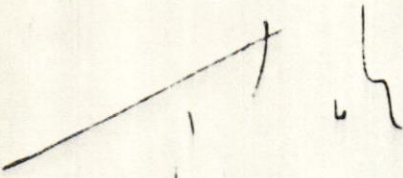
Av. Ahmet Guryüj
Ketenü



Av. Behlül Abidin

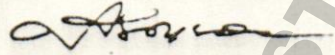


Av. Erüment Tahaoglu

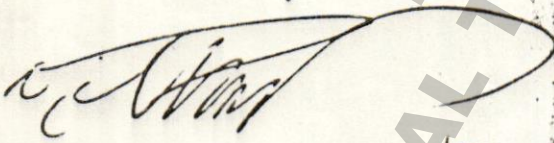


Av. Kasif Tore Aganoğlu
Kasifaganoğlu

Av. Ayhan SOYSAL

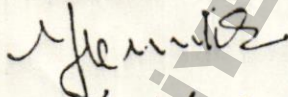


Av. Husari Gelikeç



Av. Seadet Hasepolat
Kislat

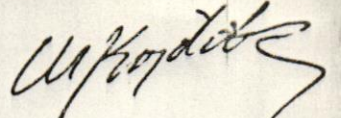
Av. Adnan Kırık



Av. H. Hakkı Kocayazıcı



Av. Muhriban Kırda



Av. Emel Okçu



63 'avukat

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

Av. V. Sedat Kıcıoğlu

Av. Kemal Kelbçoğlu

Av. Erhan Erel

Av. M. Rahmi Kadioğlu

Av. Emine Varol

Av. Osman Erim

Av. Kadriye Doğru

Av. Serdar Çelikkaya

Av. Sadık Kuter

Av. Nebi BARLAS

Av. Ahmet Zeli Okunoğlu

Av. Lale Ural

Av. Alisan Sertel

Av. Ergün Cinnem

Av. R. Doğançık

Av. Ercan Kanan

Av. Nuran Akın

Av. Emine Gönel

Av. T. İnci Önel

Av. İbrahim Hacıoğlu

Av. Benal Karakas

Av. AYŞENUR BAĞÇEKİPİLİ

Av. Zeynep Özcan

Av. İsmail ÖZÜR

Av. BİLGE PAKKİSİ

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

Av. Ali Ulpinar. Sakın.

Av. Turgut Karan

[Signature]

Av. Fikret İlkiz

[Signature]

Av. Baki...

Av. Ergin Gürsey

[Signature]

Av. Hay Kök
[Signature]

Av. Kemal Ayman
[Signature]

Av. Gıyasettin Subaşı
[Signature]

Av. Yekûn Dönmez
[Signature]

Av. İbrahim Siremillioğlu
[Signature]

Av. İskay İnanc
[Signature]

Av. Mehmet Ali Özpolat
[Signature]

Av. Ahmet H. Kırın
[Signature]

Av. Kemal Yılmaz
[Signature]

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

Avukatların
İstanbul Sıkıyönetim Komutanlığına yaptıkları başvurunun geniş
bir özetini dinlediniz. Bu başvuru dilekçesinin şu avuktalar
imzaladılar:

Doğan Zengin:	İbrahim Harman
Mustafa Kökçeli	Benal Karakaş
Mehmet Kemal Aydın	Ayşe Nur Bahçekapılı
Alâattin Tütüncü	Bahri Bayram Belen
Ali Kurnaz	Asuman Oğuz
Cevat Ercişli	Bilge Papakçı
Vural Dağdeler	Ali Alpınar
Rasim Öz	Turgut Kazan
Atila Coşkun	Fikret İlkiz
Gürkan Rişvanoğlu	Ergün Türsoy
Gülçin Çaylıgil	Kemal Ayman
Ziya Nur Erün	Gıyasettin Subaşı
Öznur Gündoğdu	İbrahim Sinemillioğlu
Sedat Küçükyılmaz	Mehmet Ali Özpolat
Kemal Keleşoğlu	Kemal Yılmaz
Erhan Erel	Yetkin Dömer
Rahmi Kadioğlu	Işık İnanc
Osman Ersin	Ahmet Kırım=
Kadriye Doğu	Ahmet Güryüz Ketenci
Şenol Gürbüz	Behlül Ablak
Nebi Barlas	Ercümen Tahiroğlu
Ahmet Zeki Okçuoğlu	Kaşif Töre Ayanoglu
Alişan Sertel	Akyhan Soysal
Ergin Cinmer	Asan Çelikel
Rauf Dedeoğlu	Sedat Haspolat
Ercan Kanar	Adnan Adnan Kınık
Nuran Akça	Haklun Karacebey
Emine Gönel	Mihriban Kardük
İnci Örnek	Emel Okçu

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI?

**Einige Tatsachen aus der türkischen Tagespresse
Eine Auswahl ohne Kommentar**

**Solidaritätsinitiative
für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei
Duisburg**

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

- A) Im siebten Jahr des Militärputsches wird die Unterdrückung fortgesetzt
- Veröffentlichungen der Oppositionsführer Demirels und Ecevits, sowie Türk-Is Gewerkschaftsverbandes über das Regimes..... (Seite 1-5)
- B) Urteile in den wichtigen Prozessen in der Türkei
- Friedensverein-Prozess und DISK-Prozess gingen mit Gefängnisstrafen zu Ende..... (Seite 6-11)
- C) Die Unterdrückung der Studenten, der Wissenschaftler, der Friedensärzte, Intellektuellen, der Presse und dem Kulturleben geht weiter..... (Seite 12-25)
- D) Die Unterdrückung der Gewerkschaften und der Arbeiter geht weiter
- Veröffentlichungen der Türk-Is, DYP und SHP.. (Seite 26-29)
- E) Allgemeine Einschüchterung, Folter und unmenschliche Behandlungen in den Gefängnissen gehen weiter
- Die Stellungnahme des SHP-Vorsitzenden İnönü, Folter auf das kurdische Volk und einige Beispiele, die in der Presse veröffentlicht wurden..... (Seite 30-38)
- F) Die Verletzung des Staatsangehörigkeitsrechts
- Ausschluß aus der Staatsangehörigkeit, Einschränkungen bei der Vergabe der Reisepässe..... (Seite 39-44)
- Neue Entwicklungen in den Monaten JULI-AUGUST 1987 -
- G) Die fortwährende Unterdrückung und Folterung in der Türkei
(Seite 45-53)
- H) Die Reaktionen auf die schlechten Bedingungen in den Gefängnissen und die Hungerstreikes
(Seite 54-61)
- I) Die Aussagen zweier Beobachter aus Großbritannien über die Unterdrückung in der Türkei
(ab Seite 62)

"Ohne Worte"

13. Yabancı
12. Kimya
Doğru sorunlarını da konuştular. Görmeye iki mihirli Dışişleri Bakanları ve Emek
Büyükelçisi de katıldı. (Fotoğraf: a.a.)

uyor

artileri, büyük
çoğunluk
ca için,
mileri ikinci
mılacak ve
ması
ddi
la oy
SHP, DYP ve
yandan
nin tam
ma
salamak, öte
e adına kimin
saptamak için
a yürüttü.

GUDA SON 2
AKIN

SEM,
SAM,

MEÇ'in notları



ala, partiler kampanyalarını başlattılar

notları

AM ko sık

İl kongre
sonrası
kavga
Şimdi
kongre
müdah
ANAP
büyük
yapılaca

FARUK

ANKA
nedeniyle
Kavga
lerinin, 6
feras duma
rallıştırıl
kurulu 10
nabıdır. C
n: Hasan
t. İgi de
bulundu.
(Arkası

Pap Tün yun

Sofya
konuşa
Başbak
kenarın

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 16.07.1987

Zivilausnahmestand

In dem Gebiet hängen die Streitkräfte auch vom Sondergouverneur ab.

Cumhuriyet

Y 9200 A No: 22591

Founded by Yunus Nadi, 1924 (64. year)

Thursday, July 16, 1987

Published t

Bölgedeki askeri kuvvetler de ek kararname ile olağanüstü hal valisine bağlandı

Sivil sıkıyönetim

**CUNEYT
ARCA YÜREK**
yazıyor

Sivil Paşalı Sıkıyönetim

Özal'ın "süper vali" kararnamesi, daha üstünden 48 saat geçmeden deliniverdi. Kararnameden bir bölüm "çıkarılmış"tı. Ve Özal, yeni bir kararname çıkarttı; bölgedeki askeri birlikleri de "süper vali"ye bağladı.

12. Sayfada

PORTRE HAYRİ KOZAKÇIOĞLU

Ağca'yı yakalayan emniyet müdürü



Kozakçioğlu

Haber Merkezi — Özal hükümetince çıkartılan kanun gücündeki kararname ile Türkiye Cumhuriyeti'nin ilk "olağanüstü hal bölge valiliğine" atanan Hayri Kozakçioğlu, 1938 yılında Manisa'nın Alaşehir ilçesinde doğdu. 1959 yılında AÜ Siyasal Bilgiler Fakültesi'ni bitiren Kozakçioğlu, kamu görevine kaymakam olarak başladı. 1970 yılına kadar Ankara'nın Delice, Diyarbakır'ın Çüngüş ve Çınar ilçeleriyle Balıkesir'in Kepsut ve İmroz ilçelerinde kaymakamlık yapan Hayri Kozakçioğlu, 1970 yılında İçişleri Bakanlığı Mülkiye Müfettişliği'ne atandı.

1978 yılına kadar Mülkiye müfettişliği yapan Kozakçioğlu, 1978'de kurulan Ecevit hükümeti (Arkası Sa. 12, Sü. 1'de)

Başbakan Özal, Suriye'ye gitmeden önce yaptığı açıklamada, olağanüstü hal valiliğine Diyarbakır Valisi Hayri Kozakçioğlu'nun atandığını açıkladı. Resmi Gazete'de yayımlanan ek bir kararname ile sivil güvenlik güçleri ve jandarmaya ek olarak Silahlı Kuvvetler'e ait birliklerin de bölge valisinin emrine verilmesi hükme bağlandı.

ANKARA (Cumhuriyet Bürosu) — Olağanüstü Hal Bölge Valiliği'ne Diyarbakır Valisi Hayri Kozakçioğlu atandı. Bu arada önceki gün Resmi Gazete'de yayımlanan "Olağanüstü Hal Bölge Valiliği" kararnamesi, dün yapılan bir "ek" ile genişletildi. Resmi Gazete'nin dünkü mukerrer sayısında yayımlanan "ek kararname" ile bölge valisi, sorumlu olacağı illerde "emrine verilen diğer kuvvet birlikleri"ni de yönetecek. Halen Diyarbakır Valisi olan Hayri Kozakçioğlu, 19 temmuz pazar günü mesai saatini tamamlayarak itibaren Bingöl, Diyarbakır, Elazığ, Hakkâri, Mardin, Siirt, Tunceli ve Van illerinden sorumlu olacak. Kozakçioğlu'nun bu göreve atanmasına ilişkin kararname de, Resmi Gazete'nin dünkü mukerrer sayısında yayımlandı. Kozakçioğlu, bölge valiliği yeti olarak Diyarbakır'da bir süre önce hizmete giren Kültür Sarayı'nı duyundüğünü söyledi.

Bölge valiliğine Hayri Kozakçioğlu'nun atanması ve bir ek kararname ile bölge valisinin yetkilerinin genişletilmesi, Bakanlar Kurulu'nun önceki akşam yaptığı 4 saatlik toplantısında (Arkası Sa. 12, Sü. 4'te)

**KOORDİNATÖR
VALİYE TEPKİLER**

12. Sayfada

Cumhuriyet

Y 9200 A No: 22596

Founded by Yunus Nadi, 1924 (64. year)

Tuesday, July 21, 1987

Published by C

SHP'nin Kars mitingini polislin videoya alması tepkiyle karşılandı

İnönü: Anadili Kürtçe diye kimse suçlanamaz

Birlikte kan akıttık: Misakı Milli sınırları, konuştuğu dile göre ayrım yapılmadan bütün vatandaşların katılımıyla ve akıttıkları kanlarla çizildi. Hem, bir ülkede farklı diller konuşulması, bu ulusun kültürünü zenginleştirir. Ama ayrımcı politika güdenlere izin veremeyiz.

Tüm yöre halkı suçlanamaz: Bölücü eşkiyayı yakalayamayan yetkililer, o yöre halkının tümünü sorumlu tutma davranışına giriyor.

HAKKI ERDEM YÜCEL SEZER

KARS — SHP Genel Başkanı Erdal İnönü, Türkiye'de Kürtçe konuşan vatandaşlardan şüphe edilmesi ne karşı olduğunu belirterek, "Anadili Kürtçe diye kimseyi suçlayamayız ve kimseye şüphe ile bakamayız" dedi. İnönü, Birinci Dünya Savaşı'nda Türkiye ve Kürtçe konuşan Anadolu insanının omuz omuza savaşımını hatırlatarak, "Bu birliktelik ortak bir temeldir. Bizim hiçbir şekilde bölmeye, ayırmaya, bu ortak temelimizi ayrımcı akımlarla bozmaya çalışmamız" biçiminde konuştu. Mitingin polis tarafından videoya çekilmesi ve konvoyun alana sokulmaması SHP'lilerin tepkisine yol açtı.

Erdal İnönü Doğu ve Güneydoğu gezisinin üçüncü gününde Kars ve ilçelerindeki mitinglerde yaptığı konuşmalarla, bölgede PKK'cilerin katliamları nedeniyle tüm yöre halkının insan haklarının ihlal edildiğini bildirdi. SHP lideri, vatandaşlara Kürtçe konuşuyor diye kuşkuyla yaklaşılmasını eleştirerek, "Misak-ı Milli sınırları konuştuğu dile göre ayrım yapılmadan bütün vatandaşların katılımıyla ve akıttıkları kanlarla çizildi. Hem bir ülkede farklı diller konuşulması bu ulusun kültürünü zenginleştirir. Ama ayrımcı politika güdenlere izin veremeyiz" diye konuştu. Din SHP'nin seçim otobüsü Güneş ile Tuzum'dan Kars'a geçen İnönü, yol boyunca kendisine sevgi gösterisinde bulunan vatandaşları se-

veletti. İnönü Sarıcamı ve Karşıla düzenlenen mitinglerde halktan 6 Eylül referandumunda sivasi vatandaşların kalkması için evet oyu verinlerini istedi. İnönü, bugün vatandaşların zaten uygulamadığını, ancak Başbakan Özal'ın referandum ile vatandaşları gerçek anlamda koymak istediğini vurgulayarak, "Çünkü bir genel seçimde karşısına Demirel'in rakip olarak çıkmasını istemiyor. Bu halkı koymamak Özal'ın genel seçimleri kazanmak için baş vurduğu bir oyun. Bu oyunu referandumda evet diyerek bozacağız" dedi. Başbakan Özal'ın seçim konusunu da da kandırmacalar içinde olduğunu kaydeden İnönü, Özal'ın halkı koymasında istediği gibi bir sonuç alamaması (Arkası: Sa. 10, Su. 4'te)

Süper Vali Kozakçıoğlu, Cumhuriyet'e değerlendirdi:

22 TEMMUZ 1987

The New York Times

Türkiye'de işkence sona erecek mi?

Dış Haberler Servisi — International Herald Tribune gazetesi, "Türkiye'de işkence" konulu bir yazı yayımladı. "Helsinki Watch" insan hakları örgütü yöneticisi **Jeri Laber** ve örgütün danışmanı **Lois Whitman** imzalı yazı, Laber ve Whitman'ın geçen ay Türkiye'ye yaptıkları geziden sonra **The New York Times** gazetesi için kaleme alınmış. International Herald Tribune gazetesinin, The New York Times'tan aktardığı yazının tamamı şöyle:

"Türkiye Emniyeti Genel Müdürü **Saffet Arıkan Bedük**, kısa bir süre önce, işkencecileri kollayan bir konuşma yaptı. İşkence yapmakla suçlanan polislerle ilgili bu konuşmasında, "Küçük olaylar olmuştur. İyi niyet ile çalışan ve sadece bazı hatalar yapan kimi arkadaşlarımız cezalandırılmıştır. Bu üzgündür" dedi.

Bedük'ün konuşmasının Türk basınında yer almasından birkaç gün önce, biz İstanbul'un Gayrettepe polis karakolunda 20 gün boyunca tutulup işkence gören genç bir kadınla röportaj yapmıştık. 26 yaşında ve bir çocuk annesi olan **Nurhan** (bu gerçek adı değil) 1 Mayıs öncesinde komünist bildiriler dağıtmakla suçlanıyordu. Sert sorgulamalara ve dayatma hedefi olan **Nurhan'a** elektrik şokları verilmiş ve üzerine, acıyı artırmak için soğuk su dökülmüş. **Nurhan**, "Acı veren elektrik değil, o sıradaki titreme" diyor.

Sonunda işkencecilerin istediği şeyleri itiraf etmiş, tıpkı birkaç gün önce yakalanan ve işkence sırasında **Nurhan**'ın adını polise veren **Zeynep** gibi.

Türkiye'de sıkıyönetim kalkalı iki yıl oluyor. Basında işkence konusuyla ilgili haberler yer almaya başlarken, Millet Meclisi, polisin işkence yapması konusunu gündeme getirdi. Bu gelişmeler ve yönetimin işkencecileri cezalandırdığı yolundaki güveni, Türkiye'de bu eski alışkanlığın nihayet sona ereceği umutlarını artırdı.

İktidardaki hükümet, Türk tarihinde işkenceyi kabul eden ve sona erdirmeye kararlı olan ilk hükümet olmakla övünüyor. Adalet Bakanlığı'na göre 1500 işkenceci hakkında yasal işlemler başlatıldı ve bunların 100 tanesi hüküm giydi.

Ancak işkenceyi kanıtlamak çok zor. Kurbanların gözleri bağlanıyor, bu nedenle daha sonra işkencecileri tanımları imkânsızlaşıyor. İşkenceciler ya da buna tanık olanlar arasında genellikle bir dava sırasında kurbanın yanında yer alacak bir gorgu tanığı olmuyor ve işkence gördükten sonra serbest bırakılanlar, tekrar tutuklanma korkusuyla şikâyetten bulunmaktan korkuyorlar.

İşkenceciler, iz bırakmayacak biçimde geliştirilmiş teknikleri kullanıyorlar, bu nedenle elektrik şokları çok popüler, ayrıca işkence görenleri muayene edenler de devletin atadığı doktorlar. Böylelikle kurbanın olduğu ya da kalıcı bir zarar gördüğü işkence olayları dışında kalan vakalarda, işkenceyi şikâyet konusu yapmak bir sonuç getiriyor.

Türkiye'de yeni kurulan İnsan Hakları Örgütü, 1980 yılından bu yana işkenceden 169 kişinin olduğunu belirlemiş. Bu liste, 30'u son 18 ayda meydana gelen polis karakollarındaki 36 "intihar" vakasını da içeriyor. Türkiye ziyaretimiz sırasında, son işkence olaylarıyla ilgili sayısız rapor topladık, bunların arasında anne babasını konuşmaya zorlamak için onların gözü önünde elektrik şoku verilen 5 yaşındaki bir çocuğun işkencesini anlatan rapor da yer alıyordu.

Türkiye'de işkence, sorguşturmaların ilk aşamasının sürdürüldüğü polis karakollarında yapılıyor. Yürürlükteki kanunlara göre polis, şüphelileri, ailesine ve avukatına haber vermeden 15-30 gün süreyle sorgulama için tutabiliyor.

Nurhan, "Avukatımı görmek istediğimi söylediğim zaman, bana 'Sen çok Amerikan filmi seyrettin galiba' diye cevap verirdi" diyor.

Türk hükümeti, işkenceyi gerçekten yok etmek istiyorsa, öncelikle gözaltına alınanların hemen avukatlarını görmelerine izin verecek yasayı kabul etmeli. Ayrıca sorgulama süresini azaltacak, kurbanların kendi tercih ettikleri doktorlar tarafından muayene edilmelerine izin verecek yasayı onaylayarak, işkencecilerle verilen cezaları çok artırmalı. Tüm bunların dışında hükümet, amacının işkenceyi tümüyle yok etmek olduğunu faaliyetleriyle göstermeli.

Eğer Cumhurbaşkanı veya Başbakan, bir gün haber vermeden Gayrettepe Polis Karakolu'na ani bir ziyaret yapsalardı ne olurdu? Kuşkusuz işbaşındaki işkencecileri rahatsız ederlerdi. Büyük olasılıkla onların kullandıkları araçları da bulurlardı. Gözleri bağlamak için deri bantlar, insanları asmak için direkler, bağlamak için kayışlar, dövmek için cıplar.

Bu kanıtlar, Türkiye'de işkencenin "istisnai olaylar" dışında sona erdiği iddialarını yıkacaktır. Polise, hükümetin gerçekten bu sorunu çözümlmeye kararlı olduğunu gösterecek ve nihayet Türkiye'de işkencenin sona erdiği yolundaki iddiaların gerçek olmasını sağlayabilecektir.

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 22.07.1987

GEHT DIE FOLTER IN DER TÜRKEI IHREM ENDE ZU ?

Die Zeitung "International Herald Tribune" hat den Artikel, den die "Helsinki Watch" Mitglieder **Jeri Laber** und **Lois Wittman** für die "New York Times" geschrieben hatten, veröffentlicht. Die Autoren verlangten in ihrer Veröffentlichung, dass die Gefangenen

bulandı. Seydişehir Alüminyum Fabrikası'na grevlere de değinen İsmail Heral, yüzde 50 enflasyon varken işçilere verilen yüzde 5-10'luk artışların devlete yakışmayacağını ifade etti. Heral, çalışanların isteklerinin fahiş olmadığını da savunarak, "Ülkenin yatırımlara ihtiyacı varken fabrika kapatmak, trilyonlara varmış yatırımları atıl hale getirmek ve onbinlerce kişinin ekme yemesini temin eden tesisleri kapatmak doğru değildir" dedi. Seydişehir Alüminyum Fabrikası'nın kapatılmasındaki amacın ne olduğunu bilmek istediğini söyleyen Heral, "Yoksa alüminyum ithalatına hazırlanan firmalar mı var?" diye sordu.

Gazeteciye gözaltı

İZMİR (Cumhuriyet Ege Bürosu) — Hollanda Televizyonu Türkçe yayınlar bölümünde çalışan Nihal Doğan, gözaltına alındı. İzmir'e geldikten sonra Çiğli Havaalanında gözaltına alınan Nihal Doğan daha önce Türkiye'de çeşitli programlar yapmıştı. Emniyet Müdürlüğü yetkilileri gözaltına alınma nedeni ile ilgili bir açıklama yapmadı.

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 30.7.1987

Eine Journalistin ist in Untersuchungshaft

Frau Nihal Doğan, die beim niederlandischen Fernsehen arbeitet, ist in Untersuchungshaft genommen worden, als sie in İzmir mit einem Flugzeug gelandet ist.

In den politischen Plädoyern werden Straftatbestände ermittelt.

Siyasi savunmalarda suç unsuru aranıyor.

Savunmaya da ceza

"TKP/ML hareketi üyesi olduğum savıyla yargılanmaktayım. Bir komünist olduğum ve bu uğurda faaliyet yürüttüğüm için baskı ve şiddete maruz kalmaktayım. Cezaevlerinde bulunduğum süre içerisinde, faşist cuntanın, devrimci tutuklulara uyguladığı baskı ve teröre bizzat şahit oldum..." 1. Ordu ve İstanbul Sıkıyönetim Komutanlığı 3 No'lu Askeri Mahkemesi'ne gönderilen Sultanahmet Cezaevi'nde tutuklu bulunan Mehmet Örnek'in yukarıdaki sözlerle başlayan dilekçesine, duruşmaya sevkı sırasında yapılan üst aramalarında el konulmuştu. Dilekçede devletin askerî kuvvetlerini ve adliyenin manevî şahsiyetini tahkir ve tezyif edici sözler bulunduğu, ayrıca bölücülük propagandası yapıldığı ve komünizmin övüldüğü ileri sürülüyordu. Sıkıyönetim 1 No'lu Askeri Mahkemesi'nde görülen davada suç sabit görülerek Mehmet Örnek 3 yıl 4 ay hapse mahkûm ediliyor. 12 ay süreyle de Kırşehir il merkezinde gözetim altında tutulması öngörülüyordu. Örnek, kendini savunurken mahkûm olmuştu.

Metris Cezaevi'nde tutuklu bulunan sanıklardan Bedri Yağan, Dursun Karataş, Alişan Yalçın ve Bülent Pak, 18 Ağustos 1983'de İstanbul 1 No'lu Sıkıyönetim Askeri Mahkemesi'ne sundukları dilekçeleri dolayısıyla benzeri bir durumla karşılaşıyorlardı. "Devletin askerî ve emniyet kuvvetlerini alenen tahkir ve tezyif ettikleri" gerekçesiyle FCK 159/1 ve 1402 sayılı yasanın 17. maddesi gereğince yargılandılar. Yetkili askerî mahkeme, suçun aleniyet kazanmadığı gerekçesiyle beraatlerine karar veriyordu. Ancak Askerî Yargıtay kararı bozunca, 1 yıl 4 ay hapis cezasına çarptırıldılar ve İstanbul'da 5 ay 10 gün genel güvenlik gözetimi altında bulundurulmalarına karar verildi. Savunma yaparken mahkûm olmuşlardı.

Savunma hakkı kitaplarda

12 Eylül sonrasında siyasi davalar da yargılanan sanıklar, mahkemeye verdikleri dilekçeler ve yaptıkları si-



Savunma mahkûmları — Ayaktakiler (soldan sağa): 1. Erdoğan, D. Karataş, A. T. Özkök, Ş. Şen. Oturanlar: A. Ş. Yıldırım, M. Görel, Z. Polat.

yasi savunmalar nedeniyle sık sık benzeri yargılamalarla karşı karşıya kalıyorlardı. Sanıkların kullandıkları sözcükler ve tanımlar nedeniyle birbirini ardına açılan davalarda, 159/1 (devletin, hükümetin, güvenlik güçlerinin, yargı organlarının manevî şahsiyetini küçük düşürme), 142/3 ve 142/4 (kamu haklarını ortadan kaldırma ya da ulusal duyguları zayıflatma amaçlı propaganda ve bu fiillerin övülmesi) gibi maddelerden değişik sürelerde mahkûmiyet kararı veriliyordu. Çeşitli cezaevlerindeki sanıkların, süren davalarında yaptıkları savunmalar nedeniyle aldıkları cezalar ürkütücüydü.

Halen Dev-Sol davası sanığı olarak Metris Askerî Cezaevi'nde bulunan Bedri Yağan, benzer yeni dava sonucu toplam 29 yıl 4 ay, İbrahim Erdoğan dört dava sonucu toplam 20 yıl, Dursun Karataş dört dava sonucu toplam 14 yıl 4 ay, TİKB davası sanığı Remzi Küçükertan iki dava sonucu toplam 8 yıl 4 ay, TİKKO davası sanıklarından Murat Şaşkal iki dava sonucu toplam 12 yıl 4 ay, Hidir Uludağ bir dava sonucu 8 yıl hapis cezasına mahkûm olmuştu. Bu listeler hukuk kitaplarında savunma hakkı konusunda yazılanlara rağmen sürüp gidiyordu.

Prof. Dr. Nurullah Kunter, Ceza

Bestarfung auf Grund des Plädoyers.

Viele politische Angeklagte wurden wegen ihrer Plädoyer mit einer Freiheitstrafe bis zu 29 Jahren verurteilt.

Muhakemesi Hukuku adlı kitabında, "Savunmayı, yani karşı tezi kabul etmeyen bir iddia, iddia değil, karardır" dedikten sonra, "savunma bağışıklığı" başlığı altında şunları yazıyor: "İddia ve savunma bağışıklığında esas, bu görevlerin yapılması sırasında kullanılan kelimeler yüzünden cezalandırılmamaktır. Zira, iddia ve savunma görevini yapan kimse, acaba kullandığım kelimeler suç sayılır da cezalandırılır mıyım diye endişe ederse, söyleyeceklerinin bir kısmından korku yüzünden vazgeçebilir, yani iddia veya savunma görevini hakkıyla yapamaz."

Hukukçu Faruk Erem de *Ceza Usulü Hukuku* kitabında, "iddia ve savunma hukuku içinde kalan bir hususun esasen hakaret teşkil etmesi mümkün değildir. Bu hududun aşılmasına rağmen faile ceza verilmemesiyledir ki, bir masuniyetten bahsedilebilir" diyerek savunmanın en geniş sınırlar içerisinde özgürce yapılmasının önemini vurguluyor. Uygulamada ise, savunma, sürekli ceza tehdidi altında yapılıyor.

Savunmanın, savunması

TKP-ML/Devrimci Halkın Birliği davası sanıklarından Garbis Altınoglu ve Hasan Tosun'un İstanbul Sıkıyönetim 3 No'lu Askeri Mahkemesi'nde süren davalarıyla ilgili olarak sundukları yazılı savunmada, komünizmi övdükleri ve devletin güvenlik güçlerini tahkir ettikleri ileri sürülüyordu. Sanıklar bu iddiayla ilgili olarak Sıkıyönetim 1 No'lu Askeri Mahkemesi'nde yargılandılar. Mahkeme, komünizmi övmeye olmadığına karar verirken, ikinci suçlamadan sanıkları birer yıl hapis cezasına çarptırıyordu. İşin ilginç yanı, sanıklar bir savunmada sarfettikleri sözler için yargılanırken, bu sefer bu davada yaptıkları savunmadan dolayı yeniden suçlanmışlardı. Mahkeme heyeti yaptığı yeni suç duyurusu ile bir kısır döngüyü başlatmıştı.

Sıkıyönetim askeri mahkemelerinde yargılanan pek çok sanık, savunmalarında kendi ideolojik görüşleri paralelinde sosyal ve siyasal düşüncelerini açıklamaktan dolayı, sanık sandalyelerine oturmuyorlardı. Bu konuda askeri mahkemelerle yargıtay kararları arasında bir görüş ve fikir birliği de sağlanamıyor. Yazdıkları savunma veya suç duyurusu dilekçelerine mahkemeye ulaşmadan, ceza-

Savunma ve dilekçelere verilen bazı mahkûmiyetler 29 yıla kadar...

Bedri Yağan: Toplam 29 yıl, 4 ay.
İbrahim Bingöl: Toplam 22 yıl, 8 ay.
Tuğrul Özbek: Toplam 22 yıl, 8 ay.
Sinan Kukul: Toplam 20 yıl.
İbrahim Erdoğan: Toplam 20 yıl.
Dursun Karataş: Toplam 14 yıl, 4 ay (Devam eden davalarda 20 yıl daha hapsi isteniyor).
Nuri Eryüksel: Toplam 17 yıl, 4 ay.
A.Tayfun Özkök, A.Şener Yıldırım, A.Fazıl Özdemir: Toplam 14 yıl, 4'er ay.
Sabri Temel: Toplam 13 yıl, 4 ay.
Alişan Yalçın: Toplam 13 yıl, 4 ay.
Halli Gündoğan: Toplam 21 yıl.
Hüseyin Karakuş: Toplam 16 yıl, 8 ay.
Binali Şahin: Toplam 4 yıl.
İbrahim Ünal: Toplam 14 yıl, 8 ay.
Erhan Genler: Toplam 11 yıl.
Murat Şaşkal: Toplam 12 yıl, 4 ay.
Hıdır Uludağ: Toplam 8 yıl.
Hasan Hüseyin Çatakkaya: Toplam 9 yıl.
Yusuf Demir: Toplam 9 yıl, 4 ay.
Erhan İnal: Toplam 8 yıl, 8 ay.
Fatih Öktülmüş: Toplam 20 yıl, 2 ay (Açlık grevinde öldü).
Remzi Küçükertan: Toplam 8 yıl, 4 ay.
İbrahim Yirik, Hasan Şensoy: Toplam 9'ar yıl, 6'şar ay.
Sadık Süleyman Öge: Toplam 4 yıl, 4 ay.
Ahmet Aslanbakan: Toplam 8 yıl.
Haydar Öztürk: Toplam 6 yıl.

Hüseyin Solgun: Toplam 6 yıl, 8 ay.
Mürsel Göreli: Toplam 5 yıl, 4 ay.
Mehmet Doğan: Toplam 6 yıl, 8 ay.
Saadettin Güven, Baki Altun, Harun Kartal, Şaban Şen: 5 yıl, 4'er ay.
Bülent Pak: Toplam 6 yıl, 8 ay.
Hasan Akdoğan: Toplam 6 yıl, 8 ay.
Sadık Varer: Toplam 11 yıl.
Gazanfer Yıldız: Toplam 10 yıl, 8 ay.
Celal Polat: Toplam 2 yıl, 8 ay.
Battal Uğur: Toplam 2 yıl.
Nadir Kalkan: Toplam 1 yıl, 7 ay, 16 gün.
Fevzi Gökten: Toplam 2 yıl.
İsmail Göksu: Toplam 2 yıl.
Yadigar Adıgüzel: Toplam 2 yıl, 8 ay.
Tuncer Bağdathoğlu: Toplam 2 yıl, 8 ay.
Haydar Görmek: Toplam 1 yıl, 4 ay.
Kenan Motor: Toplam 2 yıl.
Kenan Güngör: Toplam 5 yıl, 4 ay.
Yusuf Ziya Sülekoğlu: Toplam 2 yıl, 8 ay.
Mehmet Güngörmez: Toplam 6 ay.
Celalettin Cengiz: Toplam 1 yıl, 4 ay.
Murat Toros Gürkaya: Toplam 1,5 yıl.
Yadigar Kuyu, İrfan Ördek, Erhan Ünal: Toplam 8'er ay.
Şinasi Korkmaz: Toplam 1 yıl, 6 ay.
Süheyla Kaya: Toplam 8 yıl.

vinde ya da mahkeme kapısında elkonan sanıklar hakkında, bu dilekçelerden dolayı açılan davalarda, bazı mahkemeler suçun aleviyet kazanmadığı gerekçesiyle beraat kararı verirken, bazıları da suça teşebbüs etmekten ceza verebiliyor.

Avukat Osman Ergin, bu bağlamda mahkûmiyetin olup olmamasının önemli olmadığını savunuyor. Ergin, "sanığın böyle bir dava tehdidi altın-

da savunma yapması, düşüncelerini açıklaması, en tabii hakkı olan savunma hakkının kullanılmasından çok, bir cesaret işi halini alır" diyor. Ergin'e göre açılan davalar başka sanıklara gözdağı verme niteliğini taşıyor.

Kişiler, düşüncelerinden dolayı yargılanmaları yetmiyormuş gibi, bir de bu düşüncelerini mahkeme önünde yinlediklerinde, aynı "suçtan" ikinci bir cezayla yüz yüze bırakılıyor. □

Ein Kommissar aus Yozgat, den Mazhar Bulut heisst, ist durch eine Beschuldigung aufgrund von 36 Folterungen vor das Gericht gestellt worden. Jetzt wird ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet. In diesem Ermittlungsverfahren wurde er beschuldigt, mit der Angst vor Folter Geld von den Leuten erpresst zu haben.

İŞKENCECI KOMİSER

İşkenceli rüşvet...

36 kişiye işkence yaptığı iddiasıyla yargılanan Yozgat Emniyet Müdürlüğü Komiseri Mazhar Bulut, şimdi de işkence ile rüşvet topladığı iddiasıyla soruşturuluyor

Yozgat'ın Ortaoba Köyü muhtarının kapısı gece vakti vurulduğu an, alanında rakip tanımayacak bir trajikomik serüvenin başladığını kim bilebilirdi ki?

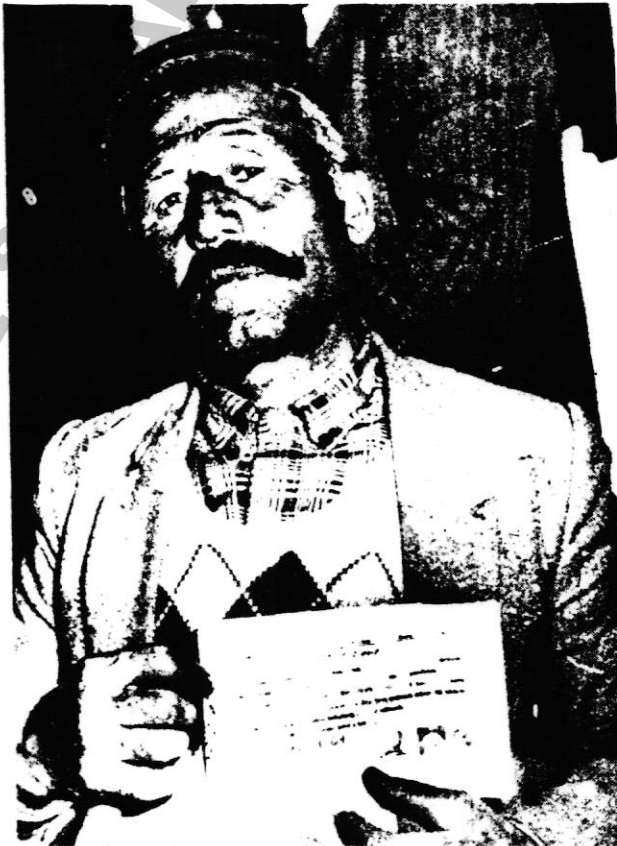
Yataktan fırlayarak dışarı çıkan muhtar Hasan Aslan, karşısında jandarmalar ile sivil polisleri görünce, bu apansız ziyaretin nedenini sordu ve "Sende tabanca varmış" yanıtını aldı. Oysa Aslan, 12 Eylül'den sonra kendine ve köyüne ait bütün silahları toplayıp teslim etmişti. Ama polisler kararlıydılar. Muhtar, Yozgat Emniyet Müdürlüğü Silah Kaçakçılığı Şubesi komiserlerinden Mazhar Bulut, polis memuru Osman Harman ve polislerin "yardımcısı" Dursun Kaya eşliğinde Yozgat'a getirildi.

"Ajan Dursun." Eskipazar Karakolu'na götürülen Aslan, üzerindeki eşyaları teslim ettikten sonra gözleri bağlanarak, bodrum katına indirildi. "Ayağımdan, erkeklik organımdan elektrik taktılar. Mazhar üzerime çıktı. 'Ulan çıkar silahı avradını ...tiğimin'. Efendim yok ki çıkarayım. Elini ayağımı öpeyim, kitabını, Kuranını seversen. Bizi adamlıktan çıkardılar. 'Arkadaş ne isterseniz vereyim' dedim." Bazen polis giysileri içinde de görülen, aslında normal vatandaş ve gönüllü polis Çakır köyünden "Ajan Dursun" bu arada devreye giriyordu. Polislerin kimin elinde ne kadar para olduğunu bilgilerini ulaştıran "Ajan Dursun" a göre, muhtar 1 milyon lira verirse komiser Mazhar onu bu beladan kurtaracaktı. "Dursun kardeşim etmen, ben bu parayı nereden bulacağım?" Hasan Aslan tekrar bodruma indirildi, vukarı çıkışında "ikna"

Silah bulunuyor. Yanında bankaya yatırmak üzere taşıdığı 255 bin lirayı vermeyi öneren muhtar ile komiser arasındaki "sıkı pazarlık" sonunda 500 bin lira ve "çürük" bir tabanca üzerinden anlaşmaya bağlandı. "Sen bir tabanca bul, biz tabancanı da kaybedeceğiz, seni de cezaevine sokmayacağız" diyordu komiser Mazhar Bulut.

Gördüğü ağır işkenceden kurtulmak için muhtar Aslan köye gittiklerinde silah bulmayı vaat etti. "Aslında tabanca bulacağım diye gelip kaçacağım." Perişan bir halde eve getirilen babalarını gören aile üyeleri ağlamaya başladılar. Muhtar "Kızım ağlamanın zamanı geçti, bana çürük çarık bir tabanca bulun." dediğinde, küçük kızının aklına evlerinden 3 kilometre uzakta

Muhtar Hasan Aslan noterden tasdikli "rüşvet senedi" ile



kuzu otlatırken bulduğu silah gelirdi. Korkup atmıştı silahı acaba veyrinde duruyor muydu? Muhtar ve ailesi 2 saat boyunca yerlerde sürünerek "silahı" aradılar, ancak boşunaydı. Bir de komiser Mazhar baksındı. "Mazhar Bey söyle elimi bir çaldı. 'Aha tabanca' dedi. Ben 2 saat aradım, öyle aradım ki benim aradığım yerlerden çıkardı tabancayı."

Aranan silah bulunmuştu. Şimdi de silahtan kurtulunmanın parası ödenecekti. Köylülerden yalvar yakar toplanan 600 bin liranın 500 bin lirası komiser Mazhar Bulut'a verildi. 100 bin lira da "Ajan Dursun"un hakkıydı.

Muhtar cezaevinde. Komiser Mazhar Bulut'un senaryosu harfiyen yerine getirilmişti ama muhtar Aslan çıkarıldığı mahkemede 1 yıl hapis cezasına çarptırılıyordu ve cezaevine yollanıyordu. Muhtar Aslan aldatılmıştı, bunun üzerine komiser rüşvet verdiğini herkese anlatmaya başladı. Rüşvet dedikoduları Çekerek Cezaevi'nin duvarlarını aşınca komiser Mazhar Bulut cezaevine çağırıldı. Neydi bu ortalıkta dolaşan söylentilerin kaynağı? Komiser'e göre "Ajan Dursun Yayla"ya para yedirmişler, onun adını yaymışlardı.

Muhtar bu sözler üzerine, "Benim paramı yiyen adam kendisini biliyor" imasında bulundu. Gördüğü işkenceler, yattığı hapis, bir de bunların üstüne para da kaptıran muhtar, 4,5 ay hapisten sonra tahliye olunca köye gelip 1 ay hasta yattı. Cığerleri ezildiği için yemek yiyemiyor, nefes alamıyordu. Kendini iyi hissetmeye başladığı günlerde Yozgat'a gidip valinin huzuruna çıktı ve başından geçenleri anlattı.

Değişen roller: 3 gün sonra kapısı tekrar çalındı. Mazhar yine karşındaydı. Fakat Mazhar görmeyeli epey değişmişti. Aslan'ın anlattıklarına göre olay bu andan itibaren yeni boyutlar kazanıyordu. "Muhtarın" boynuna sarılan komiserde üslup değişikliği de göze çarpıyordu. "Muhtarım elini öpeyim, fakülteye kadar okudum, müdürlüğü bekliyorum, cezaevimden çocuğumun eksikliği..."

(Das Kind ist elf Jahre alt)



Dayak cennetten çıkmadır derler ya !

Hırsız çocuk hiç durmadan, eti koparılmış gibi ağlayıp, çığlıkları ile adliyei birbirine katınca, jandarma eri babadan kalma usulü kullandı ve "Sus ulan kerata" diyerek ensesine tokatı patlattı. Bir anda neye uğradığını şaşırın çocuk korkudan hemen susuverdi...

// Sus ulan kerata ! //

☐ Jandarma eri, Adliye'de iki gözü iki çeşme ağlayan hırsız çocuğu bir tokatta susturdu !

☐ 11 yaşındaki Orhan Özsan, pazarda bir kadının çantasını kaptığı



GÜNAYDIN 10.07.87 14

Ankara'da bir garip işkence olayı için savcılığa suç duyurusu

Seyyar işkenceciler

"Gölbaşı olduğunu sandığım su- lu bir yere götürdüler ve ora- da beni soyarak araba lastiğinin içi- ne soktular. Lastikle beraber suya soktular, elektrik verdiler, hayala- rımı burdular, dövdüler ve tehdit et- tiler." Yaşar Erdal Tümtürk 4 Ha- ziran 1987 gecesi saat 21.00 sırala- rında sivil bir Renault tarafından alındıktan sonra sabaha karşı 02.00 sularına kadar kendisine yapılan iş- kenceleri böyle anlatıyordu.

Olay gecesi Yaşar Erdal Tümtürk, eşini çalıştığı işyerinden alma- ya giderken, kendisinin de bilmedi- ği bir nedenden dolayı alınmış ve hemen gözleri bağlanarak sorgulan- maya başlamıştı. "Ne iş yapıyor- sun? Kimleri tanıyorsun? Ankara örgütlenmesinde kimler var? İstan- bul ve İzmir'den kimleri tanıyor- sun?" Atılan yumruklar eşliğinde soru yağmuru sürerken, araba da hızla şehir dışına doğru çıkıyor ve "Ben işimde gücümdeyim, söyledि- ğiniz isimleri tanımiyorum" türün- den yanıtlar duymazlıktan gelini- yordu. Şehir çıkışında araba trafik polisleri tarafından çevriliyor, an- cak arabadakilerin kendilerini tanı- maları sonucu yoluna devam edi- yordu.

İşkence başlıyor

Bu yolculuk, arabada bulunan ve polis olduğunu söyleyen beş kişinin uygun gördüğü bir yerde geçici ola- rak sona eriyor ve Yaşar Erdal Tümtürk çınlıplak soyulurken, arabadaki seyyar işkence aletleri de kullanılmaya hazır hale getiriliyo- rdu. Bu aletlerden anlaşılır olanları, insanların iki büküm olarak içine sokulduğu boş bir otomobil dış las- tiği ve elektrik vermeye yarayan sey- yar manyetoydu. Yaşar Erdal Tümtürk gözleri bağlı olduğu için, ne ne- reye getirildiğini, ne de diğer alet- lerin ne olduğunu tam olarak bili- yordu.

İşkence başladıktan sonra canhi- raş feryatları duyan ve yakındaki su deposunun bekçisi olduğunu söyle- yen bir kişi işkence yapılan yere ge- liyor ve kendilerini polis olarak ta-



Zor kurtuldu — Erdal Tümtürk (üstte), işkence izlerini sırtında hâlâ taşıyor (solda).

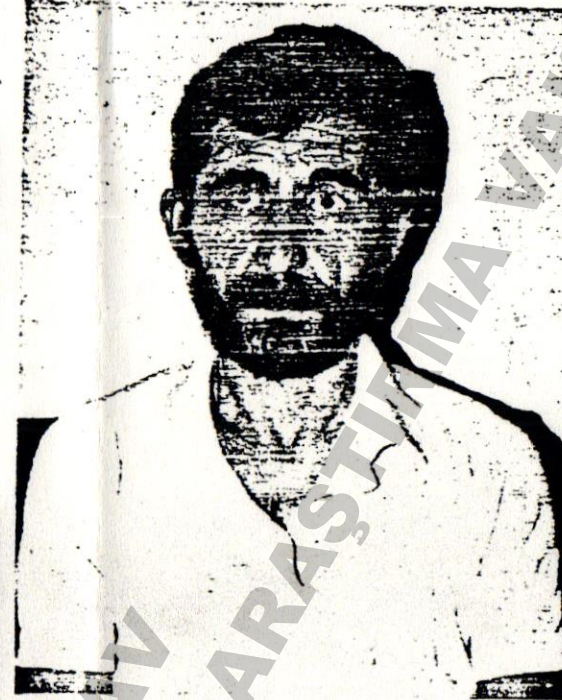
nıtan bu beş kişi tarafından uzaklaştı- rılıyordu. Ama artık oranın tadı kaç- mıştı. Bu nedenle toparlanarak oradan ayrılıyorlardı. Böylece, bilinmeyen baş- ka bir yere doğru yolculuğun ikinci eta- bı başlıyordu.

Bu sefer işkence için uygun görülen yer ekili bir tarlanın ortasıydı. Yarım kalan işkence burada devam ediyordu. Ancak, şanssız bir günlerindeydiler. Bu kez de bir pikapla iki kişi gelmiş ve işin yarım kalmasına neden olmuşlardı. Hem gelenler su deposunun bekçisi gi- bi kolay kolay gideceği de benzemiyor, biri de kendisini Yuva köyü muhtarı olarak tanıttıktan sonra polis oldukla- rını söyleyen beş kişinin kimliklerini

görmek istiyordu. Bu konuda olumsuz yanıt alınca oradakileri jandarma ka- rakoluna davet ediyordu. Ama bu iş- tek bardağı taşıran son damla olmuş ve gelen iki kişi de geceden nasiplerini ala- rak hem dayak yemişler, hem de ara- balarının kontak anahtarları kılılmıştı.

"Seni bir daha alırsız"

Bu son olaydan sonra bu bölgede ter- kedilmek zorunda kalmış ve ailelaci- le sivil Renault'un plakası değiştirilerek normal polis telsiz kanallarından ko- nuyla ilgili bir şikayet olup olmadığı dinlenmeye başlanmıştı. İşkencecilerin şanssızlığı, Yaşar Erdal Tümtürk'ün de büyük şansı olan bu olaylardan sonra



Tümtürk sabaha karşı Aydınliktevir semtinde serbest bırakılmış ve kendisi- ne "Bu olanlardan kimseye bahseder- sen seni bir daha alırsız ve bu sefer öl- dürürüz. Gördüğün gibi hiçbir şey ka- yıtlara geçmedi" denmişti.

Yaşar Erdal Tümtürk bu son tehdit- lere kulak asmamış ve olayı, verdiği bir dilekçeyle Yenimahalle Cumhuriyet Savcılığı'na aksettirmişti. Tümtürk ola- yı anlatmış dilekçesinin sonunda "Bun- dan sonra ben ve ailem endişe ve teh- dit altındayız" diyor ve işkence gördü- ğünün doktor tarafından tespit edilme- sini istiyordu. Bunun üzerine Tümtürk Yenimahalle Sağlık Ocağı'na gönderi- liyor ve 5.6.1987 tarih 1152 sayılı rapor- la "Sağ deltoid bölgesinde, boyunda muhtelif yerlerde birer cm. çaplı eki- moz, sırtta sol skapula üzerinde, sağ skapulanın altında lumber bölgede üçer cm. çaplı muhtelif ekimozlar tespit edil- di" denerek işkence iddiası tıbbi olarak sabitleştiriliyordu. Ayrıca testis bölge- sindeki ağrının kesin tespiti için Tümtürk tam teşekküllü bir hastanenin üro- loji servisine havale ediliyordu.

Anlaşıldığı kadarıyla, yetkili makam- lar tarafından münferit vakalar olarak açıklanan işkence olayları, bir yandan örtbas edilirken, öte yandan da birileri seyyar işkence timleri kuruyordu. Olay kayıtlara geçmediği için Emniyet teşki- lâtını kimse suçlayamazdı... □

HİLMİ ŞAHİN

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 22.07.1987

657 politische Gefangene leisten Widerstand

HABERLER CUMHURİYET (22.7.87)

Malatya ve Sağmalcılar'da açlık, Metris'te destek grevi

675 tutuklu direnişte

Tutuklu ve hükümlülerin cezaevleri koşullarının düzeltilmesi, dayak ve onur kırıcı aramalardan vazgeçilmesi, tek tip elbisenin zorunluluğunun kaldırılması istemiyle başlattıkları açlık grevleri Malatya'da 9, Sağmalcılar'da ise 13. gününü doldurdu.

ANKARA (ANKA) — Malatya E Tipi Cezaevi'nde tutuklu ve hükümlülerin başlattığı açlık grevi 9'uncu, Sağmalcılar Cezaevi'ndeki 24 sol görüşlü tutuklunun başlattığı açlık grevi de 13'üncü gününü doldurdu. Malatya ve Sağmalcılar cezaevlerindeki açlık grevleriyle ilgili bir

açıklama yapan Adalet Bakanlığı Ceza ve Tevkifevleri Genel Müdürü Abdülkadir Gelelioglu, eylemlere son verilmesi için gereken girişimlerin yapıldığını bildirdi.

Sağmalcılar Cezaevi'nde 9 Temmuz 1987 tarihinde açlık grevine başlayan tutukluların, "Da-

yak ve onur kırıcı aramalardan vazgeçilerek, mahkemelere giderken başvuru zinciri bağlama uygulamasına son verilmesi" ve "Tek tip elbise giyme zorunluluğunun kaldırılmasını" istedikleri öğrenildi. Bu arada, açlık grevindeki tutukluların yakınları Ankara'ya gelerek eyleme son verilmesini sağlamak amacıyla bazı girişimlerde bulundular ve Adalet Bakanlığı yetkilileri ile SHP Parti Meclisi üyesi Zonguldak Milletvekili Muhsen Vasıf Yücel'le görüştüler.

Adalet Bakanı Oltan Sungurlu ve Devlet Bakanı Hasan Ce-

lal Güzel ile görüşme olanağı bulamayan tutuklu yakınları yaptıkları açıklamada Adalet Bakanlığı yetkililerinin ilgisizliğinden yakındılar. Tutuklu yakınları, "Çocuklarımız güç koşullar altında insanca yaşamak istiyorlar. Ama yetkililer ne yaparlarsa yapsınlar, ölürlerse ölsünler gibi bir tavır içinde, bizi dinlemekten bile kaçınıyor" şeklinde konuştular.

Öte yandan, Malatya Cezaevi'nde açlık grevini sürdüren toplam 246 tutuklu ve hükümlünün istemleri ise şöyle:

- Yetersiz ve bozuk beslenme

koşullarının düzeltilmesi.

- Havalandırma sürelerinin artırılması, banyoların daha sık kullanılmasına izin verilmesi.

- Baskı ve dayak uygulamalarına son verilmesi.

Metris'ten destek

İstanbul Metris Cezaevi'nde kalan 400 siyasi tutuklunun Sağmalcılar ve Malatya'dakileri desteklemek için dün üç gün süreli açlık grevine başladıkları öğrenildi.

Genel Müdür'ün sözleri

Malatya ve Sağmalcılar Cezaevleri'ndeki açlık grevleriyle ilgili soruları yanıtlayan Adalet Bakanlığı Ceza ve Tevkifevleri Genel Müdürü Abdülkadir Gelelioglu, eylemlere son verilmesi için gereken girişimlerin yapıldığını bildirdi.

TİSK'ten sigorta primine tepki

ANKARA (ANKA) — Türkiye İşveren Sendikaları Konfederasyonu sosyal sigortaların finansmanına devletin de katkısının sağlanmasını istedi. TİSK tarafından hazırlanarak hükumete sunulan ve 1988 yılı kalkınma programında yer almasını istediği önerilerin bulunduğu raporda yer alan bilgiye göre, SSK'ya sadece çalışan ve çalıştıranlardan prim kesildiği belirtilerek, "Bugün için işçilerden yüzde 14, işverenlerden yüzde 19.5 - 27 olmak üzere toplam yüzde 33.5-14 oranında çok yüksek meblağlara varan bir prim kesilmektedir" denildi.

Demirel, Kutahya'ya gidiyor

ANKARA (Cumhuriyet Büro) — Kapatılan AP'nin genel başkanı ve eski başbakan Süleyman Demirel, cumartesi günü Kutahya'ya gidiyor. Sabah saat 7.00'de Ankara'dan hareket edecek olan

Devlet, en katı işveren

İş-Sendika Servisi — Türkiye İşveren Sendikaları Konfederasyonu (TİSK) Başkanı Halit Narin, Seydişehir grevi konusunda hükümeti ele-

leri içindeki uyuşmazlıklar, günlük politikanın dışında tutulmalıdır."

Grev ve lokavtlarda tarafların duygusal davranmalarının yersiz ve yan-

ve Seydişehir'de grevleri desteklemek üzere istenen mitingler için karar vermeyi hafta sonuna doğru ertelediklerini, bu arada yoğunlaşan görüşme-

Bu arada önceki gün işveren sendikası ile yapılan görüşmeden de bir sonuç alınmadı ve bu düzeydeki görüşmelerin kesilmesi kararlaştırıldı.

TİSK

14 Verwandte von politischen Sträflingen sind verhaftet worden, weil sie früher vor dem Bayrampaşa/Istanbul Gefängnis in den Hungerstreik getreten waren..

CUMHURİYET/11

ER

Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevi eylemi

14 kişi tutuklandı

Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevi yaptıkları gerekçesiyle gözaltına alınan 19 tutuklu ve hükümlü yakınından 14'ü tutuklandı. Açlık grevini gözaltında da sürdüren sanıkların, eylemlerini, cezaevinde süresiz açlık grevine dönüştürecekleri bildirildi.

Istanbul Haber Servisi — Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevi yaptıkları gerekçesiyle gözaltına alınan 19 tutuklu ve hükümlü yakınından 14'ü tutuklandı. Gözaltına alındıkları sürede de açlık grevlerini sürdüren tutukluların, eylemlerini süresiz açlık grevine dönüştürecekleri bildirildi.

Bayrampaşa Cezaevi önünde geçen cumartesi günü cezaevlerindeki uygulamaları protesto etmek ve cezaevlerinde sürekli açlık grevlerini desteklemek için açlık grevine başladıkları gerek-

Tutuklu yakınları dilekçe verdi

ANKARA (Cumhuriyet Bürosu) — Tutuklu ve hükümlü aileleri temsilcileri Ceza ve tutukvelelerindeki çağ dışı uygulamalara son verilmesi için Adalet Bakanlığı'na dilekçe verdiler. Çantaları aranarak girebildikleri Adalet Bakanlığı'nda, dün bakan Ötügen Sungurlu'yu bulamayan tutuklu ve hükümlü aileleri temsilcileri, dilekçelerini Ceza ve Tevkifevleri Genel Müdürü Abdülkadir Genelioğlu'na verdiler.

Dilekçelerinde ceza ve tutukvelelerindeki kötü sağlık koşullarının düzeltilmesini, insanlık dışı uygulamalara, yayın yasaklarına son verilmesini isteyen tutuklu ve hükümlü yakınları, Birleşmiş Milletler'in düzenlediği ve Türkiye'nin de onayladığı "cezaevlerinde uygulanması gereken asgari kurallar"ın uygulanmasını istedik.

Dilekçede ayrıca, haksız uygulamalara hedef olan ve tutuklanan tutuklu ve hükümlü yakınlarının serbest bırakılması istenirken, sorunlara çözüm bulunmaması halinde açlık grevi ve ölüm oruçlarının devam edeceğini belirtiyorlar.

Dilekçeyi Adalet Bakanı'na ileteceğini söyleyen Ceza ve Tevkifevleri Genel Müdürü Abdülkadir Genelioğlu'nun, tutuklu ve hükümlü yakınlarıyla gazetecilerin sorularını yanıtlamaktan kaçındığı gözlemlendi. Genelioğlu, bir gazetecinin "Ceza ve tu-

çesiyle gözaltına alınan 19 tutuklu ve hükümlü yakını, dün sabah DGM savcılığına çıkarıldılar. Savcı Bülban Akbaş tarafından ifadelerinin alınmasından sonra gözaltındaki tutuklu ve hükümlü yakınları, "2911 sayılı Toplantı ve Gösteri Yürüyüşleri Yasası"na aykırı davrandıkları ve güvenlik güçlerinin ikazlarına rağmen dağılmadıkları" savıyla DGM Nöbetçi Mahkemesi'ne tutuklanmaları istemiyle sevk edildi. Bu arada Mecburi Çiftçi adlı sanığın yaşı küçük olduğu gerekçesiyle salıverilmesi istendi. Daha sonra nöbetçi mahkemede sanıkların sorguları yapıldı. İlk sorgulamalardan sonra sanıkla-

rı "2911 sayılı Toplantı ve Gösteri Yürüyüşleri Yasası"na göre suçlu bulan mahkeme gözaltındaki tutuklu ve hükümlü yakınlarından Gülay Dardiment, Gülten Şeşen, Rahime Hendem, Halise Güder, Sultan Çelik, Ayten Can, Efkan Şeşen, Kahraman Akkılıç, Celalettin Ergüler, Ramazan Yigit, Gündüz Erben, Mesut Demirel, Adnan Toluk ve Filiz Tarakçı'nın tutuklanmasına, diğer sanıklar Avukat İbrahim Mavioglu, Mecburi Çiftçi, Meliha Dardiment, İbrahim Kanat ve Nilüfer Alcan'ın tutuksuz yargılanmalarına karar verdi.

Ote yandan DGM'ye gelerek gözaltındaki arkadaşlarını yalnız bırakmayan bir grup tutuklu ve hükümlü yakını, gazetecilere dağıttıkları bildiride olayı kınayarak, "Birçok askeri ve sivil cezaevlerinde keyfi ve yasa dışı uygulamalarla tutuklulara ceza içinde ceza çektirildiği" ileri sü-

rıldı.

Çok sıkı güvenlik önlemleri altında yapılan sorgulamaların tamamlanmasından sonra mahkemenin kararını protesto ettiklerini belirten bir grup tutuklu ve hükümlü yakını, cezaevlerindeki açlık grevlerini sürdüren çocuklarının eylemleri sürerken boş durmayacaklarını bildirdiler. Sanıklar, cezaevine götürülmek üzere bindirildikleri otobüslere el sallayarak uğurlayan tutuklu ve hükümlü yakınları, "Yasal haklarımızı almak suç mu? Çocuklarımızı içerde ölüyor. Biz boş mu duralım? Bu sefer 500 kişi oturacağız. Gelsinler bizi de tutuklasınlar. Bir de demokrasi varmış... Nerde demokrasi?" şeklinde yakındılar.

Bu arada başlattıkları açlık grevini gözaltında da sürdüren sanıkların götürüldükleri Bayrampaşa Cezaevi'nde eylemlerini süresiz açlık grevine dönüştürecekleri bildirildi.



CEZAEVİNE DOĞRU — Cezaevlerindeki kötü uygulama ve koşulları protesto amacıyla Bayrampaşa Cezaevi önünde gösteri yaparken polis tarafından gözaltına alınan 19 kişi dün DGM'ye çıkarıldı. Sanıklardan 14'ü, Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde yapılan ilk sorgulamalarından sonra Toplantı ve Gösteri Yürüyüşleri Kanunu'na muhalefet iddiasıyla tutuklanarak, Bayrampaşa Cezaevi'ne gönderilirken, 5'i serbest bırakıldı.

Bereket Vakfı

Familien der Verurteilten stehen vor dem Staatssicherheitsgericht Da sie vor dem "Bayrampaşa/Istanbul" Gefängnis in einen Solidaritätshungerstreik getreten sind, werden sie heute von der Staatsanwaltschaft beim Staatssicherheitsgericht vernommen.

HABERLER

Mahkûm aileleri DGM'de

Bayrampaşa Cezaevi'nin önünde açlık grevine başladıkları gerekçesiyle gözaltına alınan 13'ü kadın 19 tutuklu ve hükümlü yakını, bugün DGM Savcılığı'nda ifade verecekler.

Istanbul Haber Servisi — Cezaevlerindeki uygulamaları protesto etmek ve cezaevlerinde süren açlık grevlerine destek olmak amacıyla önceki gün Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevine başladıkları gerekçesiyle gözaltına alınan 13'ü kadın 19 tutuklu ve hükümlü yakını dün savcılığa çıkarıldı.

Bayrampaşa Cezaevi önündeki olaydan sonra siyasi şube ekiplerince gözaltına alınan tutuklu ve hükümlü yakınları Gayrettepe Emniyet Amirliği 1. Şube Müdürlüğü'ndeki ifadelerinden sonra dün Eyüp Cumhuriyet Savcılığı'na sevk edildiler. Saat 14.00 sıralarında Eyüp Adliyesi'ne getirilen tutuklu ve hü-

kümlü yakınları, savcının keşifte olması nedeniyle yaklaşık üç saat, getirildikleri polis otobüsünün içinde bekletildiler. Daha sonra dosyayı inceleyen savcı yardımcısı Avni Bilgin, olayın 2911 sayılı toplantı ve gösteri yürüyüşleri yasası kapsamına girdiği gerekçesiyle ifadelerin Devlet Güvenlik Mahkemesi Savcılığı'na alınması için, gözaltında bulunan tutuklu ve hükümlü yakınlarını DGM savcılığına sevk etti.

Mesai saatinin sona ermesi nedeniyle ifadeleri dün alınamayan gözaltındaki Sultan Çelik, İbrahim Mavioglu, Mesut Demirel, Efsan Şeşen, Habib Çiftçi, Ramazan Yiğit, Gülay Derdiment,

Gülnur Kolay, Ali Güler, Meliha Derdiment, Habibe Çiftçi, Sabiha Kınalı, Gülten Şeşen, Nilüfer Alcan, Ayten Can, Filiz Tarakçı, Nazmiye Mercan, Halise Güder ve Gündüz Erben adlı tutuklu ve hükümlü yakınları bugün DGM savcılığına çıkarılacaklar.

Öte yandan, dün bir basın toplantısı düzenleyen Tutuklu ve Hükümlü Aileleri Yardımlaşma Derneği Başkanı Mustafa Eryüksel, Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevine başlayan tutuklu ve hükümlü yakınlarına polisin takındığı tavrı, "İnsanlık onuruna yapılmış bir saldırı" olarak nitelendirdi. Derneğin Aksaray'daki binasında düzenlenen toplantıda açlık grevi yapmanın suç olmadığını kaydeden Eryüksel, "Ancak kamuoyunun da izlediği gibi dün SHP Genel Sekreteri Fikri Sağlar'a tekme atan polisin tavrı bugün aileleri-

mize yönelik şoursuz saldırıyla nasıl bir zihniyet taşıdığını sergilemiştir" şeklinde konuştu.

Konuşmasında tüm demokrat kişi ve kuruluşları, haksız uygulamaları protesto etmeye çağırarak Mustafa Eryüksel, olayda gözaltına alınan tutuklu ve hükümlü yakınlarının serbest bırakılmasını ve cezaevlerinde devam eden kötü uygulamalara bir an önce çözüm bulunmasını istedi.

Toplantıda bir konuşma yapan İstanbul Barosu avukatlarından Osman Ergin de olaylar sırasında polisin suç işlediğini öne sürerek şunları söyledi:

"Türkiye'de hukuk devletinin olmadığı ortaya konmuştur. Cezaevlerindeki, başta Anayasa olmak üzere yasalara ve uluslararası anlaşmalara aykırı sevk zinciri ve tek tip elbise uygulamalarının peşini TAYAD ve hukuk adamları olarak bırakmayacağız."

Sungurlu: Cezaevi idaresini mahkûmlara bırakmayız

BURSA (Cumhuriyet Bürosu) — Adalet Bakanı Oltan Sungurlu, kapalı cezaevlerindeki eylemler ile ilgili, "Bunlara hangi şartları temin ederseniz ediniz, eylemler sürecektir. Cezaevlerinin idaresini mahkûmlara bırakmayız" dedi. Bakanlığa bağlı birimlerde incelemeler yapmak için Bursa'ya gelen Sungurlu, gazetecilerin, cezaevlerindeki tutuklu ve hükümlü ailelerinin son günlerdeki eylemleriyle ilgili sorularını yanıtladı.

Oltan Sungurlu, "Cezaevi önlerindeki gelişen oturma eylemleri ile ilgili yorumunuz nedir" yolundaki bir soruya, "Demokratik bir ortamda insanlar arzu ettikleri hedeflere ulaşmaya çalışırlar. Kamuoyu yaratmak ve olayları lehlerine çevirmek için gayret sarfederler. Elbette kamuoyu, her türlü devlet teşekkülü üzerinde etkilidir. Ancak cezaevlerinin sevk ve idaresini, kamuoyu yaratma ve benzeri şeylerle değiştirmek mümkün değildir" yanıtını verdi.

Adalet Bakanı, tutuklu ve hükümlü-



3 SAAT BEKLEDİLER — Gözaltına alınan 19 kişi, Eyüp Cumhuriyet Savcılığı'na sevk edildi. Savcı Bilgin, olayın 2911 sayılı yasa kapsamına girdiğini bu nedenle ifadelerin DGM Savcılığı'na alınması gerektiğini bildirdi.

Mahkûm yakınları
Adalet Bakanı'yla görüşecek

Cezaevi grevleri yayılıyor

Gaziantep Cezaevi'nde 2'si kadın 140 sol siyasi hükümlünün, koşulların düzeltilmesi amacıyla başlattıkları açlık grevi 6. gününü doldurdu.

ADANA (Cumhuriyet Güney İleri Bürosu) — Gaziantep Özel Tip Cezaevi'nde 2'si kadın 140 sol siyasi hükümlünün, cezaevi tüzük ve yönetmeliklerinin uluslararası anlaşmalara ve İnsan Hakları Evrensel Beyannamesi'ne uygun şekilde düzenlenmesi istemiyle başlattığı süresiz açlık grevi 6. gününü doldurdu. Gaziantep E Tipi Cezaevi'nden 5 hükümlü de eyleme destek amacıyla açlık grevine başlarken, Gaziantep Özel Tip Cezaevi'ndeki mahkûm yakınlarının bugün Ankara'da Adalet Bakanı **Mahmut Oltan Sungurlu**'yla görüşmeyle sonuç alınamaması halinde büyük bir olasılıkla hükümlü yakınlarının da açlık grevine başlayabilecekleri belirtildi.

Bu arada, bakanlığa bir dilekçe gönderen mahkûmlar, cezaevlerindeki uygulamaları düzenleyen tüzük ve yönetmeliklerin değiştirilmesini isterken, olumsuz koşulları 12 madde halinde sıraladılar.

Gaziantep Özel Tip Cezaevi'nin basına gönderdikleri açıklamada, açlık grevinin süresiz olduğu yinelenerek, "Cezaevindeki tüzük ve yönetmeliklerin iptali için gerekli girişimlerin yapılmasını, yeni tüzük ve yönetmelikler hazırlanırken konunun kamuoyunda açıkça tartışılmasını istiyoruz" denildi.

Mamak Cezaevi özlemi
Hükümlülerin söz konusu açıklamalarında daha sonra şu görüşlere yer verildi:

"Cezaevlerindeki baskı, yoksunluk ve kötü hayat şartlarının mevcut yasal dayanağı ve sebebi yürürlükte olan tüzük ve yönetmelikler her cezaevini bir Mamak Cezaevi yapmayı özleyen bir anlayışla hazırlanmıştır. Kitap

okumayı, haberleşmeyi, görüşmeyi, hayvanlardan farklı beslenmeyi yasaklayan tüzük ve yönetmelikler yapılmıştır. Bu nedenle tüzük ve yönetmeliğin ciddiyetle ve insanlık haysiyetini esas alan bir anlayışla ele alınmasını istiyoruz."

Hükümlüler tarafından bakanlığa iletilmek üzere cezaevi müdürlüğüne verilen dilekçede Türkiye'nin de altına imza koyduğu "Tutuklu ve Hükümlülere Muamelede Uygulanması Gereken Asgari Kurallar" adlı Birleşmiş Milletler sözleşmesine de değinilerek yeniden düzenlenmesi istenen tüzük ve yönetmeliklerde şu esasların dikkate alınması istendi:

- 1 — Kitap ve yayınların yetersiz, çeşitli yollardan ve beklentilerden alınması
- 2 — Açık görüşme sayısının artırılması, var olanlarda kısıntıya gidilmemesi
- 3 — Kapalı görüşlerin her hafta yapılması ve görüşme koşullarının düzeltilmesi
- 4 — Tek tip elbise uygulamasına son verilmesi
- 5 — Haberleşmedeki tüm sınırların kaldırılması ve hızlandırılması
- 6 — Herkesle görüşme ve haberleşme olanağının sağlanması
- 7 — Radyo ve teybin serbestçe alınması
- 8 — Görüş, haberleşme ve kitap konularında polisin müdahalesine son verilmesi
- 9 — İşe bedelinin artırılması
- 10 — Dışarıdan yiyecek alınabilmesi
- 11 — Hırcana uygulamasına son verilip, koğu uygulamasına geçilmesi
- 12 — Yarı açık, açık ve izin haklarının siyasi mahkûmlara da verilmesi."

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 10.08.1987
Verwandte der Sträflinge werden sich mit dem Justizminister treffen.
In den Gefängnissen verbreiten sich die Hungerstreikenden.

İ t t s i l i l A a N p i y i h i t n p a d e r l a t t s i s i n r u y r a l k B k a s ı g i r i ş ş ü y c s e l t i j c e t a n a a l t ı r m a m u l a l e d i y e e k l e r m a h a M a i

— Musa Ögün gezide
— Muhtırayı Demirel'e t
için gelmiş.
Musa Ögün de şakacı, k
lar 12 Mart'ı işletiyorlar

In den Gefängnissen dauern die Hungerstreiks an.

Die Solidarität der Künstler für die Hungerstreikenden

SSK açıklık
getirdi

**Emekli,
süper .
maaşı
nasıl
alacak?**

İsteğe bağlı
sigortalılar, 1 aralığa
kadar SSK'ya
başvurarak gösterge ve
üst gösterge
tablolarındaki hangi
derece ve kademedeki
prim ödeyeceklerini
öğrenebilecekler.

11. Sayfada

**Toptanda
12 aylık
enflasyon
yüzde 41**

İTO'nun
belirlemelerine göre
toptan eşya fiyatları
İstanbul'da geçen ay
yüzde 3 oranında
yükseldi. İlk 7 ayın
enflasyonu yüzde 21.8
oldu. Geçen yıl bu
oran yüzde 12.6'ydı.

11. Sayfada



BAYRAMPAŞA KAPISINDA — Yaşar Kemal, Adalet Ağaoğlu, Tarık Akan, Edip Akbayram, Müştak Erenus, Sadık Gürbüz, Dr. İldeniz Kurtulan, Rasim ve Sebahat Türkler dün Bayrampaşa Cezaevi'ne giderek açlık grevindeki hükümlülere destek oldular. (Foto: UĞUR GÜNYÜZ)

Cezaevlerinde açlık grevleri devam ediyor

Grevcilere sanatçı desteği

Yaşar Kemal, Adalet Ağaoğlu, Tarık Akan, Edip Akbayram, Sadık Gürbüz, Müştak Erenus ve Dr. İldeniz Kurtulan dün İstanbul Bayrampaşa Cezaevi'nin önüne gelerek gazetecilerle konuştular.

Adalet Bakanı Oltan Sungurlu, "Açlık grevindekiler için ben de ıstırap çekiyorum, ama bir şey yapamam," dedi.

Haber Merkezi — Cezaevlerinde ki insanlık dışı koşulları ve buna karşı çıkan hükümlü yakınlarının tutuklanmasını protesto için bayramdan önce başlatılan açlık grevleri dün de sürdü. Yazar Yaşar Kemal başkanlığında Bayrampaşa Cezaevi Savcısı ile görüşen sanatçı ve yazarlar, "Esirlerin bile hakları vardır. Mapusluk esirlik değildir. Açlık grevi- (Arkası Sa. 13, Sü. 4'te)

Evet, Biz Tarafız...

Bir askeri yönetim geliyor; biri devlet başkanı beş general toplanıp karara varıyorlar:

Nerededir o "suç", hangi yasada yazılıdır, söyler misiniz?..

"Kanunsuz suç ve ceza olmaz", çağdaş hukukun temel ilkesi değil midir?

■ **Siyah grev genişliyor:** Güne madencilerden sonra, altın işleme siyah işçiler de işi bırakıyor. 3. S

■ **Locarno, 40. yılında:** Locarno Festivali, Venedik'in hemen ardında dünyanın en eski şenliklerinden Cannes'la birlikte 40. yaşını kutluyor. 3. S

60

Aus der Tageszeitung "Hürriyet" vom 21.08.1987

Ein Gefangener guckt aus dem Guckloch seiner Zelle im Sondergefängnis. In dieser Zelle gibt es kein Wasser. Darum kommen schreckliche Gerüche.

18.07.

25.07.

A - 4 kişilik, dış kabin

600

450

248

B - 2 kişilik, iç kabin

550

413

225

B - 1 kişilik, iç kabin

100

400

207

01.07.

08.07.

BİRİ TAHLİYE, BİRİ MÜEBBET

Gaziantep Özel cezaevine girmelerine ve gezmelerine izin verilen gazetecilere kadınlar koğuşu da gösterildi. Mahkûmların genelde yakındıkları bütün sorunlar, haliyle buraya da yansımıştı. Marvet

Çukırcık (en solda) önümüzdeki Aralık ayında tahliye edilecekti. Belki de sırf bu nedenle, içeride yaşadığı sıkıntılara katlanabiliyordu. Ama müebbet hapse mahkûm Elif Öz'ün önünde daha uzun yıllar vardı ve özellikle hapisane koşullarının insanca olmasında direnmek istiyordu.

YÖNETİMİ PROTESTO

Gaziantep O. tıkları açlık yorlardı. Cezaevi yönetiminin keyfi kararlar okumak için istedikleri gazete, dergi ve kit

Ömür biter "cezaevi"



BETERİN BETERİ

Özel Cezaevi'nin bir diğer özelliği(!) de tek kişilik hücrelerdi. Hücrelerde bir yatak ve su darlığında dayanılmaz kokulara neden olan bir tuvaletten ile lavabodan başka bir şey yoktu (üstte). Hücrenin daracık kapı penceresinden bakan gözlerdeyse, meraktan çok yalınlık okunuyordu (yanda).

"Tek tip" i yakıtlar

TUTUKLU Aileleri Yardımlaşma Derneği üyeleri, İstanbul'da bulunan Alman parlamenterlerle birlikte, dün Sağmalcılar Cezaevi önünde tek tip elbise marketini yakıtlar. Sultanahmet'te, tutuklu ailelerinin sürdürdüğü oturma eylemini ise polis dağıttı.



● Gaziantep ve Şanlıurfa'daki cezaevlerinde, sağ ve sol görüşlü mahkûmlar, maddi ve manevi işkenceden şikâyet ederek, cezaevi koşullarının düzeltilmesi amacıyla açlık grevi yaptıklarını ileri sürdüler.

10. sayfada

Reuter, açlık grevini duyurdu

10. sayfada

Ünlü sanatçılar sahnede "süper şov" lara hazır

Voraussetzung
Friedens kön-
das bessere Ge-
as im zweiten
stem könne da-
beanspruchten
urch Beispiele
menschen über-
hnr müsse da-
tem sein, wel-
Systeme den
itrag zur „Lö-
übergreifenden
en“ leiste.
il werden die
fgelistet. Die
sich darin als
ichen Regier-
r sie ist die
ganisierte De-
indlich, die
Maßstab und
politischen
ie Diskussion.
b von Ideen

Donnerstag in Bonn der Ost-Berliner Wissenschaftler Holger Heissig (links) und SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler.

ideologie und als Teil des Machtapparats.

liegt in seiner auch in Brüssel gerühmten Beherrschung

Worner-Vorschlag konsultiert, aber beispielsweise

teigische Gewicht der Nato Zugehörigkeit Norwegens zu Sicherung der Nordflank und Abschrückung der atlantischen Zufahrtswegen.

Der Nato-Generalsekretär leitet nicht nur alle Sitzungen der Außen- und Verteidigungsminister, sondern auch die der Nato-Botschafter und anderer Gruppierungen. kann durch die Steuerung der Verhandlungen und durch seine Kontakte zu den Hauptstädten manches bewirken.

Nicht ohne Grund war bisher Tradition, einen Kandidaten erst nach nicht-offizieller Zustimmung aller Partner zu benennen. Ehe es im Dezember erstmals zu einer „Kampfabstimmung“ kam, wird jetzt in Brüsseler Kreisen gemutmaßt, daß am Ende noch nicht nominierte Dr. Carringtons Sessel bekommen könnte.

Türkische Presse schockiert über Haftbedingungen

Unterirdische Kerker für „widerborstige Gefangene“ – Özal: Wir haben nichts zu verbergen

Von RASIT GÜRDILEK

ANKARA (dpa)

Geschockt berichtete die gesamte türkische Presse über Zustände in Militärgefängnissen, nachdem Reporter erstmals das gefürchtete Mamak-Gefängnis in Ankara besichtigen durften. „Wir haben nichts zu verbergen“, hatte Ministerpräsident Özal erklärt, als die EG, bei der die Türkei im April formell um Aufnahme nachsuchte, den Besuch von Beobachtern angekündigt hatte.

Die einst überfüllten Zivil- und Militärgefängnisse sind im vergangenen Jahr durch

eine Amnestie fühlbar geleert worden. Doch auch das, was die Reporter jetzt noch sahen und von den Insassen hörten, genügte, um sie zu entsetzen.

Geschockt waren sie, als Häftlinge sie auf vier unterirdischen Kerker hinwiesen. Kaum zwei Meter lang und einen breit, stockfinster, mit tropfenden Decken und Wänden, ohne Frischluft und fließendes Wasser und von einer nur 30 Zentimeter kleinen Stahltür verschlossen, dienten sie dazu, die Gefangenen zu disziplinieren. Ein Betonsokkel diente als „Bett“ und eine

leicht erhöhte Plattform am Kopfende als „Toilette“. Angeblich widerborstige Häftlinge wurden hier bis zu zwei Wochen isoliert.

In den ebenfalls fensterlosen Gemeinschaftszellen, wo 36 Mann auf 40 Quadratmetern zusammengepfercht sind und eine stickige Luft herrscht, sind Foltern und Schläge, wie sie zur Zeit der Militärherrschaft 1980-83 üblich gewesen seien, durch psychische Schikanen abgelöst worden, berichteten Sprecher der Häftlinge.

Beim täglichen halbstündi-

gen Hofgang dürfen die Häftlinge nach eigenen Angaben nicht stehenbleiben, lachen oder mit anderen sprechen. Einen kürzlich eingeführten „Luxus“- täglich zwei Stunden Fernsehen – boykottierten die Häftlinge, weil die Gefängnisleitung das Programm zensuriere, sagte Gefangenensprecher Bülent Forta. Den einzigen Luxus, den sie sich wünschten, sei die Verlegung „aus diesem Konzentrationslager“ in ein Zivilgefängnis.

Vor den Reportern deuteten die Häftlinge auf den dumpf vor sich hin brütenden Mit-

häftling Veysel Kuhat, der durch schwere Foltern geisteskrank geworden sei und jetzt ständig unter Psychopharmaka gehalten werde.

Eine häufig wiederkehrende Klage betraf mangelnde ärztliche Versorgung. Generalleutnant Mete hatte die Klage erwartet. „Jetzt werden sie sich beschweren, daß sie nicht ins Krankenhaus kommen“, sagte er. „Warum? Weil sie sich natürlich langweilen. So denken sie nun einmal. Eine Einlieferung ins Krankenhaus ist für sie wie eine Reise nach Europa.“

naKÜCHEN

Die Markenküche – direkt ab Fabrik

– ohne Zwischenhandel –

Traumküchen

in allen Variationen zu verblüffenden Preisen

Inhaltsverzeichnis

- A) Im siebten Jahr des Militärputsches wird die Unterdrückung fortgesetzt
- Veröffentlichungen der Oppositionsführer Demirels und Ecevits, sowie Türk-Is Gewerkschaftsverbandes über das Regimes..... (Seite 1-5)
- B) Urteile in den wichtigen Prozessen in der Türkei
- Friedensverein-Prozess und DISK-Prozess gingen mit Gefängnisstrafen zu Ende..... (Seite 6-11)
- C) Die Unterdrückung der Studenten, der Wissenschaftler, der Friedensärzte, Intellektuellen, der Presse und dem Kulturleben geht weiter..... (Seite 12-25)
- D) Die Unterdrückung der Gewerkschaften und der Arbeiter geht weiter
- Veröffentlichungen der Türk-Is, DYP und SHP.. (Seite 26-29)
- E) Allgemeine Einschüchterung, Folter und unmenschliche Behandlungen in den Gefängnissen gehen weiter
- Die Stellungnahme des SHP-Vorsitzenden İnönü, Folter auf das kurdische Volk und einige Beispiele, die in der Presse veröffentlicht wurden..... (Seite 30-38)
- F) Die Verletzung des Staatsangehörigkeitsrechts
- Ausschluß aus der Staatsangehörigkeit, Einschränkungen bei der Vergabe der Reisepässe..... (Seite 39-44)
- Neue Entwicklungen in den Monaten JULI-AUGUST 1987 -
- G) Die fortwährende Unterdrückung und Folterung in der Türkei
(Seite 45-53)
- H) Die Reaktionen auf die schlechten Bedingungen in den Gefängnissen und die Hungerstreikes
(Seite 54-61)
- I) Die Aussagen zweier Beobachter aus Großbritannien über die Unterdrückung in der Türkei
(ab Seite 62)

Inhaltsverzeichnis

- A) Im siebten Jahr des Militärputsches wird die Unterdrückung fortgesetzt
- Veröffentlichungen der Oppositionsführer Demirels und Ecevits, sowie Türk-Is Gewerkschaftsverbandes über das Regimes..... (Seite 1-5)
- B) Urteile in den wichtigen Prozessen in der Türkei
- Friedensverein-Prozess und DISK-Prozess gingen mit Gefängnisstrafen zu Ende..... (Seite 6-11)
- C) Die Unterdrückung der Studenten, der Wissenschaftler, der Friedensärzte, Intellektuellen, der Presse und dem Kulturleben geht weiter..... (Seite 12-25)
- D) Die Unterdrückung der Gewerkschaften und der Arbeiter geht weiter
- Veröffentlichungen der Türk-Is, DYP und SHP..... (Seite 26-29)
- E) Allgemeine Einschüchterung, Folter und unmenschliche Behandlungen in den Gefängnissen gehen weiter
- Die Stellungnahme des SHP-Vorsitzenden İnönü, Folter auf das kurdische Volk und einige Beispiele, die in der Presse veröffentlicht wurden..... (Seite 30-38)
- F) Die Verletzung des Staatsangehörigkeitsrechts
- Ausschluß aus der Staatsangehörigkeit, Einschränkungen bei der Vergabe der Reisepässe..... (Seite 39-44)
- Neue Entwicklungen in den Monaten JULI-AUGUST 1987 -
- G) Die fortwährende Unterdrückung und Folterung in der Türkei
(Seite 45-53)
- H) Die Reaktionen auf die schlechten Bedingungen in den Gefängnissen und die Hungerstreikes
(Seite 54-61)
- I) Die Aussagen zweier Beobachter aus Großbritannien über die Unterdrückung in der Türkei
(ab Seite 62)

LICHTEN

Im Hintergrund: Türkei

FR

Knebel für Pressefreiheit

Drastische Einschränkungen der Presse- und Informationsfreiheit sieht eine Novelle zum türkischen Strafgesetzbuch vor, die das Justizministerium in Ankara ausgearbeitet hat. Justizminister Mahmut Oltan kündigte an, während der kommenden sechs Monate solle der Gesetzentwurf öffentlich zur Diskussion stehen, bevor er dem Parlament zur Beratung vorgelegt wird.

Türkische Journalisten und Verleger reagierten auf den Entwurf mit Empörung. Die vom Justizministerium vorgeschlagenen Strafgesetzbuchänderungen verbieten unter anderem die Berichterstattung über nicht offiziell zur Veröffentlichung freigegebene Kabinettsbeschlüsse und -beratungen, die künftig als „Staatsgeheimnisse“ gelten. Auch Publikationen, die geeignet sein könnten, „dem wirtschaftlichen Ansehen des Staates Schaden zuzufügen“, sollen verboten werden. Bei Zuwiderhandlungen drohen Haftstrafen von bis zu sechs Jahren.

Bei engherziger Auslegung dieser Bestimmung wäre künftig die Veröffentlichung nicht offiziell bestätigter Wirtschaftsdaten wie Inflationsziffern, Arbeitslosenzahlen oder öffentlicher Haushaltsdefizite strafbar, wenn die Justiz eine solche Publikation als „schädlich“ interpretiert. Personen, die als „Staatsgeheimnis“ eingestufte Dokumente erwerben, müssen nach den

neuen Vorschriften mit bis zu dreißigjährigen Haftstrafen rechnen. Wer Informationen sammelt, die nicht zur Veröffentlichung freigegeben sind, wird mit ein- bis dreijähriger Haft bedroht.

Die Gesetzesnovelle sieht auch erheblich verschärfte Zensurbestimmungen für sogenannte „obszöne Publikationen“ vor. Danach sollen künftig Videobänder, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Filme und Fotografien, die „der allgemeinen Gesellschaftsmoral widersprechen und sexuelle Leidenschaften wecken“, nicht mehr veröffentlicht werden dürfen. Bei Zuwiderhandlungen drohen Geldstrafen von bis zu 25 000 Mark. Der Generalsekretär des türkischen Journalistenverbandes, Orhan Erinc, wies die geplanten Gesetzesänderungen als unannehmbar zurück. Sie bedeuteten eine weitere Einschränkung der in der Türkei ohnehin beschränkten Pressefreiheit und des Rechts auf Information.

GERD HÖHLER (Athen)

TÜRKİYE SOSYALİSTİK DEMOKRATİK Halk Partisi

Şair Nevzat Çelik, açlık grevinde 20. gününü doldurdu



Çelik, "haberleşme hakkı elinden alındığı" gerekçesiyle açlık grevine başlamıştı.

İstanbul Haber Servisi — Şafak Türküsü adlı 5. basısı yapılan ve Akademi Kitabevi Ödülü'nü kazanan kitabın yazarı, şair Nevzat Çelik, açlık grevinde 20. gününü doldurdu. Nevzat Çelik'in sağlık durumunun iyi olmadığı, ancak haberleşme özgürlüğü sağlanıncaya değin açlık grevini sürdürmeye kararlı olduğu bildirildi.

Metris Askeri Ceza ve Tutukevi C-15 koğuşunda tutuklu bulunan şair Nevzat Çelik, Sağmalcılar Özel Tip Askeri Hastanesi'nden Metris'e sevk olduğu 19 Aralık 1985 gününden bu yana mektuplaşma ve haberleşme yolunun kapalı tutulduğu gerekçesiyle 7 Nisan 1987 günü açlık grevine başlamıştı.

Nevzat Çelik, 6 Nisan 1987 günlü Dev-Sol duruşmasında açlık grevi kararını açıklarken, ailesi aracılığıyla kamuoyuna yaptığı açıklamada şöyle demişti:

"Yedi yıldır askeri cezaevlerinde sistemli olarak uygulanan işkence ve yasakları bildiğinizi düşünerek, süresiz açlık grevine başlama nedenimi açıklamak istiyorum: Tutuklu biri olmamın yanı sıra bir büyük suçum daha var: Şair olmak!

Sağmalcılar Özel Tip Askeri Cezaevi'nden Metris'e sevk olduğum 19.12.1985 gününden bu yana mektuplaşma yolum kapalı tutuluyor.

1986 nisanında, binbaşı Muzaffer Ergüder'le (şimdi burada görevli değil) yaptığım görüşmede, bana özette söylenen şuydu: 'Bizim istediğimiz doğrultuda şiirler yaz, tutukluluk haklarından fazlasıyla yararlan'."

Nevzat Çelik'in avukatı Osman Ergin ve kardeşi Sükran Çelik ise açlık grevinin 20. gününün dolmasına karşın, cezaevi yönetiminin tutumunda herhangi bir değişiklik olmadığını, Çelik'in sağlık durumunun kötü olduğunu bildirdiler.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet"
vom 26.04.1987

Der Dichter Nevzat Çelik, der sich seit langer Zeit im Metris-Militärgefängnis befindet, ist seit 20 Tagen im Hungerstreik.

Er ist in den Hungerstreik getreten, weil es ihm nicht gestattet ist, seine Kommunikationsfreiheit auszunutzen.

İşkence ilkokula da girildi

Defteri kaybolan öğretmen 3 öğrenciyi hapsedirip üzerlerine su döktürdü

Muğla'nın Yeşilyurt kasabasında not defteri kaybolan öğretmen Hatice Çolak ilkokul 4. sınıfındaki Şeniz Karademir, Özden Toprak ve Veral Gökçüman adlı öğrencileri 2 saat tuvalete hapsedirip üzerlerine soğuk su döktürdü. Öğrenci velileri valiliğe başvurular.

ÖZCAN ÖZGÜR

MUĞLA — Muğla'ya bağlı Yeşilyurt kasabası ilkokulunda "kaybolan not defterini almalı söylemek için" üç öğrencisini okul tuvaletine hapsederek eksi dört derece soğukta üzerlerine su döktürdüğü iddia edilen öğretmen, veliler tarafından vilayet ve milli eğitim müdürlüğüne şikâyet edildi. Öğrenci velilerinden Mustafa Karademir ve Şeniz Karademir'in okul dönüşünde eve sınırlıklam

rafettin Gökçüman öğretmen Hatice Çolak'ın not defterinin kaybolmasından sorumlu tutarak Özden Toprak, Şeniz Karademir ve Veral Gökçüman isimli dördüncü sınıf öğrencilerini okul tuvaletine kapatarak adeta işkence yaptığını söylediler. Okul müdürü, "Bazı öğretmen arkadaşların önerisi ile birkaç dakikacık kapatmıştık" dedi.

Öğrenci velilerinden Mustafa Karademir kızı Şeniz Karademir'in okul dönüşünde eve sınırlıklam

geldiğini, çizmelerinin su dolu olduğunu belirterek şunları söyledi:

"Öğretmenin kaybolan not defterinin çöp kutusundan bulunmasından sonra defterin üzerinde Şeniz Karademir ve Veral Gökçüman isimlerini görerek suçu itiraf ettirmek amacıyla tuvalete iki ders saati boyunca üç öğrenciyi hapsedirip ve üzerlerinden su döktürdüğünü kızımın ifadesi üzerine öğrendim. Şimdi, eve korkudan ve soğuktan titreyerek dönen kızımı okula göndermekte güçlük çekiyorum."

Şikâyetçi velilerden Şerafettin Gökçüman ise, "Biz çocuklarımızı okula eğitilsinler diye gönderiyoruz. İşkence edilsinler diye değil," dedi.

Bu arada, kendisi ile görüştüğümüz Muğla Milli

Eğitim Müdürü Fevzi Piyıklı olayı müfettişlerden duyduğunu belirterek, "İftenüz bize ulaşmadı. Ulaştığında gereken yapılacaktır" dedi.

Okul Müdürü Ali Özdemir de konu ile ilgili sorularımıza yanıtlarken, "olayın doğruluk yönü yok" dedi. Özdemir, "Velilerin dilekçeleri var. Buna ne diyorsunuz?" biçimindeki soruyu ise şöyle yanıtladı:

"Öğretmenin not defteri kaybolmuş. Defterin bulunması için öğrencilerin ifadelerini aldık. Ama bulamadık. Bunun üzerine bazı öğretmen arkadaşların önerisi ile belki korkudan birbirlerine söyledikleri diye 2-3 dakikacık kapatıldılar. Su falan da dökmedik." Vali Yücel Bolgen ise "Gereken yapılacaktır" dedi.

Zetecilerle...

Aus der Zeitung "Cumhuriyet"
vom 18.03.1987

Die Folter auch in der Grundschule

Eine Lehrerin aus Muğla-Yeşilyurt, eine kleine Stadt in Süd-West Anatolien, hat drei kleine Schüler inhaftiert und mit Wasser nass gemacht.

15 NİSAN 87

CUMHURİYET/10

Pasaport yasağındaki uygulamalar, 'cezanın kişiselliği' ilkesini hiçe sayıyor

'Sakıncalı' yakınına da pasaport yok

Pasaport Yasası'ndaki "Memlekettten ayrılmalarda genel güvenlik bakımından mahzur bulunduğu İçişleri Bakanlığı'nca tespit edilenler" bölümünün uygulanması sırasında, hukukun temel ilkelerinden olan "cezanın kişiselliği" ilkesinin de sık sık çiğnendiği ileri sürülüyor. Bu ilkenin çiğnendiği olaylar, "Bir kişi hakkında yürütülen soruşturma veya dava nedeniyle bu kişinin yakınlarının da pasaport hakkından yoksun bırakılması" olarak ortaya çıkıyor.

Bu konudaki ilginç olaylardan birinin, geçen mart ayında ölen İstanbul Barosu eski Başkanlarından Orhan Apaydın Barış Derneği Davası nedeniyle tutukluken, eşi Gürsel Apaydın'ın pasaport almak için başvuruda bulunduğu sırada yaşandığı belirtiliyor. Daha önce Londra'da ameliyat olan ve iki kalp kapakçığı değiştirilen Gürsel Apaydın, sağlık kontrolü yaptırmak için yurtdışına çıkmak istediğinde, dosyasında "Eşi Barış Derneği davasından tutukludur" sözlerinin bulunduğu görüldüğü ve bu nedenle pasaportunun her sayfasına "iptal" damgası vurulduğu bildiriliyor. Gürsel Apaydın ise bu durum karşısında tepkisini "Ama bu bütün aileyi cezalandırmaktır" diyerek gösteriyor. Aynı tepkiyi eşi ve kızı için Mehmet Ali Aybar, 8 yaşındaki Kiraz için Doğu Perinçek, annesinin babası ve halası ile, halasının kocası için Fatoş Güney ve daha birçok kişi göstermek zorunda kalıyorlar.

DIŞARIDAN NASIL GÖRÜLÜYOR?

Helsinki İzleme Komiteleri, özellikle Amerikalı gruplar Türkiye'ye geldiklerinde Türk yetkililerine sürekli olarak sordukları sorula-

rın başında pasaport yasakları konusu geliyor. Yabancı gruplar aynı soruları ülkemizde görüştükleri bilim adamlarına, sanatçılara, hukukçulara da soruyorlar. Grupların en çok, kaç kişiye pasaport verilmediğini öğrenmek istedikleri, bu soruyu Başbakan Turgut Özal'a, İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut'a, Adalet Bakanı iken Necati Eldem'e sık sık sordukları, ancak net bir sayı alamadıkları belirtiliyor.

İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut, "Pasaport yasağı konusu, özellikle AET'ye girmeye hazırlandığımız şu günlerde Avrupalılar tarafından ilgiyle izleniyor. Pasaport yasasının bu açıdan da düzeltilmesi gerekmektedir mu?" biçimindeki sorumuzu şöyle yanıtlıyor:

"Dışarıdan bize bakanlar için de aynı şeyi düşünmek lazım. Diğer ülkelerin kanunlarını bilmiyorum ama onların da yani sınırlama koymuş olmaları gerekir bazı şeylere, değil mi? Yani güvenlik açısından."

Avukat Turgut Kazan ise, Türkiye'deki yasağın görüntüsünün dışarıdan başka türlü görünmesinin sağlanması amacıyla 30.4.1986 tarihli 3280 sayılı yasanın çıkarıldığını ve Pasaport Yasası'nın 22. maddesinin birinci fıkrasına bir cümle eklendiğini söylüyor. Bu değişikliğe göre, "Yabancı memleketlere gitmeleri mahkemelerce yasaklananlar dışında kalan sanıklara zaruri hallerde İçişleri Bakanının teklifi ve Başbakanın onayı ile pasaport veya pasaport yerine geçen seyahat vesikası verilebilir" deniliyor. Avukat Turgut Kazan, bu değişiklikle ortaya çıkan yeni durumu şöyle yorumluyor:

"Yalnızca Mahmut Dikerdem'e, Aziz Nesin'e ve Abdullah Baştürk'e

pasaport vererek, Türkiye'de böyle bir yasak kalmadığı imajını yaratmaya çalışıyorlar. Ne var ki durum acı ve açıktır. Bugün yüz binlerce insan pasaport alamıyor. Bilgi işlem merkezindeki sayı tam olarak bilinmiyor. Biz Mahmut Dikerdem'e, Aziz Nesin'e pasaport verilirince sevindik. Bunu sağlıklı bir yaklaşım olarak gördük. Ama ilerleme olmadı. Başka adım atılmadı."

Avukat Gülçin Çaylıgil ise yönetimin her konuda olduğu gibi bu konuda da keyfi davrandığını söyleyerek, "Bir Mahmut Dikerdem, bir Abdullah Baştürk pasaport alabiliyor, ama sade vatandaş alamıyor" diyor.

TEPKİLER

Pasaport Yasası hükümlerine, pasaport yasaklılarının adlarının bulunduğu listelere, genel olarak pasaport hakkının zorlanmasına ilişkin çeşitli kesimlerden yoğun tepkiler her geçen gün çoğalıyor.

Yazar Bekir Yıldız, 1962 yılında işçi pasaportu alırken hiç zorlukla karşılaşmadığını, yazar olduktan sonra pasaport almasının güçleştiğini ve çeşitli zorluklarla karşılaştığını söylüyor. Eleştirmen ve Edebiyat Tarihçisi Atilla Özkırımlı, hem pasaport alırken, hem havaalanından çıkış yaparken, hem de dönüşünde defalarca zorluklarla karşılaştığını söylerken, bir başka ünlü yasalı, Mehmet Nabi İnciler (İnci Baba) tepkisini şu sözlerle dile getiriyor:

"Zorluk üstüne zorluk çıkıyorlar. Verdikleri pasaportla yurtdışında adım atamıyoruz. Sanki Amerikan pasaportu veriyor adamlar, o kadar nazlanıyorlar."

Auch Anverwandten einer Person, die vom Innenministerium als gefährliche Person für die Republik festgestellt worden ist, dürfen keinen Pass erhalten.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 15.04.1987

44

15 NİSAN 87

CUMHURİYET/10

Pasaport yasağındaki uygulamalar, 'cezanın kişiselliği' ilkesini hiçe sayıyor

'Sakıncalı' yakınına da pasaport yok

Pasaport Yasası'ndaki "Memleketten ayrılmalarda genel güvenlik bakımından mahzur bulunduğu İçişleri Bakanlığı'nca tespit edilenler" bölümünün uygulanması sırasında, hukukun temel ilkelerinden olan "cezanın kişiselliği" ilkesinin de sık sık çiğnendiği ileri sürülüyor. Bu ilkenin çiğnendiği olaylar, "Bir kişi hakkında yürütülen soruşturma veya dava nedeniyle bu kişinin yakınlarının da pasaport hakkından yoksun bırakılması" olarak ortaya çıkıyor.

Bu konudaki ilginç olaylardan birinin, geçen mart ayında ölen İstanbul Barosu eski Başkanlarından Orhan Apaydın Barış Derneği Davası nedeniyle tutukluymken, eşi Gürsel Apaydın'ın pasaport almak için başvuruda bulunduğu sırada yaşandığı belirtiliyor. Daha önce Londra'da ameliyat olan ve iki kalp kapakçığı değiştirilen Gürsel Apaydın, sağlık kontrolü yaptırmak için yurtdışına çıkmak istediğinde, dosyasında "Eşi Barış Derneği davasından tutukludur" sözlerinin bulunduğu gördüğü ve bu nedenle pasaportunun her sayfasına "İptal" damgası vurulduğu bildiriliyor. Gürsel Apaydın ise bu durum karşısında tepkisini "Ama bu bütün aileyi cezalandırmaktır" diyerek gösteriyor. Aynı tepkiyi eşi ve kızı için Mehmet Ali Aybar, 8 yaşındaki Kiraz için Doğu Perinçek, anne-babası ve halası ile, halasının kocası için Fatoş Güney ve daha birçok kişi göstermek zorunda kalıyorlar.

DIŞARIDAN NASIL GÖRÜLÜYOR?

Helsinki İzleme Komiteleri, özellikle Amerikalı gruplar Türkiye'ye geldiklerinde Türk yetkililerine sürekli olarak sordukları sorula-

rın başında pasaport yasakları konusu geliyor. Yabancı gruplar aynı soruları ülkemizde görüştikleri bilim adamlarına, sanatçılara, hukukçulara da soruyorlar. Grupların en çok, kaç kişiye pasaport verilmeyi öğrenmek istedikleri, bu soruyu Başbakan Turgut Özal'a, İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut'a, Adalet Bakanı iken Necat Eldem'e sık sık sordukları, ancak net bir sayı alamadıkları belirtiliyor.

İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut, "Pasaport yasağı konusu, özellikle AET'ye girmeye hazırlandığımız şu günlerde Avrupalılar tarafından ilgiyle izleniyor. Pasaport yasasının bu açıdan da düzeltilmesi gerekmektedir mu?" biçimindeki sorumuzu şöyle yanıtlıyor:

"Dışarıdan bize bakanlar için de aynı şeyi düşünmek lazım. Diğer ülkelerin kanunlarını bilmiyorum ama onların da yani sınırlama koymuş olmaları gerekir bazı şeylere, değil mi? Yani güvenlik açısından."

Avukat Turgut Kazan ise, Türkiye'deki yasağın görüntüsünün dışarıdan başka türlü görünmesinin sağlanması amacıyla 30.4.1986 tarihli 3280 sayılı yasanın çıkarıldığını ve Pasaport Yasası'nın 22. maddesinin birinci fıkrasına bir cümle eklendiğini söylüyor. Bu değişikliğe göre, "Yabancı memleketlere gitmeleri mahkemelerce yasaklananlar dışında kalan sanıklara zaruri hallerde İçişleri Bakanının teklifi ve Başbakanın onayı ile pasaport veya pasaport yerine geçen seyahat vesikası verilebilir" deniliyor. Avukat Turgut Kazan, bu değişiklikle ortaya çıkan yeni durumu şöyle yorumluyor:

"Yalnızca Mahmut Dikerdem'e, Aziz Nesin'e ve Abdullah Baştürk'e

pasaport vererek, Türkiye'de böyle bir yasak kalmadığı imajını yaratmaya çalışıyorlar. Ne var ki durum acı ve açıktır. Bugün yüz binlerce insan pasaport alamıyor. Bilgi işlem merkezindeki sayı tam olarak bilinmiyor. Biz Mahmut Dikerdem'e, Aziz Nesin'e pasaport verince sevindik. Bunu sağlıklı bir yaklaşım olarak gördük. Ama ilerleme olmadı. Başka adım atılmadı."

Avukat Gülçin Çaylıgil ise yönetimin her konuda olduğu gibi bu konuda da keyfi davrandığını söyleyerek, "Bir Mahmut Dikerdem, bir Abdullah Baştürk pasaport alabiliyor, ama sade vatandaş alamıyor" diyor.

TEPKİLER

Pasaport Yasası hükümlerine, pasaport yasaklılarının adlarının bulunduğu listelere, genel olarak pasaport hakkının zorlanmasına ilişkin çeşitli kesimlerden yoğun tepkiler her geçen gün çoğalıyor.

Yazar Bekir Yıldız, 1962 yılında işçi pasaportu alırken hiç zorlukla karşılaşmadığını, yazar olduktan sonra pasaport almasının güçleştiğini ve çeşitli zorluklarla karşılaştığını söylüyor. Eleştirmen ve Edebiyat Tarihçisi Atilla Özkırımlı, hem pasaport alırken, hem havaalanından çıkış yaparken, hem de dönüşünde defalarca zorluklarla karşılaştığını söylerken, bir başka ünlü yasalı, Mehmet Nabi İnciler (İnci Baba) tepkisini şu sözlerle dile getiriyor:

"Zorluk üstüne zorluk çıkarıyorlar. Verdikleri pasaportla yurtdışında adım atamıyoruz. Sanki Amerikan pasaportu veriyor adamlar, o kadar nazlanıyorlar.."

Aus der Zeitung
"Cumhuriyet" vom 15.04.1987
Auch Anverwandten einer
Person, die vom Innenminis-
terium als gefährliche Per-
son für die Republik fest-
gestellt worden ist, dür-
fen keinen Pass erhalten.

44

15 NİSAN 87

Pasaport yasağındaki uygulamalar, 'cezanın kişiselliği' ilkesini hiçe sayıyor

'Sakıncalı' yakınına da pasaport yok

Pasaport Yasası'ndaki "Memleketten ayrılmalarında genel güvenlik bakımından mahzur bulunduğu İçişleri Bakanlığı'nca tespit edilenler" bölümünün uygulanması sırasında, hukukun temel ilkelerinden olan "cezanın kişiselliği" ilkesinin de sık sık çiğnendiği ileri sürülüyor. Bu ilkenin çiğnendiği olaylar, "Bir kişi hakkında yürütülen soruşturma veya dava nedeniyle bu kişinin yakınlarının da pasaport hakkından yoksun bırakılması" olarak ortaya çıkıyor.

Bu konudaki ilginç olaylardan birinin, geçen mart ayında ölen İstanbul Barosu eski Başkanlarından Orhan Apaydın Barış Derneği Davası nedeniyle tutukluymken, eşi Gürsel Apaydın'ın pasaport almak için başvuruda bulunduğu sırada yaşandığı belirtiliyor. Daha önce Londra'da ameliyat olan ve iki kalp kapakçığı değiştirilen Gürsel Apaydın, sağlık kontrolü yaptırmak için yurtdışına çıkmak istediğinde, dosyasında "Eşi Barış Derneği davasından tutukludur" sözlerinin bulunduğunu gördüğü ve bu nedenle pasaportunun her sayfasına "iptal" damgası vurulduğu bildiriliyor. Gürsel Apaydın ise bu durum karşısında tepkisini "Ama bu bütün aileyi cezalandırmaktır" diyerek gösteriyor. Aynı tepkiyi eşi ve kızı için Mehmet Ali Aybar, 8 yaşındaki Kiraz için Doğu Perinçek, annebabası ve halası ile, halasının kocası için Fatoş Güney ve daha birçok kişi göstermek zorunda kalıyorlar.

DIŞARIDAN NASIL GÖRÜLÜYOR?

Helsinki İzleme Komiteleri, özellikle Amerikalı gruplar Türkiye'ye geldiklerinde Türk yetkililerine sürekli olarak sordukları sorula-

rın başında pasaport yasakları konusu geliyor. Yabancı gruplar aynı soruları ülkemizde gördükleri bilim adamlarına, sanatçılara, hukukçulara da soruyorlar. Grupların en çok, kaç kişiye pasaport verilmeyeceğini öğrenmek istedikleri, bu soruyu Başbakan Turgut Özal'a, İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut'a, Adalet Bakanı iken Necat Eldem'e sık sık sordukları, ancak net bir sayı alamadıkları belirtiliyor.

İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut, "Pasaport yasağı konusu, özellikle AET'ye girmeye hazırlandığımız şu günlerde Avrupalılar tarafından ilgiyle izleniyor. Pasaport yasasının bu açıdan da düzeltilmesi gerekmiyor mu?" biçimindeki sorumuzu şöyle yanıtlıyor:

"Dışarıdan bize bakanlar için de aynı şeyi düşünmek lazım. Diğer ülkelerin kanunlarını bilmiyorum ama onların da yani sınırlama koymuş olmaları gerekir bazı şeylere, değil mi? Yani güvenlik açısından."

Avukat Turgut Kazan ise, Türkiye'deki yasağın görüntüsünün dışarıdan başka türlü görünmesinin sağlanması amacıyla 30.4.1986 tarihli 3280 sayılı yasanın çıkarıldığını ve Pasaport Yasası'nın 22. maddesinin birinci fıkrasına bir cümle eklendiğini söylüyor. Bu değişikliğe göre, "Yabancı memleketlere gitmeleri mahkemelerce yasaklananlar dışında kalan sanıklara zaruri hallerde İçişleri Bakanının teklifi ve Başbakanın onayı ile pasaport veya pasaport yerine geçen seyahat vesikası verilebilir" deniliyor. Avukat Turgut Kazan, bu değişiklikte ortaya çıkan yeni durumu şöyle yorumluyor:

"Yalnızca Mahmut Dikerdem'e, Aziz Nesin'e ve Abdullah Baştürk'e

pasaport vererek, Türkiye'de böyle bir yasak kalmadığı imajını yaratmaya çalışıyorlar. Ne var ki durum acı ve açıktır. Bugün yüz binlerce insan pasaport alamıyor. Bilgi işlem merkezindeki sayı tam olarak bilinmiyor. Biz Mahmut Dikerdem'e, Aziz Nesin'e pasaport verince sevinдик. Bunu sağlıklı bir yaklaşım olarak gördük. Ama ilerleme olmadı. Başka adım atılmadı."

Avukat Gülçin Çaylıgil ise yönetimin her konuda olduğu gibi bu konuda da keyfi davrandığını söyleyerek, "Bir Mahmut Dikerdem, bir Abdullah Baştürk pasaport alabiliyor, ama sade vatandaş alamıyor" diyor.

TEPKİLER

Pasaport Yasası hükümlerine, pasaport yasaklılarının adlarının bulunduğu listelere, genel olarak pasaport hakkının zorlanması ilişkin çeşitli kesimlerden yoğun tepkiler her geçen gün çoğalıyor.

Yazar Bekir Yıldız, 1962 yılında işçi pasaportu alırken hiç zorlukla karşılaşmadığını, yazar olduktan sonra pasaport almasının güçleştiğini ve çeşitli zorluklarla karşılaştığını söylüyor. Eleştirmen ve Edebiyat Tarihçisi Atilla Özkırımlı, hem pasaport alırken, hem havaalanından çıkış yaparken, hem de dönüşünde defalarca zorluklarla karşılaştığını söylerken, bir başka ünlü yasalı, Mehmet Nabi İnciler (İnci Baba) tepkisini şu sözlerle dile getiriyor:

"Zorluk üstüne zorluk çıkarıyorlar. Verdikleri pasaportla yurtdışında adım atamıyoruz. Sanki Amerikan pasaportu veriyor adamlar, o kadar nazlanıyorlar.."

Aus der Zeitung
"Cumhuriyet" vom 15.04.1987
Auch Anverwandten einer
Person, die vom Innenminis-
terium als gefährliche Per-
son für die Republik fest-
gestellt worden ist, dür-
fen keinen Pass erhalten.

(Das Kind ist elf Jahre alt)



Dayak cennetten çıkmadır derler ya !

Hırsız çocuk hiç durmadan, eti koparıyormuş gibi ağlayıp, çığlıkları ile adliyei birbirine katinca, jandarma eri babadan kalma usulü kullandı ve "Sus ulan kerata" diyerek ensesine tokatı patlattı. Bir anda neye uğradığını şaşırın çocuk korkudan hemen susuverdi...

// Sus ulan kerata ! //

☐ Jandarma eri, Adliye'de iki gözü iki çeşme ağlayan hırsız çocuğu bir tokatta susturdu !

☐ 11 yaşındaki Orhan Özsan, pazar- da bir kadının çantasını kaptığı



10 (11.07.1987) 11.07.1987

ukiye
Fadik
(4) ile
dört
(50).
ne (7).
Kayıp
ünde
lıyor.

Aus der Tageszeitung "Milliyet"
vom 23.08.1987

aus dem Artikel von A. Altan
"Gefangenen und Hunde"

In den türkischen Gefängnissen werden die Wachhunde besser ernährt als Gefangenen. Der Staat gibt für einen Hund täglich 1150 türkisches Pfund, für einen Stäfling 325 türkisches Pfund aus.

BIR GOVDE GÖSTERİSİ

bir günün hikâyesi

Ahmet ALTAN

GÜNÜN SÖZÜ

Acı çekmeyenler, başkalarının acı çekebileceğini akıllarına bile getirmezler.
Samuel Johnson

Mahkûmlar ve köpekler

ÇANAKKALE Cezaevi'nin müdürü Mehmet Gözüyüklü'nün, cezaevindeki "kadrolu" köpeklerin mahkûmların yiyeceklerini verdiğini iddia edildi. Bu iddia üzerine, savcılık Gözüyüklü ile iki cezaevi memurunun ifadelerini aldı.

Müdür Gözüyüklü, savcılıkta verdiği ifadede böyle bir iddianın gerçek olmayacağını rakamlarla kanıtladı.

Bir mahkûmun ekmeği dahil günlük iase bedeli 325 liraydı.

Bakımları 3 gardiyan tarafından yapılan köpekler ise, günde 1 kilo 200 gram yağ, alınmış et, bir ekmeği, beyazı alınmış bir yumurta ve 250 gram süt veriliyordu.

Bir köpeğin devlet tarafından ödenen günlük iase bedeli 1150 liraydı.

Bir köpek için harcanan para, yaklaşık üç buçuk mahkûm için harcanan paraya eşitti.

Müdürden sonra infaz ve koruma memuru Cafer Kocamış ifade verdi.

- Cezaevimizde bulunun kurt köpeklerinin bakımı benden sorulmaktadır. Bu hayvanların bakımı ayrı bir fasıldan karşılanmaktadır. Hükümlülerin iasesiyle hiç bir ilgisi yoktur. Bugüne kadar da hükümlülerin iasesinden istifade ettirmedim. Bu köpekler protein ihtiva eden et, süt ve yumurta ile beslenmektedir. Oysa hükümlünün yemeğinde, günlük iasesinin düşüklüğü nedeniyle böyle bir malzeme bulunmamaktadır. Bu nedenle hükümlünün yemeğinden istifade ettirmemiz mümkün değildir. Köpeklerimizin günlük harcaması hükümlülerin çok çok üstündedir...

Durum açıkça ortadaydı. Bu şartlar altında, mahkûmların yiyeceğinden alınıp köpeklerle verilemezdi. Zaten köpekler de mahkûmlara verilen yemeği yemezlerdi. Çünkü, ıyı yemeklere alışkındılar. Olsa olsa köpeklerin yiyeceğinden mahkûmlara verilebilirdi. Ama kimse kalkıp da, köpekler dururken mahkûmlara et ve süt vermeyi düşünmezdi.

Muhalefet partilerimizin ve aydınlarımızın "insan haklarına" ne kadar meraklı olduğunu görüyoruz. 4 eski liderin yeniden siyasete atılmasını sağlamak için cansiperane mücadele veriyorlar. Yer yok inliyor demokrasi çılgınlıklarıyla. Kurt köpeklerimizi de devletimiz koruyor. Protein ihtivaatları eksiksiz karşılanıyor.

Mahkûmlara gelince Onları korumaya gerek yok Onlar ne köpek ne de politikacı Yalnızca mahkûm onlar. Başlarının caresine bakışınlar

HİŞŞT!...

Seç, seç al

Önce: Hayır, hayır, hayır...

Ondan sonra: No, no, no...

Daha sonra: La, la, la...

Bu gidişle, korkattım ki...

...nunda: Niyet, niyet, niyet...

Eee, ne demezsiniz? İşte...

ANAP'ın dört eğilimi...

H.Ü.

"Özal Nobel ödülü istiyor": Oscar daha uygun düşmez mi?

Eğlenceli pazarlık

DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI?

**Einige Tatsachen aus der türkischen Tagespresse
Eine Auswahl ohne Kommentar**

**Solidaritätsinitiative
für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei
Duisburg**

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

- A) Im siebten Jahr des Militärputsches wird die Unterdrückung fortgesetzt
- Veröffentlichungen der Oppositionsführer Demirels und Ecevits, sowie Türk-Is Gewerkschaftsverbandes über das Regimes..... (Seite 1-5)
- B) Urteile in den wichtigen Prozessen in der Türkei
- Friedensverein-Prozess und DISK-Prozess gingen mit Gefängnisstrafen zu Ende..... (Seite 6-11)
- C) Die Unterdrückung der Studenten, der Wissenschaftler, der Friedensärzte, Intellektuellen, der Presse und dem Kulturleben geht weiter..... (Seite 12-25)
- D) Die Unterdrückung der Gewerkschaften und der Arbeiter geht weiter
- Veröffentlichungen der Türk-Is, DYP und SHP.. (Seite 26-29)
- E) Allgemeine Einschüchterung, Folter und unmenschliche Behandlungen in den Gefängnissen gehen weiter
- Die Stellungnahme des SHP-Vorsitzenden İnönü, Folter auf das kurdische Volk und einige Beispiele, die in der Presse veröffentlicht wurden..... (Seite 30-38)
- F) Die Verletzung des Staatsangehörigkeitsrechts
- Ausschluß aus der Staatsangehörigkeit, Einschränkungen bei der Vergabe der Reisepässe..... (Seite 39-44)
- Neue Entwicklungen in den Monaten JULI-AUGUST 1987 -

- G) Die fortwährende Unterdrückung und Folterung in der Türkei
(Seite 45-53)
- H) Die Reaktionen auf die schlechten Bedingungen in den Gefängnissen und die Hungerstreikes
(Seite 54-61)
- I) Die Aussagen zweier Beobachter aus Großbritannien über die Unterdrückung in der Türkei
(ab Seite 62)

Korkunun "Referandumdan korkuyor" sözüne sert yanıt

Founded by Yunus Nadi, 1924 (63. year)

Sunday, April 12, 1987

Published by Cumhuriyet Matbaacılık ve Gazetecilik T.A.Ş.



Bugün işgal ettiği iktidar koltuğunu yasaklara borçlu

Referandum: Anayasanın nasıl değişeceği için tanzim edilmiştir ve 175. madde onun şimdiki bu maddeye uymak varken, sadece geçici 4. maddenin kalkmasını önlemek için yeni yollara başvurmak bahanedir ibarettir.

ANKARA (Cumhuriyet Binası) — Başbakan Turgut Özal'ın "Demirel, referandumdan korkuyor" sözüne, kapatılan Ap'nin Genel Başkanı Süleyman Demirel, sert bir yanıt verdi. Demirel, "Aşlında yasakları muhafazaya devam ettirmeli ki, sesli Hint'ten, Çin'den duyulacak. Kendilerine güvenleri varsa bu ayıplı idareyi devam ettirebilirler. Yasaksız bir seçime gitsin. O zaman kimin korktuğu meydana çıkar. Yasakları muhafaza etmeleri kendi korkaklıklarıdır. Yasaklar olmasa iktidar olamazlardı."

Süleyman Demirel, Cumhuriyet'in sorularına şu yanıtları verdi: — Başbakan Özal'ın Cumhuriyet'te çıkan siyasal haklarla ilgili demecini nasıl karşıladınız? **DEMİREL** — Demirel korkuyor manesiyle 4. maddenin getirdiği yasaklarla ilgili bir tespit yapayım. Ap ve CHP kapatılmasa, bu yasaklar...

Gölgeli iktidar: Gölgeli iktidar ne kadar direnirse direnir bir yerden itibaren gasıp durumuna düşmekten kendini kurtararak bir şamar yiyeceklerdir ki, sesi Halkın den duyulacak. Halep ordu...

Aus "Cumhuriyet" vom 12.04.

Demirel hat auf die Anschuldigung von Özal geantwortet, Die Regierung verdankt den politischen Verboten ihre heutige Position.

Demirel: 'Türkiye'de gizli hükümetler var'

ANKARA (UBA) — Eski Başbakanlardan Süleyman Demirel, Anavatan iktidarının vatandaşın yüzüne bakacak hali kalmadığını belirterek, "Özal'ın alternatifsizlik iddiaları suya düşmüştür, Türkiye'de kaç tane hükümetin olduğu belli değil" dedi.

Türkiye'nin nasıl yönetildiği konusunda görüşlerini açıklayan Demirel, UBA muhabirine şunları söyledi:

"Halk ıstırap içindedir, yoksullaşmıştır. Türkiye hür ve demokrat bir ülke değildir. Şimdi Özal çıkıp da alternatifim yok derse ve bunda ısrar ederse inandırıcılığı kalmaz. Çünkü hiçbir konuda esas kendi karar veremiyor. YÖK bir hükümet, Çankaya bir hükümet, Anayasa Mahkemesi bir hükümet. Bir de görünmeyen gizli hükümetler var ki, bunlar daha zararlı."

Memleketin kan ağladığı bir dönemde hiçbir şey yokmuş gibi davranan hükümet üyelerinin vatandaşın zamanı gelince büyük bir ders alacağını belirten Demirel şöyle dedi:

"Kendi keyfi tutum ve dünyalarına göre devleti idare edenler ilk seçimlerde barajı bile aşamayacaklardır. O zamana kalmadan zaten bunların milletin yüzüne bakacak halleri kalmayacaktır. Bu kötü idare ve herkesin karıştığı, tesirli olduğu idare şeklinin sonunda yöneticiler ömürleri boyunca atlatamayacakları bir şoka gireceklerdir. Millet zamanı gelince kendi kaderini kendi tayin edecektir."

Süleyman Demirel, ANAP iktidarının hükümet imkânlarını çok yanlış kullandığını, bunun zararının ileride çekileceğini belirterek, "Zaman çok geçmeden

millete gidilmelidir, bu da hür ve adil bir seçim ortamında yasaksız olarak yapılmalıdır. Devlet imkânları her seçimde kullanılmıştır, ama son günlerde devlet gücü çok adaletsiz bir şekilde kullanılmaya başlandı." dedi.

Ana Britannica beraat etti

İstanbul Haber Servisi — Ermeni propagandası yaptığı iddiasıyla 15 yıla kadar hapis cezası istemiyle yargılanan Ana Britannica Ansiklopedisi Sorumlu Yazı İşleri Müdürü Hilda Hülya Potuoğlu beraat etti.

Ana Yayıncılık tarafından çıkarılan Ana Britannica Ansiklopedisi'nin 10 Kasım 1986 tarihinde yayımlanan 2. fasikülünde yer alan Adana ve Adıyaman bölümlerinde Ermeni propagandası yapıldığı iddiasıyla söz konusu fasikül toplatılmış ve Sorumlu Müdür Hilda Hülya Potuoğlu aleyhine TCK'nin 142/3 ve 6. maddelerine göre 7,5 yıldan 15 yıla kadar hapis cezası istemiyle dava açılmıştı. İstanbul Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde görülen davanın bir önceki oturumunda esas hakkındaki görüşünü bildiren duruşma savcısı da Potuoğlu'nun cezalandırılmasını istemişti.

Dün son sözü sorulan Potuoğlu, suçlamaları reddederek beraatini istedi. Kararını açıklayan mahkeme "suç unsuru teşekkül etmediğinden" Potuoğlu'nun beraatine karar verdi.

17.4.87 Cum.

Aus "C-mhuriyet" vom 17.04.1987

Demirel : In der Türkei gibt es Geheimregierungen. Das Volk leidet. Die Türkei ist nicht mehr ein freies, demokratisches Land.

Ecevit: Vitrinlik demokrasi

3

DSP'nin Van'da düzenlediği açık hava mitinginde konuşan Ecevit, 12 Eylül'den sonra göstermelik bir demokrasi kurulmak istendiğini belirterek, "Vitrine konmuş ithal peynir gibi, ithal kürk gibi, sigara gibi demokrasi var" dedi.

MEHMET GÜLTEKİN

VAN — DSP'nin Van'da düzenlediği açık hava toplantısında konuşan Bülent Ecevit, araçların yalnız ekonomide olmadığını, siyasette de araçların bulunduğunu belirterek, "Siyaset araçları Güneydoğu'daki güçlü kişilerdir. Onların temsilcileri, en güçlülere çoğu zaman Meclis'te üyedir, milletvekilidir veya bakandır. Güneydoğu'da köyleri olan politikacılar vardır. Ama gidip bakın yine hâlâ köyler fakir, yoksuldu" dedi.

DSP Genel Başkanı Rahşan Ecevit ve eşi Bülent Ecevit dün uçakla Van'a gelerek, açık hava toplantısında birer konuşma yaptılar. Bülent Ecevit konuşmasında, Türkiye'de her on yılda bir demokrasinin soluğunun kesildiğini belirterek, şöyle devam etti:

"Neden on yılda bir demokrasi kesintiye uğrar? Bunun sebebi çok açık. Demokrasi uzun sürerse köylü güçlenir, halk, esnaf güçlenir. Bu düzeni değiştirebilecek güce erişir. Onun için

halka o fırsat verilmez. Demokrasi yokken büyük bir fabrikatör elde ettiği gelirin büyük kısmını cebine atabilir, ama demokrasi varsa fabrikanın gelirine çalışan işçiler de ortak çıkar.

Demokrasi kesintiye uğradı da ne oldu? O varlıklı, güçlü kesimlere bir şey olmaz. Askeri rejime karşı seslerini yükseltmezlerse o varlıklı, güçlü kesimler, hatta okumuş, yazmış kesimler daha rahat köşeyi dönerler. Daha karanlıkta, daha kolayca yolsuzluk yapıp kârlarını, kazançlarını artırabilirler. Demokrasiye ara verildi mi, işçi köyle bile ezilir."

12 Eylül'den sonra göstermelik bir demokrasi kurulmak istendiğini belirten Bülent Ecevit, "Vitrinlik demokrasi. Avrupa'dan bakıldığı zaman (Türkiye'de demokrasi varmış, öyleyse aramıza alabiliriz) dedirtmek üzere vitrine göstermelik konmuş, ithal peynir gibi, ithal kürk gibi, sigara gibi demokrasi" dedi.

Hiçbir suçu olmayan Atatürk'ün kurduğu parti ile AP'nin kapatıldığını kaydeden Bülent

Ecevit, konuşmasını şöyle sürdürdü:

"Onlarda lider cuntası varmış. İyi parti değilmiş, o kadar ki şimdiki sayın Cumhurbaşkanı 1980'den önce hiçbir seçimde oy kullanmamış. Çünkü kendi izahına göre o dönemde milletvekili adaylarını partilerin liderleri saptıyormuş. Şimdi kim saptıyor? Tüm yetkiler Özal'ın elinde. Kontenjan yetkisini genişlettikçe genişletiyor. Bakalım kimler gidecek sandığa oy vermeye. Kimler çekilecek önümüzdeki seçimlerde. Bugünkü kadar lider cuntası, ANAP'taki kadar lider cuntası, geçmişin faşist denilen partilerinde bile görülmemiştir."

Bülent Ecevit, 12 Eylül'den sonra kurulan ve seçime giren partileri geçekonduya benzettii, SHP'yi eleştirirken de "Son seçimde ne oy aldılar. 83'teki HP'nin oyunu bile toparlayamadılar. Neden? Çünkü o daha yolunu çizememiş. İçinde sağcısı var, solcusu var, sosyal demokratı var, sağa sola göz kırpanı, büyük kongresinde Bulgar Büyükelçisi'ni alkışlayan var. Halk buna nasıl gider oy verir? ANAP ortada ama ANAP'ı ayakta tutan iktidardır. İktidardan düşünce, petegin balı boşalacaktır" dedi.

Cumhuriyet, 18 Nisan 87

Aus "Cumhuriyet" vom 18.04.1987

Ecevit : Eine Demokratie für das Schaufenster.

Nach dem 12.September 1980 gibt es eine Demokratie, wie im Schaufenster ausgestellte Importkäse oder Pelzstücke

efendim.

güvenli olduğu anlaşıyor. Bu konu dışı-
dece.

12 Eylül'den bu yana Ecevit için 85, Demirel için 45 dava açıldı 'Zincirbozan'da balık mı tuttuk?'

ANKARA (Cumhuriyet Büro-
rosu) — 12 Eylül döneminde ka-
patılan siyasi partilerin liderleri
hakkında, geçen yıl yapılan ara
seçimlerdeki konuşmaları nede-
niyle açılan davalar devam
ediyor.

Demirel, Cumhuriyet muha-
birinin sorusu üzerine 12 Eylül'
den bu yana hakkında 45 dava
açıldığını, bunlardan 7'sinin be-
raatle sonuçlandığını söyledi.
Demirel, "Bülent Ecevit hapis-
te yattı, siz hiç yatmadınız, ne
dersiniz?" sorusuna, "119 gün
Zincirbozan'da ne yaptık? Balık
mı tuttuk orada yani?" yanıtını
verdi.

Gaziantep konuşması nede-
niyle yargılanan kapatılan AP'
nin Genel Başkanı Süleyman De-
mirel hakkında savcı önceki gün
beraat isterken, Burdur konu-
ması nedeniyle yargılanan ka-
patılan MSP'nin Genel Başkanı
Necmettin Erbakan önceki gün-
kü duruşmaya katılmadı. Savun-
ma avukatlarının mahkemeden
yetkisizlik kararı almasını iste-
dikleri dava, bir başka tarihe er-
telendi.

Kapatılan AP'nin eski Genel
Başkanı Süleyman Demirel,
Cumhuriyet muhabirinin sorusu
üzerine savunmasını anlattı,
özetle şöyle dedi:

"Ben, hakkı, hukuku, eşitli-
ği, hürriyeti savundum. Bunun
suç olması mümkün değildir.
Ben Türkiye'nin iyi idare edilme-
diğini söyledim. Halkın sıkıntı-
lar, ıstıraplar içinde olduğunu
söyledim. Söylediğim de doğru-
dur. Bunları yaparken, T.C.
Anayasası'nın ve İnsan Hakları
Beyannamesi'nin bana verdiği
haklara dayandım. Ve madem-
ki hakka, hukuka sahip çıkılma-
sı lazım, madem ki, Türkiye'nin
iyi idare edilmediği doğru, öyle
ise halkın ne yapması lazım gel-
diğini söylemem gerekti. Onu
söyledim. Eğer bunu suç sayar-
sanız, beni değil, hakkı, hukuku

ve hürriyeti cezalandırmış olur-
sunuz. Dedğim bundan ibaret-
tir. Esasen bunları başkası söy-
lerse suç olmuyor, ben söyleyin-
ce suç oluyorsa, o zaman adalet
bundan rencide olur."

Eski başbakanlardan Bülent
Ecevit hakkında açılmış soruş-
turma ve davaların sayısının da
85'i bulunduğu öğrenildi. Bu daval-
ar içinde en önemlilerinden bi-
ri Yargıtay 7. Ceza Dairesi'nde
bulunuyor. Ankara Asliye Ceza
Mahkemesi'nin aklama kararını
savcılık temyiz etmişti. Edinilen
bilgilere göre Yargıtay'daki dos-
yanın nisan sonu ya da mayıs ba-
şında görüşülmesi bekleniyor.

Aus "Cumhuriyet" vom 13.03.1987

Seit dem 12. September 1980 wurden 85 Prozesse gegen Ecevit und
45 Prozesse gegen Demirel eröffnet.

(Demirel): Was haben wir in Zincirbozan gemacht? Haben wir dort
geangelt ?

x Zincirbozan ist ein Militärsstandort in West-Anatolien neben
İzmir, wo Demirel und andere Politiker vor dem Volksentscheid
für Verfassung 1982 inhaftiert waren.

Faschistenführer muß Strafe in Türkei nicht absitzen

ANKARA, 7. April (AFP). Der ehemalige Chef der aufgelösten faschistischen türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP), Alparslan Türkeş, ist am Dienstag wegen „terroristischer Aktivitäten“ aus der Zeit vor dem Staatsstreich von 1980 zu elf Jahren, einem Monat und zehn Tagen Haft verurteilt worden. Wie aus Gerichtskreisen in Ankara bekannt wurde, muß Türkeş die gegen ihn verhängte Gefängnisstrafe jedoch nicht absitzen. Türkeş, der in der Zeit von 1980 bis 1985 insgesamt 52 Monate und 28 Tage im Gefängnis verbrachte, die ihm nun angerechnet werden, kommt in den Genuß eines 1986 verabschiedeten Gesetzes, demzufolge in der Türkei nur die Hälfte der Strafe verbüßt werden muß und jeder Monat Haftzeit um sechs Tage verkürzt wird.

Dem Vernehmen nach wurden Türkeş die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Bis nach Ablauf seiner rund elfjährigen Strafe sei er unter Hausarrest gestellt.

Der Staatsanwalt des Militärgerichts von Ankara hatte im vergangenen Jahr für den 70jährigen ehemaligen Obersten und stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie 41 Mitangeklagte die Todesstrafe beantragt. Die Angeklagten wurden für schuldig befunden, in den Jahren 1975 bis 1980 einen gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung geplant zu haben. Ferner wurden ihnen rund 600 Gewaltverbrechen und terroristische Aktionen im Hinblick auf die Errichtung einer faschistischen Diktatur zur Last gelegt.

Der vor sechs Jahren eröffnete Prozeß endete am Dienstag mit fünf Todesurteilen und neun lebenslangen Haftstrafen. Bei den fünf zum Tode Verurteilten handelt es sich um „Graue Wölfe“, wie die jüngeren Sympathisanten und Mitglieder der MHP genannt wurden und die als Schlägertrupps berüchtigt waren. Auch bei denen zu lebenslanger Haft Verurteilten handelte es sich um „Graue Wölfe“. 145 der 392 Angeklagten wurden freigesprochen.

TÜRKİYE SOSYALİSTİK HAKKİ

8.4.83 HK

Cumhuriyet

Ç
DİLLİ

Prof.

840 lira (K.
Türkocagi C

Tuesday May 26, 1987

Published by Cumhuriyet Matbaacılık ve Gazetecilik T.A.Ş.

Price: 36 DM



BAĞLI OLARAK GETİRİLDİLER — Birbirlerine kelepçelenmiş olarak duruşmaya getirilen öğrencileri, DGM önünde toplanan arkadaşları ve yakınları çiçek yağmuruna tutarak alkışladılar. DGM Savcılığı güvenlik kuvvetlerinden sanık yakınlarının uzaklaştırılmasını istedi ve duruşma salonuna dinleyici alınmadı. (Fotoğraf: a.a.)

Kelepçeli öğrenciler

Üniversitelerde tek tip öğrenci derneği öngören yasa önerisini yürüyüşle protesto eden 65'i tutuklu 141 öğrencinin DGM'de yargılanmasına başlandı. DGM Savcılığı öğrencilerin 1.5 yıldan 3 yıla kadar hapis cezasıyla cezalandırılmalarını istiyor.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 26.05.1987

Studenten mit der Handfessel

Studenten wurden mit den Handfesseln zum Staatsicherheitsgericht gebracht.



SIKI GÜVENLİK ALTINDA YARGILAMA — Daha önce tutuklanarak Bayrampaşa Cezaevi getirilmesi sırasında çevik kuvvet ve jandarmalar, sıkı güvenlik önlemleri aldılar. Tutuklu sanıkların jandarma ile foto muhabirleri tartıştılar. Duruşma salonuna alınan öğrencileri, yakınları alkışla karşıladılar. Cum. 7 Mayıs 1987

Öğrencilere hapis istemi

Tek tip öğrenci derneği yasa önerisini protesto amacıyla yürüyüş yapan 31'i tutuklu, 63 öğrenci sanığın yargılanmasına dün İstanbul Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde başlandı. Savcı, sanıklar için 1.5 yıl ile 3 yıl arasında hapis cezası verilmesini istedi.

İstanbul Haber Servisi — "Tek tip öğrenci derneği" yasa önerisini protesto yürüyüşü sırasında gözaltına alınarak 31'i tutuklanan 63 öğrencinin yargılanmalarına dün İstanbul DGM'de başlandı. DGM savcısı, yargılanan öğrenciler için 1.5 yıla 3 yıl arasında değişen hapis cezası is-

tedi. Duruşma nedeniyle DGM içinde ve önünde geniş güvenlik önlemleri alınırken, yüzlerce öğrenci ve öğrenci ailesi, gün boyu mahkeme binası önünde beklediler. Tutuklu öğrencilerin gelişini fotoğraflamak isteyen basın mensupları da jandarma erleri ve çevik kuvvete bağlı polisler-

ce zor kullanılarak engellendiler.

Duruşmada sorgusu yapılan öğrenciler suçlamaları kabul etmediler. Tahliye istemlerini reddeden mahkeme duruşmayı çarşamba gününe bıraktı.

Dün sabah saat 09.00'dan itibaren yargılanan öğrencilerin yakınları ve arkadaşları, Sultanahmet'teki DGM önünde birikmeye başladılar. Kalabalığın büyümesiyle birlikte otobüslerle olay yerine getirilen çevik kuvvet ekipleri, DGM içinde ve çevresinde sıkı güvenlik önlemleri aldılar. Bu arada polisin bekleyenleri videoya çektiği görüldü. Saat 09.30'da tutuk-

lu sanıkların kimlikleri kontrol edilerek ve üzerleri aranarak polis denetiminde mahkeme salonuna alınırken, sanıkları savunacak 25 avukat da yerlerini aldılar. 31 tutuklu öğrenci ise saat 09.45'te iki zırlı otobüsle Bayrampaşa Cezaevi'nden DGM'ye getirildiler. Tutuklu öğrencilerin otobüslerden indirilip salona alınırken herhangi bir olayın meydana gelmesini önlemek için cezaevine bağlı yaklaşık 20 jandarma eri ile çevik kuvvete bağlı polisler önlem aldılar. Bu sırada tutuklu öğrencilerin fotoğraflarını çekmek is-

(Arkası Sa. 13, Sü. 6'da)

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 7.05.1987

Freiheitsstrafe für Studenten.

Der Prozess über 141 Studenten hat vor dem Ankaraer Staatssicherheitsgericht angefangen. Die Studenten wollten gegen den vorgesehenen Gesetzentwurf, der nur einen Einzeltyp von Studentenverein zulässt, marschierend protestieren. 65 Studenten sind inhaftiert.

26 MAYIS 1987 Cumhuriyet

HABERLER

Doç. Dr. İsmail Beşikçi Gaziantep Cezaevi'nden tahliye oldu

10 yıl sonra özgürlük

Beşikçi, 23 Mart 1982'de başka bir suçtan dolayı tutukluymken, yapılan bir aramada bulunan ve İsviçre'deki Yazarlar Birliği'ne yazılmış bir mektubun müsvetteleri nedeniyle 10 yıl hapis cezasına çarptırılmıştı.

EMEL SERİNKAYA

GAZİANTEP — Sosyolog Doç. Dr. İsmail Beşikçi, İnfaz Yasası'ndan yararlanarak dün Gaziantep Özel Tip Cezaevi'nden tahliye edildi. Beşikçi, "Diyarbakır Cezaevi'nde, Türküm demedikleri için pek çok insanın öldürüldüğünü" ileri sürdü.

Doç. Dr. İsmail Beşikçi, tahliyesinden önce cezaevinde, yanında avukatı Serhat Bucak ile birlikte gazetecilerle görüştü. İsmail Beşikçi, gazetecilerin sorularını yanıtlarken avukatı Serhat Bucak sık sık müdahalede bulunmak zorunda kaldı. Bir gazetecinin "tahliye duyularını" sorması üzerine Beşikçi şunları söyledi:

"Ben şunu söylemek isterim. Bugünün Türkiye'sinde tahliye olmak, dışarı çıkmak, özgürlüğe kavuşmak olarak yorumlanmaz. Çünkü Türkiye'de 12 Eylül'den sonra binlerce genç hâlâ içeride. Gençler pek büyük baskılarla karşılaşmıştır. 1980'li yıllarda toplum derin çelişkiler içerisinde. Böyle bir toplumda tahliye olmak anlamında değil, bittakis özgürlük mücadelesinin çeşitli mekânlarda, çeşitli zamanlarda sürdürülmesi söz konusu olabilir."

"Türk basınının, özgürlükleri için mücadele edenlerin yanında yer almadığını, tersine özgürlük-



ÖZGÜRLÜĞE İLK TEBESSÜM — Araştırmacı-yazar İsmail Beşikçi serbest bırakıldığı Gaziantep Cezaevi'nin kapısında avukatı Serhat Bucak ile birlikte.

leri boğanların yanında yer aldığını" öne süren Beşikçi, "Örneğin son birkaç yıldır, Bulgaristan'daki Türklerin Türk toplumu olmaları ile ilgili olarak ülkemizde çeşitli kampanyalar yapılıyor. Dışişleri Bakanlığı bu konuda gösteriler düzenledi. Buna kar-

şın, Bulgaristan'daki Türklerin haklarının korunması için çalışan aynı Türk devleti Kürtlere çok yoğun olarak uyguladığı baskıyı sürdürüyor" dedi.

Beşikçi'nin bu sözlerine avukatı müdahale etti ve basın mensuplarından yazmamalarını iste-

di. Ancak, avukatının sözleri üzerine Beşikçi, "Ben bunun bir sakıncasını görmüyorum. Madem ülkede doğrular var. Bu doğruların hemen her zaman her yerde söylenmesi gerekiyor" biçiminde konuştu.

"Bulgaristan'daki Türklerin haklarının savunulabilmesi için Türkiye'nin böyle bir ayıbının olmaması gerekir" diyen Beşikçi, sözlerini şöyle sürdürdü:

"Diyarbakır Cezaevi'nde pek çok kişi, genç insanlarımız, 20 yaş çağını yaşamayan insanlarımız 'Türküm' demedikleri için, Kürt kimliklerini korudukları için öldürülmüştür. Devletin şiddetli baskısı karşısında kalmıştır. Halbuki cezaevi devletin en güçlü olduğu yerdir. Böyle bir durumda ölüm olayı olmamalıdır."

İsmail Beşikçi, bir soru üzerine cezaevinde bazı kısıtlamaların olduğunu ve kendisine gönderilen mektuplardan büyük bölümünün verilmeyişi söyledi. Beşikçi, yazmaya devam edeceğini de sözlerine ekledi. Araştırma ve incelemelerini bir kitapta toplamayı düşündüğünü belirtti.

İsmail Beşikçi'yi karşılayanlar arasında bulunan İnsan Hakları Derneği Adana görevlisi Mehmet Tatlı, "Beşikçi'nin tahliye sevincini yaşamak için burada bulunuyorum" dedi. Beşikçi'nin avukatı Serhat Bucak, müvekkilinin toplam 10 yıl 10 ay cezaevinde kaldığını belirterek, "Bu surede daha çok dış ülkelerde bilim adamlarından destek geldi. Keşke insanımıza sahip çıkabilsek. Müvekkilim bilimsel doğrulardan kesinlikle taviz vermemiştir" diye konuştu.

İsmail Beşikçi, 23 Mart 1982'de cezaevinde tutukluymken, yapılan bir aramada bulunan ve İsviçre'deki Yazarlar Birliği'ne hitaben yazılmış bir mektubun İngilizce ve Fransızca müsvettelerinden dolayı 10 yıl hapis cezasına çarptırılmıştı.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 26.05.1987

Dozent Dr. İsmail Beşikçi ist nach 10 Jahren Freiheitsstrafe freigelassen.

Während der Freilassung meinte er auf eine Frage eines

Reporters : Eine Freilassung in der heutigen Türkei kann nicht so ausgelegt werden, dass man seine Freiheit erreiche.

Ekmek ve Hak Dilekçesi verildi

10 bin 100 imzalı dilekçe

Cumhurbaşkanlığı'na, Meclis Başkanlığı'na, Başbakanlığa ve Mecliste grubu bulunan parti liderlerine verildi.

ANKARA (Cumhuriyet Bülteni) — 10 bin 300 imzalı, Ekmek ve Hak Dilekçesi dün Cumhurbaşkanlığı'na, Meclis Başkanlığı'na, Başbakanlığa, Mecliste grubu bulunan parti liderlerine verildi. Meclis Başkan Vekillerinden İskender Cenap Ege, dilekçeyi alırken, "Dilekçe Komisyonu'na havale edeceğini" söyledi. Dilekçeyi sunma kurullarından Aziz Nesin, "Dilekçeyi 10 bin 100 kişi imzaladı, siz de imzalarsanız 10 bin 101 olur" deyince, Ege, "Bizim görevimiz imzalamak değil, uygulamaktır. Biz bunun üzerinde duracağız" yanıtını verdi.

Prof. Fehmi Yavuz'un başkanlığındaki kurul, oradan Başkanlığa geçti. Başbakanlık'ta Başbakan Turgut Özal'ın NAP il başkanları toplantısının olduğu bildirildiğinden metni özel kaleme bırakan dilekçeciler, oradan doğrudan SHP Genel Merkezi'ne geçtiler. SHP'de, Genel Başkan Erdal İnönü ile görüştüler. Erdal İnönü, dilekçe içeriğini öğrendikten sonra, özetle şunları söyledi:

"Çok önemli bir görev yaptınız. Bir süredir hazırlıkları basından izliyordum. Ne zaman gelecekler diye bekliyordum. Dilekçenin içeriğindeki konular bizim de uğraştığımız konular. Sizler SHP'li değilsiniz ama, geniş bir aydın kitlesini temsil ediyorsunuz. Çalışmalarınız çok yarar-

SHP'den çıkan dilekçeciler, daha sonra DYP'ye giderek, Genel Başkan Yardımcısı Mehmet Güman'a dilekçelerini verdiler. DSP'ye ise, dilekçe posta ile gönderildi. Dilekçeciler Kurulu şu adlardan oluşuyor:

"Başkanı Prof. Fehmi Yavuz, Sözcü: Mahmut Tali Öngören, üyeler: Aziz Nesin, Prof. Sadun Aren, Nezahat Gündoğmuş, Halit Çelenk, Nevzat Helvacı, Akın Birdal, Prof. Dr. Veli Lök. Yetkililere, Ekmek ve Hak Di-

lekçesi verilmeden önce, sabahleyin saat 10.00'da Aziz Nesin bir basın toplantısı düzenledi. Dilekçenin içeriğini anlattı. Akın Birdal, imzaların 13 bin 100'ü bulunduğunu, Ankara'da 11. Nöbet'de imzaların saklı tutulduğunu söyledi.

Beş sayfalık "Ekmek ve Hak Dilekçesi"nde, ekonomik konulara değiniliyor. Dilekçe, "Ülkemiz, cumhuriyet tarihinde görülmemiş boyutlara varan ekonomik bunalım içindedir" diye başlıyor ve daha sonra şu görüşlere yer veriliyor:

"24 Ocak Kararları, ekonomik bunalımı aşmak gereğiyle, emekçi sınıf ve katmanların ücret ve gelirini azami ölçüde aşağıya çekmeyi siyasal iktidara dayatan, bir IMF modelidir..

Ulusal ekonomi kavramı, modası geçmiş bir modelmiş gibi, ekonomi politigin hurdalığına atılmak istenmektedir..

Kamu ikisadi kuruluşları, halkın zararına, yerli ve yabancı tekelere pazarlık konusu yapılmaktadır.

Kırsal kesim emekçileri hızla yoksullaşmakta, açlıkla savaşılmaktadır.

Dışa bağımlı ekonomik politikalar, bilim ve teknoloji üretimini durdurmuştur.

İşçilerin örgütlenme özgürlüğüne yönelik kısıtlamaların yanı sıra başta kıdem tazminatı ve asgari ücret olmak üzere, temel kazanımlara yönelik saldırıların ardı arkası kesilmemektedir.

Topraklar yabancılara satılmakta, serbest bölgelerle yurt toprakları bölünmektedir..

Dilekçenin sonuç bölümünde de şöyle denildi:

"Toplumsal ve ülkenin yararına olmayan bu ekonomik düzen elbette değişecektir. Ve elbette, halkımız, kendisinin ve ülkesinin geleceğinde söz ve karar hakkını elde edecektir. Ekonomik-demokratik hak ve özgürlüklerinin önündeki engelleri, kendi bilinciyle ve kendi gücüyle aşacaktır. Bunun ilk koşulu da, hak ve özgürlükleri sürekli geliştiren gerçek bir demokrasiyi kurmak olduğunu bilmektir. Tüm dünyada, insanlığın enurlu tarihini halklar yaratmıştır. Ülkemizde de halkımız kendisi yaratacaktır. Bundan kimsenin kuşkusu olmamalıdır."

Aus der Zeitung "Cumhuriyet"

vom 28.04.1987

Das Gesuch "Brot und Rechte" wurde vorgelegt.

Es trägt 10100 Unterschriften und umfasst ökonomische Anforderungen.

Cumhuriyet

28 Nisan 87

15



In den letzten 3 1/2 Jahren wurden 240 verschiedene Publikationen beschlagnahmt.

Son üç buçuk yılda, 240 yayın hakkında toplatma kararı verildi

Kitap Kamyını

Yalnızca Eminönü ve Beşiktaş ilçelerini kapsayan İstanbul Merkez Adliyesi ile Şişli Adliyesi mahkemeleri ve İstanbul DGM tarafından verilen toplatma kararı sonucunda 240 yayının yazarları, çevirmenleri ve yayınevi sahipleri hakkında ceza davaları açıldı.

Hakkında toplatma kararı verilen yayınlar arasında 41 ayrı kitap, Tan, Güneş, Posta ve 24 Saat gazetelerinin bazı sayıları, Türkiye'de hazırlanan kimi ansiklopedi ve sözlükler, magazin dergileri, siyasi dergiler, takvimler, yabancı atlaslar bulunuyor.

Hakkında toplatma kararı verilen yayınlardan bazıları için açılan davalardan "müsadere" kararı ile sonuçlananlarda kitaplar imha için SEKA'ya gönderildi. Bazı davalarda da kitaplar hakkındaki toplatma kararları kaldırıldı.

GENOL KONUKÇU

Son üç buçuk yıl içinde 240 yayının hakkında toplatma kararı verildi. Yalnızca Eminönü ve Beşiktaş ilçelerini kapsayan İstanbul Merkez Adliyesi ile Şişli Adliyesi mahkemeleri ve İstanbul Devlet Güvenlik Mahkemesi'nce verilen toplatma kararları ile birlikte 240 yayının yazarları, çevirmenleri ve yayınevi sahipleri aleyhine ceza davaları açıldı. Toplatılan yayınlardan, davaları bitenlerden bazıları hakkında "müsadere" kararı

verilir ve kesilenler imha edilmek üzere SEKA'ya gönderilirken, bazı toplatma kararları da kaldırıldı. Toplatma kararları ile birlikte binlerce yayının el konularak Adliye Emanet Deposu'na kaldırıldı.

Toplatma kararı verilen yayınlar arasında 41 ayrı kitap, Tan, Güneş, Posta ve 24 Saat gazeteleri, yabancı ve yerli ansiklopedi ve sözlükler, magazin dergileri, siyasi nitelikli dergiler, karipostalar, duvar takvimleri, posterler ve çeşitli seks kitapları yer alıyor. Basılı yayınların yanı sıra 3 vi-

deo filmi ve 8 teyp kaseti hakkında da toplatma kararı verildi. 17 Ağustos 1983 tarihinden 27 Ocak 1987 tarihine kadar verilen toplatma kararları ve bazılarının sonuçları şöyle: **Oğlak Dönencesi:** AHD'li yazar Henry Miller'in kitabı, Aylin Sağtır tarafından Türkçeye çevrildi. 1985 baskısı, TCK'nin 426. maddesine göre "müsteheç" bulunarak 7 Ocak 1986 tarihinde İstanbul 2. Sulh Ceza Mahkemesi kararı ile toplatıldı. Kitabın çevirmeni Aylin Sağtır ve yayıncısı Erdal Öz aleyhine açılan da-

va sürüyor.

Bitmeyen Aşk: Pınar Kılıç tarafından yazıldı. Ağustos 1986 tarihli baskısı TCK'nin 426. maddesine göre "müsteheç" bulunarak 22 Aralık 1986 tarihinde İstanbul 4. Sulh Ceza Mahkemesi'nce toplatıldı. Savcılık, Pınar Kılıç ve yayıncısı Erdal Öz'e 2'şer milyon lira para cezası ödenmeleri için tebligat gönderdi. Para cezası ödenmezse yüzde elli fazlası ile tahsil edilmek üzere dava açılacak. Yine ödenmezse hapis cezasına çarptırılacaklar.

Sudaki İz: Gazeteci yazar Ahmet Altan'ın kitabı, Ekim 1985 baskısı TCK'nin 426. maddesine göre "müsteheç" bulunarak 9 Mayıs 1986 tarihinde İstanbul 1. Sulh Ceza Mahkemesi'nce toplatıldı. Yazarı Ahmet Altan ve yayıncısı Erdal Öz (Arkası Sa. 15, Sü. 2'de)

SAĞLAR: KİTAP KATLIAMI KÜLTÜR KATLIAMIDIR
15. Sayfada

Demirkent, Alman gazetecilere bilgi verdi

Türkiye'de basına sınırlamalar var

İSTANBUL (a.a.) — İstanbul Gazeteciler Cemiyeti Başkanı Nezih Demirkent, Türkiye'de basınla ilgili sınırlayıcı bazı kanunlar bulunduğunu söyledi.

Özel bir gezi için İstanbul'da bulunan F. Almanya'nın Frankfurter Allgemeine gazetesinin Genel Müdürü Reinhard Mundhenke başkanlığındaki 20 Alman gazeteci, dün İstanbul Gazeteciler Cemiyeti Başkanı Nezih Demirkent'i ziyaret etti.

Nezih Demirkent, konuk gazetecilere, Türkiye'de basınla ilgili uygulamalar ve çalışmalar hakkında bilgi verirken şöyle konuştu:

"Türkiye'de basınla ilgili bazı sınırlamalar var. Bu sınırlamalar özellikle, 12 Eylül döneminde arttı. Sıkıyönetimin kalkmasından sonra, artık özgüre yakın çalışabilmekteyiz. Ancak, Cumhurbaşkanlığı'na hitaben yazılacak yazılara çok dikkat etmek gerekir. Bir de, dini inançlar ve ülke çıkarları aleyhinde yazılacak yazılar, büyük tepki doğurur."

Gazeteler ve öteki yayın organlarında yer alan bazı fotoğrafların sorun yarattığına dikkat çeken Demirkent, bu nedenle "muzır" bulunan eserlerin toplatıldığını söyledi.

Demirkent, daha sonra şunları söyledi:

"Onlar toplamaya, biz basmaya devam ederiz. Bu tür yayınlar

hakkında ağır para cezası getiren maddeyi anayasa iptal etti. Yerine yenisi de çıkarılmadı.

Basının en rahat eleştirdiği kurumlardan biri de hükümettir. Özellikle Başbakan'ın ailesi ile ilgili eleştirileri gazetelerde her gün bolca bulabilirsiniz."

GÜNEYDOĞU OLAYLARI

Her ülkede olduğu gibi, Türkiye'de de değişik görüşleri yansıtan basın organları bulunduğunu belirten Nezih Demirkent, ancak Türk basınının Güneydoğu olayları konusunda tam bir görüş birliği içinde olduğunu söyledi. Demirkent, "Bu bölgede, dışarıdan yönlendirilen eylemler vardır. Bu konuda bütün basın müşterek tavır içindedir" dedi.

Konuk Genel Müdür Mundhenke de, F. Almanya basını hakkında açıklamalar yaptı. Reinhard Mundhenke, daha sonra, İstanbul Basın Müzesi'ne konulmak üzere Nezih Demirkent'e, Frankfurter Allgemeine gazetesinin 1949 yılında 2. Dünya Savaşı'ndan sonra yayımlanan ilk nüshasının 1. sayfasının örneğini verdi. Ayrıca, gazetenin 1949-1980 yılları arasında yayımlanan sayılarının ciltlenmiş 1. sayfasını sundu.

İstanbul Gazeteciler Cemiyeti Başkanı Nezih Demirkent de, konuk genel müdüre, Türk motifleri işlenmiş porselen bir tabak ile Gazeteciler Cemiyeti'nin albümünü armağan etti.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 2.05.1987

Herr Demirkent, der 1. Vorsitzende des Istanbuler Journalistenvereins, hat deutsche Journalisten informiert;

Es gibt heute noch Einschränkungen für die Pressefreiheit in der Türkei.

LICHTEN

Im Hintergrund: Türkei

FR

Knebel für Pressefreiheit

Drastische Einschränkungen der Presse- und Informationsfreiheit sieht eine Novelle zum türkischen Strafgesetzbuch vor, die das Justizministerium in Ankara ausgearbeitet hat. Justizminister Mahmut Oltan kündigte an, während der kommenden sechs Monate solle der Gesetzentwurf öffentlich zur Diskussion stehen, bevor er dem Parlament zur Beratung vorgelegt wird.

Türkische Journalisten und Verleger reagierten auf den Entwurf mit Empörung. Die vom Justizministerium vorgeschlagenen Strafgesetzbuchänderungen verbieten unter anderem die Berichterstattung über nicht offiziell zur Veröffentlichung freigegebene Kabinettsbeschlüsse und -beratungen, die künftig als „Staatsgeheimnisse“ gelten. Auch Publikationen, die geeignet sein könnten, „dem wirtschaftlichen Ansehen des Staates Schaden zuzufügen“, sollen verboten werden. Bei Zuwiderhandlungen drohen Haftstrafen von bis zu sechs Jahren.

Bei engherziger Auslegung dieser Bestimmung wäre künftig die Veröffentlichung nicht offiziell bestätigter Wirtschaftsdaten wie Inflationsziffern, Arbeitslosenzahlen oder öffentlicher Haushaltsdefizite strafbar, wenn die Justiz eine solche Publikation als „schädlich“ interpretiert. Personen, die als „Staatsgeheimnis“ eingestufte Dokumente erwerben, müssen nach den

neuen Vorschriften mit bis zu dreißigjährigen Haftstrafen rechnen. Wer Informationen sammelt, die nicht zur Veröffentlichung freigegeben sind, wird mit ein- bis dreijähriger Haft bedroht.

Die Gesetzesnovelle sieht auch erheblich verschärfte Zensurbestimmungen für sogenannte „obszöne Publikationen“ vor. Danach sollen künftig Videobänder, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Filme und Fotografien, die „der allgemeinen Gesellschaftsmoral widersprechen und sexuelle Leidenschaften wecken“, nicht mehr veröffentlicht werden dürfen. Bei Zuwiderhandlungen drohen Geldstrafen von bis zu 25 000 Mark. Der Generalsekretär des türkischen Journalistenverbandes, Orhan Erinc, wies die geplanten Gesetzesänderungen als unannehmbar zurück. Sie bedeuteten eine weitere Einschränkung der in der Türkei ohnehin beschränkten Pressefreiheit und des Rechts auf Information.

GERD HÖHLER (Athen)

TÜRKIYE SOSYALİSTİK DEVLETİ

Dikerdem: Baskı sürüyor

A nkara (anka) — Türkiye Barış Derneği Genel Başkanı Emekli Büyükelçi Mahmut Dikerdem, nükleer savaşın önlenmesi için hekimler derneğinin kurulmasına engel çıkarılmasını ve kurucuların savcılıkça ifadelerinin alınmasını iç ve dış kamuoyuna karşı "ibret verici bir samimiyetsizlik" olarak nitelendirdi. Engellemenin 12 Eylül 1980'den bu yana, barış ve silahsızlanma için uğraş verenlere yönelik baskı ve sindirme yöntemlerinin yeni bir kanıtı olduğunu belirten Dikerdem, "Türkiye'de demokratik rejimin tüm kurallarıyla yerleştiği iddiasıyla Avrupa Topluluğu'na başvuranlar, Nobel ve UNESCO barış ödüllerini kazanmış, nükleer savaşa karşı Dünya Hekimler Birliği'yle aynı amaçları paylaşan bir derneğin ülkemizde kurulup çalışmasını yasaklamakla samimiyetsizliklerini göstermişlerdir" dedi.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 26.05.1987

Dikerdem, der 1. Vorsitzende des Friedensvereins :

Die Unterdrückung dauert immer noch an.

Türk Tabipler Birliği yöneticileri 'gizli örgüt'ten yargılandı

'Suçlanmamız talihsizliktir'

Türk Tabipler Birliği Merkez Konseyi'nin 21 eski yönetici ve üyesinin yargılandığı davada, konsey eski başkanı Erdal Atabek, gizli örgüt oluşturdukları yolundaki suçlamalarla ilgili olarak, "Bu suçlamalarla karşılaşmayı birliğimiz ve kendimiz adına olduğu kadar ülkemiz adına da talihsizlik sayıyorum" dedi.

Atabek, Türk Tabipler Birliği'nin, bütün hekimlerin zorunlu üye olduğu bir kurum olduğunu, üyelerini kendisinin seçmediğini, örgütün hiçbir siyasal görüşe bağımlı olmayacağını, hiçbir siyasal yolu izlemeyeceğini belirtti.

İstanbul Haber Servisi — Türk Tabipler Birliği Merkez Konseyi eski yöneticisi ve üyesi 21 kişinin "yasadışı örgüt oluşturmak" savıyla yargılanmasına İstanbul 2. Ağır Ceza Mahkemesi'nde başlandı. Sanıklar Türk Tabipler Birliği'nin 12 Eylül öncesi ve sonrasında yasadışı hiçbir faaliyeti bulunmadığını, devlete ve ülkeye hizmetten başka bir amaçlarının bulunmadığını belirttiler.

İstanbul 2. Ağır Ceza Mahkemesi'nde görülen davanın dünkü ilk oturumuna, tutuksuz yargılanan 15 sanık ile 11 avukat katıldı. İddianameyi okuyan savcı, Türk Tabipler Birliği ile ilgili soruşturmanın 1982 tarihinde 1. Ordu ve Sıkıyönetim Komutanlığı'nda başladığını, sıkıyönetimin kaldırılmasından sonra, dosyanın Diyarbakır Sıkıyönetim Komutanlığı'na oranda uyuşmazlık mahkemesine gönderildiğini belirtti. Uyuşmazlık mahkemesinin kararı ile dosyanın İstanbul Cumhuriyet Savcılığı'na geldiğini vurgulayan savcı, Türk Tabipler Birliği'nin 12 Eylül öncesinde yasadışı faaliyetlerde bulunduğunu ileri sürdü. Savcı Türk Tabipler Birliği'nin İKD, İGD, Barış Derneği, DİSK'le paralel faaliyette bulunduğunu belirtti. Savcı sanıklar Erdal Atabek, Esat Erdiç Eskazan, Mehmet Şükrü Güner, Mehmet Fazıl Yazıcı, Mehmet Mücahit Atamanoglu, Sinan Yıldız, Smet Koray hakkında TCY'nin 141/1. maddesi uyarınca "Sosyal bir sınıfın diğer sosyal sınıflar üzerine tahakkümünü tesis etmek amacıyla cemiyet oluşturmak" savıyla 8 yıl ile 15 yıl arasında ağır hapis cezası istedi. Şu sanıklar hakkında da TCY'nin 141/5. maddesi uyarınca 5 yıl ile 12 yıl arasında ağır hapis cezası istendi:

Kazım Sarı, Adnan Gültişen, Bekir Dedehayır, Özdemir İlter, Kemal Parlak, Rifat Yenilgin, İbrahim Sakaroğlu, Şefik Mas, Hüseyin Aydemir, Ataman Tangör, Mahsun Kırtas, Zeynel Abidin Fallar, Doğan Akyel.

Sorgusu yapılan eski Türk Tabipler Birliği Merkez Konseyi Başkanı Dr. Erdal Atabek, 12 Eylül 1980 Harekâtı'ndan sonra bütün kuruluşların faaliyetlerinin durdurulduğunu, kendilerinin başvuruda bulunarak inceleme yapılmasını ve çalışmalarına devam edilmesine in verilmesini istediklerini, bu istemlerinin dikkate alınarak yapılan inceleme sonunda çalışmalarına izin verildiğini belirtti. 12 Eylül



Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 27.02.1987

Die führenden Mitglieder der türkischen Ärztekammer stehen vor Gericht mit der Anschuldigung eine illegale Organisation zu sein.

"Unsere Anschuldigung ist ein Pech."

21 führende Mitglieder der türkischen Ärztekammer stehen vor Gericht. Es wurde im Prozess behauptet, dass die Ärztekammer eine illegale Organisation gewesen sei.

Şair Nevzat Çelik, açlık grevinde 20. gününü doldurdu



Çelik, "haberleşme hakkı elinden alındığı" gerekçesiyle açlık grevine başlamıştı.

İstanbul Haber Servisi — Şafak Türküsü adlı 5. basısı yapılan ve Akademi Kitabevi Ödülü'nü kazanan kitabın yazarı, şair Nevzat Çelik, açlık grevinde 20. gününü doldurdu. Nevzat Çelik'in sağlık durumunun iyi olmadığı, ancak haberleşme özgürlüğü sağlanıncaya değin açlık grevini sürdürmeye kararlı olduğu bildirildi.

Metris Askeri Ceza ve Tutukevi C-15 koğuşunda tutuklu bulunan şair Nevzat Çelik, Sağmalcılar Özel Tıp Askeri Hastanesi'nden Metris'e sevk olduğu 19 Aralık 1985 gününden bu yana mektuplaşma ve haberleşme yolunun kapalı tutulduğu gerekçesiyle 7 Nisan 1987 günü açlık grevine başlamıştı.

Nevzat Çelik, 6 Nisan 1987 günlü Dev-Sol duruşmasında açlık grevi kararını açıklarken, ailesi aracılığıyla kamuoyuna yaptığı açıklamada şöyle demişti:

"Yedi yıldır askeri cezaevlerinde sistemli olarak uygulanan işkence ve yasakları bildiğinizi düşünerek, süresiz açlık grevine başlama nedenimi açıklamak istiyorum: Tutuklu biri olmamın yanı sıra bir büyük suçum daha var: Şair olmak!"

Sağmalcılar Özel Tıp Askeri Cezaevi'nden Metris'e sevk olduğum 19.12.1985 gününden bu yana mektuplaşma yolum kapalı tutuluyor.

1986 nisanında, binbaşı Muzafer Ergüder'le (şimdi burada görevli değil) yaptığım görüşmede, bana özelle söylenen şuydu: "Bizim istediğimiz doğrultuda şirirler yaz, tutukluluk haklarından fazlasıyla yararlan!"

Nevzat Çelik'in avukatı Osman Ergin ve kardeşi Sükran Çelik ise açlık grevinin 20. gününün de dolmasına karşın, cezaevi yönetiminin tutumunda herhangi bir değişiklik olmadığını, Çelik'in sağlık durumunun kötü olduğunu bildirdiler.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet"
vom 26.04.1987

Der Dichter Nevzat Çelik, der sich seit langer Zeit im Metris-Militärgefängnis befindet, ist seit 20 Tagen im Hungerstreik.

Er ist in den Hungerstreik getreten, weil es ihm nicht gestattet ist, seine Kommunikationsfreiheit auszunutzen.

CUMHURİYET/8



4 tiyatro oyuncusunun davası

İstanbul Haber Servisi — Fatih Şehir Tiyatrosu'nda geçen yıl sahnelenen "Binbir Gece" adlı oyunun bazı bölümlerinin edep dışı bulunması üzerine 4 oyuncu hakkında açılan davanın zaman aşımı göz önünde bulundurularak ortadan kaldırılmasına karar verildi. Oyuncular Gülçin Akçay, Hikmet Körmükçü, Hale Akınlı, Oya Aydonat ve Ayşegül Yalçın 1500'er lira para cezasına çarptırılmış, ancak oyuncularından sadece Gülçin Akçay bu parayı ödemişti. Diğer 4 tiyatro oyuncusunun bu parayı ödememesi üzerine 2. Sulh Ceza Mahkemesi'nde açılan davanın dünkü duruşmasında mahkeme davanın zaman aşımına uğradığını bildirdi ve kaldırılmasına karar verdi.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 16.04.1987

Der Prozess gegen die Teattherspieler

Vier Teattherspieler aus dem Stadtteather-Fatih wurden vor Gericht gestellt, weil sie in dem letzten Jahr ein Teatherstück gespielt haben, in dem es Unschicklichkeit gab.

Nükleer savaşa karşı hekimler

Ankara (Cumhuriyet Bürosu) — Olası bir nükleer savaş tehlikesine karşı uyarı görevini yapmak amacıyla kurulan, ancak İçişleri Bakanlığı'nca kuruluş izni verilmeyen nükleer savaşın önlenmesi için Hekimler Derneği yöneticileri dün Basın Savcılığı'nda ifade verdiler. İçişleri Bakanlığı'nın derneğin kapatılması istemi üzerine başlatılan soruşturma sonucunda, derneğin kapatılmasına karar verilirse, dernek yöneticileri hakkında 1-3 yıl hapis istemiyle dava açılacak. Nükleer savaşa karşı çıkan hekimler, "yasalara göre kurulması yasak olan bir derneği kurmaya çalışmakla" suçlanıyorlar. 39 doktor, 2 eczacı, 3 hemşire, bir sağlık eğitimcisi, 3 diş hekimi ve bir veteriner hekim, toplam 49 kurucu üyesi bulunan Hekimler Derneği yöneticilerinden Ferruh Yavuz, Fatma Bayraktar, Uğur Cilasun, Nusret Fişek, Çağlar Kırçak, Behçet Aysan, Nurettin Özsuca, Neşe Eski, Uğur Gürsoy, Taner Özbenli, Ercan Kesal, Aysel Ülker ve Gönül Gürkaynak ifade verdiler.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 23.05.1987

"Ärzte gegen den Atomkrieg"

Das Innenministerium erlaubt nicht die Gründung eines Vereins "Ärzte gegen Atomkrieg". Gegen die Gründer und den Vorstand wurde ein Ermittlungsverfahren eröffnet.



Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 25.03.1987

TÜRK-İŞ, die grösste Gewerkschaft der Türkei, durfte nicht marschieren.

Sobald Şevket Yılmaz, der 1. Vorsitzende der Türk-İş, und andere Vorstandsmitglieder aus dem gegangen waren, wurden sie von der Polizeibarrikade aufgehalten.

POLİSLE PAZARLIK — Polis barikatının önünde Türk-İş Başkanı Şevket Yılmaz, barikattan "kaçar kişilik gruplar halinde çıkılacağını" pazarlığını yaptı. Türk-İş yöneticileri, 30 kişilik bir grup halinde barikadı aştı. Ama polis, ikinci grubu engelledi.

Türk-İş yürüyemedi

Şevket Yılmaz ve Türk-İş yöneticileri, TBMM'ye dilekçe sunmak için genel merkezden çıkar çıkmaz polis barikatıyla karşılaştılar. Polis, Şevket Yılmaz'a "Valilikten izniniz yok, yasadışı yürüyüşe izin veremeyiz" dedi. Yılmaz, "Yasal hakkımız olan dilekçe hakkımızı engelleyenleri protesto ediyorum" diye konuştu ve genel merkeze geri döndü.

Yürüyüşü izlemek için gelen işçiler, "Genel grev" diye bağırdılar. SHP Genel Başkanı Erdal İnönü, Türk-İş'i desteklemek üzere Türk-İş merkezine geldi. 10. Sayfada

Türk-İş kârlı çıktı

Türk-İş Meclise yürüyüp dilekçesini vermiş olsaydı, sorunlarını kamuoyuna bu kadar etkili duyurabilmiş olamazdı.

ŞÜKRAN KETENCI'nin yazısı
10. Sayfada

'MUHASARA'DAN
İZLENİMLER 10. Sayfada

Türk-İş'in şikâyet mektubu

Son 7 yılda sosyal devlet anlayışı ortadan kalktı.

Hür sendikacılık ilkeleri açıkça çiğneniyor.

10. Sayfada

25 Mart 1987

CUMHURİYET

Şevket Yılmaz ve Yönetim Kurulu hakkında soruşturma açıldı

Türk-İş'e DGM'de 5 saat sorgulam

karar defterlerine ve Başkanlar Kurulu tutanaklarına el
Türk-İş yönetimi, dün de DGM Savcılığı'nda 5 saat süreyle
sorgulandı. Şevket Yılmaz'ın yanı sıra Genel Sekreter
Teşkilatlandırma Sekreteri Orhan Balaban, Eğitim
Mustafa Başoğlu ve Mali Sekreter Çetin Göçer alındılar.
Yılmaz'ın, sorguda "Biz cezayı göze aldık" şeklindeki
yanıtlarıyla soruşturmanın seyrini şöylelediği öğrenildi.

Cumhuriyet Bürosu) — Türk-
İş Şevket Yılmaz ile dört yöne-
si, engellenen TBMM'ye yürü-
leniyle haklarında soruşturma
DGM Savcılığı'nda dün 5 saat sü-
rüler. Türk-İş Başkanlar Kurulu

üyeleri 34 sendika başkanının asıl sorumluluğun
Türk-İş yönetim kurulunda olması nedeniyle
soruşturma kapsamına alınmadıkları bildiril-
di. Türk-İş Genel Başkanı Şevket Yılmaz'ın,
DGM Savcılığı'ndaki sorgusunda, eylem ön-
cesinde basında yer alan "Biz cezayı göze

aldık" şeklindeki sözlerinin yanlış anlaşıldığını
söylediği öğrenildi.

Türk-İş Genel Başkanı Şevket Yılmaz ile yö-
netim kurulu üyeleri Genel Sekreter Emin Kul,
Genel Eğitim Sekreteri Mustafa Başoğlu, Ge-
nel Teşkilatlandırma Sekreteri Orhan Balaban
ve Genel Mali Sekreter Çetin Göçer, hakların-
da Toplantı ve Gösteri Yürüyüşleri Yasası'na
aykırı davrandıkları gerekçesiyle başlatılan so-
ruşturma nedeniyle dün DGM Savcılığı'na ge-
lecek ifade verdiler. DGM Savcılığı'ndan ön-
ceki gün öğleden sonra telefonla aranarak ça-
rılan Türk-İş yöneticileri sabah saat 10.00'da
DGM Savcılığı'na beraberlerinde başkanlık da-
nışmanları ve hukuk müşavirleri Önder Aker,
Hüseyin Ekmekçioglu, Gültekin Özdenler ile

basın danışmanları Burhan Doğanlı ve Erkin
Okay'la geldiler. Türk-İş yöneticilerinin vide-
oya da kaydedilen sorgularına DGM Cumhu-
riyet Savcısı Nusret Demiral ile Savcı Yardım-
cılar Ahmet Tercümanoglu, Ülkü Coşkun, İh-
san Alpman ve Tefik Hancılar katıldılar. İlk
olarak Türk-İş Genel Başkanı Şevket Yılmaz'ın
sorgusu yapıldı. 1.5 saat süreyle sorgulanan Yil-
maz'dan sonra Genel Sekreter Emin Kul sor-
guya alındı. Emin Kul'un sorgusunun ise 55
dakika sürdüğü öğrenildi. Daha sonra sırasıyla
Genel Eğitim Sekreteri Başoğlu, Teşkilatlan-
dırma Sekreteri Balaban ve Mali Sekreter Gö-
çer sorguya alındılar. Sorguların saat 15.00 sı-
rılarında sona ermesinden sonra Türk-İş yö-
neticileri saat 15.15'te serbest bırakıldılar.

Türk-İş Genel Başkanı Yılmaz,
ayrılırken, gazetecilerin sorularını y-
daha sonra bir açıklama yapacakla-
rı.

Yılmaz, "Oldukça uzun kaldım
deki bir soruya karşılık olarak "H-
ker teker sorgulandık" dedi. Yılmaz
sonrası için bir şey söyleyecek misin
suna ise, "Ne zaman mektup gelir
meye gideceğiz" yanıtını verdi.

DGM Savcılığı'ndan edinilen bilg-
Türk-İş yöneticileri hakkında "İkai-
hibi olmaları, atfedilen suçun duru-
cılığın davetine uymaları" nedeniyl-
ma isteminde bulunulmadı, sadece
nin alınmasıyla yetinildi.

Sandikalar Konfederasyonu

Referandum dilekçesi "faillerine" özel sorgulamalar sonucu ihtar verildi

Aus der Zeitung "Cumhuriyet"
vom 29.03.1987
Gegen Şevket Yılmaz und
den Vorstand der Türk-İş
wurde ein Ermittlungsver-
fahren eröffnet.
Die Vorstandsmitglieder
wurden fünf Stunden vom
Staatsanwalt beim Staats-
sicherheitsgericht verhört.



ÖLÜM ORUCU — Erdemir'de iş akitleri feshedilerek işçi çıkarmalarını: protesto amacıyla 19 Mart 1987 sabahı saat 8.30'da ölüm orucuna başlayan Otomobil-İş Sendikası üyesi Erdemir işçileri (soldan sağa): Mehmet Ali Demirci, İsmail Mutlu, Hasan Aslanbay, Mustafa Başoğlu. (Fotoğraf: NİHAT CAN)

DYP ve SHP ilçe başkanları: İşçilerin yanındayız

Erdemir eylemine destek

Ölüm orucunu sürdüren Erdemir işçilerini ziyaret eden DYP ilçe başkanı Ayhan Emiroğlu ve SHP ilçe başkanı Önay Alpago, yaptıkları ortak açıklamada, gelişmelerden Erdemir Genel Müdürü'nün sorumlu olduğunu söylediler.

KDZ. EREĞLİ (Cumhuriyet) — Ereğli'de Zonguldak Barosu'na kayıtlı avukatlar, ölüm orucu eylemlerini sürdüren işçileri ziyaret ederek kendilerini desteklediklerini bildirdiler.

DYP ilçe başkanı Av. Ayhan Emiroğlu ile SHP ilçe başkanı Bayan Av. Önay Alpago da birer konuşma ile işçilerin bu eylemlerinin yasal olduğunu ve hukuk devletinde, hukukçu olarak üzüntü duyduklarını, Erdemir Genel Müdürü Tümer Özent'in

istifa etmesi gerektiğini söylediler.

SHP ve DYP ilçe başkanları, görüşlerini birlikte ve özetle şöyle açıkladılar: "Anti demokratik uygulamalar karşısında demokrasiye inanan iki siyasal partinin böylesine paralel düşünce içinde olması beşimiz adına umut ve kıvanç vericidir. Burada yapılacak ilk iş tüm Ereğli kamuoyunun Erdemir Genel Müdürü Tümer Özent'in istifasını istemesidir. Böyle bir genel müdür da-

ha Ereğli yaşamında görülmemiştir. İşçilerin sadece kendi meslek kuruluşları olan sendikalarla ilgili ağız açmalarına dahi izin vermeyecek kadar ortaçağ kafası ve usulleri içinde bir anonim şirketi yönetmeye çalışmaktadır. Hem de devlet payı yüzde 88 olan bir işyerinde, böylesi keyfi uygulamalarla, baba çiftliğini idare eder gibi idare etmeye kalkmaktadır."

Diğer yandan ölüm orucu eylemini sürdüren işçilerden İsmail Mutlu'nun eşi Havva Mutlu, "Kocam eğer burada ölürse, bu defa kocamın bıraktığı yerdem ben devam edeceğim. Ben de ölünce çocuklarım devam edecek" dedi.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 24.03.1987

Die Kreisvorsitzenden der DYP und SHP :

Wir sind bei den Arbeitern

Unterstützung für Erdemir-Aktion

Die Arbeiter von der Erdemir-Stahlfabrik befinden sich seit 19.03.1987 in einem Hungerstreik, um gegen die Entlassungen zu protestieren.

den sei.

Polizei verhindert Proteste

ANKARA, 24. März (Reuters). Zum ersten Mal seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahre 1983 ist am Dienstag die türkische Polizei wieder gegen Gewerkschafter vorgegangen. Nach Berichten von Augenzeugen riegelte die Polizei in Ankara das Gebäude des größten Gewerkschaftsdachverbandes „Türk-İs“ durch Straßensperren ab, um einen geplanten Protestmarsch zum Parlament zu verhindern. Dort hatten die Gewerkschafter eine Petition überreichen wollen. Als rund 500 Gewerkschafter versuchten, trotz der Sperren zu demonstrieren, gab es Handgreiflichkeiten mit der Polizei.

Die Gewerkschaften verlangen von der Regierung unter anderem eine „freie pluralistische Demokratie“, soziale Gerechtigkeit und Aufhebung der Beschränkungen für politische und gewerkschaftliche Arbeit in der Türkei.

25.3.87 FR

Türkische Polizei verhindert Marsch von Gewerkschaftern

waz ANKARA

In der Türkei haben die innenpolitischen Spannungen im Zusammenhang mit Einschränkungen der Gewerkschaftsfreiheiten sowie dem immer niedriger werdenden Einkommensniveau einen weiteren Höhepunkt erreicht. Durch Polizeibarrikaden wurden am Dienstag in Ankara rund 1000 Mitglieder des legalen türkischen Gewerkschaftsbundes Türk-İs daran gehindert, einen offenen Brief an die Mitglieder der großen Nationalversammlung im Parlamentsgebäude abzugeben.

25.3.87 waz

SHP Genel Başkanı, güneydoğu gezisini tamamladı

'Suçlu arama adı altında kitleler sorgulanıyor'

MEHMET AKA
CENGİZ MUMAY

SIIRT — ANAP iktidarının Güneydoğu ve Doğu Anadolu bölgesinde sorunlara sadece asayiş yönünden baktığını, ancak bunu da sağlayamadığını belirten SHP Genel Başkanı Erdal İnönü, "Yörede yaygın olan kan davaları, aileler ve aile grupları arasındaki çatışmalar, köy koruculuğu uygulamasıyla daha da yaygınlaşıyor, can ve mal güvenliği yok oluyor" dedi. İnönü, suçlu arama adı altında, insanların kitleler halinde sorgulandığını söyledi.

Siirt'te dün sabah bir basın toplantısı düzenleyen SHP Genel Başkanı İnönü, önceki gün Siirt'te yapılan partisinin 7. bölge toplantısında sunulan örgüt bildirilerinde, halkın içinde bulunduğu siyasal ve ekonomik sıkıntıların, güçlüklerin en iyi biçimde sergilendiğini söyledi.

Erdal İnönü, "Her bakımdan ge-

İnönü, doğu ve güneydoğuda mevcut yasaların uygulanmasında yaygın bir keyfîlik görüldüğünü, suçların kişiselliği ilkesinin çiğnendiğini belirterek, "Bu konuda hükümeti ve kamu görevlilerini bir kez daha uyarıyoruz" dedi.

ri kalmış olan yörede, ANAP iktidarının, sorunlara yalnızca asayiş yönünden baktığı, ancak bunu da sağlayamadığı görülüyor. Önce, köy koruculuğu uygulamasının zararlarının açıkça ortaya çıktığı anlaşıyor. Yurttaşlar, devlet yanlısı olan ve devlete karşı olan ayrımına sürükleniyor. Yörede esasen yaygın olan kan davaları, aileler ve aile grupları arasındaki çatışmalar, köy koruculuğu uygulamasıyla daha da yaygınlaşıyor. Can ve mal güvenliği yok oluyor. Devletin görevi, yurttaşlar arasında bu tür ayrımlara gitmek, düşmanlık tohumları ekmek değil, onların güvenliğini

ni, esenliğini devlet güçleriyle sağlamaktır" diye konuştu. SHP'li belediyelerin ellerinin kollarının bağlandığını, çalışmalarının engellendiğini de belirten İnönü, "Buna karşılık Kurtalan örneğinde olduğu gibi, yasadışı uygulamalara gidiliyor. Kurtalan Belediye Başkanı, yüz kızartıcı bir suçtan mahkum olduğu ve mahkûmiyeti kesinleştiği halde 4 aydır görevinde tutulabiliyor" dedi.

İktidarın partizanca tutumunun bir başka örneğini de Fakir Fukara Fonu uygulamasının oluşturduğunu belirten İnönü, "Bu fonun kaynakları ANAP'lılara sağlanıyor. SHP'li

olanların önce partimizden istifa etmeleri isteniyor. Ancak bundan sonra kendilerine her türlü olanak sağlanacağı söyleniyor" dedi.

İnönü, bölgede mevcut yasaların uygulanmasında yaygın bir keyfîlik görüldüğünü, suçlu arama gerekçesiyle insanların kitleler halinde sorgulandıklarını, gözaltına alındıklarını ve işkence gördüklerini de öne sürerek, görüşlerini "Suçların kişiselliği ilkesi çiğneniyor. Bu konuda hükümeti ve kamu görevlilerini bir kez daha uyarıyoruz. Yasalar önünde eşitlik, yasaların, ülkenin her yerinde aynı uygulanmasını istiyoruz" biçiminde dile getirdi.

Bölgede kamu hizmetlerinin diğer bölgelere göre çok yetersiz ve ilkel kaldığını, Varto yöresinde 1966 depreminden zarar gören ailelerin konutlarının hâlâ tamamlanmadığını, 11 bin dolayındaki konuttan bugüne kadar ancak 3 bininin yapıldığını ve halkın yıllardır barakalarda yaşamak zorunda kaldığını belirten İnönü, şunları söyledi:

"TEK ihalesini alan müteahhitlerin köylere elektrik götürme işinde, köylüleri parasız çalıştırmalarının önüne geçilmeli, yine köylülerin zorla köy korucusu yapılmaları önlenmelidir. Anayasaya göre, angarya yasaktır. Bu tür uygulamalar suçtur ve sorumlularından hesap sorulmalıdır." Konuşmasının son bölümünde "Kitleleş suçlama, fışılma ve güvenlik soruşturmalarıyla damgalama işlemlerine son verilmeli, köy koruculuğu uygulamasından vazgeçilmelidir. Yurttaşın can ve mal güvenliği devlet eliyle sağlanmalıdır ve Türkiye devleti bunu başarabilecek güçtedir" diyen İnönü, daha sonra gazetecilerin sorularını yanıtladı. SHP Genel Başkanı İnönü, "Genel sekreterler zirvesinin, genel başkan zirvesine dönüşmesi" konusundaki bir soruya karşılık olarak şunları söyledi:

"Benim öyle bir çağrım yok. Tabii gelişmeleri göreceğiz. Öyle bir oluşuk ortaya çıkarsa, bir davet alırsam, ben toplantıya giderim. Ama benim gazetelerden ve genel sekreterden edindiğim intiba, böyle bir gelişmeye haber vermiyor."

İnönü, bir başka gazetecinin turban konusuylla ilgili sorusuna da şu yanıtı verdi:

"Turbanla ilgili olarak ortaya çıkan tartışmaya, laiklik açısından baktık. Türkiye'de kadınların başörtü takması kendilerinin bileceği bir iştir. Buna kimsenin itirazı yok. Ama son zamanlarda meydana çıkan özel kıyafet, turban diye söyleniyor. Bu turban, annelerimizin taktığı başörtüsü değildir. Başka bir uniformaydı bu ve üniformanın arkasındaki maksatla, belirli bir siyasal eylemi, din duygularını siyaset hayatına geçirmek idi."

Erdal İnönü ve beraberindekiler, daha sonra Diyarbakır'dan uçakla Ankara'ya döndüler.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 20.04.87

Der Vorsitzende der SHP (Sozial demokratische Partei) İnönü hat nach der Süd-Ost Anatolien Reise angegeben ; alle Menschen in Ost und Süd-Ost Anatolien werden verhört, um die Verbrecher zu erwischen.

İnönü sagt weiter ; in diesem Gebiet handelt es sich um einen Willkürakt bei der Anwendung der Gesetze. Der Grundsatz der strafrechtlichen Verantwortlichkeit wird mit Füßen getreten.

CUMHURİYET/10

Mardin'de toplu dayak

CELAL BAŞLANGIÇ

GERCÜŞ — Kendilerine "toplular işkence" yapıldığı iddiasıyla SHP Genel Başkanı Erdal İnönü'ye başvuran Mardin'in Gercüş ilçesine bağlı Güzelöz köyü halkı, içlerinden 12 kişinin jandarma karakolunda elleri ve gözleri bağlanarak çıplıplak dövüldüğünü, daha sonra köy okulunun bahçesinde toplanan tüm erkeklerin sıra dayığından geçirildiğini, bir köylünün çıplıplak soyularak kadınlara teşhir edildiğini öne sürdüler.

Gercüş Cumhuriyet Savcılığı ise hazırlık soruşturmasının gizli yürütüldüğünü belirterek, Midyat Savcılığı'na kendilerine iletilen doktor raporlarıyla ilgili bir açıklama yapmadı.

SHP Genel Başkanı İnönü'nün talimatı üzerine Gercüş'ün Güzelöz köyüne giden SHP İstanbul Milletvekili Hüseyin Avni Güler ve Mardin Milletvekili Kenan Nehrozoğlu işkence savlarını köylülerden dinlediler ve Midyat Sağlık Ocağı tabipleri Ayhan Özşahin ve Mustafa Aydın yaptıkları muayene sonucu sekiz köylüye de olaydan 11 gün geçmesine karşın dört ile on gün arasında rapor verdi.

OLAY NASIL ORTAYA ÇIKTI?

Geçen ay SHP'nin Siirt'te yaptığı

bölge toplantısından sonra Batman'a uğrayan İnönü'ye bir yurttaşın verdiği kâğıtta Mardin'in Gercüş ilçesi Güzelöz köyünde köylülere işkence yapıldığı ve işkence olayının çevre köylere yaygınlaştırıldığı bildiriliyordu. Milletvekilleri Nehrozoğlu ve Güler ile SHP Midyat İlçe Başkanı Muzaffer Arıkan'dan oluşan SHP heyeti İnönü'nün verdiği talimat üzerine olay yerine giderek incelemelere başladılar.

Güzelöz köylüleri SHP milletvekillerine olayı şöyle anlattılar:

"9 nisan perşembe günü saat 15.00-16.00 dolayında köyümüze gelen jandarmalar tüm erkekleri köyedeki okulun bahçesinde topladılar. Daha sonra içimizden 12 kişiyi alarak Ulaş'taki jandarma merkezine götürdüler. Buraya gidenler gece saat 03.00'e kadar çıplıplak soyularak dövüldüler. Daha sonra gece serbest bırakıldılar. Götürülenlerin gözleri ve elleri bağlandı. Köylülerin yanı sıra iki de köy öğretmenine aynı muamele yapıldı. Daha sonra köylüler serbest bırakıldı. 12 kişinin yanı sıra bir ihtiyar heyeti azası ile muhtar da karakolda dayak yiyenler arasındaydı."

Köylülerin SHP milletvekillerine anlattıklarına göre, karakolda dayak yiyenlerin serbest bırakılmasından sonra 500 kadar jandarma köyü ba-

sarak aile reisi erkekler dışında tüm köy halkını okul bahçesinde toplayarak köyedeki tüm evleri aradı. Aramada bir şey bulunmadığı bildirildi. Güzelöz köylüleri olayın gelişimini daha sonra şöyle aktardılar:

"Evlerde herhangi bir şey bulunmayınca kadınları evlerine gönderdiler. Bizi de teker teker okulun içine alarak dövmeye başladılar. O gün okulda ders yapılmadı ve biz de cuma namazına gidemedik. Sabah başlayan bu dayak saat 15.00'e kadar sürdü. Bu sırada içimizden birini çıplıplak soarak okulun penceresine çıkarttılar ve tüm kadınlara gösterdiler. Köyümüzdeki dört çocuğa da eşkiyanın ne zaman geldiğini, hangi yöne gittiğini sorarak manyetolu bir cihazla elektrik verdiler. Ağzlarından verdikleri bu elektrik sonucu çocuklarımızda kanama görüldü. Batman'a götürerek tedavi ettirdik."

SAVCILIK NE DİYOR?

9 ve 10 nisan tarihleri arasında meydana geldiği bildirilen olayla ilgili olarak SHP'li milletvekillerinin girişimi sonucu, ancak 11 gün sonra Midyat Savcılığı aracılığıyla doktora sevk edilen köylülerden altısına vücutlarındaki yara ve berelere ilişkin olarak sağlık ocağı doktorları Ayhan Özşahin ve Mustafa Aydın'ın verdikleri raporlar şöyle:

Süleyman Kaplan: Dört gün iş ve gücüne mani, yedi günde iyileşir.

Muhittin Çetin: Dört gün iş ve gücüne mani, sekiz günde iyileşir.

Hasan Tacar: Beş gün iş ve gücüne mani, 10 günde iyileşir.

Esat Çetin: Üç gün iş ve gücüne mani, yedi günde iyileşir.

Fahri Çelik: Dört gün iş ve gücüne mani.

Salih Biçer: Beş gün iş ve gücüne mani, on günde iyileşir.

Midyat Savcısı Ahmet Birsan konuyla ilgili olarak yaptığı açıklamada başvuru üzerine köylüleri doktora sevk ettiklerini belirterek, "Olay Gercüş'te ilgili olduğu için doktorların düzenledikleri raporları Gercüş Savcılığı'na gönderdik" dedi.

NEHROZOĞLU'NUN AÇIKLAMASI

İşkence savlarını incelemek üzere Güzelöz köyüne giden SHP Mardin Milletvekili Nehrozoğlu konuyla ilgili olarak "Cumhuriyet" in sorularını yanıtlarken, Genel Başkan İnönü'nün talimatı üzerine köye gittiklerini belirterek sunları söyledi:

"Halk çok tedirgin ve hemen hemen hiç konuşmak istemiyordu. Çoğunlukla kinmemeleri gerektiğini anlattık bile idilerine. Oturma şekillerinden bile işkence belliydi. Daha doğrusu oturuyorlar, yan yatıyorlardı. Nedenini bilmedikleri bir olaydan dolayı bütün köy dayaktan geçirilmişti. Dört yaşındaki bir ilkökul öğrencisi ile geçen yıl ilkokuldan mezun olan dört çocuğa da işkence yapılmıştı. Bunu kimin yaptığını araştırınca bütün devlet terörünün baş sorumlusu olarak görünen Aytekin İzmez adı da bir binbaşı çıktı yeniden karşımıza."

Birkaç ay önce Derik ve İdil meydana gelen olaylarda da ay binbaşının görevli olduğunu söyleyen Nehrozoğlu, şu görüşleri dile getirdi:

"Yöre halkına 'siz bizden değilsiniz. Aynı bir millettensiniz' diye ci şekilde günlerce bu binbaşı tarafından dayak atıldığını tespit ettik. Bunları doktor raporuyla da belledik. Olayın üzerinde duruyoruz. Peki olarak gereken işlemler yapılacaktır. Peşin hükümlü olarak yöre halkını kendi milletinden saymayan kişinin hangi millettten olduğu araştıracağız. Devamlı olarak 'işkence yok' diyen İçişleri Bakanı'ndan kişinin cesaret aldığı apaçık ortadır."



si'nde cami lojmanı olarak kullanıldı. İlyas Çelebi Camii'nin bulunduğu bildirildi. Evinde öldürüldüler. İnönü (T.A)

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 6.05.87

Prügel in Mardin

In Mardin, eine Stadt in Süd-Ost Anatolien, wurden 12 Männer aus einem Dorf in einem Schulgarten von der Gendarmarie verprügelt.

İŞKENCE İLKOKULA DA GİRDİ

Defteri kaybolan öğretmen 3 öğrenciyi hapsedirip üzerlerine su döktürdü

Muğla'nın Yeşilyurt kasabasında not defteri kaybolan öğretmen Hatice Çolak ilkokul 4. sınıfındaki Şeniz Karademir, Özden Toprak ve Veral Gökcuman adlı öğrencileri 2 saat tuvalete hapsedirip üzerlerine soğuk su döktürdü. Öğrenci velileri valiliğe başvurudular.

ÖZCAN ÖZGÜR

MUĞLA — Muğla'ya bağlı Yeşilyurt kasabası ilkokulunda "kaybolan not defterini almanı söylemek için" üç öğrencisini okul tuvaletine hapsederek eksi dört derece soğukta üzerlerine su döktürdüğü iddia edilen öğretmen, veliler tarafından vilayet ve milli eğitim müdürlüğüne şikâyet edildi. Öğrenci velilerinden Mustafa Karademir ve Şe-

rafetin Gökcuman öğretmen Hatice Çolak'ın not defterinin kaybolmasından sorumlu tutarak Özden Toprak, Şeniz Karademir ve Veral Gökcuman isimli dördüncü sınıf öğrencilerini okul tuvaletine kapatarak adeta işkence yaptığını söylediler. Okul müdürü, "Bazı öğretmen arkadaşların önerisi ile birkaç dakikacık kapatmıştık" dedi.

Öğrenci velilerinden Mustafa Karademir kızı Şeniz Karademir'in okul dönüşünde eve sınırlıklam

geldiğini, çizmelerinin su dolu olduğunu belirterek şunları söyledi:

"Öğretmenin kaybolan not defterinin çöp kutusundan bulunmasından sonra defterin üzerinde Şeniz Karademir ve Veral Gökcuman isimlerini görerek suçu ilâf ettirmek amacıyla tuvalete iki ders saati boyunca üç öğrenciyi hapsedirip üzerlerinden su döktürdüğünü kızımın ifadesi üzerine öğrendim. Şimdi, eve korkudan ve soğuktan titreyerek dönen kızımı okula göndermekte güçlük çekiyorum."

Şikâyetçi velilerden Şerafettin Gökcuman ise, "Biz çocuklarımızı okula eğitilsinler diye gönderiyoruz. İşkence edilsinler diye değil." dedi.

Bu arada, kendisi ile görüştüğümüz Muğla Milli

Eğitim Müdürü Fevzi Pişkin olayı müfettişlerden duyduğunu belirterek, "Henüz bize ulaşmadı. Ulaştığında gereken yapılacaktır" dedi.

Okul Müdürü Ali Özdenir de konu ile ilgili sorularımıza yanıtlarken, "Olayın doğruluk yönü yok" dedi. Özdenir, "Velilerin dilekçeleri var. Buna ne diyorsunuz?" biçimindeki soruyu ise şöyle yanıtladı:

"Öğretmenin not defteri kaybolmuş. Defterin bulunması için öğrencilerin ifadelerini aldık. Ama bulamadık. Bunun üzerine bazı öğretmen arkadaşların önerisi ile belki korkudan birbirlerine söyledikleri diye 2-3 dakikacık kapatıldılar. Su falan da dökmedik." Vali Yücel Bolgen ise "Gereken yapılacaktır" dedi.

İzmirli...

Aus der Zeitung "Cumhuriyet"
vom 18.03.1987

Die Folter auch in der Grund-
schule

Eine Lehrerin aus Muğla-Yeşilyurt, eine kleine Stadt in Süd-West Anatolien, hat drei kleine Schüler inhaftiert und mit Wasser nass gemacht.

Emniyette intihara karşı iddia

'Öldürüp 3. kattan atıldılar'

İstanbul Haber Servisi — Gözaltında bulunduğu Asayiş Şubesinin 3. katından önceki gün atlayarak intihar ettiği bildirilen Feridun Çelik'in eşi, savcılığa başvurdu.

Bir yıllık evli Ayşenur Çelik, dün Feridun Çelik'in annesi Cemile Çelik'le birlikte İstanbul Adliyesi'ne geldi. Savcılığa dilekçe veren Ayşenur Çelik, eşinin Asayiş Şubesi Hırsızlık Masası'nda işkence sonucu öldürüldüğünü söyledi.

Çelik, kocasıyla birlikte kendisinin 16 nisan perşembe gecesi saat 02.00'de hırsızlık bürosu ekiplerince Beykoz'daki evlerinden alınarak Sirkeci'deki Asayiş Şubesi'ne götürüldüklerini söyledi.

Kendisinin 18 nisan cumartesi günü serbest bırakıldığını söyleyen Ayşenur Çelik, eşine gözaltında bulunduğu süre içerisinde sürekli işkence yapıldığını öne sürdü. Ayşenur Çelik şöyle konuştu:

"Feridun, polislerin Kapalıçarşı'daki bir kuyumcуда Mehmet Okumuş adlı işadamlarının Etiler'deki evinden çalınan mücevheratı bulması üzerine gözaltına alındı. Daha sonra da kuyumcuyla

yüzleştirildi. Kuyumcu, Feridun'u tanıyarak mücevherleri kendisinden satın aldığını söyledi. Bunun üzerine hırsızlık masasında görevli polisler, kocamı 20 dakikada bir yan taraftaki odaya çekip, işkence yaptılar. Feridun, sürekli çılgınlara ata bağınıyordu. Bugün (dün) savcılığa verdiğim dilekçede kocamın otopsisinin yapılmasını ve kocama işkence yapanların cezasını bulmasını istedim. Esim, kesin-

likle intihar edecek bir insan değildi. Eğer bir suçu varsa, hesabını adalet önünde verirdi, ama işkenceyle öldürdüler."

Asayiş Şube Müdürlüğü ise, daha önce verdiği bilgide, Feridun Çelik'in 22 nisan çarşamba gecesi saat 01.00'de tualete gitmek için hırsızlık masasında görevli bir polisle 3. kata indiği sırada görevlinin elinden kurtularak kendini boşluğa bıraktığını açıklamıştı.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 25.04.1987

Eine Behauptung gegen den Selbstmord im Polizeipräsidium.

Eine Frau hat sich bei der Istanbuler Staatsanwaltschaft darüber beklagt, dass ihr Mann im Istanbuler Polizeipräsidium getötet und aus dem dritten Stock geworfen worden ist.

Okuldan atılan Refik Baytar, SHP'ye başvurdu

Darwin'i savunan öğrenciye poliste 12 gün işkence yapıldı

27 Nisan 87
Cumhuriyet

34

MEHMET AKA

ADANA — Darwin kuramını savunduğu için ders çıkışında bir grup öğrencinin saldırısına uğrayan ve daha sonra siyasi polis tarafından gözaltına alınan Batman lisesi 6 Fen A sınıfı öğrencilerinden Refik Baytar, okul disiplin yönetmeliği gereğince okuldan atıldı. Baytar, konunun Mecliste gündeme gelmesi için bir mektupla SHP Genel Sekreteri Fikri Sağlar ve MKYK üyesi Cüneyt Canver'e başvurdu.

Ocak ayında meydana gelen olayda ders sırasında Darwin kuramını savunan Refik Baytar, dersten çıktıktan sonra okul koridorunda Talat Zaloglu, Baytar Ezer, Suat Altan ve Adnan İmli öğrencilerinin saldırısına uğradı. Çıkan kavganın sonucu Refik Baytar, eline geçirdiği demir-öğrencilerin birinin kafasına vurarak yaraladı. Daha sonra okul yönetiminin durumu polise bildirmesi üzerine öğrenciler gözaltına alındı.

SHP Genel Sekreteri Fikri



Darwinçi Refik

Sağlar ve Adana Milletvekili Cüneyt Canver'e konu ile ilgili bir mektup veren Refik Baytar, olayı şöyle anlattı:

"Karakolda beni 24 saat boyunca çıplak, aç susuz bir şekilde, buz gibi bir bodruma kapatarak, üzerime buz gibi su döktüler. Gerici öğrencilere ise hiç dokunmadılar. Onları sıcak odalara koydular. Tüm bunlar işkencenin daha birinci aşamasıydı. Polisler bizi Batman'dan alıp Siirt'e götürdüler. Burada da bana 12 gün boyunca sürekli işkence yaptılar. Beni soğuk bodrumlara koyarak insanlık dışı davranışlarda bulunup, en çirkin şekilde işkence yaptılar. Burada ifadem alınırken, beni komünistlikle suçladılar. Diğer öğrencilere ise hiç dokunulmadı. Onlara bir tokat bile atmadılar. Oysa bu öğrenciler, Atatürk'ün dinsiz ve kâfir olduğunu, mevcut yönetimi yıkarak, şeriat düzenini getireceklerini bağırarak söylüyorlardı. Bırakıldıktan sonra okul idaresi bizim ifadelemizi alırken, tek taraflı davranarak sadece beni okuldan attı. Diğer öğrencilere ise bir gün bile uzaklaştırma vermedi. Kavgaya ortam hazırlayanlar, onlar olmasına rağmen, sadece beni hacadılar." Refik Baytar, kendisine gönderilen okul disiplin yönetmeliğinin 27. maddesinin E, F, I maddeleri gereğince okuldan sürekli uzaklaştırıldığını belirttiğini, buna göre okula yaralayıcı madde getirmekle suçlandığını, oysa kavganın sırasında yaralanan öğrencinin başına, kendisini korumak için okul kantininden aldığı demir ile vurduğunu söyledi.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 27.04.1987

Der aus der Schule entlassene Schuler Refik Baytar hat sich an SHP gewandt.

Ein Schuler aus Batman, eine Stadt in Südost Anatolien, ist 12 Tage von der Polizei gefoltert worden, weil er die Ansichten von Darwin verteidigt hat.

Cumhuriyet, 28 Nisan 87

Kastamonu Cezaevi'nde açlık grevi

KASTAMONU / ANKARA (ANKA) — Kastamonu Cezaevi'ndeki 11 siyasi hükümlünün, bazı istekler ileri sürerek, 21 nisan'da başlattıkları açlık grevi devam ediyor.

Kastamonu Cumhuriyet Savcısı Hayati Önder, hükümlülerin "Bayrak törenine katılmamak ve İstiklal Marşı söylememek" için açlık grevi yaptıklarını öne sürdü.

Bir süre önce Adana Cezaevi'nden Kastamonu Cezaevi'ne getirilen Cabbar Gülşen, Muhtar Sarıkaya, Serdar Sarıgül, Yaşar Ayarlı, Muhsin Yılmaz, Mehmet Ali Meriç, Zekeriya Çelik, Emir Ali Dizi, Güzel Aslaner, Hüseyin Gevher, Hüseyin Torun ve Ali Elbi isimli 12 hükümlü, açlık grevine başladılar. Ancak, Ali Elbi isimli hükümlünün sağlık durumu nedeniyle eylemden vazgeçmesi üzerine, açlık grevindekilerin sayısı 11'e düştü.

Açlık grevindeki hükümlülerin "tek tip cezaevi elbisesi giyilmemesi, saçların keşilmemesi, haftada iki kez yapılan bayrak törenlerine katılmamak" gibi isteklerinin olduğu belirtiliyor.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 28.04.87
Der Hungerstreik im Gefängnis von Kastamonu
12 Gefangene sind in den Hungerstreik getreten.

'Cezaevleri ve Sağlık' paneli:

Cezaevi koşulları en kötü safhada

Luna, 22. Şubat 87
İstanbul Haber Servisi — Tutuklu ve Hükümlü Aileleri Yardımlaşma Derneği (TAYAD), dün İstanbul Tabip Odası'nda "Cezaevleri ve Sağlık G" paneli düzenledi. Daha önceden katılacağı bildirilen Dr. Gencay Saylan ve Metin Özek'in rahatsızlıkları nedeniyle gelemediği panelde Dr. Nejat Yazıcıoğlu, TAYAD Başkanı Mustafa Eryüksel ve avukat Osman Ergin, Türkiye'deki cezaevleri koşulları konusunda bilgi verdiler.

Panele başlamadan önce SHP Genel Sekreteri ve İçel Milletvekili Fikri Sağlar'ın gönderdiği ve cezaevlerindeki koşulları eleştiren bir telgrafı okundu. Daha sonra söz alan Dr. Nejat Yazıcıoğlu, TAYAD'ın bir yıl önceki kuruluşuyla başlattığı çalışmaların kendilerine yeni ufuklar açtığını belirterek özetle şunları söyledi:

"Biyolojik olarak bir insanın cezaevi ile dışardakinden farklı olan gereksinimleri yoktur. Hepsi aynıdır. Dışardaki insanın neler gereksinimi varsa, cezaevindeki tutuklu ve hükümlülerin de gereksinimleri aynıdır. Cezaevlerinde tutukluların, nem, ışık, gıyecek, yiyecek, hava ve ses gibi önemli sorunları vardır. Cezaevlerindeki bu koşullar en kötü safhadadır. Üstelik, bu koşulların kötü olması için yazılı bir yasa da yoktur. Bunlar tamamen cezaevlerinde yaratılan keyfi uygulamalardır. Doktorlar, sorgulamalar sırasında veya işkence yapıldığı anda, esas görevlerini uygulamak yerine, işkence gören tutuklunun ölmeden alınacak bilgileri söylemesi için daha uygun şartlara hazırlamak olmuştur. Doktorların görevi, tutukluları tedaviden çıkmış, işkencecilere yardım halini almıştır. Tutuklu ve hükümlü olan kişiler nerede olursa olsun istediği zaman güvendikleri bir doktoru yanlarında bulmalıdırlar. Cezaevlerine sağlık bırakılan tutukluların da sağlam bırakılması gerekir."

Tutuklu ve Hükümlü Aileleri Yardımlaşma Derneği'nin (TAYAD) Başkanı Mustafa Eryüksel ise, cezaevlerindeki 'işkence olayları ve uygulamalarını' anlattı.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet"
vom 22.02.87

Eine Podiumdiskussion "Gefängnisse und Gesundheit" hat stattgefunden.

In der Podiumdiskussion wurde behauptet dass die Bedingungen in den Gefängnis sehr schlecht sind.

İşkence ile Savaş

SHP Genel Sekreteri "Caniliğin, ilkeliliğin ve vahşetin hesabını soracağız" diyor. İnsan Hakları Derneği Başkanı Nevzat Helvacı, işkenceden ölen 149 kişinin adlarını veriyor. Türk Tabipler Birliği Hipokrat Yemini'ni değiştirip, "Kişinin fiziksel ve ruhsal direncini kırmak için yapılan baskı ve işkenceye her ne biçimde olursa katılınmayacağı ve yardımcı olunmayacağı" ekliyor... İşkence var mı yok mu tartışması iyiden iyiye anlamsız bir duruma gelmiştir. İşkence vardır, sürdürülmektedir. Yönetim başındakiler bu konuda suskunluklarının ya da direnmelerinin gerçeklere aykırı olduğunu bilmek zorundadırlar.

İnsan Hakları Derneği Başkanı diyor ki:

"İşkencenin önlenmesi için daha ciddi ve etkin önlemlerin alınması gerekiyor. Yargıtay, işkenceden devletin de sorumlu olduğu yolunda bir karar vermiştir. Böylece işkence suçunun bireysel bir suç olmadığı ortaya çıkmış bulunmaktadır." Helvacı, Cumhurbaşkanı Evren'in işkence yapan polislerin sayısının binde 17 olduğunu bildirdiğini, ama bu binde on yedi oranının 1300 işkenceci polisin varlığını ortaya çıkardığını, bunun azımsanacak bir sayı olmadığını söylüyor, 149 işkence kurbanının adlarını taşıyan listeyi Cumhurbaşkanı'na göndereceklerini de sözlerine ekliyor.

Uzun mu uzun bir liste! Ölüm nedeni intihar olarak açıklananlar; işkence ile öldürülen ve cesetleri ortaya çıkarılmayanlar; cesetleri ailelerine teslim edilenler ya da gizlice gömüldükleri saptananlar; işkence sonrasında gerekli tedavileri yapılmadığı için ölenler; çatışma sonucunda ölü olarak ele geçirildiği ileri sürülenler; ölüm orucunda ölenler!.. Tam 149 yurttaşın adları bu listede yer alıyor. Bir utanç listesi!.. Bu, yalnızca kesinlikle saptananlar. Bir de bilinmeyenler var. Belki onlar da daha çok!..

Helvacı diyor ki: "İşkencelerin azaldığı iddiaları doğru değildir. Azalma nedeni gözaltına alınanların azalmasından ileri gelmektedir. İşkenceler aynı hızla sürmektedir."

"Binde on yedi görevlinin işkenceci olduğu" Cumhurbaşkanı'nın sözleriyle ortaya çıktığına ve bu sayı da resmi kaynaklara dayanarak saptandığına göre işkence hepimiz için utanç verici bir gerçek sayılmalıdır. Demek, Türkiye'de bin üç yüz işkenceci var! Bunlar anayasa suçu işlemişlerdir, ama acaba kaçta kaç gereken cezaya çarptırılmıştır?

İki bin yıllık Hipokrat Andı'nı günün koşullarına, gerçeklerine göre değiştirme kararı alan Türk Tabipler Birliği de kendine düşen görevi yerine getirmiştir. Hipokrat Andı'na eklenen bölüm şöyle: "Baskı ya da tehdit altında olsam bile, insan yaşamına ve onuruna büyük saygı göstereceğime ve tıp bilgilerimi insanlık yasalarına aykırı olarak kullanmayacağıma namusum ve şerefim üzerine ant içerim."

1982 Anayasası'nın 17. Maddesi'nde "Kimseye işkence ve eziyet yapılamaz, kimse insan haysiyetiyle bağdaşmayan bir cezaya veya muameleye tabi tutulamaz" denilmektedir. Ama bu madde sayısız işkence olaylarında yetkililerce hatıra bile getirilmemektedir! İşkence yapılan kişi bu maddeyi anımsatsa bile ona gülüp geçilmektedir. Uygulanmayan, hatta işkencecilerce alaya alınan bir madde acaba hangi amaçla anayasaya konulmuştur?

SHP Genel Sekreteri, İnsan Hakları Derneği'nin çok önemli bir görevi yerine getirdiğini söylüyor. Sağlar, İçişleri Bakanlığı'nın işkence sırasında ölenlerin on beşi aşmadığını söylediğini, oysa bunun yüzü aştığının saptandığını belirttikten sonra:

"Devletin bu konudaki en yetkili ağızının en hafif tabiriyle gerçekleri sakladığı ya da olup bitenlerden, kendi teşkilâtından habersiz olduğu ortaya çıkmıştır. Olay bireysel bir olay, manyaklaşmış bir avuç görevlinin yaptığı işkence olayı olmaktan çıkmış, bir devlet politikası olarak benimsenmiştir" demektedir.

İşkence, insanlık suçudur, anayasaya karşı işlenmiş bir suçtur. Ne var ki, son günlerde bile "içeri alınan", bir süre sonra serbest bırakılan pek çok kişinin "içerde" kaldığı sürelerde en ağır işkencelerden geçtiği bilinmektedir. Tiyatro adamı Yılmaz Onay'ın başından geçenler bunlardan yalnızca biridir.

İnsan Hakları Derneği, Türk Tabipler Birliği, SHP işkenceye savaş açmışlardır. Bu savaş, insanlık savaşıdır. Buna bütün ulusun katılması gerekir. Devletin, hükümetin yüce yerlerindeki görevlilerden de işkence olaylarını kinamaları, bu cinayetler karşısında en ağır tepkileri göstermeleri beklenir. İşkenceciliğin ve işkence anlayışının doğal karşılandığı toplumlarda kimin, ne zaman işkencecilerle karşılaşacağı hiç mi hiç bilinemez. İnsanlık dışı davranışlarla savaşmak hepimize düşen tarihsel bir görevdir.

Aus der Zeitung "Cumhuriyet"
vom 18.02.1987

Aus einem Artikel vom Schriftsteller
O. Akbal :

Herr Helvacı, der 1. Vorsitzende des Menschenrechtsvereins hat gesagt ; die Behauptungen, dass die Zahl der Folterungen abgenommen hat, ist nicht wahr. Die Zahl der Folterungen hat nicht abgenommen, sondern die Zahl der Festnahmen hat sich reduziert. Die Folter dauert immer noch an.

Cum. 18 Subox 78

ABD İnsan Hakları Avrupa Bölge Ofisi Türkiye'yi suçladı

Siyasi mahkûma işkence yapılıyor

Ofisin İnsan Hakları ve İnsancıl İlişkiler Masası görevlisi Douglas Wake, "Sorgulama sırasında polis, Türkiye'de insanlara zalim davranıyor ve işkence ediyor. Bizim görevimiz dünyanın neresinde olursa olsun işkenceye karşı olmaktır. Çünkü biz insanların düşüncelerinden ötürü sorgulanmalarına ve işkence edilmelerine karşıyız" dedi.

HİKMET ÇETİNKAYA

WASHINGTON — ABD Dışişleri Bakanlığı İnsan Hakları Bölge Ofisi'ne bağlı İnsan Hakları ve İnsancıl İlişkiler Masası görevlisi Douglas Wake, Türkiye'de cezaevlerindeki mahkûm ve tutuklulara kötü muamele yapıldığını, bu konuda ellerinde gerçekleri kanıtlayan belgeler bulunduğunu belirtti. Wake, "Biz Türkiye'nin demokrasiye geçmesinden memnurluk duyuyoruz. Ancak ülkenizdeki işkence olaylarını yakından izliyoruz. Hâlâ Türkiye'de siyasi suçlulara işkence ediliyor" dedi.

Douglas Wake, ayrıca Bulga-

ristan'daki Türk azınlığın adlarının değiştirilmesini, din özgürlüklerinin ellerinden alınmasını, Türkçe konuşmalarının yasaklanıp baskı altında tutulmalarını "en ciddi insan hakları olayı" olarak nitelendirdi.

Douglas Wake, Dışişleri Bakanlığı Ofisi'nde yaptığımız görüşmede Amerikan elçilikleri ve değişik ilişkiler yoluyla diğer ülkelerde olduğu gibi Türkiye'den de siyasal, ekonomik ve sosyal bilgiler akışı sağlandığını belirterek şöyle konuştu:

"Bilgi aktarımının yanı sıra Amerikan Dışişleri Bakanlığı İnsan Hakları ve İnsancıl İlişkiler Masası'ndan görevliler Türkiye'ye gitti. Hazırladıkları raporu

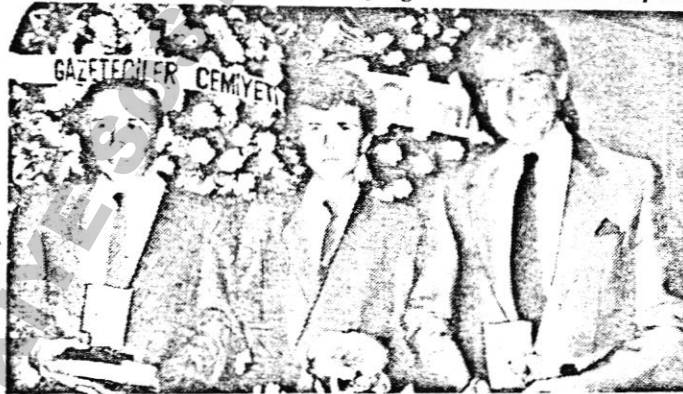
bölüm başkanı olarak bana sundular. Biz İnsan Hakları Bölge Ofisi olarak Türkiye'deki bu olayları değil, bilgi aktarımlarını ve basın yoluyla edindiğimiz bilgileri yani verileri birleştirip incelemeye koyarız.

Hemen belirtmek isterim ki, Türkiye'de demokrasiye geçilmesinden büyük memnurluk duyuyor ve yakından izliyoruz. Elimizdeki son raporlar politikacıların, bilim adamlarının, gazetecilerin, yazarların ve tüm aydınların insan hakları konusunda gösterdikleri hassasiyet Türkiye'de demokrasinin iyi bir yönüne oturacağını göstermektedir.

Ancak problem olan konu, siyasi mahkûmların bulunduğu hapisanelerdeki durum, polislin insanlar üzerindeki baskısı ve gözaltına alınmalardaki işkence olaylarıdır. Ben size bunu söylerken, üst düzeydeki polis yetkililerinin işkence yaptıklarını kasetlemiyorum. Alt düzeyde, yani sorgulama sırasında polis Türkiye'de insanlara zalim davranıyor ve işkence ediyor. Bizim görevimiz dünyanın neresinde olursa olsun işkenceye karşı olmaktır. Çünkü biz insanların düşüncelerinden ötürü sorgulanmalarına ve işkence edilmelerine karşıyız. Bu yüzden işkence bizim için endişe verici konulardandır."

Douglas Wake bizimle görüşme sırasında "Söylediklerim belgelere dayanan görüşümüzdür" tümcesini yineleyerek şunları söyledi:

"Eğer sorgucular, yani uygulayıcılar, daha iyi yetişse ve eğitilse bu gibi problemler ortadan kalkar; bunun için polis ve ceza-



AR GÜRKAN)

Aus der Zeitung "Cumhuriyet" vom 28.04.1987

Nach Angaben von Douglas Wake, Chef der Menschenrechtsabteilung des auswärtigen Amtes der USA ; werden die politische Gefangenen in der Türkei gefoltert. Bei der Polizei festgenommene Personen werden grausamsten Misshandlungen ausgesetzt.

6.3.1987

Im Hintergrund: Todesstrafe in der Türkei

FR

Parlament muß zustimmen

135 zum Tode verurteilte Häftlinge warten derzeit in türkischen Gefängnissen auf ihre Hinrichtung — oder ihre Begnadigung. Ob die Todesurteile vollstreckt werden, muß das Parlament in Ankara entscheiden. Bemühungen der linken Opposition, eine generelle Abschaffung der Todesurteile in der Türkei durchzusetzen, stoßen bisher auf Widerstände.

Seit einem Jahr liegt dem Rechtsausschuß des türkischen Parlaments ein Gesetzentwurf des Abgeordneten Sururi Baykal vor, der die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslange Haft zum Ziel hat. Baykal — er gehört der „Partei der demokratischen Linken“ (DSP) an — begründet seine Initiative: „Der Staat hat nicht das Recht, Menschen zu töten, sondern die Pflicht, Straftäter zu resozialisieren.“ Doch wann der Gesetzentwurf im Plenum der Nationalversammlung beraten wird und ob er dort jemals eine Mehrheit findet, ist ungewiß. Bisher hat sich nicht einmal der Rechtsausschuß mit der Gesetzesinitiative beschäftigt. Hoffnungen, die regierende Vaterlandspartei von Ministerpräsident Turgut Özal werde sich für eine Abschaffung der Todesstrafe starkmachen, haben sich nicht erfüllt: eine jetzt von Justizminister Oltan Sungurlu vorgelegte Strafrechtsnovelle hält an der Todesstrafe fest.

Seit 1979 sind in der Türkei mehr als 700 Menschen zum Tode verurteilt worden. Die in der türkischen Verfassung verankerte Bestimmung, wonach rechtskräftige Todesurteile der Bestätigung durch das Parlament bedürfen, hat jedoch in der großen Mehrzahl aller Fälle die Vollstreckung verhindert. So wurde in den Jahren 1971 bis 1980 in der Türkei keine einzige Exekution vollzogen. Unter dem Regime der Generalsjunta dagegen sind in den Jahren 1981 bis 1983 etwa fünfzig Menschen hingerichtet worden. Zuletzt bestätigte das im November 1983 gewählte türkische Parlament zwei

Todesurteile im Sommer 1984. Seither befinden sich nun die genannten 135 Fälle in der Schwebe. 74 dieser zum Tode Verurteilten werden linksgerichteten Terrorgruppen zugerechnet, elf rechtsextremen Untergrundorganisationen. Vier der Verurteilten sind Palästinenser. Die restlichen 46 Fälle betreffen Tötungsdelikte ohne politische Hintergründe.

Seit den Parlamentswahlen von Ende 1983 hat es eine Anzahl von Versuchen gegeben, die Todesstrafe abzuschaffen. Im vergangenen Jahr sprach sich die türkische Ärztekammer in einer öffentlichen Erklärung gegen die Todesstrafe aus. Daraufhin wurden die führenden Funktionäre der Standesorganisation wegen Mißachtung der Verfassung angeklagt, später jedoch freigesprochen. Zwar gibt es auch in Kreisen der türkischen Konservativen eine Anzahl von Politikern, die einen Verzicht auf die Todesstrafe befürworten; ihre Abschaffung jedoch würde vermutlich auf den Widerstand des türkischen Staatspräsidenten und ehemaligen Generalstabschefs Kenan Evren stoßen. Andererseits könnte die erklärte Absicht der türkischen Regierung, noch in diesem Jahr einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft zu stellen, die Frage wieder aktuell werden lassen, denn in einem 1983 verabschiedeten Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention wurde die Todesstrafe für alle EG-Mitgliedsstaaten aufgehoben.

GERD HÖHLER (Athen)

Aus Frankfurter Rundschau vom 6.03.1987

—26 bin kişiye yurda dön çağrısı

12 Eylül 1980'den bu yana 14 bin kişi vatandaşlıktan çıkarıldı

Yasal süre içinde yurda dön çağrısına yanıt vermeyenlerin önemli bölümünün, Bakanlar Kurulu kararıyla vatandaşlık hakkından yoksun bırakılması bekleniyor.

HASAN UYSAL

ANKARA — 12 Eylül 1980'den bu yana vatandaşlık hakkı ellerinden alınanların sayısı 14 bine yaklaşırken, önemli bölümüne vatandaşlık hakkının kaybettirilmesi beklenen 26 bin kişiye de "Yurda dön" çağrısı yapıldı. Vatandaşlık hakkı kaybettirilenlerin sayısı, Bülend

Ulusü hükümeti döneminde 4 bin 843 iken, Turgut Özal hükümeti döneminde bu sayı yaklaşık bir kat artarak 8 bin 945'e ulaştı.

İki hükümet döneminde Bakanlar Kurulu kararıyla vatandaşlık hakkı ellerinden alınanların, kaybettirme nedenlerine ve yıllara göre dağılımı şöyle: 403 Sayılı Türk Vatandaşlığı

Yasası'nın 25. maddesinin a bendine göre "izin almaksızın kendi istekleriyle yabancı bir devletin vatandaşlığına geçtiklerinden" vatandaşlık hakkı ellerinden alınanlar:

Ulusü hükümeti dönemi: 9
Özal hükümeti dönemi: 158
Toplam: 167
Aynı yasanın 25. maddesinin (Arkası Sa. 11, Sü. 8'de)

Bakanlar Kurulu kararıyla vatandaşlık hakkı kaybettirilenler:
Ulusü hükümeti dönemi: 81
Özal hükümeti dönemi: 120
Toplam: 201

Öte yandan 403 sayılı yasaya göre, Bakanlar Kurulu kararıyla 12 Eylül 1980 tarihi ile 1 Nisan 1987 tarihleri arasında geçen 6.5 ay içinde "yurda dön çağrısı" yapılan vatandaşların sayısının 26 bini aştığı da belirlendi.

Yurda dönmeleri için üç aylık süre verilen yurttaşlardan da önemli bölümüne, bu çağrıya uymamaları nedeniyle Bakanlar Kurulu kararıyla 403 Sayılı Türk Vatandaşlığı Yasası'nın 25. maddesi uyarınca vatandaşlık haklarının kaybettirilmesi bekleniyor.

İçişleri Bakanlığı kayıtlarına göre, aynı yasanın 20. maddesi uyarınca, hükümetten izin alarak başka bir devletin yurttaşlığına geçmelerine Bakanlar Kurulu kararıyla izin verilenlerin sayısı da 4 bin 177'ye ulaştı. Söz konusu kişilerin 785'ine Ulusü hükümeti döneminde, 3 bin 392'sine ise Özal hükümeti döneminde yurttaşlıktan çıkma izni verildi.

26.000 türkische Staatsangehörige sind aufgefördert worden, in die Heimat zurück-zukehren. Seit 12. September 1980 wurden 14.000 Staatsangehörige ausgebürgert.

Aus "Cumhuriyet" vom 6.04.1987

Vatandaşlıktan çıkarılanlar

Ankara (uba) —
Bakanlar Kurulu
toplam 222 kişinin Türk
vatandaşlığını kaybettirirken,
2 kişiyi yeniden Türk
vatandaşlığına aldı. İçişleri
Bakanlığı'nın yazısı üzerine
Bakanlar Kurulu'nun 403
sayılı Türk vatandaşlığı
kanununa göre, Türk
vatandaşlığından
çıkarılmasına karar verdiği
222 kişinin isimleri Resmi
Gazete'de yayımlandı.
Bakanlar Kurulu kararıyla
ayrıca, 3 Haziran 1985
tarihinde Türk vatandaşlığı
kaybettirilen Bilal oğlu
Hasan Basri Aran (1931) ile
28 Temmuz 1986 tarihinde
Türk vatandaşlığı
kaybettirilen Mişon oğlu
Davut Menşe (1929)
hakkındaki hükümleri iptal
etti.

27.4.87

Aus "Cumhuriyet" vom 27.04.1987

Ausgebürgerten

Die Regierung hat 222 Staatsangehörige ausgebürgert.
Die Namen der Ausgebürgerten wurden vom Amtsblatt
veröffentlicht.

Schnoor soll Ausstellung des Fremdenpasses anordnen

(-weco-). -Es ist nicht das erste Mal, daß Pässe von in Gelsenkirchen lebenden Türken vom türkischen Generalkonsulat in Münster einbehalten werden. Und es wäre auch nicht das erste Mal, daß NRW-Innenminister Schnoor die Gelsenkirchener Ausländerbehörde anweisen mußte, diesen Menschen einen

Fremdenpaß auszustellen, um eine sonst jederzeit mögliche Abschiebung zu verhindern.

Der jüngste Fall: Omer Polat, Lehrer am Ricarda-Huch-Gymnasium. Der Landtagsabgeordnete Egbert Reinhard (SPD) hat jetzt den Innenminister eingeschaltet, damit Polat bald den

Fremdenpaß bekommt.

Der Ärger begann im Juni 1986, als Omer Polat seinen türkischen Paß bei seinem Generalkonsulat verlängern lassen wollte.

Der Paß sei ohne Begründung einbehalten worden, wobei man im Konsulat habe durchblicken lassen, daß Polat

auf einer „schwarzen Liste“ stehe. Ohne Papiere ist die Aufenthaltserlaubnis in Gefahr – Polat beantragte daher bei der Stadt die Ausstellung eines Fremdenpasses. Außerdem setzte sich der Kultusminister persönlich beim Konsulat für den Lehrer ein, der wegen der Integration von Ausländern am Gymnasi-

um gebraucht werde – ohne Erfolg.

Daraufhin bat die Gelsenkirchener Ausländerbehörde den Innenminister um Weisung, die Bitte blieb beim Regierungspräsidenten hängen, der die Stadt anwies, sich erst einmal beim Konsulat um Aufklärung zu be-

mühen (Reinhard: „Weltfremd und verzögert das Verfahren“).

Reinhard will diesem Hin und Her ein Ende bereiten: der Innenminister soll selbst beim Konsulat intervenieren – und wenn das nicht hilft, die Stadt kurzfristig anweisen, einen Fremdenpaß für den Lehrer auszustellen.

26.2.1987 WAZ

Aus WAZ vom 26.02.1987

Paßentzug für aufmüpfige Türken

Gewerkschafter: Behörden wollen politisch Aktive zur Heimkehr zwingen

FRANKFURT (dpa)

Für den türkischen Metallarbeiter Eyden Ucar (48) aus Frankfurt war es ein Routinegang: Weil sein Paß abgelaufen war, beantragte der Kurde im türkischen Generalkonsulat die Verlängerung des Dokuments. Trotz der scharfen Sicherheitskontrollen und der Gegenwart bewaffneter Beamter erwartete Ucar nichts Böses, als er im Warteraum des Konsulats seinen Paß abgeben mußte. Eine Stunde später war es mit der Arglosigkeit vorbei. Ein Konsulatsbeamter erklärte Ucar ohne Begründung, sein Paß werde vorerst einbehalten.

Ohne Ausweispapiere war dem Kurden aber nicht nur eine ungefährdete Heimreise in die Türkei unmöglich gemacht worden. Auch für die deutschen Behörden war der Kurde damit vogelfrei und mußte befürchten, abgeschoben zu werden. Die Ungewißheit dauerte knapp ein Jahr. Dann konnte der 48jährige wenigstens einen Fremdenpaß der Bundesrepublik beantragen, als ihn die Türkei offiziell ausbürgerte.

In anderen Fällen erhalten mißliebige Türken statt des Passes ein Ersatzdokument, das ihnen lediglich die Rück-

kehr innerhalb der nächsten 30 Tage gestattet. An der Grenze droht ihnen – zumeist wegen politischer Verstöße gegen türkische Gesetze – sofortige Untersuchungshaft. Kommen sie der Aufforderung nicht nach, sind sie plötzlich zu illegal in der Bundesrepublik lebenden Ausländern gestempelt. So erlosch nach der Schilderung eines Wiesbadener Rechtsanwaltes die unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis eines seit 1970 in Hessen arbeitenden Mandanten, weil er keinen gültigen Paß mehr vorweisen konnte.

Solche Reglementierungen politisch mißliebiger Staats-

bürger durch die türkischen Behörden nehmen nach Informationen der Gewerkschaften in den letzten Monaten zu. Yilmaz Karahasan, Ausländerbeauftragter beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt und selbst türkischer Herkunft, spricht von 17 vergleichbaren Fällen allein im Einzugsgebiet des Generalkonsulats in Frankfurt. Auch aus Nordrhein-Westfalen und West-Berlin mehrten sich die Nachrichten über solche Maßregelungen. Betroffen seien vor allem Gewerkschafter und politisch engagierte Türken, die sich für die Menschenrechte und die Zulassung freier Gewerkschaften in

ihrem Heimatland einsetzen.

Ein Sprecher der türkischen Botschaft in Bonn bestätigt das Vorgehen der Konsulate. Der Paßentzug sei gerechtfertigt, wenn gegen den türkischen Staatsbürger ein Verfahren vor einem Gericht im Heimatland laufe. Dies sei ein Akt der Souveränität auf der Basis der Gesetze der Türkei.

Im übrigen seien die Konsulate als ausführende Organe in den meisten Fällen über den Inhalt der Vorwürfe nicht informiert. Die Betroffenen erhielten für ihren Paß ein Ersatzdokument, das ihnen die Reise in die Türkei erlaube.

30. Januar 1987 WAZ

daß täglich Millionen

Aus WAZ vom 30.01.1987

Generalkonsulat zog Paß einer Türkin ein

Das türkische Generalkonsulat in Frankfurt hat offenbar erneut versucht, ein engagiertes Gewerkschafts-Mitglied türkischer Abstammung zur Rückkehr an den Bosphorus zu zwingen: Wenige Wochen nach ihrem Ehemann Naci Ortac wurde jetzt Fatma Nuket Ortac der Paß entzogen. Nach Mitteilung des IG Metall-Vorstandsmitglieds Willi Sturm ist Fatma Ortac aufgefordert worden, bis spätestens 19. Januar in die Türkei zu kommen.

Frau Ortac ist seit 14 Jahren aktives Mitglied der IG Metall. Ihr Paß war nach Mitteilung Sturms nicht verlängert worden. Statt dessen habe die 39jährige nur eine vier Wochen gültige Bescheinigung für die Reise in die Türkei erhalten. Diese Formulare enthielten falsche Angaben, mit denen die deutschen Behörden getäuscht werden sollten: So sei dort von einer „Verlustranzeige“ des Passes die Rede.

Nach Aussage Sturms bespitzeln die türkischen Konsulate ihre Landsleute in der Bundesrepublik und setzen vor allem gewerkschaftlich aktive Türken unter Druck. Wenn die in die Heimat zurückkehrten, würden sie dort sofort verhaftet. Ihre Gesundheit und ihr Leben sei in der Türkei bedroht.

Der türkische Generalkonsul war am Montag nicht erreichbar.

Frankfurter Rundschau 31. 12. 86

Kein neuer Paß für türkische Betriebsrätin

Das türkische Generalkonsulat in Frankfurt hat jetzt dem Betriebsratsmitglied beim Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Metall (IGM), Ülkü Schneider-Gürkhan, ihren türkischen Paß nicht mehr verlängert. Wie Sigi Müller, Abteilungsleiter beim IGM-Vorstand, am Montag erklärte, sei ihre Kollegin vom türkischen Konsulat aufgefordert worden, sich innerhalb eines Monats in ihrem Heimatland beim Staatsanwalt zu melden. Gegen sie laufe eine „öffentliche Anklage“.

Nach Einschätzung der IGM ist diese Maßnahme gegen Ülkü Schneider-Gürkhan ein neuer Versuch, mißliebige türkische Gewerkschafter aus der Bundesrepublik in ihre Heimat zurückzuholen und vor Gericht zu bringen. Wie Müller gegenüber der FR sagte, hat die IGM inzwischen Kontakt mit der Frankfurter Ausländerbehörde aufgenommen, um für die Betriebsrätin einen deutschen Fremdenpaß zu bekommen.

D/R/S

Türkei behielt Paß ein

FRANKFURT A. M., 18. Mai (FR). Die türkische Regierung setzt nach Angaben der Industriegewerkschaft Metall die Verfolgung von türkischen Gewerkschaftern in der Bundesrepublik fort. Wie IG-Metall-Vorstandsmitglied Willi Sturm am Montag in Frankfurt mitteilte, hat das türkische Konsulat Ülkü Schneider-Gürkhan, Betriebsratsmitglied der IG-Metall-Vorstandsverwaltung, den Reisepaß entzogen. Statt eines beantragten verlängerten Passes habe sie nur eine Bescheinigung für die Rückkehr in die Türkei erhalten, verbunden mit der Aufforderung, sich innerhalb eines Monats in ihrem Heimatland bei der Staatsanwaltschaft zu melden, um sich einem gegen sie eingeleiteten Verfahren zu stellen. Zu dem Verfahren sei vom Konsulat nur zu erfahren gewesen, daß es sich um eine „öffentliche Anklage“ handle.

Der Paßentzug und die Verweigerung verschiedener Papiere sei „ein ausgeklügeltes Verfahren, kritische Gewerkschafter auszuschalten“, sagte Sturm. Als untragbar bezeichnete er, „daß Behörden fremder Staaten einen derartigen Druck auf ihre Landsleute in der Bundesrepublik ausüben können“.

15 NİSAN 87

Pasaport yasağındaki uygulamalar, 'cezanın kişiselliği' ilkesini hiçe sayıyor

'Sakıncalı' yakınına da pasaport yok

Pasaport Yasası'ndaki "Memlekettten ayrılmalarda genel güvenlik bakımından mahzur bulunduğu İçişleri Bakanlığı'nca tespit edilenler" bölümünün uygulanması sırasında, hukukun temel ilkelerinden olan "cezanın kişiselliği" ilkesinin de sık sık çiğnendiği ileri sürülüyor. Bu ilkenin çiğnendiği olaylar, "Bir kişi hakkında yürütülen soruşturma veya dava nedeniyle bu kişinin yakınlarının da pasaport hakkından yoksun bırakılması" olarak ortaya çıkıyor.

Bu konudaki ilginç olaylardan birinin, geçen mart ayında ölen İstanbul Barosu eski Başkanlarından Orhan Apaydın Barış Derneği Davası nedeniyle tutukluymken, eşi Gürsel Apaydın'ın pasaport almak için başvuruda bulunduğu sırada yaşandığı belirtiliyor. Daha önce Londra'da ameliyat olan ve iki kalp kapakçığı değiştirilen Gürsel Apaydın, sağlık kontrolü yaptırmak için yurtdışına çıkmak istediğinde, dosyasında "Eşi Barış Derneği davasından tutukludur" sözlerinin bulunduğunu gördüğü ve bu nedenle pasaportunun her sayfasına "iptal" damgası vurulduğu bildiriliyor. Gürsel Apaydın ise bu durum karşısında tepkisini "Ama bu bütün aileyi cezalandırmaktır" diyerek gösteriyor. Aynı tepkiyi eşi ve kızı için Mehmet Ali Aybar, 8 yaşındaki Kiraz için Doğu Perinçek, annesinin babası ve halası ile, halasının kocası için Fatoş Güney ve daha birçok kişi göstermek zorunda kalıyorlar.

DIŞARIDAN NASIL GÖRÜLÜYOR?

Helsinki İzleme Komiteleri, özellikle Amerikalı gruplar Türkiye'ye geldiklerinde Türk yetkililerine sürekli olarak sordukları sorula-

rın başında pasaport yasakları konusu geliyor. Yabancı gruplar aynı soruları ülkemizde görüştikleri bilim adamlarına, sanatçılara, hukukçulara da soruyorlar. Grupların en çok, kaç kişiye pasaport verilmemesini öğrenmek istedikleri, bu soruyu Başbakan Turgut Özal'a, İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut'a, Adalet Bakanı iken Necat Eldem'e sık sık sordukları, ancak net bir sayı alamadıkları belirtiliyor.

İçişleri Bakanı Yıldırım Akbulut, "Pasaport yasağı konusu, özellikle AET'ye girmeye hazırlandığımız şu günlerde Avrupalılar tarafından ilgiyle izleniyor. Pasaport yasasının bu açıdan da düzeltilmesi gerekmektedir mu?" biçimindeki sorumuzu şöyle yanıtlıyor:

"Dışarıdan bize bakanlar için de aynı şeyi düşünmek lazım. Diğer ülkelerin kanunlarını bilmiyorum ama onların da yani sınırlama koymuş olmaları gerekir bazı şeylere, değil mi? Yani güvenlik açısından."

Avukat Turgut Kazan ise, Türkiye'deki yasağın görüntüsünün dışarıdan başka türlü görünmesinin sağlanması amacıyla 30.4.1986 tarihli 3280 sayılı yasanın çıkarıldığını ve Pasaport Yasası'nın 22. maddesinin birinci fıkrasına bir cümle eklendiğini söylüyor. Bu değişikliğe göre, "Yabancı memleketlere gitmeleri mahkemelerce yasaklananlar dışında kalan sanıklara zaruri hallerde İçişleri Bakanının teklifi ve Başbakanın onayı ile pasaport veya pasaport yerine geçen seyahat vesikası verilebilir" deniliyor. Avukat Turgut Kazan, bu değişiklikle ortaya çıkan yeni durumu şöyle yorumluyor:

"Yalnızca Mahmut Dikerdem'e, Aziz Nesin'e ve Abdullah Baştürk'e

pasaport vererek, Türkiye'de böyle bir yasak kalmadığı imajını yaratmaya çalışıyorlar. Ne var ki durum acı ve açıktır. Bugün yüz binlerce insan pasaport alamıyor. Bilgi işlem merkezindeki sayı tam olarak bilinmiyor. Biz Mahmut Dikerdem'e, Aziz Nesin'e pasaport verince sevinдик. Bunu sağlıklı bir yaklaşım olarak gördük. Ama ilerleme olmadı. Başka adım atılmadı."

Avukat Gülçin Çaylıgil ise yönetimin her konuda olduğu gibi bu konuda da keyfi davrandığını söyleyerek, "Bir Mahmut Dikerdem, bir Abdullah Baştürk pasaport alabiliyor, ama sade vatandaş alamıyor" diyor.

TEPKİLER

Pasaport Yasası hükümlerine, pasaport yasaklılarının adlarının bulunduğu listelere, genel olarak pasaport hakkının zorlanmasına ilişkin çeşitli kesimlerden yoğun tepkiler her geçen gün çoğalıyor.

Yazar Bekir Yıldız, 1962 yılında işçi pasaportu alırken hiç zorlukla karşılaşmadığını, yazar olduktan sonra pasaport almasının güçleştiğini ve çeşitli zorluklarla karşılaştığını söylüyor. Eleştirmen ve Edebiyat Tarihçisi Atilla Özkırımlı, hem pasaport alırken, hem havaalanından çıkış yaparken, hem de dönüşünde defalarca zorluklarla karşılaştığını söylerken, bir başka ünlü yasalı, Mehmet Nabi İnciler (İnci Baba) tepkisini şu sözlerle dile getiriyor:

"Zorluk üstüne zorluk çıkarıyorlar. Verdikleri pasaportla yurtdışında adım atamıyoruz. Sanki Amerikan pasaportu veriyor adamlar, o kadar nazlanıyorlar.."

Aus der Zeitung
"Cumhuriyet" vom 15.04.1987
Auch Anverwandten einer
Person, die vom Innenminis-
terium als gefährliche Per-
son für die Republik fest-
gestellt worden ist, dür-
fen keinen Pass erhalten.

"Ohne Worte"

45

13. Yabanci
12. Kimya
11. Proje
10. Gıda
9. Sağlık
8. İçişleri
7. Dışişleri
6. Adalet
5. Maliye
4. Enerji
3. Tarım
2. Kültür
1. Milli Eğitim

Büyükelçisi de katıldı. (Fotoğraf: a.d.)

uyor

artileri, büyük
çoğunluk
caz için,
mübare ikinci
tutacak ve
mıdai
ddi
la oy
SHP, DYP ve
yandan
nin tam
na
sağlamak, öte
ve adına kimin
saptamak için
yürüttü.

GUDA SON 2
AKIN

SEM,
SAM,

MEÇ'in notları



ala, partiler kampanyalarını başlattılar

notları

AN ko sık

il kong
sonrasta
kavga
Şimdi
kongre
müdaha
ANAP
büyük
yapılaca

FARUK

ANKA
nedeniyle
Kavgalı ge
lerinin, 6
ferat duma
rart, şirik
kurulu 10
nabı di. Q
n: Hasan
tediği de
bulundu.
(Arkası)

Pap Tür yun

Sofya
konuşa
Başbak
kenar

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 16.07.1987

Zivilausnahmestand

In dem Gebiet hängen die Streitkräfte auch vom Sondergouverneur ab.

Cumhuriyet

Y 9200 A No: 22591

Founded by Yunus Nadi, 1924 (64. year)

Thursday, July 16, 1987

Published t

Bölgedeki askeri kuvvetler de ek kararname ile olağanüstü hal valisine bağlandı

Sivil sıkıyönetim

**CUNEYT
ARCA YÜREK**
yazıyor

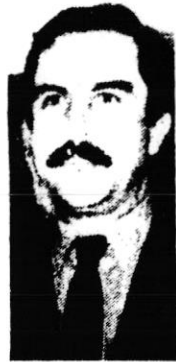
Sivil Paşalı Sıkıyönetim

Özal'ın "süper vali" kararname, daha üstünden 48 saat geçmeden deliniverdi. Kararnameden bir bölüm "çıkartılmış"tı. Ve Özal, yeni bir kararname çıkarttı; bölgedeki askeri birlikleri de "süper vali"ye bağladı.

12. Sayfada

PORTRE HAYRİ KOZAKÇIOĞLU

Ağca'yı yakalayan emniyet müdürü



Kozakçioğlu

Haber Merkezi — Özal hükümetince çıkartılan kanun gücündeki kararname ile Türkiye Cumhuriyeti'nin ilk "olağanüstü hal bölge valiliğine" atanan Hayri Kozakçioğlu, 1938 yılında Manisa'nın Alaşehir ilçesinde doğdu. 1959 yılında AÜ Siyasal Bilgiler Fakültesi'ni bitiren Kozakçioğlu, kamu görevine kaymakam olarak başladı. 1970 yılına kadar Ankara'nın Delice, Diyarbakır'ın Çüngüş ve Çınar ilçeleriyle Balıkesir'in Kepsut ve İmroz ilçelerinde kaymakamlık yapan Hayri Kozakçioğlu, 1970 yılında İçişleri Bakanlığı Mülkiye Müfettişliği'ne atandı.

1978 yılına kadar Mülkiye müfettişliği yapan Kozakçioğlu, 1978'de kurulan Ecevit hükümeti (Arkası Sa. 12, Sü. 1'de)

Başbakan Özal, Suriye'ye gitmeden önce yaptığı açıklamada, olağanüstü hal valiliğine Diyarbakır Valisi Hayri Kozakçioğlu'nun atandığını açıkladı. Resmi Gazete'de yayımlanan ek bir kararname ile sivil güvenlik güçleri ve jandarmaya ek olarak Silahlı Kuvvetler'e ait birliklerin de bölge valisinin emrine verilmesi hükmüne bağlandı.

ANKARA (Cumhuriyet Bürosu) — Olağanüstü Hal Bölge Valiliği'ne Diyarbakır Valisi Hayri Kozakçioğlu atandı. Bu arada önceki gün Resmi Gazete'de yayımlanan "Olağanüstü Hal Bölge Valiliği" kararname, dün yapılan bir "ek"le genişletildi. Resmi Gazete'nin dünkü mukerrer sayısında yayımlanan "ek kararname" ile bölge valisi, sorumlu olacağı illerde "emrine verilen diğer kuvvet birlikleri"ni de yönetecek. Halen Diyarbakır Valisi olan Hayri Kozakçioğlu, 19 Temmuz pazar günü mesai saatı itibaren Bingöl, Diyarbakır, Elazığ, Hakkâri, Mardin, Siirt, Tunceli ve Van illerinden sorumlu olacak. Kozakçioğlu'nun bu göreve atanmasına ilişkin kararname de, Resmi Gazete'nin dünkü mukerrer sayısında yayımlandı. Kozakçioğlu, bölge valiliği yeti olarak Diyarbakır'da bir süre önce hizmete giren Kultur Sarayı'nı duyduğuna söyledi.

Bölge valiliğine Hayri Kozakçioğlu'nun atanması ve bir ek kararname ile bölge valisinin yetkilerinin genişletilmesi, Bakanlar Kurulu'nun önceki akşam yaptığı 4 saatlik toplantısında (Arkası Sa. 12, Sü. 4'te)

**KOORDİNATÖR
VALİYE TEPKİLER**

12. Sayfada

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 21.07.1987
 İnönü, der SDP vorsitzender ist, : Niemand kann schuldig sein, weil
 seine Muttersprache kürdisch ist.

Cumhuriyet

Y 9200 A No: 22596

Founded by Yunus Nadi, 1924 (64. year)

Tuesday, July 21, 1987

Published by C

SHP'nin Kars mitingini polisın videoya alması tepkiyle karşılandı

İnönü: Anadili Kürtçe diye kimse suçlanamaz

Birlikte kan akıttık: Misakı Milli sınırları, konuştuğu dile göre ayırım yapılmadan bütün vatandaşların katılımıyla ve akıttıkları kanlarla çizildi. Hem, bir ülkede farklı diller konuşulması, bu ulusun kültürünü zenginleştirir. Ama ayrımcı politika güdenlere izin vermeyiz.

Tüm yöre halkı suçlanamaz: Bölücü eşkiyayı yakalayamayan yetkililer, o yöre halkının tümünü sorumlu tutma davranışına giriyor.

Süper Vali Kozakçıoğlu, Cumhuriyet'e değerlendirdi:

HAKKI ERDEM YÜCEL SEZER

KARS — SHP Genel Başkanı Erdal İnönü, Türkiye'de Kürtçe konuşan vatandaşlardan şüphe edilmemesine karşı olduğunu belirterek, "Anadili Kürtçe diye kimseyi suçlayamayız ve kimseye şüphe ile bakamayız" dedi. İnönü, Birinci Dünya Savaşı'ndan Türkiye ve Kürtçe konuşan Anadolu insanının omuz omuza savaşışını hatırlatarak, "Bu birliklilik ortak bir temel oluşturmuştur. Bizim bu ortak temelimizi ayrımcı akımlar hiçbir şekilde bozamazlar" biçiminde konuştu. Mitingin polis tarafından videoya çekilmesi ve konvoyun alana sokulmaması SHP'lilerin tepkisine yol açtı.

Erdal İnönü Doğu ve Güneydoğu gezisinin üçüncü gününde Kars ve ilçelerindeki mitinglerde yaptığı konuşmalarında, bölgede PKK'cilerin katliamları nedeniyle tüm yöre halkının insan haklarının ihlal edildiğini bildirdi. SHP lideri, vatandaşlara Kürtçe konuşuyor diye kuşkuyla yaklaşılmasını eleştirerek, "Misak-ı Milli sınırları konuştuğu dile göre ayırım yapılmadan bütün vatandaşların katılımıyla ve akıttıkları kanlarla çizildi. Hem bir ülkede farklı diller konuşulması bu ulusun kültürünü zenginleştirir. Ama ayrımcı politika güdenlere izin vermeyiz" diye konuştu.

Dün SHP'nin seçim otobüsü Güneş ile Erzurum'dan Kars'a geçen İnönü, yol boyunca kendisine sevgi gösterişinde bulunan vatandaşları se-

lamladı. İnönü Sarıkamış ve Karlıca düzenlenen mitinglerde halktan 617'lül referandumunda sırası vasakların kalkması için evet oyu verinlerini istedi. İnönü, bugün vasakların zaten uygulanmadığını, ancak Başbakan Özal'ın referandum ile vasakları geri çek anlamında koymak istediğini vurgulayarak, "Çünkü bir genel seçimde karışına Demirel'in rakip olarak çıkmasını istemiyor. Bu halkı koymamak Özal'ın genel seçimleri kazanmak için baş vurduğu bir oyun. Bu oyunu referandumda evet diyerek bozacağız" dedi.

Başbakan Özal'ın seçim konusunu da da kandırmacılık içinde olduğunu kaydeden İnönü, Özal'ın halkın lamasında istediği gibi bir sonuç alamaması (Arkast. Sa. 10, Su. 4'ne)

22 TEMMUZ 1987

The New York Times

Türkiye'de işkence sona erecek mi?

Dış Haberler Servisi — International Herald Tribune gazetesi, "Türkiye'de işkence" konulu bir yazı yayımladı. "Helsinki Watch" insan hakları örgütü yöneticisi **Jeri Laber** ve örgütün danışmanı **Lois Whitman** imzalı yazı, Laber ve Whitman'ın geçen ay Türkiye'ye yaptıkları geziden sonra **The New York Times** gazetesi için kaleme alınmış. International Herald Tribune gazetesinin, The New York Times'tan aktardığı yazının tamamı şöyle:

"Türkiye Emniyet Genel Müdürü **Saffet Arıkan Bedük**, kısa bir süre önce, işkencecileri kollayan bir konuşma yaptı. İşkence yapmakla suçlanan polislerle ilgili bu konuşmasında, "Küçük olaylar olmuştur. İyi niyet ile çalışan ve sadece bazı hatalar yapan kimi arkadaşlarımız cezalandırılmıştır. Bu üzücüdür" dedi.

Bedük'ün konuşmasının Türk basınında yer almasından birkaç gün önce, biz İstanbul'un Gayrettepe polis karakolunda 20 gün boyunca tutulup işkence gören genç bir kadınla röportaj yapmıştık. 26 yaşında ve bir çocuk annesi olan **Nurhan** (bu gerçek adı değil) 1 Mayıs öncesinde komünist bildiriler dağıtmakla suçlanıyordu. Sert sorgulamalara ve dayatma hedef olan Nurhan'a elektrik şokları verilmiş ve üzerine, acıyı arttırmaya yönelik su dokülmüş. Nurhan, "Acı veren elektrik değil, o sıradaki titreme" diyor.

Sonunda işkencecilerin istediği şeyleri itiraf etmiş, tıpkı birkaç gün önce yakalanan ve işkence sırasında Nurhan'ın adını polise veren **Zeynep** gibi.

Türkiye'de sıkıyönetim kalkalı iki yıl oluyor. Basında işkence konusuyla ilgili haberler yer almaya başlarken, Millet Meclisi, polisin işkence yapması konusunu gündeme getirdi. Bu gelişmeler ve yönetimin işkencecileri cezalandırdığı yolundaki güvenesi, Türkiye'de bu eski alışkanlığın nihayet sona ereceği umutlarını artırdı.

İktidardaki hükümet, Türk tarihinde işkenceyi kabul eden ve sona erdirmeye kararlı olan ilk hükümet olmakla övünüyor. Adalet Bakanlığı'na göre 1500 işkenceci hakkında yasal işlemler başlatıldı ve bunların 100 tanesi hüküm giydi.

Ancak işkenceyi kanıtlamak çok zor. Kurbanların gözleri bağlanıyor, bu nedenle daha sonra işkencecileri tanımları imkânsızlaşıyor. İşkenceciler ya da buna tanık olanlar arasında genellikle bir dava sırasında kurbanın yanında yer alacak bir görgü tanığı olmuyor ve işkence gördükten sonra serbest bırakılanlar, tekrar tutuklanma korkusuyla şikâyetle bulunmaktan korkuyorlar.

İşkenceciler, iz bırakmayacak biçimde geliştirilmiş teknikleri kullanıyorlar, bu nedenle elektrik şokları çok popüler, ayrıca işkence görenleri muayene edenler de devletin atadığı doktorlar. Böylelikle kurbanın olduğu ya da kalıcı bir zarar gördüğü işkence olayları dışında kalan vakalarda, işkenceyi şikâyet konusu yapmak bir sonuç getirmiyor.

Türkiye'de yeni kurulan İnsan Hakları Örgütü, 1980 yılından bu yana işkenceden 169 kişinin olduğunu belirlemiş. Bu liste, 30'u son 18 ayda meydana gelen polis karakollarındaki 36 "intihar" vakasını da içeriyor. Türkiye ziyaretimiz sırasında, son işkence olaylarıyla ilgili sayısız rapor topladık, buğların arasında anne babasını konuşmaya zorlamak için onların gözü önünde elektrik şoku verilen 5 yaşındaki bir çocuğun işkencesini anlatan rapor da yer alıyordu.

Türkiye'de işkence, soruşturmanın ilk aşamasının sürdürüldüğü polis karakollarında yapılıyor. Yürürlükteki kanunlara göre polis, şüphelileri, ailesine ve avukatına haber vermeden 15-30 gün süreyle sorgulama için tutabiliyor.

Nurhan, "Avukatımı görmek istediğimi söylediğim zaman, bana 'Sen çok Amerikan filmi seyrettin galiba' diye cevap verirdiler" diyor.

Türk hükümeti, işkenceyi gerçekten yok etmek istiyorsa, öncelikle gözaltına alınanların hemen avukatlarını görmelerine izin verecek yasayı kabul etmeli. Ayrıca sorgulama süresini azaltacak, kurbanların kendi tercih ettikleri doktorlar tarafından muayene edilmelerine izin verecek yasayı onaylayarak, işkencecilerle verilen cezaları çok arttırmalı. Tüm bunların dışında hükümet, amacının işkenceyi tümüyle yok etmek olduğunu faaliyetleriyle göstermeli.

Eğer Cumhurbaşkanı veya Başbakan, bir gün haber vermeden Gayrettepe Polis Karakolu'na ani bir ziyaret yapsalardı ne olurdu? Kuşkusuz işbaşındaki işkencecileri rahatsız ederlerdi. Büyük olasılıkla onların kullandıkları araçları da bulurlardı. Gözleri bağlamak için deri banlar, insanları asmak için direkler, bağlamak için kayışlar, dövmek için cıplar.

Bu kanıtlar, Türkiye'de işkencenin "istisnai olaylar" dışında sona erdiği iddialarını yıkacaktır. Polise, hükümetin gerçekten bu sorunu çözümleneye kararlı olduğunu gösterecek ve nihayet Türkiye'de işkencenin sona erdiği yolundaki iddiaların gerçek olmasını sağlayabilecekler.

GEHT DIE FOLTER IN DER TÜRKEI IHREM ENDE ZU ?
Die Zeitung "International Herald Tribune" hat den Artikel, den die "Helsinki Watch" Mitglieder Jeri Laber und Lois Wittman für die "New York Times" geschrieben hatten, veröffentlicht. Die Autoren verlangten in ihrer Veröffentlichung, dass die Gefangenen

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 22.07.1987

TURİZM

Özalp, Seydişehir Alüminyum Fabrikası'nın grevlerine de değinen İsmail Heral, yüzde 50 enflasyon varken işçilere verilen yüzde 5-10'luk artışların devlete yakışmayacağını ifade etti. Heral, çalışanların isteklerinin fahiş olmadığını da savunarak, "Ülkenin yatırımlara ihtiyacı varken fabrika kapatmak, trilyonlara varmış yatırımları atıl hale getirmek ve onbinlerce kişinin ekmek yemesini temin eden tesisleri kapatmak doğru değildir" dedi. Seydişehir Alüminyum Fabrikası'nın kapatılmasındaki amacın ne olduğunu bilmek istediğini söyleyen Heral, "Yoksa alüminyum ithalatına hazırlanan firmalar mı var?" diye sordu.

Gazeteciye gözaltı

İZMİR (Cumhuriyet Ege Bürosu) — Hollanda Televizyonu Türkçe yayınlar bölümünde çalışan Nihal Doğan, gözaltına alındı. İzmir'e geldikten sonra Çiğli Havaalanında gözaltına alınan Nihal Doğan daha önce Türkiye'de çeşitli programlar yapmıştı. Emniyet Müdürlüğü yetkilileri gözaltına alınma nedeni ile ilgili bir açıklama yapmadı.

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 30.7.1987

Eine Journalistin ist in Untersuchungshaft

Frau Nihal Doğan, die beim niederlandischen Fernsehen arbeitet, ist in Untersuchungshaft genommen worden, als sie in İzmir mit einem Flugzeug gelandet ist.

In den politischen Plädoyern werden Straftatbestände ermittelt.

Siyasi savunmalarda suç unsuru aranıyor.

Savunmaya da ceza

"TKP/ML hareketi üyesi olduğum savıyla yargılanmaktayım. Bir komünist olduğum ve bu uğurda faaliyet yürüttüğüm için baskı ve şiddete maruz kalmaktayım. Cezaevlerinde bulunduğum süre içerisinde, faşist cuntanın, devrimci tutuklulara uyguladığı baskı ve teröre bizzat şahit oldum..." 1. Ordu ve İstanbul Sıkıyönetim Komutanlığı 3 No'lu Askeri Mahkemesi'ne gönderilen Sultanahmet Cezaevi'nde tutuklu bulunan Mehmet Örnek'in yukarıdaki sözlerle başlayan dilekçesine, duruşmaya sevki sırasında yapılan üst aramalarında el konulmuştu. Dilekçede devletin askeri kuvvetlerini ve adliyenin manevi şahsiyetini tahkir ve tezyif edici sözler bulunduğu, ayrıca bölücülük propagandası yapıldığı ve komünizmin övüldüğü ileri sürülüyordu. Sıkıyönetim 1 No'lu Askeri Mahkemesi'nde görülen davada suç sabit görülerek Mehmet Örnek 3 yıl 4 ay hapse mahkûm ediliyor. 12 ay süreyle de Kırşehir il merkezinde gözetim altında tutulması öngörülüyordu. Örnek, kendini savunurken mahkûm olmuştu.

Metris Cezaevi'nde tutuklu bulunan sanıklardan Bedri Yağan, Dursun Karataş, Alişan Yalçın ve Bülent Pak, 18 Ağustos 1983'de İstanbul 1 No'lu Sıkıyönetim Askeri Mahkemesi'ne sundukları dilekçeleri dolayısıyla benzeri bir durumla karşılaşmışlardı. "Devletin askeri ve emniyet kuvvetlerini alenen tahkir ve tezyif ettikleri" gerekçesiyle FCK 159/1 ve 1402 sayılı yasanın 17. maddesi gereğince yargılandılar. Yetkili askeri mahkeme, suçun aleniyet kazanmadığı gerekçesiyle beraatlerine karar veriyordu. Ancak Askeri Yargıtay kararı bozunca, 1 yıl 4 ay hapis cezasına çarptırıldılar ve İstanbul'da 5 ay 10 gün genel güvenlik gözetimi altında bulundurulmalarına karar verildi. Savunma yaparken mahkûm olmuşlardı.

Savunma hakkı kitaplarda

12 Eylül sonrasında siyasi davalar da yargılanan sanıklar, mahkemeye verdikleri dilekçeler ve yapıları si-



Savunma mahkûmları — Ayaktakiler (soldan sağa): 1. Erdoğan, D. Karataş, A. T. Özkök, Ş. Şen. Oturanlar: A. Ş. Yıldırım, M. Goreli, Z. Polat.

yasi savunmalar nedeniyle sık sık benzeri yargılamalarla karşı karşıya kalıyorlardı. Sanıkların kullandıkları sözcükler ve tanımlar nedeniyle birbirini ardına açılan davalarda, 159/1 (devletin, hükümetin, güvenlik güçlerinin, yargı organlarının manevi şahsiyetini küçük düşürme), 142/3 ve 142/4 (kamu haklarını ortadan kaldırma ya da ulusal duyguları zayıflatma amaçlı propaganda ve bu fiillerin övülmesi) gibi maddelerden değişik sürelerde mahkûmiyet kararı veriliyordu. Çeşitli cezaevlerindeki sanıkların, süren davalarında yaptıkları savunmalar nedeniyle aldıkları cezalar artırmıştı.

Halen Dev-Sol davası sanığı olarak Metris Askeri Cezaevi'nde bulunan Bedri Yağan, benzer yeni dava sonucu toplam 29 yıl 4 ay, İbrahim Erdoğan dört dava sonucu toplam 20 yıl, Dursun Karataş dört dava sonucu toplam 14 yıl 4 ay, TİKB davası sanığı Remzi Küçükertan iki dava sonucu toplam 8 yıl 4 ay, TİKKO davası sanıklarından Murat Şaşkal iki dava sonucu toplam 12 yıl 4 ay, Hidir Uludağ bir dava sonucu 8 yıl hapis cezasına mahkûm olmuştu. Bu listeler hukuk kitaplarında savunma hakkı konusunda yazılanlara rağmen sürüp gidiyordu.

Prof. Dr. Nurullah Kunter, Ceza

Bestarfung auf Grund des Plädoyers.

Viele politische Angeklagte wurden wegen ihrer Plädoyer mit einer Freiheitstrafe bis zu 29 Jahren verurteilt.

50/2

Muhakemesi Hukuku adlı kitabında, "Savunmayı, yani karşı tezi kabul etmeyen bir iddia, iddia değil, karardır" dedikten sonra, "savunma bağı-sıklığı" başlığı altında şunları yazıyor: "İddia ve savunma bağı-sıklığında esas, bu görevlerin yapılması sırasında kullanılan kelimeler yüzünden cezalandırılmamaktır. Zira, iddia ve savunma görevini yapan kimse, acaba kullandığım kelimeler suç sayılır da cezalandırılır mıyım diye endişe ederse, söyleyeceklerinin bir kısmından korku yüzünden vazgeçebilir, yani iddia veya savunma görevini hakkıyla yapamaz."

Hukukçu Faruk Erem de *Ceza Usulü Hukuku* kitabında, "iddia ve savunma esasen hakaret teşkil etmesi mümkün değildir. Bu hududun aşılmasına rağmen faile ceza verilmemesiyledir ki, bir masuniyetten bahsedilebilir" diyerek savunmanın en geniş sınırlar içerisinde özgürce yapılmasının önemini vurguluyor. Uygulamada ise, savunma, sürekli ceza tehdidi altında yapılıyor.

Savunmanın, savunması

TKP-ML/Devrimci Halkın Birliği davası sanıklarından Garbis Altınoglu ve Hasan Tosun'un İstanbul Sıkıyönetim 3 No'lu Askeri Mahkemesi'nde süren davalarıyla ilgili olarak sundukları yazılı savunmada, komünizmi övdükleri ve devletin güvenlik güçlerini tahkir ettikleri ileri sürülüyordu. Sanıklar bu iddiayla ilgili olarak Sıkıyönetim 1 No'lu Askeri Mahkemesi'nde yargıldılar. Mahkeme, komünizmi övme olmadığına karar verirken, ikinci suçlamadan sanıkların birer yıl hapis cezasına çarptırıyor. İşin ilginç yanı, sanıklar bir savunmada sarfettikleri sözler için yargılanırken, bu sefer bu davada yaptıkları savunmadan dolayı yeniden suçlanmışlardı. Mahkeme heyeti yaptığı yeni suç duyurusu ile bir kısır döngüyü başlatmıştı.

Sıkıyönetim askeri mahkemelerinde yargılanan pek çok sanık, savunmalarında kendi ideolojik görüşleri paralelinde sosyal ve siyasal düşüncelerini açıklamaktan dolayı, sanık sandalyelerine oturtuluyorlar. Bu konuda askeri mahkemelerle Yargıtay kararları arasında bir görüş ve fikir birliği de sağlanamıyor. Yazdıkları savunma veya suç duyurusu dilekçelerine mahkemeye ulaşmadan, ceza-

vinde ya da mahkeme kapısında elkonan sanıklar hakkında, bu dilekçelerden dolayı açılan davalarda, bazı mahkemeler suçun aheniyet kazanmadığı gerekçesiyle beraat kararı verirken, bazıları da suça teşebbüs etmekten ceza verebiliyor.

Avukat Osman Ergin, bu bağlamda mahkûmiyetin olup olmamasının önemli olmadığını savunuyor. Ergin, "sanığın böyle bir dava tehdidi altın-

Savunma ve dilekçelere verilen bazı mahkûmiyetler 29 yıla kadar...

Bedri Yağan: Toplam 29 yıl, 4 ay.
İbrahim Bingöl: Toplam 22 yıl, 8 ay.

Tuğrul Özbek: Toplam 22 yıl, 8 ay.

Sinan Kukul: Toplam 20 yıl.

İbrahim Erdoğan: Toplam 20 yıl.

Dursun Karataş: Toplam 14 yıl, 4 ay (Devam eden davalarda 20 yıl daha hapsi isteniyor).

Nuri Eryüksel: Toplam 17 yıl, 4 ay.

A.Tayfun Özkök, A.Şener Yıldırım, A.Fazıl Özdemir: Toplam 14 yıl, 4'er ay.

Sabri Temel: Toplam 13 yıl, 4 ay.

Alişan Yalçın: Toplam 13 yıl, 4 ay.

Halil Gündoğan: Toplam 21 yıl.

Hüseyin Karakuş: Toplam 16 yıl, 8 ay.

Binali Şahin: Toplam 4 yıl.

İbrahim Ünal: Toplam 14 yıl, 8 ay.

Erhan Genler: Toplam 11 yıl.

Murat Şaşkal: Toplam 12 yıl, 4 ay.

Hidir Uludağ: Toplam 8 yıl.

Hasan Hüseyin Çatalkaya: Toplam 9 yıl.

Yusuf Demir: Toplam 9 yıl, 4 ay.

Erhan İnâl: Toplam 8 yıl, 8 ay.

Fatih Oktülümüş: Toplam 20 yıl, 2 ay (Açlık grevinde öldü).

Remzi Küçükertan: Toplam 8 yıl, 4 ay.

İbrahim Yirik, Hasan Şensoy: Toplam 9'ar yıl, 6'şar ay.

Sadık Süleyman Öge: Toplam 4 yıl, 4 ay.

Ahmet Aslanbakan: Toplam 8 yıl.

Haydar Öztürk: Toplam 6 yıl.

Hüseyin Solgun: Toplam 6 yıl, 8 ay.

Mürsel Görelî: Toplam 5 yıl, 4 ay.

Mehmet Doğan: Toplam 6 yıl, 8 ay.

Saadettin Güven, Baki Altun, Harun Kartal, Şaban Şen: 5 yıl, 4'er ay.

Bülent Pak: Toplam 6 yıl, 8 ay.

Hasan Akdoğan: Toplam 6 yıl, 8 ay.

Sadık Varer: Toplam 11 yıl.

Gazanfer Yıldız: Toplam 10 yıl, 8 ay.

Celal Polat: Toplam 2 yıl, 8 ay.

Battal Uğur: Toplam 2 yıl.

Nadir Kalkan: Toplam 1 yıl, 7 ay, 16 gün.

Fevzi Göktan: Toplam 2 yıl.

İsmail Göksu: Toplam 2 yıl.

Yadigar Adıgüzel: Toplam 2 yıl, 8 ay.

Tuncer Bağdathoğlu: Toplam 2 yıl, 8 ay.

Haydar Görmek: Toplam 1 yıl, 4 ay.

Kenan Motor: Toplam 2 yıl.

Kenan Güngör: Toplam 5 yıl, 4 ay.

Yusuf Ziya Sülekoğlu: Toplam 2 yıl, 8 ay.

Mehmet Güngörmez: Toplam 6 ay.

Celalettin Cengiz: Toplam 1 yıl, 4 ay.

Murat Toros Gürkaya: Toplam 1,5 yıl.

Yadigar Kuyu, İrfan Ördek, Erhan Ünal: Toplam 8'er ay.

Şinasi Korkmaz: Toplam 1 yıl 6 ay.

Süheyla Kaya: Toplam 8 yıl.

da savunma yapması, düşüncelerini açıklaması, en tabii hakkı olan savunma hakkının kullanılmasından çok, bir cesaret işi halini alır" diyor. Ergin'e göre açılan davalar başka sanıklara gözdağı verme niteliğini taşıyor.

Kişiler, düşüncelerinden dolayı yargılanmaları yetmiyormuş gibi, bir de bu düşüncelerini mahkeme önünde yinlediklerinde, aynı "suçtan" ikinci bir ceza ile yüz yüze bırakılıyor.

Ein Kommissar aus Yozgat, den Mazhar Bulut heisst, ist durch eine Beschuldigung aufgrund von 36 Folterungen vor das Gericht gestellt worden. Jetzt wird ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet. In diesem Ermittlungsverfahren wurde er beschuldigt, mit der Angst vor Folter Geld von den Leuten erpresst zu haben.

İŞKENCECİ KOMİSER

İşkenceli rüşvet...

36 kişiye işkence yaptığı iddiasıyla yargılanan Yozgat Emniyet Müdürlüğü Komiseri Mazhar Bulut, şimdi de işkence ile rüşvet topladığı iddiasıyla soruşturuluyor

Yozgat'ın Ortaoba Köyü muhtarının kapısı gece vakti vurulduğu an, alanında rakip tanımayacak bir trajikomik serüvenin başladığını kim bilebilirdi ki?

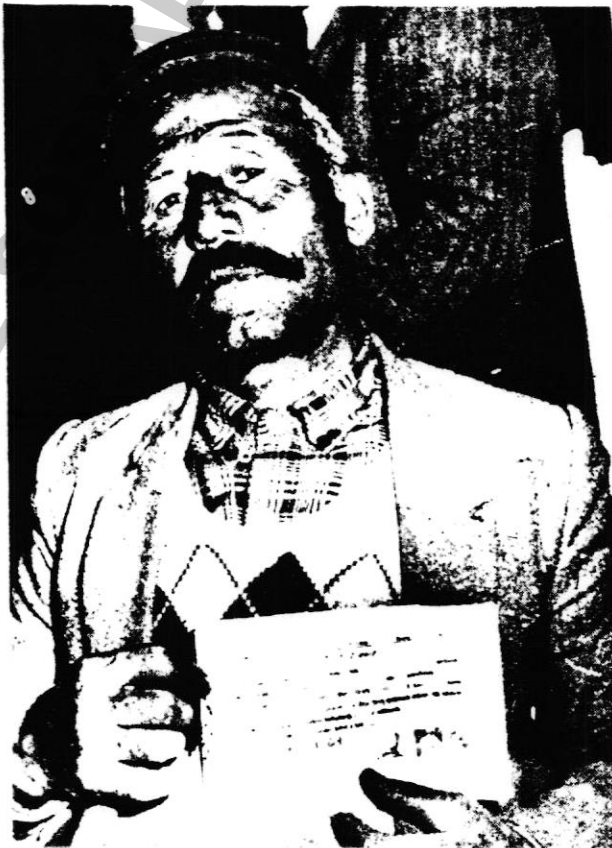
Yataktan fırlayarak dışarı çıkan muhtar Hasan Aslan, karşısında jandarmalar ile sivil polisleri görünce, bu apansız ziyaretin nedenini sordu ve "Sende tabanca varmış" yanıtını aldı. Oysa Aslan, 12 Eylül'den sonra kendine ve köyüne ait bütün silahları toplayıp teslim etmişti. Ama polisler kararlıydılar. Muhtar, Yozgat Emniyet Müdürlüğü Silah Kaçakçılığı Şubesi komiserlerinden Mazhar Bulut, polis memuru Osman Harman ve polislerin "yardımcısı" Dursun Kaya eşliğinde Yozgat'a getirildi.

"Ajan Dursun." Eskipazar Karakolu'na götürülen Aslan, üzerindeki eşyaları teslim ettikten sonra gözleri bağlanarak, bodrum katına indirildi. "Ayağımdan, erkeklik organımdan elektrik taktılar. Mazhar üzerime çıktı. 'Ulan çıkar silahı avradını ...tiğimin'. Efendim yok ki çıkarayım. Elini ayağına öpeyim, kitabını, Kur'anını seversen. Bizi adamlıktan çıkardılar. 'Arkadaş ne isterseniz vereyim' dedim." Bazen polis giysileri içinde de görülen, aslında normal vatandaş ve gönüllü polis Çakır köyünden "Ajan Dursun" bu arada devreye giriyordu. Polislerle kimin elinde ne kadar para olduğunun bilgilerini ulaştıran "Ajan Dursun" a göre, muhtar 1 milyon lira verirse komiser Mazhar onu bu beladan kurtaracaktı. "Dursun kardeşim etmen, ben bu parayı nereden bulacağım?" Hasan Aslan tekrar bodruma indirildi, vakti çıktığında "ikna"

Silah bulunuyor. Yanında banka yatırmak üzere taşıdığı 255 bin lirayı vermeyi öneren muhtar ile komiser arasındaki "sıkı pazarlık" sonunda 500 bin lira ve "çürük" bir tabanca üzerinden anlaşmaya bağlandı. "Sen bir tabanca bul, biz tabancanı da kaybedeceğiz, seni de cezaevine sokmayacağız" diyordu komiser Mazhar Bulut.

Gördüğü ağır işkenceden kurtulmak için muhtar Aslan köye gittiklerinde silah bulmayı vaat etti. "Aslında tabanca bulacağım diye gelip kaçacağım." Perişan bir halde eve getirilen babalarını gören aile üyeleri ağlamaya başladılar. Muhtar "Kızım ağlamanın zamanı geçti, bana çürük çarık bir tabanca bulun." dediğinde, küçük kızının aklına evlerinden 3 kilometre uzakta

Muhtar Hasan Aslan noterden tasdiklı rüşvet senedi ile



kuzu otlatırken bulduğu silah geldi. Korkup atmıştı silahı acaba yerinde duruyor muydu? Muhtar ve ailesi 2 saat boyunca yerlerde sürünerek "silahı" aradılar, ancak boşunaydı. Bir de komiser Mazhar baksındı. "Mazhar Bey söyle elini bir çaldı. 'Aha tabanca' dedi. Ben 2 saat aradım, öyle aradım ki benim aradığım yerlerden çıkardı tabancayı."

Aranan silah bulunmuştu. Şimdi de silahtan kurtulunmanın parası ödenecekti. Köylülerden yalvar yakar toplanan 600 bin liranın 500 bin lirası komiser Mazhar Bulut'a verildi. 100 bin lira da "Ajan Dursun"un hakkıydı.

Muhtar cezaevinde. Komiser Mazhar Bulut'un senaryosu harfiyen yerine getirilmişti ama muhtar Aslan çıkarıldığı mahkemede 1 yıl hapis cezasına çarptırılıyor ve cezaevine yollanıyordu. Muhtar Aslan aldatılmıştı, bunun üzerine komiser rüşvet verdiğini herkese anlatmaya başladı. Rüşvet dedikoduları Çekerek Cezaevi'nin duvarlarını aşınca komiser Mazhar Bulut cezaevine çağırıldı. Neydi bu ortalıkta dolaşan söylentilerin kaynağı? Komiser'e göre "Ajan Dursun Yayla"ya para yedirmişler, onun adını yaymışlardı.

Muhtar bu sözler üzerine, "Benim paramı yiyen adam kendisini biliyor" imasında bulundu. Gördüğü işkenceler, yattığı hapis, bir de bunların üstüne para da kaptıran muhtar, 4,5 ay hapisten sonra tahliye olunca köye gelip 1 ay hasta yattı. Cığerleri ezildiği için yemek yiyemiyor, nefes alamıyordu. Kendini iyi hissetmeye başladığı günlerde Yozgat'a gidip valinin huzuruna çıktı ve başından geçenleri anlattı.

Değişen roller: 3 gün sonra kapısı tekrar çalındı. Mazhar yine karşısındaydı. Fakat Mazhar görmeyeli epey değişmişti. Aslan'ın anlattıklarına göre olay bu andan itibaren yeni boyutlar kazanıyordu. "Muhtarın" boynuna sarılan komiserde üslup değişikliği de göze çarpıyordu. "Muhtarım elini ayağına öpeyim, fakulteye kadar okudum, müdürlüğü bekliyorum, çocuğumun okuması için para lazım."

(Das Kind ist elf Jahre alt)



Dayak cennetten çıkmadır derler ya !

Hırsız çocuk hiç durmadan, eti koparılıyormuş gibi ağlayıp, çığlıkları ile adliyyeyi birbirine katinca, jandarma eri babadan kalma usulü kullandı ve "Sus ulan kerata" diyerek ensesine tokatı patlattı. Bir anda neye uğradığını şaşırın çocuk korkudan hemen susuverdi...

// Sus ulan kerata ! //

□ Jandarma eri, Adliye'de iki gözü iki çeşme ağlayan hırsız çocuğu bir tokatta susturdu !

□ 11 yaşındaki Orhan Özsan, pazar-da bir kadının çantasını kapığı



GÜNAYDIN / 10.7.87 / 52

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 22.07.1987

657 politische Gefangene leisten Widerstand

HABERLER CUMHURİYET (22.7.87)

Malatya ve Sağmalcılar'da açlık, Metris'te destek grevi

675 tutuklu direnişte

Tutuklu ve hükümlülerin cezaevleri koşullarının düzeltilmesi, dayak ve onur kırıcı aramalardan vazgeçilmesi, tek tip elbisenin zorunluluğunun kaldırılması istemiyle başlattıkları açlık grevleri Malatya'da 9, Sağmalcılar'da ise 13. gününü doldurdu.

ANKARA (ANKA) — Malatya E Tipi Cezaevi'nde tutuklu ve hükümlülerin başlattığı açlık grevi 9'uncu, Sağmalcılar Cezaevi'ndeki 24 sol görüşlü tutuklunun başlattığı açlık grevi de 13'üncü gününü doldurdu. Malatya ve Sağmalcılar cezaevlerindeki açlık grevleriyle ilgili bir

açıklama yapan Adalet Bakanlığı Ceza ve Tevkifevleri Genel Müdürü **Abdülkadir Gelelioglu**, eylemlere son verilmesi için gereken girişimlerin yapıldığını bildirdi.

Sağmalcılar Cezaevi'nde 9 Temmuz 1987 tarihinde açlık grevine başlayan tutukluların, "Da-

yak ve onur kırıcı aramalardan vazgeçilerek, mahkemelere giderken başvurulmuş zincirle bağlama uygulamasına son verilmesi" ve "Tek tip elbise giyme zorunluluğunun kaldırılmasını" istediklerini öğrenildi. Bu arada, açlık grevindeki tutukluların yakınları Ankara'ya gelerek eyleme son verilmesini sağlamak amacıyla bazı girişimlerde bulundular ve Adalet Bakanlığı yetkilileri ile SHP Parti Meclisi üyesi Zonguldak Milletvekili **Muhsen Vasıf Yücel**'le görüştüler.

Adalet Bakanı **Oltan Sungurlu** ve Devlet Bakanı **Hasan Ce-**

lal Güzel ile görüşme olanağı bulamayan tutuklu yakınları yaptıkları açıklamada Adalet Bakanlığı yetkililerinin ilgisizliğinden yakındılar. Tutuklu yakınları, "Çocuklarımız güç koşullar altında, insanca yaşamak istiyorlar. Ama yetkililer ne yaparlarsa yapsınlar, ölümlerse ölsünler gibi bir tavır içinde, bizi dinlemekten bile kaçınıyor" şeklinde konuştular.

Öte yandan, Malatya Cezaevi'nde açlık grevini sürdüren toplam 246 tutuklu ve hükümlünün istemleri ise şöyle:

- Yetersiz ve bozuk beslenme

koşullarının düzeltilmesi.

- Havalandırma sürelerinin artırılması, banyoların daha sık kullanılmasına izin verilmesi.
- Baskı ve dayak uygulamalarına son verilmesi.

Metris'ten destek

İstanbul Metris Cezaevi'nde kalan 400 siyasi tutuklunun Sağmalcılar ve Malatya'dakileri desteklemek için dün üç gün süreli açlık grevine başladıkları öğrenildi.

Genel Müdür'ün sözleri

Malatya ve Sağmalcılar Cezaevleri'ndeki açlık grevleriyle ilgili soruları yanıtlayan Adalet Bakanlığı Ceza ve Tevkifevleri Genel Müdürü **Abdülkadir Gelelioglu**, eylemlere son verilmesi için gereken girişimlerin yapıldığını bildirdi.

TİSK'ten sigorta primine tepki

ANKARA (ANKA) — Türkiye İşveren Sendikaları Konfederasyonu sosyal sigortaların finansmanına devletin de katkısının sağlanmasını istedi. TİSK tarafından hazırlanarak hükumete sunulan ve 1988 yılı kalkınma programında yer almasını istediği önerilerin bulunduğu raporda yer alan bilgiye göre, SSK'ya sadece çalışan ve çalıştıranlardan prim kesildiği belirtilerek, "Bugün için işçilerden yüzde 14, işverenlerden yüzde 19.5 - 27 olmak üzere toplam yüzde 33.5-14 oranında çok yüksek meblağlara varan bir prim kesilmektedir" denildi.

Demirel, Kütahya'ya gidiyor

ANKARA (Cumhuriyet Bürosu) — Kapatılan AP'nin genel başkanı ve eski başbakan **Süleyman Demirel**, cumartesi günü Kütahya'ya gidiyor. Sabah saat 7.00'de Ankara'dan hareket edecek olan

Devlet, en katı işveren

İş-Sendika Servisi — Türkiye İşveren Sendikaları Konfederasyonu (TİSK) Başkanı **Halit Narin**, Seydighir grevi konusunda hükümeti eyle-

leri içindeki uyuşmazlıklar, günlük politikanın dışında tutulmalıdır."

Grev ve lokavtlarda tarafların duygusal davranmalarının yersiz ve yan-

ve Seydiğir'de leri desteklemek üzere istenen mitingler için karar vermeyi hafta sonuna doğru ertelediklerini, bu arada yoğunlaşan görüşme-

Bu arada önceki gün iş en sendikası ile yapılan görüşmeden de bir sonuç alınmadı ve bu düzeydeki görüşmelerin kesilmesi kararlaştırıldı.

T.İ.

14 Verwandte von politischen Sträflingen sind verhaftet worden, weil sie früher vor dem Bayrampaşa/Istanbul Gefängnis in den Hungerstreik getreten waren..

CUMHURİYET/11

ER

Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevi eylemi

14 kişi tutuklandı

Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevi yaptıkları gerekçesiyle gözaltına alınan 19 tutuklu ve hükümlü yakınından 14'ü tutuklandı. Açlık grevini gözaltında da sürdüren sanıkların, eylemlerini, cezaevinde süresiz açlık grevine dönüştürecekleri bildirildi.

İstanbul Haber Servisi — Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevi yaptıkları gerekçesiyle gözaltına alınan 19 tutuklu ve hükümlü yakınından 14'ü tutuklandı. Gözaltına alındıkları süresince de açlık grevlerini sürdüren tutukluların, eylemlerini süresiz açlık grevine dönüştürecekleri bildirildi.

Bayrampaşa Cezaevi önünde geçen cumartesi günü cezaevlerindeki uygulamaları protesto etmek ve cezaevlerinde sürekli açlık grevlerini desteklemek için açlık grevine başladıkları gerek-

Tutuklu yakınları dilekçe verdi

ANKARA (Cumhuriyet Bürosu) — Tutuklu ve hükümlü aileleri temsilcileri "Ceza ve tutuklevlerindeki kötü uygulamalara son verilmesi" için Adalet Bakanlığı'na dilekçe verdiler. Çantaları aranarak girebildikleri Adalet Bakanlığı'nda, dün bakan **Ömer Sunbul**'u bulamayan tutuklu ve hükümlü aileleri temsilcileri, dilekçelerini Ceza ve Tevkifleri Genel Müdürü **Abdülkadir Genelioğlu**'na verdiler.

Dilekçelerinde ceza ve tutuklevlerindeki kötü sağlık koşullarının düzeltilmesini, insanlık dışı uygulamalara, yayın yasaklarına son verilmesini isteyen tutuklu ve hükümlü yakınları, Birleşmiş Milletler'in düzenlediği ve Türkiye'nin de onayladığı "cezaevlerinde uygulanması gereken asgari kurallar"ın uygulanmasını istedikler.

Dilekçede ayrıca, haksız uygulamalara hedef olan ve tutuklanan tutuklu ve hükümlü yakınlarının serbest bırakılması istenirken, sorunlara çözüm bulunmaması halinde açlık grevi ve ölüm oruçlarının devam edeceğini belirtiyorlar.

Dilekçeyi Adalet Bakanı'na iletceğini söyleyen Ceza ve Tevkifleri Genel Müdürü **Abdülkadir Genelioğlu**'nun, tutuklu ve hükümlü yakınlarıyla gazetecilerin sorularını yanıtlamaktan kaçındığı gözlemlendi. Genel Müdür, bir gazetecinin "Ceza ve tu-

rı "2911 sayılı Toplantı ve Gösteri Yürüyüşleri Yasası"na göre suçlu bulan mahkeme gözaltındaki tutuklu ve hükümlü yakınlarından **Gülşah Dardiment, Gülten Şeşen, Rahime Hendem, Halise Güder, Sultan Çelik, Ayten Can, Efsan Şeşen, Kahraman Akkılıç, Celalettin Ergüler, Ramazan Yiğit, Gündüz Erben, Mesut Demirel, Adnan Toluk ve Filiz Tarakçı**'nın tutuklanması, diğer sanıklar Avukat **İbrahim Mavioglu, Mecburi Çiftçi, Meliha Dardiment, İbrahim Kanat ve Nilüfer Alcan**'ın tutuksuz yargılanmalarına karar verdi.

Ote yandan DGM'ye gelerek gözaltındaki arkadaşlarını yalnız bırakmayan bir grup tutuklu ve hükümlü yakını, gazetecilere dağıttıkları bildiride olayı kınayarak, "Birçok askeri ve sivil cezaevlerinde keyfi ve yasa dışı uygulamalarla tutuklulara ceza içinde ceza çektirildiği" ileri sür-

rıldı.

Çok sıkı güvenlik önlemleri altında yapılan sorgulamaların tamamlanmasından sonra mahkemenin kararını protesto ettiklerini belirten bir grup tutuklu ve hükümlü yakını, cezaevlerindeki açlık grevlerini sürdüren çocuklarının eylemleri sürerken boş durmayacaklarını bildirdiler. Sanıkları, cezaevine götürülmek üzere bindirildikleri otobuslere el sallayarak uğurlayan tutuklu ve hükümlü yakınları, "Yasal haklarımızı almak suç mu? Çocuklarımız içinde ölüyor. Biz boş mu duralım? Bu sefer 500 kişi oturacağız. Gelsinler bizi de tutuklasınlar. Bir de demokrasi varmış... Nerde demokrasi?" şeklinde yakındılar.

Bu arada başladıkları açlık grevini gözaltında da sürdüren sanıkların götürüldükleri Bayrampaşa Cezaevi'nde eylemlerini süresiz açlık grevine dönüştürecekleri bildirildi.



CEZAEVİNE DOĞRU — Cezaevlerindeki kötü uygulama ve koşulları protesto amacıyla Bayrampaşa Cezaevi önünde gösteri yaparken polis tarafından gözaltına alınan 19 kişi dün DGM'ye çıkarıldı. Sanıklardan 14'ü, Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde yapılan ilk sorgulamalarından sonra Toplantı ve Gösteri Yürüyüşleri Kanunu'na muhalefet iddiasıyla tutuklanarak, Bayrampaşa Cezaevi'ne gönderilirken, 5'i serbest bırakıldı.

Rereket Vakfı

Familien der Verurteilten stehen vor dem Staatssicherheitsgericht. Da sie vor dem "Bayrampaşa/Istanbul" Gefängnis in einen Solidaritätshungerstreik getreten sind, werden sie heute von der Staatsanwaltschaft beim Staatssicherheitsgericht vernommen.

HABERLER

Mahkûm aileleri DGM'de

Bayrampaşa Cezaevi'nin önünde açlık grevine başladıkları gerekçesiyle gözaltına alınan 13'ü kadın 19 tutuklu ve hükümlü yakını, bugün DGM Savcılığı'nda ifade verecekler.

Istanbul Haber Servisi — Cezaevlerindeki uygulamaları protesto etmek ve cezaevlerinde süren açlık grevlerine destek olmak amacıyla önceki gün Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevine başladıkları gerekçesiyle gözaltına alınan 13'ü kadın 19 tutuklu ve hükümlü yakını dün savcılığa çıkarıldı.

Bayrampaşa Cezaevi önündeki olaydan sonra siyasi şube ekiplerince gözaltına alınan tutuklu ve hükümlü yakınları Gayrettepe Emniyet Amirliği 1. Şube Müdürlüğü'ndeki ifadelerinden sonra dün Eyüp Cumhuriyet Savcılığı'na sevk edildiler. Saat 14.00 sıralarında Eyüp Adliyesi'ne getirilen tutuklu ve hü-

kümlü yakınları, savcının keşifte olması nedeniyle yaklaşık üç saat, getirildikleri polis otobüsünün içinde bekletildiler. Daha sonra dosyayı inceleyen savcı yardımcısı Avni Bilgin, olayın 2911 sayılı toplantı ve gösteri yürüyüşleri yasaşı kapsamına girdiği gerekçesiyle ifadelerin Devlet Güvenlik Mahkemesi Savcılığı'na alınması için, gözaltında bulunan tutuklu ve hükümlü yakınlarını DGM savcılığına sevk etti.

Mesai saatinin sona ermesi nedeniyle ifadeleri dün alınamayan gözaltındaki Sultan Çelik, İbrahim Mavioglu, Mesut Demirel, Efsan Şeşen, Habib Çiftçi, Ramazan Yiğit, Gülay Dardiment,

Gülner Kolay, Ali Güler, Meliha Dardiment, Habibe Çiftçi, Sabiha Kınalı, Gülten Şeşen, Nilüfer Alcan, Ayten Can, Filiz Tarakçı, Nazmiye Mercan, Halise Güder ve Gündüz Erben adlı tutuklu ve hükümlü yakınları bugün DGM savcılığına çıkarılacaklar.

Öte yandan, dün bir basın toplantısı düzenleyen Tutuklu ve Hükümlü Aileleri Yardımlaşma Derneği Başkanı Mustafa Eryüksel, Bayrampaşa Cezaevi önünde açlık grevine başlayan tutuklu ve hükümlü yakınlarına polislin takındığı tavrı, "İnsanlık onuruna yapılmış bir saldırı" olarak nitelendirdi. Derneğin Akşaray'daki binasında düzenlenen toplantıda açlık grevi yapmanın suç olmadığını kaydeden Eryüksel, "Ancak kamuoyunun da izlediği gibi dün SHP Genel Sekreteri Fikri Sağlar'a tekme atan polislin tavrı bugün aileleri-

mize yönelik şüursuz saldırıyla nasıl bir zihniyet taşıdığını sergilemiştir" şeklinde konuştu.

Konuşmasında tüm demokrat kişi ve kuruluşları, haksız uygulamaları protesto etmeye çağırarak Mustafa Eryüksel, olayda gözaltına alınan tutuklu ve hükümlü yakınlarının serbest bırakılmasını ve cezaevlerinde devam eden kötü uygulamalara bir an önce çözüm bulunmasını istedi.

Toplantıda bir konuşma yapan İstanbul Barosu avukatlarından Osman Ergin de olaylar sırasında polislin suç işlediğini öne sürerek şunları söyledi:

"Türkiye'de hukuk devletinin olmadığı ortaya konmuştur. Cezaevlerindeki, başta Anayasa olmak üzere yasalara ve uluslararası anlaşmalara aykırı sevk zinciri ve tek tip elbise uygulamalarının peşini TAYAD ve hukuk adamları olarak bırakmayacağız."

Sungurlu: Cezaevi idaresini mahkûmlara bırakmayız

BURSA (Cumhuriyet Bürosu) — Adalet Bakanı Oltan Sungurlu, kapalı cezaevlerindeki eylemler ile ilgili, "Bunlara hangi şartları temin ederseniz ediniz, eylemler sürecektir. Cezaevlerinin idaresini mahkûmlara bırakmayız" dedi. Bakanlığa bağlı birimlerde incelemeler yapmak için Bursa'ya gelen Sungurlu, gazetecilerin, cezaevlerindeki tutuklu ve hükümlü ailelerinin son günlerdeki eylemleriyle ilgili sorularını yanıtladı.

Oltan Sungurlu, "Cezaevi önderinde gelişen oturma eylemleri ile ilgili yorumunuz nedir" yolundaki bir soruya, "Demokratik bir ortamda insanlar arzu ettikleri hedeflere ulaşmaya çalışırlar. Kamuoyu yaratmak ve olayları lehlerine çevirmek için gayret sarfedebilir. Elbette kamuoyu, her türlü devlet teşekkülü üzerinde etkilidir. Ancak cezaevlerinin sevk ve idaresini, kamuoyu yaratma ve benzeri şeylerle değiştirmek mümkün değildir" yanıtını verdi.

Adalet Bakanı tutuklu ve hükümlü-



3 SAAT BEKLEDİLER — Gözaltına alınan 19 kişi, Eyüp Cumhuriyet Savcılığı'na sevk edildi. Savcı Bilgin, olayın 2911 sayılı yasa kapsamına girdiğini bu nedenle ifadelerin DGM Savcılığı'na alınması gerektiğini bildirdi.

Mahkûm yakınları
Adalet Bakanı'yla görüşecek

Cezaevi grevleri yayılıyor

Gaziantep Cezaevi'nde 2'si kadın 140 sol siyasi hükümlünün, koşulların düzeltilmesi amacıyla başlattıkları açık grevi 6. gününü doldurdu.

ADANA (Cumhuriyet Güney İleri Bürosu) — Gaziantep Özel Tip Cezaevi'nde 2'si kadın 140 sol siyasi hükümlünün, cezaevi tüzük ve yönetmeliklerinin uluslararası anlaşmalara ve İnsan Hakları Evrensel Beyannamesi'ne uygun şekilde düzenlenmesi istemiyle başlattığı süresiz açık grevi 6. gününü doldurdu. Gaziantep E Tipi Cezaevi'nden 5 hükümlü de eyleme destek amacıyla açık grevine başlarken, Gaziantep Özel Tip Cezaevi'ndeki mahkûm yakınlarının bugün Ankara'da Adalet Bakanı **Mahmut Oltan Sungurlu**'yla görüşmeye çalışacakları bildirildi. Görüşmeden sonuç alınamaması halinde büyük bir olasılıkla hükümlü yakınlarının da açık grevine başlayabilecekleri belirtildi.

Bu arada, bakanlığa bir dilekçe gönderen mahkûmlar, cezaevlerindeki uygulamaları düzenleyen tüzük ve yönetmeliklerin değiştirilmesini isterken, olumsuz koşulları 12 madde halinde sıraladılar.

Gaziantep Özel Tip Cezaevi'nde yatan sol siyasi hükümlülerin basına gönderdikleri açıklamada, açık grevinin süresiz olduğu yinelenerek, "Cezaevindeki tüzük ve yönetmeliklerin iptali için gerekli girişimlerin yapılmasını, yeni tüzük ve yönetmelikler hazırlanırken konunun kamuoyunda açıkça tartışılmasını istiyoruz" denildi.

Mamak Cezaevi özlemi

Hükümlülerin söz konusu açıklamalarında daha sonra şu görüşlere yer verildi:

"Cezaevlerindeki baskı, yoksunluk ve kötü hayat şartlarının mevcut yasal dayanağı ve sebebi yürürlükte olan tüzük ve yönetmelikler her cezaevini bir Mamak Cezaevi yapmayı özleyen bir anlayışla hazırlanmıştır. Kitap

okumayı, haberleşmeyi, görüşmeyi, hayvanlardan farklı beslenmeyi yasaklayan farklı yönetmelikler yapılmıştır. Bu nedenle tüzük ve yönetmeliğin cidiyetle ve insanlık haysiyetini esas alan bir anlayışla ele alınmasını istiyoruz."

Hükümlüler tarafından bakanlığa iletilmek üzere cezaevi müdürlüğüne verilen dilekçede Türkiye'nin de altına imza koyduğu "Tutuklu ve Hükümlülere Muamelede Uygulanması Gereken Asgari Kurallar" adlı Birleşmiş Milletler sözleşmesine de değinilerek yeniden düzenlenmesi istenen tüzük ve yönetmeliklerden şu esasların dikkate alınması istendi:

- "1 — Kitap ve yayınların yaksaksız, çeşitli yollardan ve beletilmeden alınması
- 2 — Açık görüşme sayısının artırılması, var olanlarda kısıntıya gidilmemesi
- 3 — Kapalı görüşlerin her hafta yapılması ve görüşme koşullarının düzeltilmesi
- 4 — Tek tip elbise uygulamasına son verilmesi
- 5 — Haberleşmedeki tüm sınırların kaldırılması ve hızlandırılması
- 6 — Herkesle görüşme ve haberleşme olanaklarının sağlanması
- 7 — Radyo ve teybin serbestçe alınması
- 8 — Görüş, haberleşme ve kitap konularında polisin müdahalesine son verilmesi
- 9 — İaşe bedelinin artırılması
- 10 — Dışarıdan yiyecek alınabilmesi
- 11 — Hücre uygulamasına son verilip, koğuş uygulamasına geçilmesi
- 12 — Yarı açık, açık ve izin haklarının siyasi mahkûmlara da verilmesi."

Aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 10.08.1987
Verwandte der Sträflinge werden sich mit dem Justisminister treffen.
In den Gefängnissen verbreiten sich die Hungerstreikenden.

İ t s i l i A a N p i y i h i t i n p a d e r l a t t s i s i n r u y r a k B k a s i g i r i ş ş ü y c s e l t i ç e l a n a l t i r m a m u l a l e d i y e e k l e r m a h a M a r

Gefängnisse sind Brennpunkte

Überall dauern Hungerstreikes an.

Seit 45 Tagen dauert der Hungerstreik im Gefängnis von Sağmalcılar/Istanbul an. Die Gesundheitssituationen von drei Verurteilten wurden als eefährlich bezeichnet. Es wurde erklärt, dass 250 politische Gefangene im militärischen Gefängnis von Metris/Istanbul seit dem 13. August 1987 in den Hungerstreik getreten sind. Im Gefängnis von Ankara haben 50 politische Gefangene mit dem Hungerstreik angefangen.

DOLANCIKUR.

tuş ve kartpostal ile böyle poz verdi. (Fotograf: AP)

HABERLERİN DEVAMI

(21.08.87)

Cezaevleri kaynıyor

Sağmalcılar Cezaevi'nde 'ölüm orucu' 45. gününü doldururken, 3 hükümlünün sağlık durumlarının 'tehlikeli' olduğu bildirildi. Metris Askeri Cezaevi'nde 250 siyasi hükümlünün 13 ağustostan bu yana süresiz açlık grevinde olduğu açıklandı. Ankara Cezaevi'nde ise 50 siyasi tutuklu ve hükümlü açlık grevine başladı.

Haber Merkezi — Sağmalcılar Cezaevi'nde "ölüm orucu" dün 45. gününü doldururken, Gaziantep ve Burdur cezaevlerindeki açlık grevleri ise sona erdi. Sağmalcılar, Metris ve Sinop cezaevlerindeki destekleme eylemleri sürüyor. Ankara Merkez Kapalı Cezaevi'ndeki 5'i bayan 50 siyasi tutuklu ve hükümlünün açlık grevine başladığı öğrenildi. Tutuklu ve hükümlü yakınlarını desteklemek için İstanbul Sultanahmet Parkı'nda 3 gündür sürdürdüğü oturma grevi polislin müdahalesi üzerine süresini doldurmadan sona erdi.

Sağmalcılar Cezaevi'nde 7 hükümlünün 45 gün önce başladıkları "ölüm orucu" sürüyor. Cezaevlerindeki "insanlık dışı" uygulamaların kaldırılması için ölüm orucuna başlayan hükümlülerden Ali Arslan, Mehmet Arslan ve Ertugrul Mavioglu'nun sağlık durumunun "tehlikeli" duruma geldiği öne sürüldü.

Gaziantep Özel Tip Cezaevi'nde önce 140 hükümlünün başladığı, daha sonra Çanakkale ve Malatya'dan gelenlerin katılmasıyla 178 kişinin sür-

dürdüğü açlık grevi 16. günde sona erdi. Açlık grevine dün son veren hükümlülere doktor nezaretinde süt, bisküvi ve çorba verildi. Adalet Bakanlığı Musteşarı Muammer Yula, Burdur Cezaevi'nde 5 hükümlünün sürdürdüğü açlık grevinin de sona erdiğini açıkladı. Sağmalcılar Cezaevi'nde 10'u bayan, 38, Sinop Cezaevi'nde de 7 hükümlünün açlık grevleri sürüyor. Metris Askeri Cezaevi'nden gönderilen bildiride, 250 siyasi tutuklu ve hükümlünün 13 ağustostan bu yana süresiz açlık grevinde olduğu bildirildi.

Ankara

Ankara Merkez Kapalı Cezaevi'nin 4. koğuşunda bulunan 45 erkek tutuklu ve hükümlü ile bayanlar koğuşunda kalan 5 tutuklunun açlık grevine başladığı öğrenildi.

Bursa

Bursa E Tipi Cezaevi yöneticilerinin, dün tek tip elbise giymeyi reddettiler için tutuklu ve hükümlülere yakınlarıyla görüşemediği bildirildi.

İstanbul'daki eylem

Hükümlü ve tutuklu yakınlarının Sultanahmet Parkı'ndaki eylemine polis dün de müdahale etti. İstanbul haber servisini-

zin haberine göre, geceyi Laspetkim-İ Sendikası binasında geçiren tutuklu ve hükümlü yakınları, dün saat 10.45 sıralarında yeniden parka geldi. 3 günlük eylemlerinin son gününde sivil polislerin kontrolünde eylemlerini sürdüklerini gazetemiz yazarlarından Ali Sirmen, ozan Arif Damar, Demirtaş Ceyhan, Nuri İleri ve bazı avukatlar ziyaret etti. Hep birlikte şarkıların söylendiği oturma eyleminde, Arif Damar da kendi şiirlerini okudu. Bu arada cezaevlerindeki insanlık dışı uygulamaları kınayan bir bildiri dağıtıldı.

Kısa bir süre sonra güvenlik kuvvetleri eylemcilerin çevresini sardı. İstanbul Emniyet Müdür Yardımcısı Mehmet Agar, eylemin Toplantı ve Gösteri Yürüyüşleri Yasası ile Olağanüstü Hal Yasası'na aykırı olduğunu belirterek, 10 dakika içinde dağılmalılarını istedi. Bir süre dağılmayı reddeden eylemciler, Ali Sirmen, Arif Damar ve Av. Atilla Coşkun'un "sorun kamuoyuna duyuruldu, yasal olmak zorundasınız" şeklindeki uyarısına uydular ve vilayete kadar topluca gidip dilekçe vermek koşuluyla eyleme son verdiler.

Daha sonra topluca vilayete gelen eylemciler, dün aralarında seçtiği temsilci Vali Yardımcısı Mehmet İhsan Yalçın ile görüştü. Tutuklu ve hükümlü yakınları, açlık grevi yapıldığına ilişkinlenilmesini ve yakınlarıyla görüşmelerini sağlanmasını istedikler.

Tutuklu ve hükümlü yakınları daha sonra İstanbul Tabipler Odası ve Türkiye Yazarlar Sendikası'nı ziyaret ettiler.

Espiye ilçesi cezaevi ise standartlara uymadığı gerekçesiyle bakanlık tarafından kapatıldı.

GÖZLEM
UĞUR MUMCU

(Başarısı 1. Sayfada)

le. Bakıyorsunuz, o illerde aye ortalamasını aşmış. Yaş:

Şimdi halk kendi getirdiği rel'in peşinden koşuyor:

— Kurtar bizi baba...

"Baba"ya yasak koyan yaşa" diye alkışlayıp onay!

Demirel'i alkışlayanlara s

— Anayasaya evet oyu r

— Evet beyim...

— Şimdi ne diyeceksin?

— Evet diyeceğim beyin

— Ama anayasaya evet c

— Öyle beyim...

1979 ara seçimlerinde E Aman Allah'ım ne kalabalık aynı günlerde aynı alandak lar varmış. 1981'de Devlet l alanda konuşma yaptı. Aynı du.

— Evet mi çıkacak hayı

Nasıl bileceksiniz ki? Hall

yasaya da evet diyor, yas

"evet, evet" diye alkışlıyor

ANAP, geçici 4. madd

"evet" diyor, halkoylaması

lerini işletiyor, halkımız da

Anayasaya evet, yasağa

ya evet. Bu da bir başka iş

gibi görüneceksin hem de

olan bu anayasayı savunn

Herkes herkesi işletiyor.

letiyor; eski haşbakan esk

her ikisini de işletiyor.

Şakacı bir millet olduk

12 Mart 1971 günü Gen

komutanınca imzalanan m

dardan düşürülmüştü. O g

götüren General Musa Ö

de dolaşıyor. O gün TRT a

Doğan Kasaroğlu da gezi

Demirel'i deviren muhtl

eden" bugün Demirel'in i

— Musa Öğün gezide i

— Muhurayı Demirel'e t

için gelmiş.

Musa Öğün de şakacı, K

lar 12 Mart'ı işletiyorlar

1 zor: Hücre

Foto muhabiri arkadaşımız Uğur Günyüz, hücrenin bu küçük kapagından fotoğraf ma-

In den Gefängnissen dauern die Hungerstreiks an.

Die Solidarität der Künstler für die Hungerstreikenden

SSK açıklık
getirdi

**Emekli,
süper
maaşı
nasıl
alacak?**

İsteğe bağlı
sigortalılar, 1 aralığa
kadar SSK'ya
başvurarak gösterge ve
üst gösterge
tablolarındaki hangi
derece ve kademedeki
prim ödeyeceklerini
öğrenebilecekler.

11. Sayfada

**Toptanda
12 aylık
enflasyon
yüzde 41**

İTO'nun
belirlemelerine göre
toptan eşya fiyatları
İstanbul'da geçen ay
yüzde 3 oranında
yükseldi. İlk 7 ayın
enflasyonu yüzde 21.8
oldu. Geçen yıl bu
oran yüzde 12.6'ydı.

11. Sayfada



BAYRAMPAŞA KAPISINDA — Yaşar Kemal, Adalet Ağaoğlu, Tarık Akan, Edip Akbayram, Müstak Erenus, Sadık Gürbüz, Dr. İldeniz Kurtulan, Rasim ve Sebahat Türkler dün Bayrampaşa Cezaevi'ne giderek açlık grevindeki hükümlülere destek oldular. (Foto: UĞUR GÜNYÜZ)

Cezaevlerinde açlık grevleri devam ediyor

Grevcilere sanatçı desteği

Yaşar Kemal, Adalet Ağaoğlu, Tarık Akan, Edip Akbayram, Sadık Gürbüz, Müstak Erenus ve Dr. İldeniz Kurtulan dün İstanbul Bayrampaşa Cezaevi'nin önüne gelerek gazetecilerle konuştular.

Adalet Bakanı Oltan Sungurlu, "Açlık grevindekiler için ben de ıstırap çekiyorum, ama bir şey yapamam," dedi.

Haber Merkezi — Cezaevlerinde ki insanlık dışı koşulları ve buna karşı çıkan hükümlü yakınlarının tutuklanmasını protesto için bayramdan önce başlatılan açlık grevleri dün de sürdü. Yazar Yaşar Kemal başkanlığında Bayrampaşa Cezaevi Savcısı ile görüşen sanatçı ve yazarlar, "Esirlerin bile hakları vardır. Mapusluk esirlik değildir. Açlık grevi- (Arkası Sa. 13, Sü. 4'te)

Evet, Biz Tarafız...

Bir askeri yönetim geliyor; biri devlet başkanı beş general toplanıp karara varıyorlar:

Nerededir o "suç", hangi yasada yazılıdır, söyler misiniz?..

"Kanunsuz suç ve ceza olmaz", çağdaş hukukun temel ilkesi değil midir?

■ **Siyah grev genişliyor:** Güne madencilerden sonra, altın işleme siyah işçiler de işi bırakıyor. 3. S.

■ **Locarno, 40. yılında:** Locarno Festivali, Venedik'in hemen ardında dünyanın en eski şenliklerinden biri Cannes'la birlikte 40. yaşını kutluyor.

Aus der Tageszeitung "Hürriyet" vom 21.08.1987

Ein Gefangener guckt aus dem Guckloch seiner Zelle im Sondergefängnis. In dieser Zelle gibt es kein Wasser. Darum kommen schreckliche Gerüche.

18.07.	A - 4 kişilik, dış kabin	600	450	248
25.07.	B - 2 kişilik, dış kabin	550	413	225
				207

01.07.
08.07.

BİRİ TAHLYE, BİRİ MÜEBBET Gaziantep Özel cezaevine girmelerine ve gezmelerine izin verilen gazetecilere kadınlar koğuşu da gösterildi. Mahkûmların genelde yakındıkları bütün sorunlar, haliyle buraya da yansımıştı. Marvet

Çakırcık (en solda) önümüzdeki Aralık ayında tahliye edilecekti. Belki de sırf bu nedenle, içeride yaşadığı sıkıntılara katlanabiliyordu. Ama müebbet hapse mahkûm Elif Öz'ün önünde daha uzun yıllar vardı ve özellikle hapis hayatının insanca olmasında direnmek istiyordu.

YÖNETİMİ PROTESTO Gaziantep O. tıkları açlık yorlardı. Cezaevi yönetiminin keyfi kararları okumak için istedikleri gazete, dergi ve kit



BETERİN BETERİ Özel Cezaevi'nin bir diğer özelliği(!) de tek kişilik hücrelerdi. Hücrelerde bir yatak ve su darlığında dayanılmaz kokulara neden olan bir tuvaletten ile lavabodan başka bir şey yoktu (üstte). Hücrenin daracık kapı penceresinden bakan gözlerdeyse, meraklı çok yığınla okunuyordu (yanda).

Ömür biter "cezaevi"

**"Tek tip" i
yaktılar**

TUTUKLU Ailele-
Tri Yardımlaşma
Derneği üyeleri, İs-
tanbul'da bulunan
Alman parlamen-
terlerle birlikte,
dün Sağmalcılar
Cezaevi önünde
tek tip elbise ma-
ketini yaktılar.
Sultanahmet'te,
tutuklu ailelerinin
sürdürdüğü oturma
eylemini ise
polis dağıttı.



● Gaziantep ve Şanlıurfa'daki cezaevlerinde, sağ ve sol görüşlü mahkûmlar, maddi ve manevi işkenceden şikâyet ederek, cezaevi koşullarının düzeltilmesi amacıyla açlık grevi yaptıklarını ileri sürdüler.

10. sayfada

Reuter, açlık grevini duyurdu

10. sayfada

Ünlü sanatçılar saknede "süper şov" lara hazır

Donnerstag in Bonn der Ost-Berliner Wissenschaftler Rolf Heissig (links) und SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler

ideologie und als Teil des Machtapparats.

liegt in seiner auch in Brüssel gerühmten Beherrschung

Worner-Vorschlag konsultiert, aber beispielsweise

legische Gewicht der Na Zugehörigkeit Norwegens zur Sicherung der Nordflanke und Abschirmung der atlantischen Zufahrtswege.

Der Nato-Generalsekretär leitet nicht nur alle Sitzungen der Außen- und Verteidigungsminister, sondern auch die der Nato-Botschafter und anderer Gruppierungen. Kann durch die Steuerung der Verhandlungen und durch seine Kontakte zu den Hauptstädten manches bewirken.

Nicht ohne Grund war bisher Tradition, einen Kandidaten erst nach nicht-offizieller Zustimmung aller Partner zu benennen. Ehe es im Dezember erstmals zu einer „Kampfabstimmung“ kam, wird jetzt in Brüsseler Kreisen gemutmaßt, daß am Ende noch nicht nominierter Dr. Carringtons Sessel bekommen könnte.

Türkische Presse schockiert über Haftbedingungen

Unterirdische Kerker für „widerborstige Gefangene“ – Özal: Wir haben nichts zu verbergen

Von RASIT GÜRDILEK

ANKARA (dpa)

Geschockt berichtete die gesamte türkische Presse über Zustände in Militärgefängnissen, nachdem Reporter erstmals das gefürchtete Mamak-Gefängnis in Ankara besichtigen durften. „Wir haben nichts zu verbergen“, hatte Ministerpräsident Özal erklärt, als die EG, bei der die Türkei im April formell um Aufnahme nachsuchte, den Besuch von Beobachtern angekündigt hatte.

Die einst überfüllten Zivil- und Militärgefängnisse sind im vergangenen Jahr durch

eine Amnestie fühlbar geleert worden. Doch auch das, was die Reporter jetzt noch sahen und von den Insassen hörten, genügte, um sie zu entsetzen.

Geschockt waren sie, als Häftlinge sie auf vier unterirdische Kerker hinwiesen. Kaum zwei Meter lang und einen breit, stockfinster, mit tropfenden Decken und Wänden, ohne Frischluft und fließendes Wasser und von einer nur 30 Zentimeter kleinen Stahltür verschlossen, dienten sie dazu, die Gefangenen zu disziplinieren. Ein Betonsokkel diente als „Bett“ und eine

leicht erhöhte Plattform am Kopfende als „Toilette“. Angeblich widerborstige Häftlinge wurden hier bis zu zwei Wochen isoliert.

In den ebenfalls fensterlosen Gemeinschaftszellen, wo 36 Mann auf 40 Quadratmetern zusammengepfercht sind und eine stickige Luft herrscht, sind Foltern und Schläge, wie sie zur Zeit der Militärherrschaft 1980-83 üblich gewesen seien, durch psychische Schikanen abgelöst worden, berichteten Sprecher der Häftlinge.

Beim täglichen halbstündi-

gen Hofgang dürfen die Häftlinge nach eigenen Angaben nicht stehenbleiben, lachen oder mit anderen sprechen. Einen kürzlich eingeführten „Luxus“- taglich zwei Stunden Fernsehen – boykottierten die Häftlinge, weil die Gefängnisleitung das Programm zensuriere, sagte Gefangenensprecher Bülent Forta. Den einzigen Luxus, den sie sich wünschten, sei die Verlegung „aus diesem Konzentrationslager“ in ein Zivilgefängnis.

Vor den Reportern deuteten die Häftlinge auf den dumpf vor sich hin brütenden Mit-

häftling Veysel Kuhat, der durch schwere Foltern geisteskrank geworden sei und jetzt ständig unter Psychopharmaka gehalten werde.

Eine häufig wiederkehrende Klage betraf mangelnde ärztliche Versorgung. Generalleutnant Mete hatte die Klage erwartet. „Jetzt werden sie sich beschweren, daß sie nicht ins Krankenhaus kommen“, sagte er. „Warum? Weil sie sich natürlich langweilen. So denken sie nun einmal. Eine Einlieferung ins Krankenhaus ist für sie wie eine Reise nach Europa.“

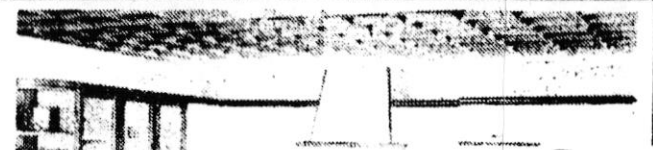
na KÜCHEN

Die Markenküche — direkt ab Fabrik

— ohne Zwischenhandel —

Traumküchen

in allen Variationen zu verblüffenden Preisen



Aus der Tageszeitung "Milliyet"
vom 23.08.1987

aus dem Artikel von A. Altan
"Gefangenen und Hunde"

In den türkischen Gefängnissen werden die Wachhunde besser ernährt als Gefangenen. Der Staat gibt für einen Hund täglich 1150 türkisches Pfund, für einen Stäfling 325 türkisches Pfund aus.

BIR GOVDE GÖSTERİSİ

bir günün hikâyesi

Ahmet ALTAN

GÜNÜN SÖZÜ

Acı çekmeyenler, başkalarının acı çekebileceğini akıllarına bile getirmezler.
Samuel Johnson

Mahkûmlar ve köpekler

ÇANAKKALE Cezaevi'nin müdürü Mehmet Gözüyüklü'nün cezaevindeki "kadrolu" köpeklerle mahkûmların yiyeceklerini verdiğini iddia edildi. Bu iddia üzerine, savcılık Gözüyüklü ile iki cezaevi memurunun ifadelerini aldı.

Müdür Gözüyüklü, savcılıkta verdiği ifadede böyle bir iddianın gerçek olmayacağını rakamlarla kanıtladı.

Bir mahkûmun, ekmek dahil günlük iase bedeli 325 liraydı.

Bakımları 3 gardiyan tarafından yapılan köpekler ise, günde 1 kilo 200 gram yağ alınmış et, bir ekmek, beyazı alınmış bir yumurta ve 250 gram süt veriliyordu.

Bir köpeğin devlet tarafından ödenen günlük iase bedeli 1150 liraydı.

Bir köpek için harcanan para, yaklaşık **üç buçuk** mahkûm için harcanan paraya eşitti.

Müdürden sonra, infaz ve koruma memuru **Cafer Kocamış** ifade verdi.

HİŞŞT!...

Seç, seç al

Önce: Hayır, hayır, hayır...

Ondan sonra: No, no, no...

Daha sonra: La, la, la...

Bu gidişle, korkartın ki, istediğinizde, niyet, niyet, niyet...

Eee, ne demezsiniz? İşte...

ANAP'ın dört eğilimi!...

H.Ü.

- Cezaevimizde bulunun kurt köpeklerinin bakımı benden sorulmaktadır. Bu hayyanların bakımı ayrı bir fasıldan karşılanmaktadır. Hükümlülerin iasesiyle hiç bir ilgisi yoktur. Bugüne kadar da hükümlülerin iasesinden istifade ettirmedim. Bu köpekler protein ihtiva eden et, süt ve yumurta ile beslenmektedir. Oysa hükümlünün yemeğinde, günlük iasesinin düşüklüğü nedeniyle böyle bir malzeme bulunmamaktadır. Bu nedenle hükümlünün yemeğinden istifade ettirmemiz mümkün değildir. Köpeklerimizin günlük harcaması hükümlülerin çok çok üstündedir...

Durum açıkça ortadaydı. Bu şartlar altında mahkûmların yiyeceğinden alınıp köpeklerle verilmezdi. Zaten köpekler de mahkûmlara verilen yemeği yemezlerdi. Çünkü, iyi yemeklere alışkındılar. Olsa olsa köpeklerin yiyeceğinden mahkûmlara verilebilirdi. Ama kimse kalkıp da köpekler dururken mahkûmlara et ve süt vermeyi düşünmezdi.

Muhalefet partilerimizin ve aydınlarımızın "insan haklarına" ne kadar meraklı olduğunu görüyoruz. 4 eski liderin yeniden siyasete atılmasını sağlamak için cansiperane mücadele veriyorlar. Yer gök iniyor demokrasi çiğliklarıyla Kurt köpeklerimizi de devletimiz koruyor. Protein ihtiyaçları eksiksiz karşılanıyor.

Mahkûmlara gelince Onları korumaya gerek yok Onlar ne köpek ne de politikacı Yalnızca mahkûm onlar Başlarının caresine baksınlar

"Özal Nobel ödülü istiyor": Oscar daha uygun düşmez mi?

Eğlenceli pazarlık



TURKEY A SAD STATE OF FREEDOM

Stephanie Mills, who recently spent several months in Turkey, looks at the links between domestic repression and the military in this strategically vital member of NATO.

Istanbul has a veneer of the West; but the longer you stay there, the more you realise how different Turkey is from Europe. The cries of the Koran floating from the mosques across the Bosphorus remind you that it is a deeply Muslim country, in spite of its secular state; the children lying shivering on the muddy footpaths begging for food remind you of its poverty; and the presence of the military everywhere never lets you forget that Turkey is a highly militarised society, with a legacy of dictatorship that scars it still.

*The moment you're born
they plant around you
mills that grind his
lies to last you a lifetime.
You keep thinking in your great freedom
a finger on your temple
free to have a free conscience.*

*You may proclaim that one must live
not as a tool, a number or link
but as a human being —
then at once they handcuff your wrist.
You are free to be arrested, imprisoned
and even hanged.*

Some commentators on Turkey have recently argued that she has returned to the democratic fold, has reformed her fascist ways and is ready to join the European Community. In an extraordinary piece of propaganda for the Turkish Government's line that Turkey has 'returned to democracy', the *Financial Times* devoted a 16-page spread on May 20th to the economic resurgence of Turkey, her political stability and a strong plea for entry into the EC. One writer went so far as to suggest that only by joining the EC would Europe save Turkey from the perilous slide back into despotism:

'What will happen if the (EC) application is rejected? Almost certainly Turkey will try and go it alone economically, copying the examples dear to (Prime Minister) Ozal's heart of Singapore, South Korea and Japan. This will almost certainly sound the eventual deathknell of liberal democracy, at

least for a while, in the country.' (Financial Times, May 20th) (my italics).

Apart from the erroneous implication that Turkey presently has a liberal democracy (and presumably Japan doesn't), the application for EC entry presents precisely the contrary opportunity. The application is a bargaining tool Europe should use to press for democracy in Turkey; if Turkey is admitted in its present state, the EC will be condoning the political and economic repression of the current administration.

Turkey's constitution and legal code — lifted in parts from Mussolini's Italy — have been repeatedly criticised by Turkish and European jurists, and their removal must be a pre-condition for the development of any real democracy in Turkey, and incidentally, any serious consideration of EC membership.

The catch-all charges include articles that prohibit 'any propaganda against the principles of the State or to undermine

national solidarity' or 'any... attempt to overthrow by force the economic and social order of the State'. The two clauses combined have been generalised to imply that any criticism of the government is communist, and thus criminal.

While Turkish citizens were allowed to petition the European Commission on Human Rights this year, most of the controversial human rights cases have been heard in martial law courts, which are not subject to EC appeal. Cases begun during military coup (1980 to 1983) continue to be held in military courts even though there is now a civilian administration. The second Turkish Peace Association trial, for example, remains sunk in the morass of martial law procedures, while four of the defendants from the earlier TPA trial have had their dossiers transferred to another separate trial of people accused of being members of the banned Turkish Communist Party. Effectively they are indefinitely on

trial, subject to the whims of the military authorities, although it is now more than five years since charges were originally laid against them, and several have spent more than three years in prison.

Members of other formerly legal political parties (for example the Turkish Workers Party) also on trial are still in prison, along with a number of journalists. Amnesty International says it is difficult to establish the precise number of prisoners of conscience in Turkey because some activists have been charged with violent crimes as well as, or because of, their political involvement.

The authorities have given no figures of detainees in recent years, but in March 1986 an amended law of execution of sentences was passed, which released between fourteen and sixteen thousand prisoners. As 50,000 people were detained in the period following the 1980 military coup, Amnesty estimate that approximately 30,000 still remain in detention.

Along with the legacy of the coup, there have been signs of a crack-down on activists for peace and democracy in the last few months. In March, five trade unionists were arrested and face three year sentences for attempting to march to Parliament for trade union rights; on May 1st there were arrests in Istanbul, Izmir and other centres following student activities. More than 250 were charged and 100 imprisoned following peaceful demonstrations in support of academic freedom. At Easter, the authorities banned celebrations of the 10th anniversary of the Turkish Peace Association, and a group of medical personnel wanting to form an anti-nuclear group have also been outlawed.

While Amnesty International doubts there will be a return to the mass detentions of the early 1980s, the fact remains that the wide-reaching charges of the military junta are still on the lawbooks and can be used at any time. The 1982 constitution also ensures that a military-civilian executive controls the country, with presidential powers including the appointment of the Prime Minister, chief of staff, top judges, key appointments in the civil service, universities and media.

Meanwhile, parliamentary opposition to Turgut Ozal's ruling Motherland Party is divided between Suleyman Demirel's right-wing True Path Party and a rather incoherent left wing consisting of Professor Erdal Inonu's Social Democrat Populist Party (SDPP) and the smaller Democratic Left Party (DLP) of Bulent Ecevit. The situation is complicated by the bans introduced by the military junta in 1982 which banned Demirel and Ecevit and other former political leaders from active politics until 1992.

The left is troubled not only by factionalism but also by the scars of a decade of battle, often violent, with the right. A whole generation of student activists was imprisoned, and everyone has a tale to tell of a friend or relative killed, 'disappeared', or missing during pre-coup street battles with fascist gangs or during the post-coup repression. 'They killed the youngest and ▶



► the 'begs', one friend says soberly. 'The bright ones have all gone, the rest are left to join the military and the police. One can do nothing in this country – the leaders have all gone.'

Despite combined with a justifiable paranoia about the consequences of public opposition to the regime keeps most discontent confined to the home and 'safe' cafes. The 'democracy' of Turkey in 1987 allows little real opposition, and the mentality of the military junta has been normalised by entrenchment into law, rather than banished. Turkey is the only country in NATO to ban its peace movement, and it is criminal to criticise government defence strategy or foreign policy: in reality, the 'return to democracy' has been a sham.

★ ★ ★

'Eski çay' – old tea – read the signs in Istanbul shops after news that West Germany had turned back consignments of Turkish tea and hazelnuts in October 1986. Radioactive counts were all over the EC health regulation level of 600 becquerels, and newspapers alleged that the Government had known all along but covered things up from the local population. The Government insisted things were safe now; in the best comic tradition, one government minister went so far as to say the radioactive level in tea fell when it was boiled.

Turkish friends joked that it was only the labelling on the tea that had changed. I switched to drinking çay (apple tea) but certainly no one else seemed much concerned. It is difficult to get serious about radiation-inspired cancers in the future when all your energy goes into earning a living, and the problems of ill-health caused by poverty, stress and urbanisation are only too present and pressing.

The secrecy imposed by the authorities on the effects of Chernobyl on the population has extended, however, to banning Physicians against Nuclear War group recently. When the group applied for permission to form an association (any group in Turkey has to register as an association and act within strict guidelines excluding political activity) they gave investigating radiation levels following Chernobyl as one of their functions. The authorities said that radiation was an issue for the experts and that the group might make statements alarming the public. The Atomic Energy Authority and the Interior Ministry already had responsibility for such investigations, they ruled (*Çağırıldı*).

The ban on the group was probably also targeted at several of its members who have already been in conflict with the authorities over criticism of the health system: only 33 per cent of the population are covered by the national health insurance system, the health budget is only 2.5 per cent of the annual budget and 40 per cent of doctors work in private hospitals. With an infant mortality rate of 170 per 1000 births (equivalent to the poorest countries of Africa) in some areas of Turkey, and young children begging for bread outside the glittering shops of Taksim, Istanbul, the connection

between spending money on bombs and not on bread is horrifyingly explicit.

★ ★ ★

*You waste the attention of your eyes,
the glittering labour of your hands,
and know the enough for distress of
lonely
of which you'll not taste a morsel;
you are free to stare for others –
you are free to make the rich richer.
You head bent at if half-dead, from the wage
you suffer down in your great freedom,
you're free*

The latest government ventures to persuade foreign capital to invest in Turkey is the establishment of 'free zones' on the Mediterranean coast. 'Cheap and productive labour force', 'minimal bureaucracy and red tape', 'annual cost per square metre of land only \$2' read the advertising banners (*Financial Times*, May 20th). Cheap for the investors perhaps, but for the Turkish and price may be high. Strikes and lockouts in the zones are banned for ten years and there are no environmental or planning controls – the Free Zone Directorate of the State Planning Organisation has authority to over-ride any governmental or municipal regulations. In addition, all income and revenue from the zones can be repatriated from Turkey without tax. Instead, it is the Turkish taxpayers who will be financing the infrastructure of the free zones and paying for the clean-up afterwards.

The Ozal Government's support for 'free enterprise' for investors and developers contrasts markedly with its attitudes towards the rights and freedoms of workers to organise and negotiate wage increases. Sixty per cent of workers have no right to strike – strikes are banned in most of the public sector and in key parts of the private sector such as energy and banking. Unions, banned during the military coup of 1980 and granted limited legitimacy in 1983, have still to benefit from any real political liberalisation. Inflation, officially 40 per cent and probably nearer 50 per cent, ravages wage packets; real wages have fallen more than 50 per cent since 1980. Interest rates are around 80 per cent, so loans even for most business concerns are out of the question; as it is, much of the Turkish business community suffers from chronic debt.

Turkey is eighth on the list of nations with the widest disparity between the wealthy and the poor, but Ozal's government has no interest in redistributing resources or increasing wage packets; forcing down real wages is an integral part of the strategy to attract foreign investment.

There is liberty, but only for the rich; an economics student tells me in an Istanbul restaurant. Ozal would sell the country off fully surveying the restaurant, he explains the vicious cycle of inflation and debt, getting more and more imprisoned as he scrawls figures on a paper serviette: the gross minimum wage is officially TL 40,000 (£30) or TL 28,000 net a

month; yet renting a flat in Istanbul costs 100,000 a month. The unemployment figure could be as high as 30 per cent, but there is no welfare system to speak of. Buying a house in the country might cost TL 10 million but in Istanbul it could well be TL 100 million.

Urbanisation has, as in other developing countries, created problems for what was formerly a rural subsistence-based economy. Twenty seven million of Turkey's 52 million now live in cities – compared with four million in 1950. Acres of apartment blocks rise out of seas of mud in Istanbul's far-flung suburbs; speculators have erected buildings without planning permission or services, making a quick buck out of the city's homeless. Services, if they exist, are hopeless: even in well-to-do Beşiktaş, the water supply disappears entirely every so often, making a reappearance just as suddenly. Everybody is quite used to it, keeps rows of bottles full of water in their bathrooms and jokes that in winter there's no water because it's raining, and in summer there's none because it's not.

Meanwhile, the economy staggers on, and Ozal pursues his pipe-dream of Turkey made rich by the EC; the economic disadvantages of joining seem to have hardly been raised and the issue has become more one of national pride.

★ ★ ★

*You love your country
at the moment, must preserve things to you.
But one day, for example,
they may undergo it over to America,
and you too, with your great freedom –
you have the freedom to become an air-bus.*

It is a hot summer's afternoon and there is no traffic on the road as we hitch out of Truva (Troy). Suddenly a car speeds past, then reverses back to give us a lift. It is John, a British NATO advisor, and Joe, a US army photographer over from HQ Napoli to get some snaps of NATO exercises over Turkey. Joe waxes lyrical over the beauties of aerial photography while I mutter about the cost of high octane fuel and babies dying. It's an abrupt jerk through time from the bleached marbles and ancient history of Helen's Troy...

Later we lie in the sun while jets chalk their way across the sky, even on the barren hillside of Gelibolu (Gallipoli) peninsula, one cannot escape the military. NATO involvement in Turkey is in fact largely US involvement: every five years the influx of American aid – 80 per cent of it military – to the value of £720 million this year, and £910 million next year. In return, the US stations airbases and intelligence-gathering facilities. The money arms what is already NATO's second largest standing army of 630,000 men (Turkey is the fourth biggest spender world-wide in terms of GNP on arms) and helps build her armament industry. Turkish officials have been quoted as saying the secret accord provides for US nuclear weapons stockpiles, including 'actual planes with bombs waiting to fly in case of war', and possibly Cruise and

Pershing missiles as well.

America's attitude to Turkey is straightforward: she plays an indispensable role on NATO's southeastern flank, protecting Gulf oil supplies and maintaining a stable role in the event of a power vacuum in the region. Turkey's attitude toward her ally is somewhat more ambiguous, however, illustrated by her rejection of US proposals for a rapid deployment force based in Turkey. It is prompted not only by US disapproval of her intervention in Cyprus, but also by a combination of nationalism, pragmatism and, potentially, religious fundamentalism.

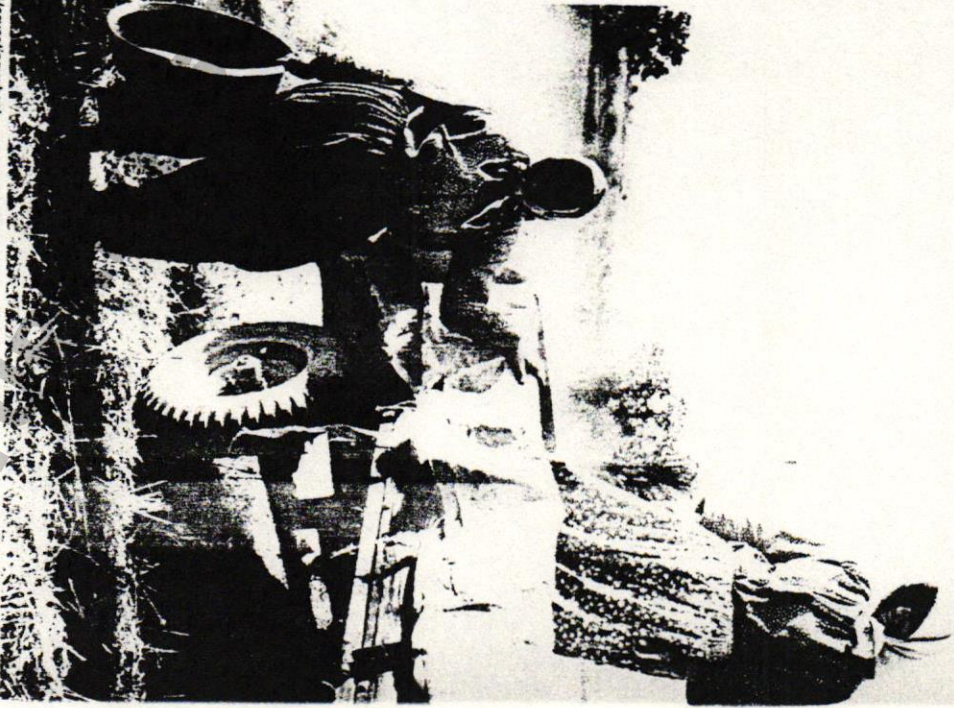
The Turkish are proud of their long military history and do not want to be regarded merely as a client state of the US. While virulently anti-communist at home, the rhetoric of the administration is noticeably quietened when directed towards the Soviet Union; after all, Turkey has had a long history of accommodation and relative peace with her giant neighbour. She has also resisted taking sides in the Iran-Iraq war, and is unlikely to want to be dragged into it, whatever the US position on the conflict.

In addition, the army, traditionally seen as a modernising influence in Turkey because of its association with Atatürk (the founder of the Turkish republic) secular state, has increasingly come under the influence of religious fundamentalism. The military junta introduced compulsory religious education in 1982 (banned until then by Atatürk) and factions of the army have reportedly been 'infiltrated' by religious fundamentalists disenchanted by Western decadence.

However, while Turkey has not always slavishly followed US foreign policy, it is obvious that with a secret treaty and a banned peace movement, the US has a relatively free hand in Turkey. With no challenge to government policy, the US can continue to site nuclear weapons now politically unacceptable to Western Europe in Turkey, and create a nuclear build-up in a strategically tense and politically shaky area.

The militarisation of Turkey is not altogether a NATO phenomenon, however. Far more obvious than the American presence is the all-pervasive Turkish military. Like Thatcher's vision of a proud Britain, Turkey finds it easy to indulge in a fantasy of its imperial past. Even before its present ascendancy, the military had enormous prestige and touched everyone's lives: military service is compulsory for two years (or 18 months if you're a graduate – or merely a couple of months if you're a guest worker in Holland and Germany and can afford to pay the government several million lira). Indeed, militarisation seems deeply ingrained in the country's psyche, and public concern about Greek expansionism, for example, can quickly be whipped up by warmongering politicians and media. (Another factor complicating Turkey's entry into the EC is its unresolved tension with Greece – until the two stop posturing belligerently on each other's borders, the conflict is liable to be a constant source of

JENNY MATTHEWS, FORMAT



Harvesting wheat

disruption within the EC.)

Finally, the military aid the US pours into Turkey helps boost army strength and morale, maintaining its supremacy in Turkish political and economic life. The US/NATO support legitimises the army's position and its powerful role in Turkish politics, and contributes to the political imbalance in the country. Economically the 'aid' contributes to Turkey's economic troubles, making repayment of the national debt of \$31.1 billion even more impossible. Given the political, economic and moral chaos Turkey's rulers are in, they have a

*long way to go before culture into the EC
should be contemplated seriously.
There's neither an iron, nor a
nor a table curtain
in your life;
there's no need to choose freedom;
you are free.
But this kind of freedom
is a sad affair under the stars*

The poem quoted is 'A Sad State of Freedom' by Nazim Hikmet, from the *Selected Poems* (Çağır). It was written in 1951, and has been translated by Tamer Bayraktar.

TURKEY: READING THE SMALL PRINT

JOHN MEPHAM *teacher philosophy + is a member of END Co-ordinating Ctte*

The invitation arrived in early April. The President of the banned Turkish Peace Association invited friends from peace groups across Europe to join him and his fellow members of the TPA executive in Istanbul on the occasion of the tenth anniversary of the founding of the TPA. They planned to hold a public Peace Forum and a press conference. This all seemed to suggest that the situation in Turkey had drastically changed for the better. The TPA had been one of the most ruthlessly suppressed organisations after the 1980 military coup. The Turkish government had made much in recent years about its 'return to democracy'. Here was an opportunity to judge to what extent things really had improved. If it were possible to hold a public discussion in Istanbul about nuclear disarmament and NATO, if it were possible for members of the TPA to put their views freely to the press, then some new dimension of democratic activity had opened up within Turkish life. In fact, however, a few days before I set off for Istanbul, the Peace Forum and the press conference were both banned by the police.

In 1980 a military coup in Turkey brought the army, under General Evren, to power. The previous years had seen an ever more disastrous breakdown of order, as rival political factions of left and right took to assassinating each other in the streets. Thousands were killed. The old political parties were discredited. There was something of a sense of relief that the army had taken control.

However, the military authorities immediately instituted a regime of such sweeping and indiscriminate terror, aimed mainly at the left, that the relief did not last long. Many thousands were arrested, most of whom had no proved connection whatever with terrorism. There was widespread torture. Arrests were arbitrary. The martial law courts worked according to procedures that would not be accepted by any European government as acceptable legal process. The results of the coup were given by a recent source in the following figures: between 1980 and 1984 there were roughly 180,000 arrests; 65,000 were detained, 42,000 sentenced; 326 were sentenced to death, of whom 27 were hung.

Many organisations were disbanded including the trades union federation DISK, women's and youth organisations, political parties as well as the Turkish Peace Association. Many of the officers and members of these organisations were arrested and there commenced a whole series of trials, many of which drag on to this day.

A modified form of civilian government was reestablished after a referendum had accepted a new Constitution in 1982. General Evren became a civilian President with wide powers of control (he can veto any Constitutional changes, can outlaw political parties, and so on). A general election in 1983, with only right wing parties permitted to stand and with strict censorship of the press, resulted in the victory of Motherland Party and the arrival in office of Prime Minister Ozal.

The arrival of civilian government, however, did not mean an end to torture in the prisons. Moreover, cases initiated in the earlier period

under martial law continued to be dealt with by the military courts. Many years after the original arrests these cases still meander their way slowly through the bizarre legal stages of military justice. A defendant found guilty by a military court can appeal to a higher court. If the appeal is upheld then the military prosecutor can demand a retrial and the whole circuit is started over again. In Istanbul, one of the TPA ex-prisoners, Ali Taygun, explained the process. Finding it easier to represent on paper he pushed the dinner plates aside and began to depict a maze of routes and pathways. Swirls and curves, acronyms and nodes, multiplied beneath his pen. It was like a board game invented by Borges. To me the endless repetitions and floral pathways suggested the complex geometry of Islamic decoration. On the tiled walls of mosque and harem, patterns endlessly reproduce themselves until they fill entire surfaces.

Many people, doggedly hounded by the prosecutors, are still trapped in these labyrinths. Many thousands are still in prison. Others, out on bail, have lost their jobs and their passports and cannot work or travel. The newspaper *Milliyet* estimates that over 300,000 Turks are prohibited from leaving the country. Over 8,000 Turks who live abroad cannot return home because of charges outstanding against them for disseminating 'information that would harm the prestige or influence of the State.' Since 1983 there has been a gradual 'return to democracy'. After fierce denunciation of the human rights situation in Turkey, as being incompatible with Turkey's membership of NATO and the Council of Europe, and the withdrawal of credits by some European Governments (notably West Germany) the Turkish government has slowly sought to

return their country to international acceptability. This process culminated in April this year when the Turkish government formally submitted an application for full membership of the European Economic Community.

I went to Turkey to find out whether there has been a restoration of democracy. What I found was not a 'return to democracy' but the substitution of a different model of political modernisation which is not a truly democratic one. Turkish society is not slowly returning to some familiar, 'European' democratic system, but has turned towards what we can call a system of 'authoritarian democracy'. This political model combines some of the formal procedures of political democracy (elections, parliament, political parties), so as to satisfy opinion within NATO and the EEC, with a rigorous discipline of all aspects of public life. This seeks to intimidate all forms of oppositional thinking and activity, and to subordinate civil society to the State. The surface forms of democracy calm European public opinion while the substance of repression closes down all progressive opposition. The headlines of the 1982 Constitution imitate a democratic discourse while the small print locks civil society in a vice of authoritarian discipline.

PRISON LIFE

Ali Taygun had been, before his arrest, Director of the State Theatre Company of Istanbul. He had worked in the USA at the Yale Drama School. He lost his job, of course, and cannot now work in the theatre. He has a standing invitation to work with a theatre company in the USA but cannot

take this up because his passport has been withdrawn. We sit drinking tea in Istanbul's most celebrated hotel, the Pera Palace, the very embodiment in wood and stone of a certain notion of civilisation, for this hotel was built towards the end of the 19th century to receive travellers at the end of their journey on the Orient Express. The sense of elegance, of old-fashioned luxury, is overpowering and incongruous as Ali chats peacefully about his experiences as a political prisoner. He explains how, when the verdict of guilty was announced by the military judges, he only realised what had happened when he saw the face of a friend, a British diplomat, go white. 'For hours I found it impossible to connect the words of the verdict and the sentence with my own fate.' This strange dissociation happens, it seems, even when it is a matter of the death penalty.

In prison, he and his comrades rigged up a system for heating water in a dustbin. They made a 'wire' from silver foil taken from cigarette packets. A metal coathanger was poked into a socket in the wall. The heating element was made from an aluminium fast food container strapped between pieces of wood. The prisoners had a strict rota for washing and cleaning their quarters. Keeping themselves and their cells scrupulously clean was both a health measure and an element of necessary discipline. They invented ways of making jam out of carefully saved sugar lumps and fruit peel. They learned how to recook their daily ration of chickpeas with a little onion and olive oil to make them palatable.

The men of the TPA executive were lucky in that they were together with each other and were in a civilian prison. Their only woman colleague,

Mrs Reha Isvan, was in a military prison in which conditions were very much worse. She had no company of people of her own age. The men were able to read a lot. Ali read Marcuse and *The Name of the Rose*. They also set up classes for some of the young prisoners many of whom had very narrow political culture ('They read nothing but Bobby Sands and Che Guevara' Ali explains despairingly). Orhan Taylan, an artist who has just had a successful exhibition in Ankara, taught painting to some of these hot-head youths.

Ali and his friends were in prison for over three years. Several of these ex-prisoners mentioned to me how important the BBC World Service had been for them, keeping them in touch reasonably objectively with the news. But one day Ali hesitantly explained how bitter they had sometimes felt. Quietly, carefully trying to make sure that he was not misunderstood, he said, 'We used to get fed up. We heard over and over again about the dissidents in Eastern Europe while our fate was always ignored.' It is not a matter, he carefully stressed, of wishing to emphasise their own personal sufferings, considerable though these were. It is that they wanted to feel that the injustice of their position had been recognised, that they were taken seriously, not ignored. It was a matter of the cruelty of finding one's own personal destiny trapped inside the logic of Cold War attitudes, which preferred to forget that terrible violations of human rights occur also within NATO states.

THE PROJECT OF MODERNISATION

Woken at five in the morning by the cries of the muezzin summoning the faithful to prayer, one could not fail to remember that Istanbul is traditionally seen as being at the very end of Europe. Minarets dominate the skyline. From the hotel window one looks across the Bosphorus into Asia. The sense of otherness, of distance, is perhaps stronger here than in any other NATO country. Like a character from a Victorian novel, a street seller crying his wares passes below the window, with toys and balloons on a stick and a gaggle of children in tow.

Walking in the centre of Istanbul we pass the imposing old Lycée building where, over a century ago, the Sultans of the Ottoman empire had imported French education. They understood that they needed to create an educated elite to run a modernised civil service.

Modernisation was taken to mean Europeanisation - rational law, modern bureaucracy and specialist training based on French positivist thinking. With the disintegration of the Ottoman Empire after World War I, this conception of modernisation was clarified by the project of Atatürk in founding the Republic in 1922. This project was based on the secular state, secular education, a scientific world view and European script. Traditionally the army in modern Turkey has intervened in the government of the country to keep it on this course.

What was so unprecedented and shocking about the coup in 1980 was that the Army mounted the most vicious and ruthless attack on the

intellectuals, traditionally their allies in the process of maintaining a secular State and culture. Of course, the situation before the coup had been one of unprecedented violence, but this does not seem enough to explain the army's frenzied hatred of the intellectuals. This is why certain questions are debated and analysed in Istanbul today. How was this coup different from those of 1960 and 1971? Is the project of Evren and his people different from that of Ozal and the business interests? Has there been a turn away from the culture of positivist modernisation? What is the significance of official encouragement of Islamic fundamentalism? Is the crazed anti-communism of some factions in the Army (which sees every sign of independence of thought as a sign of communist conspiracy) a token of the dominance of anti-liberal factions in ruling circles, or is it that there is some decisively new political project, a new concept of modernisation, a new social order, being imposed from above? Anyone with even the most distant connection with left wing views stands no chance of employment by the State (in education, medicine, theatre and so on).

The premise of the new repressive ideology (and it is an apologia for the authoritarian regime that one hears from far-right supporters of the Turkish military in England) is that severe limits to democracy are necessary to protect the process of economic modernisation. Democracy and a bourgeois-liberal State do not provide sufficient means of social discipline in a society which still contains many aspects of primitive life and undeveloped agriculture. This is the notorious Jean Kirkpatrick defence of authoritarian regimes. But how is the institution of such a

state compatible with membership of NATO and the EEC both of which are explicitly liberal in their political discourses?

The problem facing the ideologists of the regime in Turkey is an interesting contrast with that in Spain at the time, 18 months ago, of its entry into the EEC. The pro-EEC and the pro-NATO position of the Spanish government were interpreted as a certificate of liberal maturity, as a declaration that the authoritarian politics of the Franco years had been rejected once and for all. Entering the EEC was an attempt to make Spain safe from its own army. Nobody could take seriously the claim that Turkey had arrived at such a point. So superficial are the moves towards an authentically democratic political system, so vulnerable to being overturned, that one ex-prisoner whose case is still before the military court could say, 'If we woke up tomorrow morning and heard that the army had taken over, no one would be surprised.' There is no disagreement at all among these victims of the military that beneath the appearance of a 'return to democracy' there is the concealed framework of a repressive constitution. Alongside the visible process of parliamentary democracy (elections, political parties, an apparently lively press) there is the small print of legal prohibition and the absence of civil rights.

TAKSIM SQUARE

Taksim Square is a huge concrete plateau. It is the modern at its least attractive. Around its periphery are airline offices, banks, international hotels and other prestige projects like the new Opera

House and Art Gallery. The Opera House signifies not only wealth and glamour but also 'Europe', for it is an imported high art form as is the easel painting on show in the Gallery upstairs. The whole scene is about jet-setting glitz, but it is too dirty, too much like a building site, to feel right. This is partly because the buildings are, although many are still under construction, in a dated brutalist style, unadorned concrete and glass, modernism at its least imaginative. But it also because in the centre of the square there is a kind of bus assembly point, a busy, noisy and smelly square onto which buses converge in huge numbers from all points. On a slightly higher level there is a large pedestrian concourse, a dusty, bleak, almost entirely ungreen space. The whole scene is historically light years distant from the tourist-ridden grace and charm of Sultan Ahmet Square across the Golden Horn, with its breathatking Blue Mosque and the decrepitude of the Byzantine Saint Sophia. Here in Taksim, a huge banner across the front of the Etap Marmara Hotel announces in both Turkish and English: 'The Third Meeting of the Follow-up Committee of the Standing Committee for Economic and Commercial Cooperation of the Organisation of the Islamic Conference.'

to whom could this message possibly be addressed?

Onto this modern stage, in alarming numbers but looking distinctly anachronistic, wander the rejects of history, the shoe-shine boys and the beggars. I am reminded that since the coup in 1980 real wages have fallen in Turkey by 57%.

Against the wall of this same hotel, a ravaged, ill looking young boy, perhaps twelve years old, is slumped on the pavement. He is in rags and

his bare feet poke through wide holes in his shoes. His hand is held out listlessly alms. His eyes register the exhaustion of despair. A team of three or four other boys creep up on him. They push into his hand some little pieces of newspaper torn to resemble bank notes. For a second the victim cannot believe his luck. The surprise is clearly legible on his face, but so then are the understanding and the fury which succeed it. The tricksters find it all a really great joke and fall about laughing.

In the middle of the square, a boy water seller, perhaps ten years old, with a plastic water container and a single cup tries to tempt passers-by to a drink. Nobody with a modern sense of hygiene would surely be willing to take the risk in this sticky dirty heat. The boy is pounced on by two municipal policemen. They roughly snatch away his water container and hurl it to the ground. One of them smashes it under his heel, over and over, grinding it into an unusable mess. He savagely wrenches out the tap and twists it to pieces. Public Health regulations sensibly prohibit this kind of water selling. But it is not rational preventive health care that seems to be acted out here. The faces of the policemen are frightening. One of them seems to arrogantly dare the passers-by to protest. We all pretend to be paying attention to something else. The destructive policeman's face is lit with a smile of sadistic pleasure. His violence is intimidating. The boy looks on, speechless with rage and fear, rigid with the effort not to react ('he'll get a beating from his father when he gets home tonight without money and no water bottle' says a friend later when I tell the story). When the police have walked a safe distance away, he suddenly hurls his

useless cup after them, howls his outrage, then turns and runs away as fast as he can go.

AN AUTHORITARIAN CONSTITUTION

What emerges over and over again when one raises the question of democracy in Turkey today is that, although there are still a sickening number of political prisoners and although that whole history of torture, brutality and arbitrary cruelty has left very deep scars and will not be forgotten, the focus of immediate complaint has shifted to the 1982 Constitution. One is constantly reminded of the difference between purely formal democracy and real democracy.

In an apartment with a stunning panoramic view of the Bosphorus, we look across to Asia. The sun goes down behind us and catches like flashes of fire in the windows of the houses on the hills across in Asia. Soviet ships pass through beneath us, on their way to Odessa, hammers and sickles on their funnels. For merchant shipping this is an international waterway. Military ships must give notice of their intending passage. At its narrowest point, a few miles away at Bebek, the Bosphorus is no wider than the Thames at Greenwich.

The apartment is furnished with cosmopolitan good taste, with what may be Parisian fabrics, Italian furniture and a Hi Fi stack of impressive proportions. On the walls the varieties of modern European culture jostle for space, prints and posters of Klimt and Brecht, and by their side, as if to remind us that this is where cultures meet, there is some

wonderful Arabic calligraphy, the seal of some Sultan elaborated in complex arabesques.

In this cosmopolitan setting I meet with some people from medical, academic, business and professional circles. These are confident, wealthy, mildly progressive people. The businessman, who travels the world, whose children have been educated at schools in England and universities in the USA, is a thoroughly modern figure. He speaks with real contempt and anger about the destruction of higher education in Turkey since the coup. 'Instruction in the universities' he says 'has been reduced to the state of high school drilling or parrot learning. All the universities are firmly in the grip of the State, via the monolithic Higher Education Institute. They have no autonomy. The many academics who lost their jobs after the coup have not been reinstated.' The concept of a modern education, of training the scientific and critical intelligence, has been destroyed. Open-minded empirical inquiry is regarded as a threat.

The conversation settles on the small print of the constitution and its negation of democracy. Among the most important undemocratic provisions is the law of associations. The liberal idea of civil society as a space of free debate and organisation is simply rejected by Turkish law. All associations must register with the police and are only permitted to exist within very tight constraints. No association is allowed to engage in politics (engage in political campaigns, support political parties and so on). The aim of these regulations is to prevent the organisation of

bodies like those that used to speak for youth or for women, as well as such as the TPA and the trade union federation DISK.

A perfect illustration of how this works in practice is provided the very next day. Two British doctors go off to Ankara for the day to meet with a group of Turkish medical people who have set up a group of Physicians for the Prevention of Nuclear War. The association had been formed some months earlier and had among its aims that of informing the public about the catastrophic effects of nuclear war. They wished to apply to be federated to The Nobel Peace Prize winning organisation, the International Physicians for the Prevention of Nuclear War. This has national groups in every European country except Yugoslavia, Albania and Turkey. The next week, the activities of the Turkish group were suspended by the Ministry of the Interior. Its application to register was refused on the grounds that statements about the effects of nuclear war might cause panic among the public. Furthermore, these functions are already fulfilled by such bodies as the Civil Defence section of the Ministry of the Interior and the Atomic Energy Commission and this duplication could create confusion. The group has therefore been banned.

Another revealing example of the law on associations is that of the Human Rights Association. This case demonstrates the bizarre logic which is used to legitimate the exclusion from Turkish civil society of any independent political life. This association had its application turned down in January this year on two grounds. Firstly because protection of human rights is guaranteed in Article 13 of the Constitution so that a

Human Rights association is redundant, and secondly because it is illegal for an association to pursue political aims (which a Human Rights Association would inevitably do if it were to raise issues relating to prison conditions and legal processes in force in Turkey)! This association was in fact recently given legal recognition.

One of the worst laws is that which, in blanket and undefined terms so reminiscent of Eastern Europe, makes it illegal to seek to change the social or economic system of the country. Obviously this provision, in the hands of a ruthless government, leaves it open for almost any thought or activity to be declared illegal. Moreover, the martial law prosecutors tend to argue that any protest about the law amounts to treason. A liberal amendment to the law would rule out only attempts to change the system *by violence*. As things stand, people are liable to be denounced as terrorists simply for arguing for reforms to the Constitution.

There has been some discussion in recent months about the wisdom of changing the 1982 constitution, and Ozal has suggested that there should be a referendum removing the ban on political activity by party leaders Ecevit and Demirel and other political leaders of the pre-coup years. Under the Constitution President Evren has the power to veto any changes. Any which he does not veto can only be changed by referendum. This proposed change, which it is true would remove one of the most absurdly illiberal aspects of the 1982 Constitution, would in fact only be dealing with a marginal issue. As it happens, I met no one who had any sympathy for the old party leaders or thought that anyone would gain by

their return to political life. The really illiberal restrictions on thought, publication and organisation, the tight clamp which is held on civil society, would be left in place unaffected.

In an apparently liberalising move, the Turkish Government has announced that it will recognise the right of individuals to take cases of alleged human rights abuses to the Court of Human Rights in Strasbourg. But once again, in order to understand the true significance of this step one has to study the small print which drastically curtails the freedoms that seem to have been conceded. Strasbourg may not accept the restrictions and qualifications which the Turkish government has put in the small print, the most notable of which are that this provision does not grant any rights to those two million Turks living abroad, and that it does not apply to alleged abuses of human rights by the military or under the military regime. Most important of all is the stipulation that the European Convention must be interpreted in conformity with the Turkish constitution. Since the Turkish constitution systematically denies human rights this is a powerful catch 22 which would make the government's concession, if its validity were accepted by Court, utterly vacuous.

REACTIONARY CULTURE

It is ironic that at this very point in Turkish history, when it is seeking validation of its European nature by applying for membership of the EEC, there is some reversal of Ataturk's secularisation. It is impossible to gauge to what degree the renewed influence of religion is

a matter of real attachment to Islamic fundamentalism (though nobody seems to seriously postulate the danger of an Iranian situation) rather than of cynical opportunism, the attempt to form political alliances with reactionary forces. Evren has declared his loyalty to the concept of the secular character of the Turkish state, whereas one Motherland Party minister has spoken of Islam as 'an inseparable dimension of Turkish nationalism'.

Evren is a great friend of Pakistan's President General Zia al-Huq (Evren refers to him as 'my brother'), another reactionary who projects an intimidating image of unsmiling rectitude and unflinching brutality, and who received a very warm welcome to Turkey. Evren's attitude to culture is summed up in the anecdote that when he was a student he yielded to the temptation to read novels. Such was the grip that this habit came to have on him that he almost failed his exams. Reading literature is seen as a bad habit which is to be discouraged.

Ali Taygun argues that it is because of Turkey's Islamic past that there is no significant work of prose literature in Turkish before the twentieth century. The basis of the Koran is neither explanatory nor narrative thought. It is moral recipe, he says, noting that the stories in the Koran are ordered not according to some historical or allegorical vision, as in the Bible, but according to the decreasing length of the tales.

Mrs Isvan is a 60 year old agriculturalist and educator. She and her husband (also an ex-political prisoner, and ex-mayor of Istanbul) have a

successful fruit farm outside Istanbul. She talks about her own dreadful prison experiences with tact and dignity. She would be more likely to be taken for a diplomat than a political activist. There is a well-known photograph of her in court, standing with her head held very high with patrician defiance and courage. She talks about the resurrection of Islamic culture with distaste. Her tone is scornful. She explains, for example, that religious instruction has been reintroduced into the schools (and religious schools which were banned by Ataturk are now permitted) for the first time since Ataturk's original secularisation of the State. Ataturk had also banned Arabic and oriental music on the radio (when progressive Turks mentioned such things it was not always clear whether it was a matter of modernist disdain or ethnocentric narrow mindedness) but now once again it flourishes. Dress on television is strictly controlled - no sleeveless dresses are allowed. One can even see, in Istanbul itself, some women wearing the veil, as I had pointed out to me, among the very modern rush hour crowds of commuters queuing to get the ferry to get back across the Bosphorus after work, a few women in veils could be seen. Prayers are said in State buildings, and I was told that it is considered risky to be seen not joining in.

Books provide yet another example of how formal freedoms coexist with real restrictions and intimidation in Turkey today. For one thing, Mrs Isvan explains, nobody but the really well-off can afford to buy books, which are very expensive. Teachers, for example, whose standard of living has fallen drastically since 1980, can scarcely afford even to buy newspapers. Moreover, in provincial towns (which is to say, outside the three main cities, Istanbul, Ankara and Izmir) it would be

impossible for a bookseller to stock anything but the most orthodox of texts. The police would certainly take note and take revenge if a bookseller stepped out of line. I had read of a recent episode in which the brother of a left-wing publisher was been beaten to death. It was a case of mistaken identity.

POLICING THE PRESS

Walking down a main shopping street in the centre of Istanbul, one can see posters advertising a performance of songs by Brecht at a local theatre. *A Voice*, a book about the experiences of Mrs Isvan is on sale in a few bookshops. It relates many of her most harrowing experiences as a political prisoner. Throughout the city the news-stands display piles of this week's issue of *Yeni Gundem*, a fortnightly political magazine. Its cover displays a truncated yellow hammer and sickle on a red ground, looking as if it had slid off the bottom right hand corner and had just been caught a moment before becoming unrecognisable. The cover story is a discussion about the banned Turkish Communist Party. Inside, illustrating this story, we find on the right hand page a picture of Marx (is this the first image of Marx to be printed in Turkey since 1980?) glaring down on a startled looking Prime Minister Ozal who is nicely placed at the bottom left. This is daring stuff and goes further than anyone has dared to go before. All this suggests that there is a measure of freedom.

An editor explains the real situation in terms of classical military manoeuvres. Daring people are constantly trying to measure the limits of

what will be tolerated by the authorities by going just a bit further. 'It is like a little skirmishing party advancing to occupy an extra bit of space which the massively superior army cannot be bothered to defend. This process of slowly extending the terrain on which progressive forces can work goes on until someone decides that enough is enough and draws a new line. At this point people get hurt, disappear into prison or are sucked into some interminable and exhausting legal process.' What is de facto tolerated has slowly expanded, but those who are on the front line never forget that the laws and all the machinery of repression are still in place and can be brought into action at any minute. Regularly individuals are being picked off. A doctor gets into trouble for complaining in print about public health policy. A journalist gets arrested and a magazine banned because it referred to the Kurds as an ethnic minority, a taboo formulation. A Turk living abroad finds that a charge has been brought against him in his absence because of something he has said on television, making it dangerous for him to return home.

Our friend the editor details some of the limits to free discussion in print. It simply isn't possible to have a free and wide-ranging critical discussion of the army and its role in Turkish society. It is not possible to campaign in print against the militarisation of Turkish society. Apart from the Kurds there are other taboo areas notably the Armenians and the once existing Armenian State in eastern Anatolia. Turkey's contested history cannot be properly told. This causes problems not only for the magazines and newspapers but also for book publishers. For example, a syndicate is financing the publication of the *Encyclopaedia Britannica* in Turkish. But what is to be done about those

maps which mark with a dotted line the boundaries between Greek and Turkish territorial waters in the Aegean Sea? This is not permitted in Turkey since these are disputed areas. Another map labels an area in the east of the country 'Kurdistan'. Nomination is a political act and the conferring of this name is not tolerated by the army. For them the Kurdish problem is not an unresolved dispute about nationality but a history of minor skirmishes with lawless brigands. 'It is bad enough censoring the expression of political opinion', thunders our editor friend, 'but this is a matter of censoring the objective facts of history.' Like so many others this editor is an ex-political prisoner who has had his passport withdrawn.

The authorities have for these same reasons banned some imported publications. The Penguin *Map of the World* and *Map of Europe* were seized by the State Security Council of Istanbul on the grounds that they 'engaged in separatist propaganda'. The *Academic American Encyclopaedia* was banned on the grounds that it 'undermined national sentiments', though the seizure order was later withdrawn. The *National Geographic Atlas*, *The Times Atlas of World History* and the *Nouveau Petit Larousse Illustré* are also among the seized publications. Geography and history are deemed to be subversive of the Turkish State, so the authorities by fiat deprive large numbers of people of access to their own history. The editor's indignation grows as he talks about this shameless manipulation of history.

A recent summary of the banning of books in Turkey reports that 39 tons of books, periodicals and newspapers seized in Istanbul since 1980 were

sent on 18 December 1986 to a paper mill to be pulped. They included 126 different books, 80 issues of 36 weeeekly or monthly political journals, 60 issues of 23 different magazines.

So the official story may be of a free press. But the small print, only legible by those who try to exercise that freedom, says that there are any number of exclusions, prohibited topics and images, and tough sanctions for those who step out of line.

A DIPLOMATIC PERSPECTIVE

Mahmut Dikerdem was President of the TPA. An ex-ambassador, career diplomat, he is a small man with confident authority whose arrival in the restaurant elicits a certain extra deference from the waiters, to whom he gives orders in a practised way. Now over seventy, he was subjected to quite barbaric humiliations at his trial and during his imprisonment.

At a private lunch (the public events celebrating the TPA's anniversary having been banned) I deliver to Dr Dikerdem a letter of support from European Nuclear Disarmament. This he adds to the wad of sixty or so other messages of support which he proudly produces from his jacket pocket. On the restaurant wall is a photo gallery of Turkish political and cultural celebrities, including the ambassador himself and, to my amazement, the great Turkish poet Nazim Hikmet.

Mr Dikerdem explains the complexities of Turkey's relations with the USA. Although it is a client State, firmly a part of Nato, and the general feeling is that PM Ozal would do just about anything for money, there is nonetheless a Turkish national pride and a wariness about oversimplifying relations with neighbouring USSR which comes from a long history of negotiated accommodation between the two neighbours. The Turkish military suffer from a crazy right wing paranoia and interpret everything in terms of communist infiltration, but at the same time they are not prepared to be used simply as pawns by the USA. Most significantly, they have refused to accept a USA Rapid Deployment Force base in Turkey, which would have had the potentially embarrassing role of policeman and firefighgtter in a very troubled region, dragging Turkey into dangerous adventures. For example, the US Congress has cut US aid to Turkey in an attempt to apply pressure on this issue and also in relation to the problem of the Turkish Republic of North Cyprus.

But for Mr Dikerdem, as for everyone, the central issue of Turkish foreign policy at this time is the application to join the EEC. He appeals to the European nations to recognise that Turkey, in spite of some appearances, is not a democracy. Turkey's constitution withholds essential democratic rights from individuals and associations. He writes in a recent areticle, 'Even more serious is the fact that undemocratic laws cannot easily be changed, not only because of procedural obstacles but also because there is no concensus, in favour of a significant change among the political parties represented in the National Assembly. To be more specific, I would say that the right-wing in Turkey, which has obtained some 70% of the vote in almost all general elections,

nowadays takes "the democratisation of public life" to mean only the repeal of the prohibitions on pre-coup politicians, and they stop short of any promise to legalise the left.

'The reason which the right always gives is "the geo-political position of the country" or "the threat posed by our neighbour to the north". However, the history of the Turkish Republic demonstrates that as long as those with political power do not recognise the right of active participation in public life of pressure groups such as trades unions, professional organisations and other associations, and as long as the notorious articles 141, 142 and 163 of the Penal Code (which enable the authorities to declare any organisation and even any expression of opinion illegal, on the pretext that they are liable to subvert the State) remain in force, one cannot say that there is any real progress towards the establishment of a democratic regime in Turkey. In other words, Turkish democracy should be labelled "Bon pour l'Orient".'

THE TRIAL GOES ON

On 28 April, just a few days short of five years after the original arrests, the TPA trials reached another turning point with the announcement by the 2nd Military Court of Istanbul of the results of its deliberations. The case against the TPA executive members had been heard for a third time. This trial has now been amalgamated with that known as TPA II, the trial of TPA members.

The court ordered that the Turkish Peace Association be disbanded and that all its assets and publications be seized and confiscated. The verdicts were as follows.

TPA President Mahmut Dikerdem and Mrs Reha Isvan were each found guilty of belonging to an illegal organisation and were sentenced to 4 years and 2 months each. Other members of the executive, including the president of the Medical Association Dr Atabek, the painter Orhan Taylan, Professor Metin Ozek, doctor and psychiatrist, Aykut Goker, President of the Engineers trade union, were each sentenced to 18 months for 'founding within the country an organisation which has its roots abroad, without the permission of the government; organising activities outside of the stated aims of the association; engaging in international activities in violation of the law of associations.'

Ali Taygun and three others are also defendants in another case, in which they are with others charged with being members of the banned Turkish Communist Party, and the TPA case against them is left outstanding awaiting the verdict of that trial. The sentences against a further 18 defendants were dropped on the grounds that they have already served longer periods on remand than the sentences. 31 defendants were acquitted. Two defendants, who have not yet been in prison, were found guilty and sentenced to 6 months.

Twelve members of the TPA Executive are to appeal against their sentences and against the disbanding of the TPA. The trial now goes into its a sixth year.



FILE ON TORTURE

amnesty international

TURKEY

Torture has become an issue for public discussion in Turkey. Almost four years after a civilian government came to power in November 1983, no effective measures have been taken to prevent torture.

The Turkish authorities have admitted that torture takes place, but have repeatedly claimed that it is used only in isolated incidents. Despite the promise that all complaints of torture are investigated and that those responsible for torture will be prosecuted, AI has not observed any fundamental changes in the systematic and widespread practice of torture.

Torture of political detainees was already a major concern for AI before the military coup of 12 September 1980. The number of allegations of torture at any time appears to be directly related to the number of people detained.

During an earlier period of military intervention, from 1970 to 1973, when several thousand people were detained, AI received hundreds of allegations of torture and believed torture to be widespread and systematic. Fewer

allegations were received during the mid-1970s, when there were fewer political prisoners. After the introduction of martial law in December 1978, the number of cases of torture again began to grow. Following a research mission in May 1980 AI concluded that most people detained by the police and martial law authorities were tortured, and in some cases tortured to death.

After a military coup in September 1980 thousands of people were taken into custody by the security forces. At the beginning of 1987 the number of people who had been taken into custody was estimated by the newly founded Human Rights Association in Turkey to be at least 240,000. The incidence of torture increased dramatically immediately after the coup. In subsequent years the number of torture allegations and

reported deaths under torture gradually decreased, but only relatively. Continuing reports of torture during recent months point to the fact that the pattern has shown no significant change to the present day.

Methods

The main purpose of torture in police custody appears to be to extract information and confessions. Ill-treatment in prisons, often in the form of routine beatings, is intended mainly to maintain discipline. In both prisons and police stations, the intimidation and humiliation of prisoners is an additional motive.

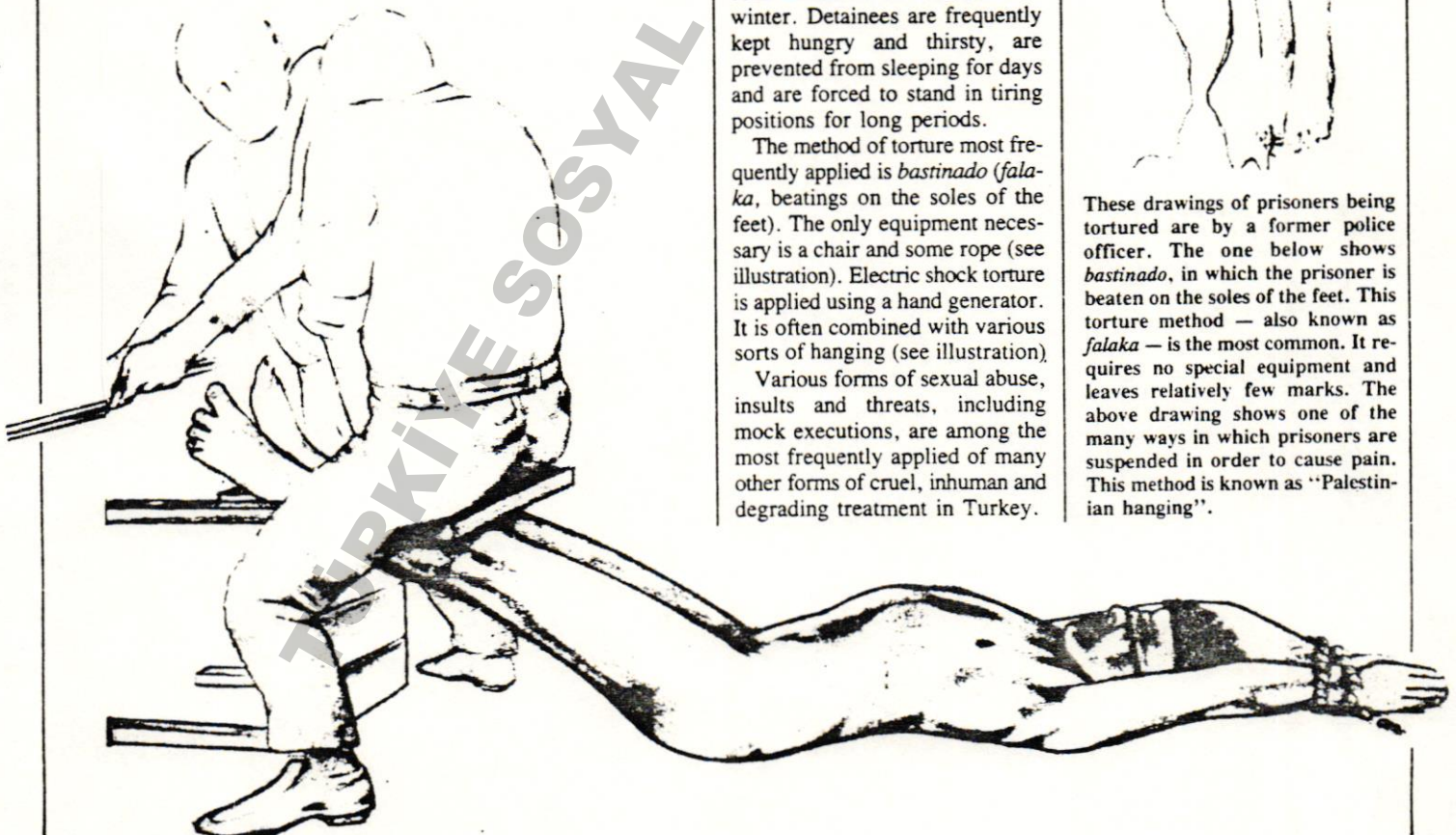
For these purposes a whole variety of methods is used. Suspects are blindfolded and handcuffed immediately after detention. Even common criminal suspects are stripped naked during interrogation and left like that, often after being hosed with ice-cold water, or left on the concrete floors of cells in the harsh conditions of winter. Detainees are frequently kept hungry and thirsty, are prevented from sleeping for days and are forced to stand in tiring positions for long periods.

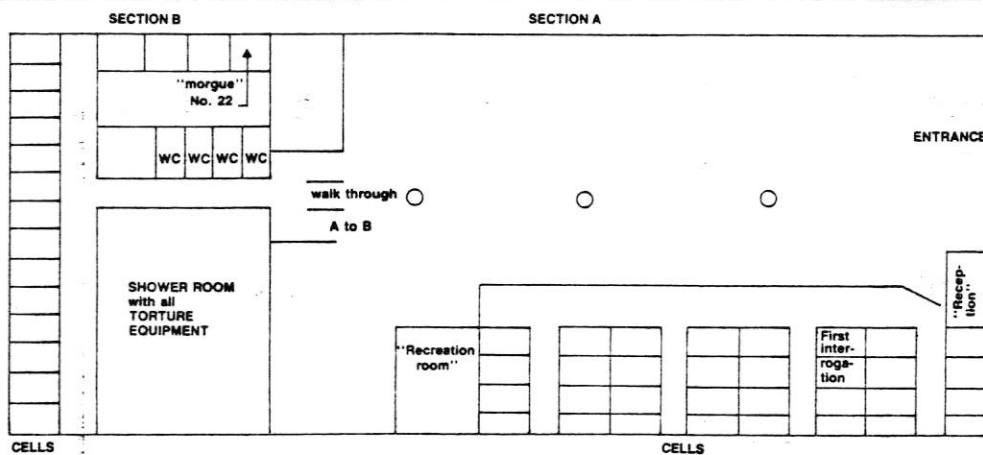
The method of torture most frequently applied is *bastinado* (*falaka*, beatings on the soles of the feet). The only equipment necessary is a chair and some rope (see illustration). Electric shock torture is applied using a hand generator. It is often combined with various sorts of hanging (see illustration).

Various forms of sexual abuse, insults and threats, including mock executions, are among the most frequently applied of many other forms of cruel, inhuman and degrading treatment in Turkey.



These drawings of prisoners being tortured are by a former police officer. The one below shows *bastinado*, in which the prisoner is beaten on the soles of the feet. This torture method — also known as *falaka* — is the most common. It requires no special equipment and leaves relatively few marks. The above drawing shows one of the many ways in which prisoners are suspended in order to cause pain. This method is known as "Palestinian hanging".





A torture centre in Ankara. This sketch by former detainees shows the State Research Laboratory within Ankara Police Headquarters. The detainees — students held between November 1986 and March 1987 — indicate clearly a room where torture equipment is housed and used. A former prisoner of conscience tortured there in 1981 has confirmed the accuracy of the sketch. The passage between Sections A and B is reported to be very low so people have to bend down to walk through. It can be closed off by an artificial wall camouflaged with fire extinguishers to avoid unwanted entry.

Torture centres

Although people have been tortured in police stations and prisons of every type throughout Turkey, there are also buildings specially equipped for torture.

Most of these places are well known. The US-based human rights group, Helsinki Watch Committee, stated in March 1986: "I was able to find the exact location of the main torture centres in both cities" (Ankara and Istanbul). A government determined to eliminate torture would inves-

tigate the treatment of detainees in these centres and take the necessary steps.

One of the best known torture centres is a place called DAL (*Devlet Arastirma Laboratuvarı*, State Research Laboratory) in Ankara Police Headquarters. In April 1987 AI obtained a sketch

of DAL with Section A and Section B, where the torture equipment is housed, marked. It was drawn by students detained between November 1986 and March 1987. The main elements of this sketch were confirmed by a former prisoner of conscience who had been tortured here in 1981. Except for the addition of a "recreation room" used to treat injuries before the prisoner's release or formal arrest by a court, nothing seems to have changed since then.

Deaths in custody

Since the September 1980 coup AI has submitted to the authorities the names of more than 100 people alleged to have died in custody since then. In reply AI has received information from the authorities on 82 of these cases. Most of the replies are less than satisfactory.

Since the end of 1985 various organizations in Turkey have issued lists of people who died in custody. The prisoners named include some who died as a result of hunger-strikes or medical neglect and some who committed suicide. Even so, the majority of prisoners named in these lists appear to have died as a result of torture.

In December 1985 Cüneyt Canver, a Social Democrat Populist Party (SHP) member of parliament, handed over a list with 113 names to the president of parliament during a debate on the budget. One year later Fikri Sağlar, Secretary General of the SHP, submitted a list of 253 names and in February 1987 the Human Rights Association presented to the press detailed information on 149 cases. Twenty more names were added later.

On 16 March 1982 the Minister of State, İlhan Öztürk, acknowledged publicly that 15 people had died as a result of torture since

September 1980. A report issued by the Chief of the General Staff's Office on 29 October 1982 stated that investigations into 204 deaths alleged to have been caused by torture had determined that in only four cases were the deaths caused by torture. In April 1984 the same office announced that since the first declaration of martial law in December 1978 two people had died as a result of torture.

In April 1986 Yildirim Akbulut, Minister of the Interior, answering questions in parliament said that there had been a total of 78 deaths during interrogation between 26 December 1978 and 31 December 1985, but did not specify the causes. In December 1986 the Minister of Justice, Mahmut Oltan Sungurlu, stated that 13 deaths in custody had been caused by torture or ill-treatment.

During the first six months of 1987 AI received information on 11 deaths in custody. Nine of them were alleged to have been caused by torture.

For example, in February 1987 the gendarmerie (armed rural police), while searching for Hasan Bayram, rounded up members of his family in Pirinçlik village near Diyarbakir and took them to the gendarmerie station. The next day Hasan Bayram's 70-year-old father, Zülfikar Bayram, died in hospital. His wife Esma Bayram says:

"On 19 February gendarmes came to our house saying that they were looking for my son Hasan who is on the run. Everyone in the family was beaten. They took us, my husband Zülfikar Bayram and the children, to the gendarmerie station where they beat us and hit us with the butts of their rifles. My husband, who was seriously injured, and I were taken to hospital, where he died... An autopsy will provide proof that torture caused his death. A medical examination of the other members of the family who are still in custody [on 22 February] should be done."

The death of Mehmet Kalkan on 14 June 1987 in the hands of the Diyarbakir Directorate of the Rapid Forces (special branch of the police) led to a three-day hunger-strike of political prisoners in Diyarbakir Military Prison. Mehmet Kalkan escaped from

AI on torture in Turkey

Quotations from AI reports

May 1984: *File on Torture*:

"The Turkish authorities have persisted in the torture of prisoners during the present decade."

July 1985: *Testimony on Torture*: "Torture is widespread and systematic in Turkey."

February 1986: *Violations of Human Rights in Turkey*: "Political prisoners and common criminals are tortured or subjected to cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, while in police custody." November 1986: *Torture and Ill-treatment of Detainees and Prisoners*: "Most allegations of torture received by AI relate to ill-treatment of detainees in police custody either during their initial interrogation, or when they have been taken again by the police for questioning, after transfer to a military prison."

June 1987: *Continuing Violations of Human Rights in Turkey*: "AI continues to be concerned about the imprisonment of prisoners of conscience, systematic torture and ill-treatment of political prisoners..."



Esma Bayram, who was taken into custody together with her husband and several of her children. "They beat us and hit us with the butts of their rifles. My husband, Zülfikar Bayram, who was seriously injured, and I were taken to hospital where he died... An autopsy will provide proof that torture caused his death."

Diyarbakir Prison in 1983 and was recaptured on 13 March 1987. He died three months later when undergoing further police interrogation. Officials claim that he committed suicide, but his brother, Mustafa Kalkan, is convinced that he was tortured to death. He told the press that he (Mustafa) and his father Ömer Kalkan had been tortured between 4 and 9 October 1985 during interrogation.



These four children needed medical treatment after being given electric shock torture. They come from a village in southeastern Turkey where Kurdish guerrillas have been active. In April 1987 police rounded up all the men in the village and beat many of them in the village school. These children were asked where "the bandits" were and given electric shocks in their mouths, which were bruised and bleeding.

Torture in south-eastern Turkey

Another dimension of the problem of torture and ill-treatment in Turkey is illustrated by the situation in the southeast. Armed clashes between Kurdish guerrilla troops and the Turkish security forces have led to more than 700 deaths in less than three years since August 1984.

AI received oral and written testimonies of whole villages being rounded up by the security forces and the Kurdish population being beaten by members of the gendarmerie or army searching for guerrillas and their supporters. Four people are alleged to have died as a result of torture between February and June 1987.

A report in the newspaper *Cumhuriyet* of 6 May 1987 refers to events in Güzelöz village in the district of Gercüs, Mardin province. The inhabitants said:

"On 9 April the gendarmerie came into our village and rounded the men up in the school playground between 3 and 4 pm. They took 12 people to the gendarmerie station in Ulas. They were stripped naked and beaten until 3 in the morning. Their eyes were blindfolded and they were handcuffed. Then they were set free.

"The next day 500 gendarmes came to the village and once again rounded up the men in the school playground. The gendarmes searched all the houses but did not find anything. They took the men inside the school and beat them. The beatings went on until 3 pm. During this time one of us was stripped naked [Hüseyin Cetin] and shown from the window of the school.

"Four children of our village were asked where the bandits were and given electric shocks to the mouths. Their mouths bled and they had to be given medical treatment."

Testimony of torture

"Worse than the physical torture, I was subjected to psychological torture, much more cruel and shameful for mankind.

"As well as the threat: 'If you do not speak, we will torture your daughter' in the presence of my two-year-old daughter in the torture chamber, I lived through the agony of listening to the cries of her mother, who was tortured in the detention and interrogation cell at Gayrettepe First Branch (Istanbul Political Police), unable to calm our weeping daughter.

"Making degrading threats, they tortured my wife at my side. I have seen a police truncheon in her anus. Can I and those like me, who have been subjected to such degrading and inhuman treatment, ever forget all this?

"I do not know how many times I was hung up by my feet, or in the crucifix position, with my hands tied at the front or behind my back. Sometimes I was kept hanging for minutes, sometimes for hours. I imagine that the periods, when my shoulder blades pressed against my chest, when I had difficulty in breathing, when I lost all feeling in my arms and could not touch the floor, amount to a total of several days.

"During this time I was beaten up and given electric shocks while suspended in the air. My armpits were cut as if with a razor blade

... I lived through days when electric shocks given to the toes, the sexual organs and the hands and ears all seemed to converge in the belly of a human being. Only someone who has gone through the torture centres can know what it means when lightning strikes in the belly of a human being . . ."

Kemal Bilget, a teacher, and his wife were detained on 17 June 1986 in Elazig. AI sought assurances that they would not be tortured or ill-treated in detention. The Ministry of Justice replied in February 1987 that Kemal Bilget was one of the defendants in a trial at Istanbul State Security Court, charged with membership of an illegal organization called TKEP (Turkish Communist Workers' Party). Allegations of torture had been raised but found groundless;



Theatre director Yilmaz Onay, who was detained in December 1986. He testified that he had been tortured for three days inside Ankara Police Headquarters.

therefore the investigation into them had been stopped by the prosecutor.

Kemal Bilget says that he was subjected to torture in Elazig and Istanbul for a total of one month. He saw a doctor only many months later, yet in a report dated 7 August 1986 issued by the Health Committee of Elazig State Hospital signs of the torture were documented.

The above testimony is from Kemal Bilget's statement at his court hearing on 15 January 1987.



Kemal Bilget, second from the right, made detailed torture allegations at Istanbul State Security Court. He was also forced to watch his wife being tortured.



Refik Baytar, a grammar school student from Batman, who says he was tortured for 12 days in Siirt and Batman police stations in January 1987.

Ill-treatment in prison

After new regulations for the treatment of prisoners in military prisons were introduced on 30 September 1986 the situation in prisons seemed to have improved slightly, but since April 1987 new allegations of ill-treatment in military prisons have been received.

In a press conference on 1 April relatives of prisoners in Istanbul claimed that prisoners in Metris Military Prison were being ill-treated. As a recent example they claimed that six defendants in a political trial at Istanbul Military Court had been stripped naked and beaten under the pretext of a routine search. The six were accused of being members of the TKP/ML, Turkish Communist Party/Marxist-Leninist.

In June 1987 inmates of Sigmalcilar Prison in Istanbul were beaten after they refused to wear

chains on their way to court. Their court hearings are now proceeding in their absence.

In Adana, mothers of political prisoners complained at the beginning of June 1987 that their sons, Ayhan Karmis, Ali Nurdogan Kiroglu and Haydar Karadag, had been tortured in Adana Closed Prison because they had refused to sing the national anthem and to participate in prayers during meals. Zeliha Karmis claimed that her son had suffered internal bleeding and that she had seen blood coming from his ear.

Sexual abuse

"We have youngsters aged 20 and 21 at our disposal, hard as a rock. If they want to torture a girl sexually . . . why should they feel the need for a truncheon?"

Former General Turgut Sunalp, October 1985

"I was taken to Yenimahalle Police Station. My eyes were blindfolded and I was taken to a place I do not know. Here I was stripped naked. First I was hosed with ice-cold water and given electric shocks. They wanted me to sign a statement, but I refused.

"Thereupon they locked me in a single cell with a male student. We were both stripped naked. Under torture they tried

to force the student to assault me sexually. As I could not stand it, I agreed to sign that statement."

Nilufer Aydur is one of hundreds of students arrested in April 1987 after widespread protests against restrictions on student associations. Her testimony comes from a trial, in May 1987, of 141 students at Ankara State Security Court.

What you can do

In view of the persistent evidence of torture in Turkey AI believes that the Turkish Government should implement the following measures:

■ The highest authorities in Turkey should issue clear public instructions that torture will not be tolerated under any circumstances.

■ Rather than issuing unverifiable denials in the face of torture allegations, the Turkish Government should establish an impartial body to investigate all complaints and reports of torture. Its findings and methods of investigation should be made public.

■ Relatives and lawyers should be informed promptly of the whereabouts of detainees and have prompt and regular access to them.

■ Steps should be taken to ensure that confessions or other evidence obtained through torture may never be invoked in legal

proceedings.

■ The Turkish Government should sign and ratify the UN Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment which entered into force on 26 June 1987. Criminal proceedings should be instituted against alleged torturers, as called for in the UN Convention.

■ Please write to the authorities urging them to take effective steps to stop torture and in particular to implement these measures. Send your letters to: President Kenan Evren/Office of the President/Devlet Baskanligi/Ankara/Turkey; and: Turgut Ozal / Office of the Prime Minister / Basbakanlik / Ankara/Turkey. □

Criminal suspect tortured

"On 31 January 1987 I was arrested while driving my taxi. Shortly after we had arrived at the police station they applied *bastinado* (beatings on the soles of the feet) to me. They fixed my legs to a stick with a rope and tightened it by turning it five or six times.

"The first day I was beaten day and night and then I was taken to a cell for one person. I got nothing to eat or drink and I was not allowed to go to the toilet. They were swearing at me all the time.

"On the second day I was sleeping in my cell when they arrived at around 2 or 3 am. They took me handcuffed and blindfolded to another room. Here they stripped me naked and tied one of my feet and my hands to something. Again they beat me and squeezed my testicles so that I screamed the whole time.

"On the third day they told me to confess to the crime or I would have electric shocks applied to me. They took me to a room and asked me to undress. Although I resisted they took off all my clothes and fixed a cable to my little finger and applied electricity until I fainted. I could admit to nothing because I knew nothing, but they made me sign a statement. In court I learned that it was about a woman whose money had been stolen."

Testimony of Ihsan Allabucak.



Serhat Simsek, president of the students' association at the machine faculty at Istanbul Technical University. He was held incommunicado for 25 days by the political police in January 1987. He said he had not only been tortured himself, but had witnessed the torture of others too.

"Because torture has become a profound and widespread political tool it is difficult to erase its roots. . . Therefore the authorities are defending torture and trying to hide it."

Journalist Ilhan Selcuk, February 1986

Threats and torture

"I was detained on 24 December 1986 in Ankara. They also took my wife to the police station. I immediately admitted to stealing a car because I had really done that. I asked them to release my wife and my sister. They immediately beat me and said: 'You have a record of political crime and at your home we have found banned publications; you are still involved in political activities.' I said that I had been imprisoned for eight years for political crime, but that possession of individual banned books was not forbidden. They said: 'You know too much.'

"I was taken to the torture room while being beaten. There I was subjected to hanging, electric shocks and the *bastinado* (beatings on the soles of the feet). They also swore at me the whole time. This lasted for about an hour. They had a break and just when I thought the torture had stopped they started again.

"For five days we were tor-

tured, 11 times in all. I only admitted stealing a car. They wanted me and my brother-in-law to admit to another robbery and political activities.

"On the evening of the sixth day they blindfolded me and took me to the torture room. Here they said that I must admit to the political activities or the robbery or they would torture my wife in front of me. I said that I had done nothing like that and could not admit it. They told me to open my eyes and took away my blindfold and I saw my sister whose eyes and face were swollen. I shouted but I was held by four or five policemen.

"Then they blindfolded my sister and started to beat her and take her clothes off. I went wild and kicked at the policemen. An officer said that they should get my wife as well. I could not stand this torture inflicted on my sister and said I would admit to everything."

Testimony of Namik Konyaliloglu.

Folterakte Türkei

Eine Dokumentation

Als Urlaubsland erfreut sich die Türkei zunehmender Beliebtheit. Als Folterland gerät sie unterdessen immer mehr aus dem Blick der Öffentlichkeit: die Lage dort hat sich, folgt man dem Tenor der Presseberichtserstattung, »normalisiert«. Daß dem nicht so ist, zeigt die folgende Dokumentation.

Dauerphänomen Folter

Seit Anfang der 70er Jahre wird in der Türkei die Folter systematisch und weitverbreitet angewandt. Auch in den mittlerweile bald vier Jahren Zivilregierung hat sich daran nichts geändert. Daß gefoltert wird, geben die türkischen Behörden zu, allerdings mit der Einschränkung, es handele sich um Einzelfälle. Die amnesty international vorliegenden Informationen lassen diesen Schluß nicht zu, im Gegenteil: Berichte aus den letzten Monaten zeigen, daß das Grundmuster sich nicht geändert hat. Es wird weiter gefoltert. Geändert hat sich lediglich die Zahl der bekanntgewordenen Fälle: sie ist gegenüber der Zeit der Militärdiktatur 1980–83 zurückgegangen. Dieser Rückgang aber hängt einzig damit zusammen, daß im Vergleichszeitraum auch die Zahl der politischen Gefange-

nen insgesamt zurückgegangen ist. Anders gesagt: es wird nicht prinzipiell weniger gefoltert, es stehen lediglich weniger Opfer zur Verfügung.

Ziele und Methoden

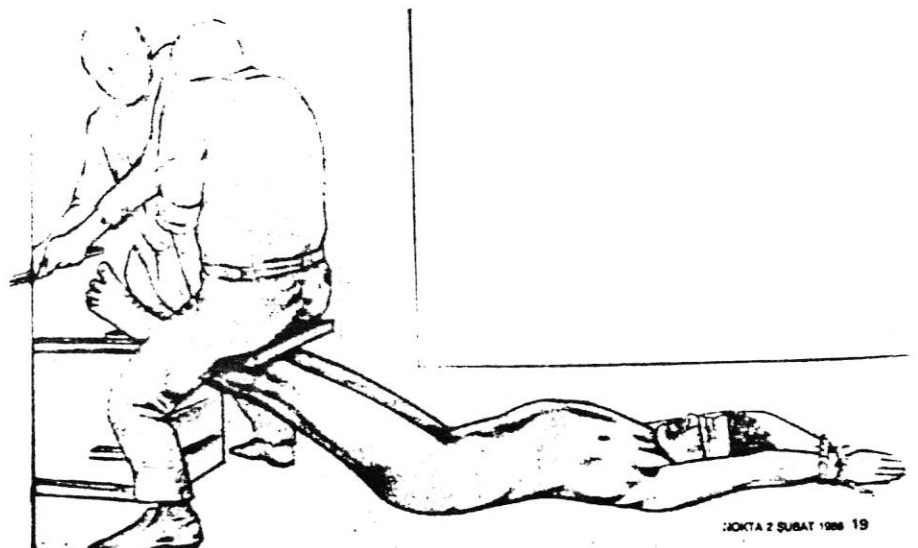
Hauptziel der Folterungen ist es, von Häftlingen Geständnisse und Informationen zu erpressen. Mißhandlungen in

Strafanstalten, etwa routinemäßiges Schlagen, dienen der Aufrechterhaltung der Disziplin; die Insassen sollen so eingeschüchtert und gedemütigt werden.

Für diese Zwecke wird eine Reihe verschiedener Methoden und Hilfsmittel verwendet: Unmittelbar nach der Festnahme werden dem Gefangenen die Augen verbunden und die Hände gefesselt. Während des Verhörs ist der Häftling nackt, und wird oft anschließend mit eiskaltem Wasser abgespritzt

Die »Falaka« (Schläge auf die Fußsohlen).

Diese Zeichnungen hat ein früherer Polizeibeamter angefertigt.



oder nackt in eine leere Zelle gebracht — letzteres bevorzugt während der kalten Wintermonate.

Zu den häufig angewandten Methoden zählt auch die bewußte Unterernährung von Häftlingen, tagelanger Schlafentzug oder erzwungenes Stehen über lange Zeiträume. Die meistverwendete Foltermethode in den Gefängnissen der Türkei ist die »falaka«, d.i. Schläge auf die Fußsohlen. (Siehe Zeichnung.) Verbreitet ist auch die Elektroschockfolter, bei der das Opfer in qualvoller Weise hängt. (Siehe Zeichnung.) Andere verbreitete Methoden der Folter sind Scheinhinrichtungen und sexueller Mißbrauch.

Todesfälle

Türkischen Quellen zufolge sind seit dem Militärputsch 1980 mehrere Hundert Menschen in türkischen Gefängnissen gestorben, die meisten an den

Folgen von Folterungen. Der Abgeordnete Cüneyt Canver legte im Dezember 1985 dem Parlament in Ankara eine Liste mit 113 Namen von Häftlingen vor, die in der Haft gestorben waren. Der Generalsekretär der türkischen Sozialdemokratischen Partei SHP, Saglar, veröffentlichte Ende 1986 eine 253 Todesfälle umfassende Dokumentation, und die türkische Menschenrechtsvereinigung nannte auf einer Pressekonferenz im Februar 1987 169 Namen.

amnesty international hat in etwas über hundert Todesfällen sich an die türkischen Behörden gewandt: 11 dieser Fälle haben sich im ersten Halbjahr 1987 ereignet.

Von offizieller Seite sind folgende Zahlen von Todesfällen nach Folter genannt worden: Staatsminister İlhan Öztürk sprach am 16. März 1982 von 15 Todesfällen. Das Büro des Generalstabschefs der Streitkräfte verlautbarte am 29. Oktober 1982, daß in 204 untersuchten Todesfällen insgesamt vier (4)



Aufhängen mit Elektroschockbehandlungen.

Was Sie tun können

amnesty international hält angesichts der nachweisbaren Folterpraxis in der Türkei folgende Schritte für unabdingbar.

- Eine eindeutige öffentliche Erklärung der höchsten Politiker der Türkei, daß Folter unter keinen Umständen geduldet wird.
- Die Einrichtung einer unabhängigen Institution in der Türkei, die allen Berichten über Folter nachgeht und ihre Untersuchungsmethoden und Ergebnisse öffentlich zugänglich macht.
- Im Falle von Festnahmen müssen Angehörige und Verteidiger sofort benachrichtigt werden, und regelmäßiger Zugang zu dem Inhaftierten bekommen.
- Unter Folter erpresste Geständnisse dürfen nicht als gerichtsverwertbar betrachtet werden.

- Die türkische Regierung sollte baldmöglichst die UN-Antifolterkonvention unterzeichnen, und, wie in dieser Konvention vorgesehen, gegen Folterer gerichtlich vorgehen.

Bitte fordern sie in Briefen die türkische Regierung auf, diese Schritte einzuleiten.

Schreiben Sie bitte an:

*Staatspräsident Kenan Evren
Devlet Baskanligi
Ankara
Türkei*

*Ministerpräsident Turgut Özal
Basbakanlik
Ankara
Türkei*

*Botschaft der Republik Türkei
Utestraße 47
5300 Bonn 2*

Ergebnis von Folterungswesen seien; in einer weiteren Erklärung des gleichen Büros vom April 1984 hatte sich diese Zahl um die Hälfte auf nunmehr zwei (2) verringert. Innenminister Akbulut erklärte in einer parlamentarischen Fragestunde im April 1986, zwischen dem 26. Dezember 1978 und dem 31. Dezember 1985 seien 78 Personen während ihrer Verhöre gestorben. Der Minister nannte allerdings keine Todesursachen. Justizminister Sungurlu wiederum sprach im Dezember 1986 von 13 an Folterfolgen gestorbenen Häft-

Folter in der Türkei:

Aussagen von Betroffenen

Kemal Bilget

Der Lehrer Kemal Bilget wurde am 17. Juni 1986 in Elazig festgenommen. Ihm wurde Mitgliedschaft in der verbotenen Türkischen Kommunistischen Arbeiterpartei vorgeworfen. Vor Gericht sagte er am 15. Januar 1987 aus, zusammen mit seiner Frau und in Anwesenheit der zweijährigen Tochter gefoltert worden zu sein:

»... sie folterten meine Frau neben mir. Ich habe gesehen wie ein Gummiknüppel in ihren Anus eingeführt wurde... Ich wurde an den Füßen aufgehängt, manchmal minuten-, manchmal stundenlang... Ich wurde geschlagen und mir wurden, während ich in der Luft hing, Elektroschocks verabreicht... an den Zehen, den Geschlechtsorganen und den Händen...«

Kemal Bilget wurde eigenen Aussagen zufolge einen Monat lang gefoltert. Bestätigt wird diese Aussage durch ein Gutachten des staatlichen Krankenhauses Elazig vom 7. August 1986. Darin werden ihm Folterspuren attestiert. Dennoch hat, wie der türkische Justizminister amnesty international in einem Schreiben vom Februar 1987 mitteilte, die zuständige Staatsanwaltschaft sämtliche Foltervorwürfe im Fall Bilget für nicht begründet erachtet und das Verfahren eingestellt.

Nilufer Aydur

Die Studentin Nilufer Aydur wurde im April 1987 nach einer Studentendemonstration festgenommen. Im Mai wurde ihr, zusammen mit 140 Kommilitonen vor dem Staatsicherheitsgericht Ankara der Prozeß gemacht. Dort sagt sie aus:

»Ich wurde zum Polizeirevier Yenimahalle gebracht. Die Augen wurden mir verbunden... ich wurde nackt ausgezogen. Zuerst wurde ich mit eiskaltem Wasser abgespritzt, anschließend mit Elektroschocks behandelt. Ich sollte ein Geständnis unterschreiben, aber weigerte mich. Daraufhin wurde ich mit einem männlichen Kommilitonen zusammen in eine Zelle gesperrt. Wir wurden beide nackt ausgezogen. Sie versuchten ihn mit Folter zu zwingen mich zu vergewaltigen. Weil ich es nicht mehr aushalten konnte, willigte ich ein, das Geständnis zu unterschreiben.«

Ihsan Allabucak

Der Taxifahrer Ihsan Allabucak wurde am 31. Januar 1987 verhaftet. Hier seine Aussage: »Kurz nachdem wir im Polizeirevier angekommen waren, wurde ich auf die Fußsohlen geschlagen. Dabei wurden meine Beine mit Stricken an eine Stange gefesselt...«

Am ersten Tag wurde ich Tag und Nacht geschlagen und dann in eine Einzelzelle gebracht. Ich bekam weder zu Essen noch zu Trinken; auch auf die Toilette durfte ich nicht... Am zweiten Tag... wurde ich gegen 2 Uhr nachts mit verbundenen Augen und gefesselten Händen in einen Raum gebracht. Ich wurde nackt ausgezogen, Hände und Füße wurden gefesselt. Ich wurde wieder geschlagen. Meine Hoden wurden gequetscht... Am dritten Tag sagten sie mir, ich solle gestehen, sonst würde ich einer Elektroschockbehandlung ausgesetzt... Sie befestigten ein Stromkabel an meinem kleinen Finger und setzten mich so lange unter Strom bis ich ohnmächtig wurde. Ich konnte nicht gestehen, weil ich nicht wußte worum es ging, trotzdem mußte ich eine Erklärung unterschreiben. Vor Gericht erfuhr ich, daß es darin um einen Diebstahl ging.«

Aufsässige Häftlinge werden wochenlang in den Kerker gesteckt

Journalisten dürfen erstmals türkisches Militärgefängnis in Ankara besuchen / Reden Atatürks als Psychofolter

ANKARA, 27. August (dpa). Gleichocht berichtete jetzt die türkische Presse über die Verhältnisse in den Militärgefängnissen des Landes, nachdem erstmals Journalisten das berühmte Mamak-Gefängnis in Ankara besuchen durften. Die Türkei habe nichts zu verbergen, hatte Ministerpräsident Turgut Özal kürzlich gesagt, als es hieß, die Europäische Gemeinschaft wolle Beobachter in die Haftanstalten entsenden. Der Hintergrund für die unerwartete Öffnung der Gefängnisse: Ankara hatte im April formell um die Aufnahme in die EG nachgesucht. Die einst überfüllten Zivil- und Militärgefängnisse sind im vergangenen Jahr durch eine Amnestie deutlich leerer geworden. Doch auch das, was die Reporter jetzt noch sehen und von den Insassen hören, genügt, um sie zu entsetzen, wie aus ihren Berichten vom Mittwoch deutlich wird: Geschlocht waren sie, als Häftlinge sie auf vier unterirdische Kerker hinwiesen. Kaum zwei Meter lang und einen breiten, stockfinster, mit tropfenden Decken und Wänden, ohne Frischluft und fließend Wasser und von einer nur 30 Zentimeter kleinen Stahltür verschlossen, ließen sie dazu, die Gefangenen zu dis-

ziplinieren. „Aber nur auf Anordnung des Gerichtes“, verteidigte sich der Gefängnis-Kommandant Generalleutnant Cemil Mete, der nur auf hartnäckigste Drängen die Besichtigung der Zellen erlaubte.

Ein Betonsackel diente als „Bett“ und eine leicht erhöhte Plattform am Kopfende als „Toilette“. Angeblich widerborstige Häftlinge wurden hier bis zu zwei Wochen isoliert. In den ebenfalls fensterlosen Gemeinschaftszellen, wo 30 Mann auf 40 Quadratmetern zusammengepfercht sind und eine stickige Luft herrscht, wurde das Follern mit Schlägen, wie es zur Zeit der Militärdiktatur 1980–1983 üblich gewesen ist, durch psychologische Schikanen abgelöst, berichteten Sprecher der Häftlinge. Jetzt mußten sie Reden des Gründers der modernen Türkei, Atatürk, auswendig lernen und auf Verlangen der Aufseher rezitieren. Auch mußten sie mehrmals täglich die Nationalhymne singen.

Beim täglichen halbstündigen Hofgang durften die Häftlinge nach eigenen Angaben nicht stehenbleiben, lachen oder mit anderen sprechen. Einen kürzlich eingeführten „Luxus“ – täglich zwei Stunden Fernsehen – boykottierten die Häftlinge,

weil die Gefängnisleitung das Programm zensuriere, sagte Gefangenensprecher Bülent Forta. Den einzigen Luxus, den sie sich wünschen, sei die Verlegung „aus diesem Konzentrationslager“ in ein Zivilgefängnis.

Vor den Reportern deuteten die Häftlinge auf einen dumpf vor sich hin brüllenden Mithäftling, Veyisel Kuba, der nach ihren Angaben durch schwere Foltern geisteskrank geworden sei und jetzt ständig unter Psychopharmaka gehalten werde. Die Rechtsextremen unter den Insassen – ehemalige „Graue Wölfe“ des Nationalistenführers Alpaslan Türkeş – waren bereit, vor den Reportern zu befeuern, daß die „gegenwärtigen Zustände“ zufriedenstellend seien. Aber einer von ihnen, Emrah Kusemli, der auf Wunsch der Gefängnisleitung durch seinen Auftritt Berichte widerlegen sollte, er liege im Koma, durchkreuzte alles.

Mit den Worten: „Ich fürchte nichts, auch nicht, was mir widerfährt, wenn Sie gegangen sind“, berichtete er den Reportern: „Wir sind sechs Jahre lang gefoltert worden und sind jetzt psychologischem Druck ausgesetzt. Ich habe ausgerechnet, daß wir insgesamt nicht mehr als 72

Stunden im Jahr Hofgang haben.“ Die Reporter fanden nur drei Frauen im Mamak-Gefängnis. Ihre Haftbedingungen seien etwas besser zu sein. Im vergangenen Jahr hätten sich die Dinge gebessert, berichtete Zehra Kurucu. Das letzte Mal sei sie 1984 geschlagen worden. Nach sechs Jahren Haft soll sie im kommenden Monat entlassen werden. Eine häufig wiederkehrende Klage betraf mangelnde ärztliche Versorgung.

Generalleutnant Mete hatte die Klage erwartet. „Jetzt werden sie sich beschweren, daß sie nicht ins Krankenhaus kommen“, sagte er. „Warum? Weil sie sich natürlich langweilen. So denken sie nun einmal. Eine Einlieferung ins Krankenhaus ist für sie wie eine Reise nach Europa.“ Nach Mamak soll die Presse in den nächsten Tagen weitere Militärgefängnisse besichtigen dürfen, so das berühmte Metris in Istanbul und ein Gefängnis in Diyarbakir, wo hauptsächlich kurdische Separatisten einsitzen.

Die türkische Menschenrechtsorganisation hat kürzlich mitgeteilt, daß mindestens 149 Häftlinge in türkischen Gefängnissen umgekommen sind, die meisten in den drei Jahren der Militärregierung.

Wochenlang ohne Haftbefehl in einer dunklen Zelle eingesperrt

Lehrer Sakir Bilgin berichtet von unmenschlichen Zuständen in türkischen Militärgefängnissen / Folter an der Tagesordnung

Von unserem Redaktionsmitglied Ulrike Füssel

FRANKFURT A. M., 20. Juli. In der Bundesrepublik besteht zwar der Eindruck, daß in der Türkei demokratische Verhältnisse herrschen. Eigene Erfahrungen aber zeigten, daß höchstens von „Fassadendemokratie“ gesprochen werden könne. In Wirklichkeit würden demokratische Rechte in diesem NATO-Land mit Füßen getreten, würden Menschen in türkischen Gefängnissen auf brutalste Weise mißhandelt und gefoltert. Diese Anschuldigungen hat der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Joachim Albrecht, erhoben. Als Beweis führt Albrecht das Schicksal des GEW-Mitglieds Sakir Bilgin aus Köln an, der während eines Privatbesuchs in Istanbul festgenommen wurde und danach mehr als drei Jahre in türkischen Militärgefängnissen verbringen mußte. Bilgin, der seit einigen Monaten wieder in der Bundesrepublik lebt, berichtete jetzt im Gespräch mit der FR von menschenunwürdigen Haftbedingungen und Schikanen.

Nach seiner Festnahme im Januar 1983 habe man ihm vorgeworfen, mit der illegalen Organisation DEV-SOL zusammengearbeitet und sich in der Bundesrepu-

blik an Protestaktionen gegen den Militärputsch in der Türkei von 1980 beteiligt zu haben, sagt der Hauptschullehrer Sakir Bilgin (36). 45 Tage sei er anfangs ohne richterlichen Haftbefehl in einer Isolationszelle eingesperrt gewesen, davon 30 Tage im Dunkeln. Er habe mit niemandem Kontakt aufnehmen dürfen, seiner Familie gegenüber habe die Polizei geäußert, daß er im Gefängnis sei.

Sowohl während des Arrests als auch später in den Militärgefängnissen von Sellmye und Metris sei Folter an der Tagesordnung gewesen. Bilgin beschreibt, daß die politischen Häftlinge mit Fäusten geschlagen und mit Füßen getreten werden, er berichtet von Elektroschocks und der „Bastonade“. Dabei werden die Häftlinge an den Fußsohlen mit Stöcken geschlagen oder an den Füßen mit Elektroschocks mißhandelt. Außerdem habe man sie zum Teil auch nackt aufgehängt.

In den Militärgefängnissen würde den politischen Häftlingen der Status von Soldaten aufgezungen. Wenn sie sich dagegen wehrten, würden sie schikaniert und bestraft, indem man ihnen zum Beispiel den Kopf kahl rasiert, sie — wie in Alemdag — in Zellen sperrt, „in denen

man sich kaum bewegen kann“. Bilgin selbst mußte seinen Bericht nach in Metris mit über 30 Mitgefangenen in einer Zelle leben. Die Gefangenen hätten sich den Alltag so organisiert, daß sie in drei Schichten geschlafen hätten, sagt er. Die Ernährung, die man ihnen habe zukommen lassen, habe dabei für höchstens zehn Leute gereicht. Bilgin: „Wir waren immer hungrig.“ Quälend sei auch gewesen, daß die Gefangenen in diesem Gefängnis ständig auseinandergerissen und mit anderen Gefangenen zusammengesteckt worden seien. „Zum Teil kamen Leute am Tag in drei Zellen.“

Daß er nach über drei Jahren Haft noch vor dem Ende seines Prozesses freigelassen wurde und sich dadurch in die Bundesrepublik absetzen konnte, führt Bilgin auf den Einsatz seiner GEW-Kollegen zurück. Bereits kurz nach seiner Verhaftung wurden seine Kölner Lehrerkollegen und der GEW-Hauptvorstand aktiv. Die gewerkschaftliche Formel von der „Internationalen Solidarität“ sei im Fall Bilgin konkret geworden, sagt Joachim Albrecht. Insgesamt fünfmal reiste eine GEW-Delegation in die Türkei und nahm als Beobachter am Prozeß gegen Bilgin

und Hunderte von Mitgefangenen teil. GEW-Vertreter saßen in der „riesigen Turnhalle auf dem Kasernengelände“, wo „reihenweise Sitzbänke für die Angeklagten“ reserviert waren (Albrecht). Sie erlebten mit, wie eine Frau ihr Handgelenk zeigte, das nach Folterungen steif geworden war. Das Gericht habe dies nur gleichmütig zur Kenntnis genommen, schildert Albrecht seine Beobachtungen.

Für den Kölner GEW-Vorsitzenden Reinhard Hocker ist eine wichtige Erfahrung seiner fünf Fahrten nach Istanbul die Erkenntnis, daß in der Türkei die Untersuchungshaft als „Vorstrafe“ eingesetzt wird, der gegenüber dem Strafvollzug nach einem Urteil nur nachrangige Bedeutung zukomme. Während der U-Haft werde „barbarisch gefoltert“, damit die Gefangenen ihre Identität verlieren und damit ihr Widerstand gebrochen sei. „Die Junta denkt wohl langfristig daran, daß die sich dann nicht mehr trauen werden, für die politische Demokratie einzutreten“, sagt Hocker. Ein Grundrecht in Demokratien ist für die GEW-Vertreter die Chance von Arbeitnehmern, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Lehrern ist dies in der Türkei verwehrt.

Frankfurter Rundschau, 30. Juli 1987

Häftlinge in Istanbul geschlagen

Ankara (dpa)

Im Militärgefängnis Metris von Istanbul sind während des Besuches von Journalisten Häftlinge von Soldaten geschlagen worden. Die durch Hungerstreik geschwächten Häftlinge waren nach Ansicht der Wärter nicht schnell genug von einem Rundgang im Hof in ihren Zellentrakt zurückgekehrt.

Das Metris-Gefängnis, wo nach dem Militärputsch 1980 Tausende von politischen Häftlingen untergebracht waren, ist als zweite Militärhaftanstalt von der türkischen Regierung für Journalisten zugänglich gemacht worden. Das Mamak-Gefängnis in der Hauptstadt Ankara war bereits zuvor von Journalisten besucht worden. Geschockt hatte die türkische Presse über die Zustände in dem Gefängnis berichtet. Im Metris-Gefängnis befanden sich 327 von 448 Häftlingen aus Protest gegen die Haftbedingungen und die „physische und psychologische Folter“ in Hungerstreik.

Süddeutsche Zeitung, 29. August 1987

Hunderte von Häftlingen in der Türkei im Hungerstreik

wgl. FRANKFURT, 18. August. Drei Jahre nach einem umfassenden Hungerstreik türkischer Häftlinge verweigern jetzt abermals Gefangene in türkischen Gefängnissen die Nahrungsaufnahme. Wie aus Istanbul berichtet wird, sind einige hundert Gefangene in den türkischen Großstädten an der Aktion beteiligt; der Hungerstreik dauert schon vierzig Tage an. Sieben in dem Istanbuler Sigmacilar-Gefängnis sitzende Häftlinge, die zum Tod verurteilt worden sind, wurden jetzt in lebensbedrohendem Zustand in eine Klinik gebracht. Die Häftlinge fordern eine Verbesserung der Haftbedingungen, Aufhebung der Folter und Erleichterungen bei Besuchsgenehmigungen der Angehörigen. Das Justizministerium hat mitteilen lassen, eine Reform des Strafvollzuges in der Türkei sei notwendig.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. August 1987

Türkische Häftlinge im Hungerstreik

Soldaten schlagen Gefangene während eines Journalistenbesuchs

wgl. FRANKFURT, 28. August. Im türkischen Militärgefängnis von Metris sind jetzt während eines Besuches von Journalisten Gefangene von den Soldaten geschlagen worden. In dem Gefängnis sitzen, ebenso wie in der Istanbuler Haftanstalt von Sigmacilar, hunderte von – meist linksgerichteten – Häftlingen ein, die nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 festgenommen worden waren. Die türkische Nachrichtenagentur Anatolia hat den Vorfall bestätigt.

Wie aus Istanbul gemeldet wird, schlugen die Soldaten die Gefangenen, weil sie nicht rasch genug vom Hofgang in ihre Zellen zurückkehrten. Etwa drei Viertel der mehr als 400 Häftlinge in Metris befinden sich schon seit Wochen in einem Hungerstreik. Sie werden von Gefangenen im Sigmacilar-Gefängnis sowie in den Haftanstalten von Urfa, Diyarbakir, Adana, Bursa, Malatya, Canakkale und Erzincan unterstützt. Auch im Mamak-Militärgefängnis der Hauptstadt Ankara befinden sich Gefangene im Hungerstreik. Ein

Teil der Gefangenen hat seit seiner Inhaftierung schon mehrfach an Hungerstreik-Aktionen teilgenommen. Offenbar unter dem Eindruck der Berichte in türkischen und ausländischen Zeitungen hat die Regierung jetzt Journalisten den Besuch des Metris-Gefängnisses erlaubt, am Dienstag hatten Journalisten schon das „Mamak“ besuchen dürfen.

Etwa zehn der in Istanbul inhaftierten Gefangenen, darunter vier weibliche Häftlinge, sind in Lebensgefahr. Die Gefangenen haben über Angehörige die Forderungen bekanntgemacht, die durch den Hungerstreik erfüllt werden sollen: Abschaffung der Todesstrafe, Abschaffung der physischen und psychischen Folter und Verbesserung der Haftbedingungen, Verlängerung der Besuchszeiten und Rundgänge, Verhandlungen vor zivilen Gerichten, Abschaffung der Ketten beim Transport zwischen Gefängnis und Gericht. Vor einer Woche hatte das Justizministerium zugestanden, daß Reformen des Strafvollzugs in der Türkei notwendig seien.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. August 1987



AMNESTY INTERNATIONAL

BULLETIN MENSUEL

OCTOBRE 1987 • VOLUME XVII • NUMERO 10

CHINE

Torture et mauvais traitements

Le 8 septembre, AI a publié un rapport intitulé: *Les prisonniers en République populaire de Chine*, dans lequel elle dit que la torture est constamment utilisée par la police, des dirigeants du Parti communiste et des unités de sécurité malgré les efforts déployés par le gouvernement pour mettre fin à ces abus.

Ce rapport décrit un certain nombre de cas individuels ainsi que les efforts des autorités chinoises pour mettre fin à la torture et punir les responsables. Il énonce aussi les dispositions contre la torture prévues par la législation chinoise ainsi que d'autres garanties qu'AI considère comme nécessaires pour empêcher la torture.

En 1985, la presse chinoise a commencé à publier de nombreux articles sur la torture dans lesquels elle soulignait souvent les difficultés auxquelles les autorités doivent faire face lors de la formation des responsables de l'application des lois au respect des droits fondamentaux. Ce débat s'est poursuivi en 1986 et 1987.

En 1986, il a été signalé que les autorités considéraient que le principal remède était d'exercer "un contrôle strict sur la police". En octobre 1986, le Procureur général adjoint déclarait: "La tâche principale du ministère public pour l'année à venir sera d'éliminer l'usage de la torture comme moyen d'arracher des aveux, la détention illégale, la négligence de la part des officiers de police et les accidents qu'elle entraîne."

En décembre 1986, la Chine a signé la Convention de l'ONU contre la torture et autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants, geste dont AI s'est félicitée.

Les informations reçues indiquent généralement que la torture a lieu au cours des premières heures ou des premiers jours de détention. Les victimes sont souvent des personnes détenues par la police, qui sont soupçonnées

d'avoir commis un crime, ou des personnes arrêtées illégalement par des dirigeants du Parti ou des membres de diverses unités de sécurité.

Les méthodes de torture les plus courantes sont les coups infligés à la victime qui est généralement attachée ou a des menottes aux poignets, la suspension par les bras, les sévices infligés avec des instruments tels que des matraques électrifiées, les interrogatoires jour et nuit, et l'emploi de menottes destinées à causer de fortes douleurs. L'enfermement dans des cellules trop petites où l'on ne peut ni se tenir debout ni se coucher est une autre méthode de torture utilisée; d'anciens prisonniers affirment que cette peine est infligée pour avoir "enfreint gravement le règlement pénitentiaire".

La presse chinoise rapporte souvent que des fonctionnaires déclarés coupables de torture ou de mauvais traitements sont punis; quelques journaux et revues se sont spécialisés dans la relation d'affaires non résolues.



Réfugiés kampuchéens en Thaïlande. Des milliers d'hommes, de femmes et d'enfants sont devenus victimes de violations des droits de l'homme sous les gouvernements de toute tendance politique qui ont emprisonné leurs citoyens en raison de leurs opinions dissidentes, les ont jugés de façon inéquitable ou les ont détenus sans aucun jugement, bien souvent dans des conditions déplorables. Des millions de personnes fuyant la persécution se sont réfugiées dans plus de 30 pays depuis le milieu des années 70. De nombreux gouvernements sont devenus plus soucieux de refuser l'asile aux réfugiés politiques que d'essayer d'empêcher la persécution qui a provoqué leur fuite. Voir page 8.

Cependant, certaines informations montrent qu'il existe des différences dans les peines infligées aux fonctionnaires inculpés d'actes de torture. Le *China Legal News* a fait état d'une affaire dans laquelle un officier de police, qui avait torturé 10 personnes, a été condamné à six mois de détention criminelle, ce qui est la peine minimum infligée pour avoir torturé. Cette sentence semble par-

ticulièrement légère comparée à d'autres prononcées à l'issue d'affaires où la torture n'avait été infligée que dans un seul cas.

AI croit que la législation chinoise ne prévoit pas de garanties suffisantes contre la torture; elle a recommandé que les lois et procédures destinées à empêcher les actes de torture, faire une enquête à leur sujet et les sanctionner, devaient être revues. □

FIDJI

Arrestations

Depuis le coup d'Etat militaire du 14 mai, AI a appris l'arrestation et la brève détention de plus de 100 personnes qui pourraient être des prisonniers d'opinion.

Parmi les personnes détenues figurent d'anciens ministres, des syndicalistes, des commerçants et des sympathisants du Mouvement du retour au début mai, organisation qui préconise le retour aux institutions politiques qui existaient à Fidji avant le coup d'Etat. Beaucoup semblent avoir été arrêtées en raison de leurs activités non violentes telles que la distribution de pétitions ou le fait d'avoir exprimé leur soutien au gouvernement déchu. AI a demandé instamment



Manifestation à Suva, capitale de Fidji, contre le coup d'Etat militaire de mai. au Gouverneur général de veiller à ce que personne ne soit détenu pour avoir exercé ses droits à la liberté d'expression.

Les arrestations sont faites par la police et des membres des forces militaires royales fidjiennes, aux termes de la législation d'exception

mise en place par le Gouverneur général immédiatement après le coup d'Etat. Des personnes sont détenues sans inculpation pendant des périodes allant de 45 minutes à quatre jours. Bien souvent, elles n'ont pas le droit de contacter leurs familles ni leurs avocats. □

La peine de mort

AI a appris que 57 personnes avaient été condamnées à mort dans 17 pays et que 54 exécutions avaient eu lieu dans 11 pays en juillet 1987.



Détenus à la prison militaire de Diyarbakir en Turquie. De nombreux prisonniers turcs ont été condamnés à passer des années derrière des barreaux pour avoir exercé leur droit à la liberté d'expression. Plus de 48 000 prisonniers politiques ont été condamnés par des tribunaux militaires à l'issue de procès inéquitables depuis que l'état de siège a été décrété.

n'en a pas. Elles ne peuvent utiliser papier et crayons qu'avec l'autorisation du médecin et leurs lettres sont censurées. Beaucoup ont été battues ou traitées de force avec des médicaments, punies ainsi pour avoir tenu un journal ou essayé de faire passer clandestinement des lettres à l'extérieur.

Est-il alors surprenant que des hommes ou des femmes détenus dans de telles institutions écrivent des lettres comme celle de Nizamettin Akhmetov, enfermé à l'hôpital psychiatrique spécial d'Alma-Ata, que voici?

"Ami, j'ai peur de vous écrire, je crains que vous ne lisiez ma lettre comme une lettre venant d'un asile de fous...mais je crains plus encore qu'ils ne m'administrent leurs très fortes drogues et ne fassent de moi un idiot qui ne pourra même pas mourir avec toute sa conscience...Je n'ai jamais tant souffert, jamais ma situation n'a été aussi désespérée. Je suis dépossédé de tout droit, dépersonnalisé, véritablement déshumanisé.

"Que je meure ou qu'ils me rendent fou, ce sera ma fin. Même si elle n'est pas humaine, ce sera celle d'un être humain... et je voudrais que l'on parle de moi, que l'on se souvienne de moi comme d'un être humain."

Le manque d'information

Le cas de Nizamettin Akhmetov finit bien. Il a été libéré cette année. Encore dans la trentaine, il a passé plus de 15 ans dans les prisons, les camps de travail et les établissements psychiatriques soviétiques, pour n'avoir guère fait plus que critiquer les autorités.

Son histoire illustre l'une des difficultés à surmonter pour venir en aide à de tels prisonniers: c'est simplement que leur sort n'est pas connu. Ce cas n'a été connu que des années après qu'il eut été emprisonné: une note qu'il avait

écrite avec un autre prisonnier a été découverte dans un chargement de bois d'œuvre exporté en République fédérale d'Allemagne en provenance de Sibérie centrale. Intitulée "Bonnes gens, nous avons besoin de votre aide", la note faisait appel à un soutien international en faveur des prisonniers politiques soviétiques.

Le manque d'information fait souvent obstacle à l'aide à des prisonniers condamnés à de longues peines. Il leur est souvent difficile ou impossible d'informer le monde extérieur de leur situation. Les autorités peuvent les tenir au secret ou leur imposer une réclusion absolue. Les visites peuvent être rigoureusement restreintes et les lettres et autres moyens de communication censurés.

Le maintien au secret est pratiqué dans beaucoup de pays. Cela peut être une épreuve effroyable et démoralisante. Trop souvent aussi, c'est l'occasion de tortures. Tenus au secret, privés du droit de voir leur avocat, leur famille et leurs amis, les prisonniers n'ont aucun moyen de dire au monde ce qui leur arrive. Les autorités ont souvent recours à la détention au secret pour contraindre les prisonniers à avouer des délits qu'ils n'ont pas commis. Des détenus ont été enfermés pendant des années uniquement sur la base d'aveux ainsi extorqués.

Les autorités interdisent aussi l'accès de certaines zones du pays pour empêcher de connaître de tels cas. On sait peu de chose au sujet des milliers de personnes qui sont détenues depuis des années dans des camps de rééducation au Viet Nam, par exemple, parce que les autorités interdisent aux journalistes, aux membres d'organisation internationales ou à d'autres personnes de se rendre dans les régions où ces personnes sont détenues.

APPEL: LIBYE

Les étudiants de Benghazi

Le sort de neuf étudiants emprisonnés depuis 1977 préoccupe Al. Cela fait plusieurs années que l'organisation n'a pas eu de leurs nouvelles et elle ignore où ils se trouvent, et même s'ils sont vivants.

Les étudiants avaient été arrêtés une première fois en 1976, à une époque où les étudiants de l'Université de Benghazi protestaient contre l'ingérence des pouvoirs publics dans les élections des syndicats d'étudiants.

Un réunion d'étudiants avait été interrompue par des policiers en civil et lors d'une manifestation organisée quelques jours plus tard, la police avait ouvert le feu, tuant deux étudiants et en blessant plusieurs autres. Quelque 500 étudiants avaient été arrêtés et détenus pendant près d'un mois. Les étudiants libyens à l'étranger avaient réagi en occupant plusieurs ambassades, à la suite de quoi le gouvernement leur avait retiré leur bourse.

En avril 1976, les étudiants de l'Université de Benghazi manifestèrent pour le rétablissement de ces bourses. A nouveau, la police ouvrait le feu, ce qui provoqua une émeute, au cours de laquelle les étudiants mirent le feu au siège de l'Union socialiste arabe, alors la seule organisation politique légale en Libye, et demandèrent la démission du colonel Kadhafi. Soixante à 90 d'entre eux furent arrêtés, puis libérés quelques mois plus tard.

En février 1977, certains étudiants furent à nouveau arrêtés et jugés à huis clos par le Tri-

bunal du peuple pour appartenance à une organisation politique illégale. Deux d'entre eux furent condamnés à mort et neuf autres à des peines allant de 8 ans de prison à la prison à vie. Aucun n'eut le droit de faire appel.

Les deux étudiants condamnés à mort ont été exécutés le 7 avril 1977. Il n'y avait pas eu d'exécutions en Libye depuis 1954. Les neuf autres furent incarcérés à la prison al-Kuwaifiyah de Benghazi. Certains auraient été torturés.

Trois des neuf étudiants emprisonnés, Idris Sulayman al-Layas, Mahir Bu Shrida et Bashir Jarbu' auraient dû être libérés en 1985. Mustapha Husayn al-Far, al-Sanussi Habib al-Huni, Rida Bin Musa et Mansur Bu Shanaf ont été condamnés à 15 ans de prison. Nur al-Din al-Maqni et Khalid al-Turjman purgent des peines de prison à perpétuité.

● Prière d'envoyer des appels courtois demandant des précisions sur leur sort et leur libération immédiate, et inconditionnelle s'ils sont toujours en prison, à: S.E. M. le Colonel Mu'amar Kadhafi/Chef de la Révolution/Bureau du Chef de la Révolution/Tripoli/La grande Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste. □

APPEL: TURQUIE

Un éditeur en prison pour 36 ans

Le kurde Recep Maraşlı a été condamné à 36 ans de prison pour avoir publié des ouvrages sur la minorité kurde en Turquie.

Près de huit millions de kurdes vivent en Turquie mais cette minorité ethnique n'est pas officiellement reconnue par les autorités et se voit refuser le droit à une identité culturelle propre. L'usage de la langue kurde est interdit en public.

Recep Maraşlı, âgé de 31 ans, a commencé sa carrière d'éditeur en 1975 à la maison d'édition Kowal, spécialisée dans les ouvrages relatifs à la minorité kurde. En 1978, il était arrêté et détenu pendant huit mois pour ses activités, mais cela ne l'empêcha pas de racheter la maison d'édition l'année suivante. Celle-ci devait être fermée en 1980 au moment de l'imposition de l'état de siège.

Recep Maraşlı fut à nouveau arrêté en janvier 1982 et a été reconnu coupable depuis par des tribunaux militaires à Istanbul et Diyarbakir d'avoir "affaibli le sentiment national", "insulté la mémoire d'Ataturk" et "incité

au séparatisme".

Lors d'un de ces procès, il a été condamné à deux ans de prison. Cette condamnation était motivée par la défense qu'il avait prononcée lors de son précédent procès. Le total des peines prononcées contre lui se monte maintenant à 36 ans, à purger sans interruption. Toutes ces peines ont été confirmées en appel par le tribunal militaire.

Recep Maraşlı a fait plusieurs grèves de la faim à la prison militaire de Diyarbakir pour protester contre la torture et les conditions de détention inhumaines. Sa dernière grève de la faim s'est terminée en mars 1984 par son hospitalisation dans un état grave. Il ne s'est jamais vraiment rétabli.

● Prière d'envoyer des appels courtois pour sa libération immédiate et inconditionnelle à: M. le Premier Ministre Turgut Özal/Basbakanlik/Ankara/Turquie. □